REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 326 · 14.1.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 52 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Massenstreiks in der Türkei
2. Perestroika unter Panzerketten
3. Noch Chancen für die Hafenstraße?
4. UdSSR: Die Armee drängt zum Ausnahmezustand
5. Wer ruft die Deutschen an die Front?
6. Deutsche Soldaten in alle Welt? Anmerkungen zu einer geplanten Grundgesetzänderung
7. Unheilvolle Achse Deutschland-Türkei Die Kriegsziele des Herrn Özal
8. 5 vor 12 ist im Grunde viel zu spät
9. Politik der Spannung zur Festigung der US-Hegemonie
10. Kampagne gegen geplante GG-Änderung
11. Die chemischen Waffen des Irak - "Wir haben keine geliefert" (Kohl)
12. Made in Germany: Raketen im Irak
13. Satyrspiel in Bonn. Nachruf auf den U-BootSkandal
14. Gladio - Das "Buch zum Skandal" hat Lücken
15. Kommt die politische Union? Die Europäische Gemeinschaft auf der Suche nach Vereinigung
16. "Schocktherapie" für Griechenland. Der Preis für die EG-Mitgliedschaft?
17. Sendero Luminoso: Vom Anspruch der Befreiung zur militärischen Gegenelite?
18. Guatemala: Simulierte Demokratie
19. Jugoslawien: Sechs Finger sind keine Faust
20. Das Leuchtfeuer ist erloschen Reformen in Albanien
21. Radikale Erneuerung contra "Abwicklung" - Ilko-Sascha Kowalczuk, Humboldtuni Berlin
22. Kaum Bewegung im Berliner Häuserkampf
23. Auftakt zu einem neuen Oppositionsbündnis? Bericht vom Linken-Treffen am 6.1. in Berlin
24. Sechzehneinhalb Jahre: Es reicht! Den Schmücker-Prozeß einstellen
25. Freispruch für das Angehörigen-Info
26. Stammheim ohne Ende. Staatsschutzverfahren gegen Luitgart Hornstein
27. Politische Gefangene in den USA Interview mit Dhoruba bin-Wahad
28. "Rechtsstaatlichkeit" eines Indizienprozesses. Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough
29. Alltag in Stammheim ist Isolation. Thomas Brunner seit zwei Jahren in Isolationshaft
30. Dokumentation: Bleiberecht für Roma und Cinti! Keine Abschiebungen!
31. Asyl Asyl und bald ein Ende?
32. Antideutsch und exklusiv - Bilanz nach einem Jahr "Nie wieder Deutschland"-Politik der Radikalen Linken
33. Rück- und Ausblick auf die Ost-Grünen von Inett Kleinmichel, Ost-Berlin (Grüne/AL)
34. Vernunft vor Strömungslogik
35. Kein Schritt weiter (im KB-Streit)
36. An alle Mitglieder und Sympathisanten des KB
37. Zwei Chancen sind besser als eine
38. An die Genossen des KB aller Strömungen und zwischen denselben (Brief der SoZ-Redaktion)
39. Nicht enger verbunden mit unseren Kämpfen als das breite Grinsen der Werbespot-Hausfrau. Kritik zur Austellung "Kunst als Widerstand"
40. "Die abgetriebene Revolution" Ein Buch von Michael Schneider
41. Groteske Szenarien. Zum Tod von Friedrich Dürrenmatt
42. Quelldatei 12k.htm
43. Quelldatei 19.htm

44. Quelldatei 20.htm
45. Die NATO-Eingreiftruppe AMF
46. Quelldatei 39.htm
47. Quelldatei 40.htm
48. Deutsche Kampfbomber nach Kurdistan verlegt
49. Quelldatei 46.htm
50. Quelldatei haftstat.htm
51. Quelldatei panzer.htm
52. Quelldatei usa.htm

1. Massenstreiks in der Türkei

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/tuerkei.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:tuerkei

tuerkei 50.000 Bergarbeiter der türkischen Kohlestadt Zonguldak am schwarzen Meer haben mit einem in der Geschichte der Türkei beispiellosen Kampf einen Durchbruch für die Arbeiterklasse errungen und den Thron von Pascha Özal gehörig erschüttert. Nach 40 kämpferischen Streiktagen vor Ort machten sich die Bergarbeiter mit ihren Familien und Freunden, begleitet von Bauern der umliegenden Dörfer, Arbeitern und Abgeordneten der Oppositionsparteien auf den Weg nach Ankara. "Rücktritt der Regierung!" "Wir wollen keinen Krieg und keinen Özal, der Krieg will!" Der Marsch der 100.000 war getragen und begleitet von Hoffnung und Sympathie der Arbeiterklasse und der demokratischen Opposition im ganzen Land. Nach drei Tagen und Nächten bei Temperaturen unter Null und ca. 100 Kilometer Fußmarsch wurde der Marsch von mehreren Tausend paramiltiärischer "Jandarmas" des Innenministeriums gestoppt und umzingelt. Weitere zwei Tage und Nächte hielten die Marschierenden an der Sperre aus, wobei fast 200 von ihnen festgenommen wurden. Unter dem Druck der miltärischen Übermacht und um ein Blutvergießen zu vermeiden, brachen sie die Aktion ab. Doch den moralisch-politischen Sieg hatten sie bereits errungen - und in anderen Branchen stehen Streiks mehrerer hunderttausend Arbeiter bevor. Während sich die Kumpels noch auf dem Rückweg befanden, sind im Metallbereich und der Papierindustrie bereits 130.000 im Ausstand.

Über die innenpolitische Lage in der Türkei, den Kriegsvorbereitungen und die Rolle der BRD auf

Seite 8/9

2. Perestroika unter Panzerketten

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/panzer2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:panzer2

Gleichzeitig kündigte Litauen den Aufbau eigener nationaler Streitkräfte an und verlangte, daß die Truppen der Sowjetarmee aus dem Land abgezogen werden. Die Lieferverträge für Lebensmittel für die im Land stationierten Truppen wurden storniert, so daß sich deren Versorgungssituation erheblich verschlechterte. In der litauischen Bevölkerung wuchs in dieser Zeit der Haß auf alles Russische; Angehörige der Streitkräfte wurden öffentlich attackiert, ebenso die übrigen Russen, die im Land leben. Diese Verschärfung des öffentlichen Klimas veranlaßte Verteidigungsminister Jasow zu der Äußerung, daß die Armee sich nicht lächerlich machen lasse. Er ermächtigte die Truppen im ganzen Land, zum Schutz von Leib und Leben von der Schußwaffe Gebrauch machen zu dürfen. So wurde in Vilnius bereits vor Wochen von Sowjetarmisten auf Demonstranten geschossen, die den Abzug der Armee aus Litauen forderten. Doch die jetzige Eskalation geht auf die jüngsten Ereignisse in Moskau, in der Zentralregierung zurück.

Der Rücktritt von Außenminister Schewardnadse und die Ernennung Genadin Janajews zum Stellvertreter des Präsidenten verdeutlichen die weitere politische Entwicklung der Zentralregierung: Die Vertreter von Recht und Ordnung im traditionellen Sinne bestimmen mehr denn je die politische Ausrichtung der Regierung unter Gorbatschow. Schon die Ablösung des bisherigen, als liberal geltenden

Fortsetzung auf Seite 2 Perestroika unter Panzerketten Fortsetzung von Seite 1

Innenministers Bakatin Anfang Dezember war ein Geschenk an die Konservativen, denn unter seinem Nachfolger Boris Pugo wurde ein Mann stellvertretender Innenminister, der auch in liberalen Kreisen als Spitzenkandidat einer Militärjunta gehandelt wird: Boris Gromow, bekanntgeworden als letzter Oberkommandierender in Afghanistan und derzeit zuständig für den Wehrbezirk Kiew (Ukraine). Auch scheint in Moskau General Rodionow wieder hoffähig zu sein: Der Mann, der für das Massaker an friedlichen Demonstranten am 9. April 1989 in Tblissi verantwortlich ist. Er wird in den Kreisen der konservativen Sojusfraktion (Sojus heißt Union) als möglicher Verteidigungsminister einer Regierung zur "Rettung des Vaterlandes" geführt, die seit der letzten Woche vehement von dieser Fraktion gefordert wird. Rodionow traf Anfang Dezember mit Gorbatschow zusammen, ohne daß Einzelheiten des Gesprächs bekannt wurden. Ebenso bemerkenswert ist das Auftreten des KGB-Chefs Krjutschkow, der immer offener die Einhaltung von Recht und Ordnung reklamiert und damit droht, daß notfalls bei der Durchsetzung der bestehenden Gesetze der Union Gewalt angewendet werden müsse und Blut fließen könne. Solche Äußerungen sind nichts Neues, dennoch unterscheiden sie sich von vorhergehenden: Schon kurz nach diesen Sätzen wurden Fallschirmjägereinheiten in die drei baltischen Republiken verlegt, ebenso nach Moldavien, Georgien, und die Truppen in Armenien und Aserbaidschan wurden verstärkt. Die aus Moskauer Sicht renitenten Republiken sollen mit repressiven Mitteln zusammengehalten werden, auch wenn dies einen Bürgerkrieg heraufbeschwören kann.

3. Noch Chancen für die Hafenstraße?

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:43

UZ: Die juristische Situation ist nach dem Kündigungsurteil verzwickt. / Das politische Klima zeigt ein leichtes Hoch zugunsten des Projekts. / Bundesweite Demonstration voraussichtlich am 2. Februar

Als die Zivilkammer des Landgerichts in Hamburg am Montag, den 7. Januar 1991, die fristlose Kündigung des Mietvertrages zwischen der städtischen Hafenrand- Gesellschaft und dem Verein Hafenstraße bestätigte, schien der Konflikt um die seit zehn Jahren besetzten Häuser in Hamburg nur noch eine Sache von Tagen zu sein: Großer Polizeieinsatz, Räumung der Häuser, Abriß - die sogenannte "strikt rechtsstaatliche Lösung", die der Hamburger Bürgermeister Voscherau (SPD) als heißesten Wahlkampfschlager angekündigt hatte, schien - den Unkenrufen der CDU-Opposition zum Trotz - so nahe wie nie. Daß die Häuser militant zu verteidigen sein würden, war, vor allem seit die Polizeiübergriffe gegen besetzte Häuser in Berlin bei der Räumung der Mainzer Straße eine neue Qualität bekommen hatten, klar - und ebenso klar war, daß es auch in der Öffentlichkeit keine nennenswert über die Szene hinausreichende Unterstützung für den Erhalt der Häuser gab.

Eine knappe Woche nach dem Urteil hat sich die Lage zwar deutlich verbessert - sie ist allerdings immer noch höchst bedrohlich.

Die Rechtslage erscheint mittlerweile überaus verzwickt: Die Kündigung richtet sich gegen den Verein Hafenstraße, mit dem 1987 der Vertrag geschlossen wurde (siehe Chronologie im letzten AK), nicht aber gegen die MieterInnen der einzelnen Wohnungen. Um sie tatsächlich räumen zu können, bedarf es dutzender individueller Räumungsklagen. Damit die Hafenrand GmbH diese überhaupt einleiten kann, muß sie aber die Namen der jeweils in den Wohnungen lebenden Personen wissen. Diese sind derzeit aber weder dem Verein Hafenstraße noch der Hafenrand GmbH bekannt. Deswegen beabsichtigt Hafenrand GmbH-Chef Dierksen die Entsendung eines Gerichtsvollziehers zwecks Feststellung der Namen - die Schwierigkeiten, die die Umsetzung dieses Projekts in die Praxis haben wird, sind vorstellbar.

Der Verein Hafenstraße kann gegen das Urteil außerdem in die Berufung gehen - das heißt aber nicht, daß das Urteil nicht vollstreckt werden kann: Die Berufung hat bloß aufschiebende Wirkung, wenn zusätzlich Vollstreckungsschutz beantragt wird. Das Oberlandesgericht wird diesen aber nur gewähren, wenn die Berufung Aussicht auf Erfolg hat. Die Frist, innerhalb derer die Berufung eingereicht und der Vollstreckungsschutz beantragt werden muß, beträgt vier Wochen. Selbst wenn die Berufung des Vereins Hafenstraße gegen das Kündigungsurteil abgewiesen werden sollte und die Räumungsklagen eingeleitet worden sind, kann der Senat auf diesem Weg aber nur einen Teilerfolg erzielen: Die Kündigung betrifft nur die Hälfte der Hafenstraßen-Häuser. Der eigentliche Schlüssel zum Erfolg sollen deswegen auch die Abrißverfügungen sein, die seit geraumer Zeit im Tresor der zuständigen Bezirksverwaltung liegen: für einen Teil der Häuser stammen sie aus dem Jahr 1980 und werden mit deren Unbewohnbarkeit begründet - eine Behauptung, die die jahrelange, aufwendige Renovierungsarbeit der BewohnerInnen geflissentlich ignoriert. Für die anderen Häuser ist die Abrißverfügung neueren Datums und stützt sich auf den Bebauungsplan St. Pauli-Süd: Dort, wo heute die Hafenstraßenhäuser stehen, sollen demzufolge die Firmen Gruner und Jahr und Tchibo Büro-Häuser errichten. Nur: Tchibo hat mittlerweile in der Hamburger City-Nord gebaut, Gruner und Jahr ist vor kurzem in die neuen Räume am Baumwall eingezogen. Neue Version des Senats: An die Stelle der Hafenstraßenhäuser sollen Sozialwohnungen gebaut werden - um das zu ermöglichen, müßte der Bebauungsplan geändert werden, damit verfielen aber auch die derzeit gültigen Abrißverfügungen.

So kompliziert das Terrain juristisch ist, so klar ist, daß lang- und wahrscheinlich auch mittelfristig hier keine großen Erfolge zu erzielen sein werden. Der Druck, der seitens der Medien, der Parteien und des Senats ausgeübt wurde, war schon in der ersten Instanz deutlich spürbar. Kurzfristig schaffen die juristischen Auseinandersetzungen allerdings erst einmal Luft: Allgemein wird davon ausgegangen, daß Bürgermeister Voscherau, der partout eine "rechtsstaatliche" Beendigung der Auseinandersetzung um die Hafenstraße sucht, erst nach der Abweisung des Vollstreckungsschutzes gegen das Landgerichtsurteil weitere Schritte, also Bulleneinsätze, zulassen will: Deswegen sind jetzt wahrscheinlich drei bis maximal vier Wochen Zeit, das politische Klima in der Stadt zu verändern. Denn, da waren sich bisher der Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße und die BewohnerInnen selber einig, es muß jetzt darum gehen, den Druck so weit zu erhöhen, daß es zu keinem Aufmarsch der Polizeiarmada kommt, und nicht zu überlegen, wie sich gegen diese am

besten vorgehen ließe. Eine Neuauflage der Barrikadentage von 1987 erscheint derzeit kaum möglich. "Keine gewaltsame Lösung in der Hafenstraße" ist gegenwärtig die Losung der Hafenstraßen-UnterstützerInnen.

Daß das Klima zugunsten des Projekts beeinflußt werden kann, hat sich bereits am Tag der Urteilsverkündung gezeigt: Etwa 3.000 Leute demonstrierten spontan für den Erhalt der Häuser, fast dreimal so viel, wie in den letzten zwei Jahren überhaupt zu linken Themen in Hamburg auf die Beine gebracht werden konnten. Auf mehreren Plena, Treffen des erweiterten Initiativkreises und ersten Treffen eines Kreises von prominenteren UnterstützerInnen wurde in den folgenden Tagen begonnen zu überlegen, wie weiter vorzugehen sei. Klar scheint mittlerweile, daß am 21. Januar eine Groß-Veranstaltung zur Situation in der Hafenstraße in der "Fabrik" stattfinden soll, für voraussichtlich den 2. Februar soll zu einer bundesweiten Groß-Demonstration nach Hamburg aufgerufen werden. Bis dahin soll es dezentrale Veranstaltungen und Diskussionen geben und soll versucht werden, das prominente UnterstützerInnen-Spektrum von 1987 zu reaktivieren, wenn möglich, zu erweitern. Dabei werden die Forderungen, die der Initiativkreis Hafenstraße bereits einen Monat vor dem Urteil in der Erklärung "Das Ende der Bescheidenheit" aufgestellt hat (vor allem die Übereignung der Häuser an den Verein Hafenstraße und die Freigabe der seit Jahren zugesagten 3,5 Mio. Mark Renovierungsgelder für die Häuser durch die Stadt - siehe dazu ebenfalls den letzten AK), eine zentrale Rolle spielen: Sie werden mittlerweile von 300 Leuten und Projekten aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt und werden auch unter einem neuen Aufruf stehen, unter den in den nächsten Wochen Unterschriften gesammelt werden sollen.

Flankiert werden diese politischen Schritte von einer mit verblüffendem Tempo vorangetrieben "Glasnost"-Politik der Hafenstraßen-BewohnerInnen, die allerdings zum Teil befremdliche Züge hat: War "der Hafen" bisher für Presse aller Art strikt Tabu, wurden alle Interview- und Reportage-Anträge konsequent abgelehnt (egal ob sie von linken, "linken" oder bürgerlichen Medien kamen), praktizieren die BewohnerInnen der Häuser jetzt faktisch genauso unterschiedslos "Offene Tür": Der "Spiegel" bekommt genauso ein Interview wie der Norddeutsche Rundfunk-Fernsehen, Tele 5 kann sich umsehen, freie FotografInnen dürfen ablichten, was sie wollen - wie die Medien dieses Material instrumentalisieren können, daß angesichts der jüngsten "Spiegel"-Berichterstattung zu Roma und Cinti, zu den "Selbstmorden" in Stammheim, aber auch zu älteren Ereignissen wie den 1. Mai-Revolten in West- Berlin ein Interview mit dem Blatt zumindest fragwürdig ist, scheint mittlerweile genauso wenig ein Problem zu sein wie die bekannte Verwertungspraxis von Fernsehanstalten (die prompt dazu geführt hat, daß der NDR Teile des vom Sender gezielt auf Aussagen zu Gewalt durchforsteten Materials entgegen Absprachen und ohne Kontrollmöglichkeiten durch die BewohnerInnen in den "Tagesthemen" gesendet hat). So erfreulich der Versuch, den Hafen zu öffnen, ist, so notwendig erscheint hier eine sorgfältige Auseinandersetzung über das Verhältnis von Linken und Öffentlichkeit.

Hier, aber auch in allen anderen Bereichen, ergibt sich das Problem, daß die Auseinandersetzung um die Hafenstraße derzeit zwei Ebenen hat: Zum einen geht es um die konkrete Verteidigung der Häuser, zum anderen hat die Auseinandersetzung aber auch einen symbolischen Charakter, war die Durchsetzung der Hafenstraße doch einer der wenigen Erfolge, die Linksradikale in den letzten Jahren erzielt haben. Deswegen sind neben dem Hamburger Senat ja auch die Bundesanwaltschaft und das BKA, die Bundestagsfraktionen von CDU, CSU, SPD und FDP so interessiert daran, daß im Zuge der im Verlauf der Restauration Deutschlands so erfolgreich betriebenen Zerstreuung der radikalen Linken (einer Zerschlagung bedarf es ja nicht mal) auch mit diesem Projekt endlich Schluß gemacht wird, das immer wieder auch einen Kristallisationspunkt linksradikaler Politik darstellte. Das unterscheidet die Situation der Hafenstraße von der z.B. der besetzten und geräumten Häuser in Berlin. Deswegen ist es auch gerechtfertigt und von erheblicher Bedeutung, daß eine starke bundesweite Demonstration in Hamburg stattfindet: um dem Durchmarsch der Herrschenden etwas entgegenzusetzen. Insofern ist es - neben der gewiß dringend notwendigen Problematisierung von Mietrecht und Stadtplanungskonzepten - auch wichtig, daß in der linken Auseinandersetzung die politisch weit darüberhinausreichende Tragweite, die z.B. durch die geplante Anwendung des Paragraphen 129a gegen einzelne Leute aus der Hafenstraße deutlich wird, nicht vergessen wird (wie das in den Tagen nach dem Urteil aus verständlichen Gründen ein Stück weit geschehen ist).

Die zwei Dimensionen des Konflikts schaffen gleichzeitig aber auch eine schwierige Situation für den Hafen und seine UnterstützerInnen: Beide Seiten und sämtliche in diese Auseinandersetzung involvierten Fraktionen müssen bedenken, daß ihre Maßnahmen und Schritte Auswirkungen fürs Ganze haben. In einer Situation, in der die Linke zersplittert und zerstritten ist, eine ungünstige Ausgangsbasis, zumal eine Politik auf Grundlage

eines Minimalkonsenses in dieser prekären Lage ebenfalls unmöglich ist. So bleibt wenig anderes, als in den - zur Zeit schwer voraussehbaren - konfliktträchtigen Situationen wenigstens die Reflexion dieser zwei Ebenen (und der daraus resultierenden Probleme) für alle Beteiligten zu fordern.

fassanbass

4. UdSSR: Die Armee drängt zum Ausnahmezustand

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:36

Die Sowjetunion ist in diesen Tagen der Diktatur wieder ein Stück näher gekommen. Der Rücktritt von Außenminister Schewardnadse hat die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf diese Entwicklung gelenkt, die Vorgänge in den baltischen Republiken haben für spektakuläre Bilder gesorgt. Und doch ist zur Stunde nicht abzusehen, ob sich hier schon eine wirkliche Wende vollzieht oder ob es nach einer kurzen Phase der Aufgeregtheit noch einmal für Monate, für ein Jahr, vielleicht für mehrere Jahre so weitergeht wie bisher. Von einer höchst dramatischen Gesamtlage in der UdSSR sprach man schon vor einem Jahr, auch das Gespenst des "konservativen" Gegenschlags durch Bürokraten und Militärs war damals kaum weniger präsent als heute. Gorbatschow hat etliche Klippen umschifft, an denen er hätte scheitern können, aber mit diesem Durchhalten war in den letzten Jahren keinerlei Fortschritt mehr verbunden, sondern nur noch rasant zunehmende Desorganisation und Frustration. Das von Gorbatschow anvisierte Ziel, die Bevölkerung durch praktische wirtschaftliche Ergebnisse für die Perestroika zu mobilisieren, wurde weit verfehlt. Die Versorgungslage ist im Gegenteil die schlechteste seit vielen Jahren. Dabei hat die seit Beginn der Perestroika angekündigte Wirtschaftsreform, die unter anderem ein Millionenheer von Arbeitslosen und riesige Preissteigerungen produzieren wird, noch gar nicht richtig begonnen. Gerade die allerschmerzhaftesten "Schnitte" sind überhaupt noch nicht eingeleitet worden.

"Wenn wir so weitermachen, führen wir das Land zum Bankrott", hatte Gorbatschow auf dem 28. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 zutreffend festgestellt. Verantwortlich für diese Situation machte er damals erstens die "Politik der vergangenen Jahrzehnte" und zweitens den Widerstand von "konservativen" Perestroika-Gegnern im Apparat. Es konnte damals so scheinen, als strebe Gorbatschow unmittelbar eine Eindämmung der "Konservativen" und eine Beschleunigung und Verstärkung der Perestroika an. Tatsächlich hatte er aber wohl wieder einmal nur heiße Luft produziert und taktische Winkelzüge ausprobiert. Jedenfalls verlief die reale Entwicklung nach dem 28. Parteitag in die entgegengesetzte Richtung.

Vielleicht gibt es überhaupt keine andere Alternative? Der Denkansatz, daß der Zerfall aller Strukturen jede wirtschaftliche Erholung, jede Sanierung und jeden Umbau der Ökonomie von vornherein verhindert, scheint logisch zu sein. So macht es Sinn, das Eindämmen des Chaos und dann die Wiederherstellung der "Ordnung" zur unvermeidlichen Voraussetzung jeder Reformstrategie zu machen. Andererseits: zur "Ordnung" läßt sich ohne umfassende Anwendung von Gewalt und Repression nicht kommen. Das aber ist ohne Bündnis mit den "Konservativen" nicht zu haben, ist im Gegenteil das Feld, auf dem sie Fachleute sind. Mehr noch: wenn Gorbatschow Militär und KGB zur Hilfe bitten würde, gäbe er indirekt denjenigen recht, die von Anfang an davor gewarnt hatten, daß die Demokratisierung zur Auflösung der Sowjetgesellschaft und zum Überhandnehmen "antisozialistischer" und "separatistischer" Kräfte führen würde.

Ein Signal setzte Mitte November der frühere Generalstabschef der Streitkräfte, der jetzt militärischer Berater Gorbatschows ist, Achromejew. Er formulierte ausgerechnet in der "Sowjetskaja Rossija", die als Sprachrohr der "Konservativen" notorisch ist: "Wenn die Verfassung verletzt wird und jemand versucht, mit Gewalt oder durch andere verfassungswidrige Aktionen unser Land zu zerstückeln oder seine Gesellschaftsordnung zu ändern, dann können die Streitkräfte auf Beschluß des Obersten Sowjet und des Präsidenten der Sowjetunion eingesetzt werden, um die Einheit unserer Heimat und die Erhaltung ihrer Gesellschaftsordnung sicherzustellen".

Genau zur gleichen Zeit war Gorbatschow auf einem Treffen mit 1.100 Offizieren und Soldaten mit der massiven Forderung konfrontiert, der "Doppelherrschaft" im Lande endlich ein Ende zu machen. Gorbatschow bezeichnete dort sein Projekt eines neues Unionsvertrags als "letzte Verteidigungslinie"; jenseits davon beginne die "Auflösung des Staates", die er nicht hinnehmen wolle. Insbesondere betrachte er die baltischen Republiken nach wie vor als Teil des sowjetischen Territoriums.

Einen Tag später wurde ein Offener Brief von 22 prominenten liberalen Abgeordneten publiziert, der an Gorbatschow und die demokratische Öffentlichkeit gerichtet war. Die Unterzeichner warnten vor einer Blockierung der Reformen und vor einem Abgleiten in den Bürgerkrieg.

Aus der entgegengesetzten Richtung wandte sich am 20. November die einflußreiche "konservative" Parlamentarierfraktion Sojus (Union), die ungefähr 500 von 2.500 Abgeordneten des Deputiertenkongresses repräsentiert, an Gorbatschow: er müsse unbedingt seine Vollmachten benutzen und den Ausnahmezustand verhängen, um den Zerfall der UdSSR und einen Bürgerkrieg zu verhindern. Falls Gorbatschow dieser Forderung bis zum 17. Dezember - Beginn der Tagung des Kongresses der Volksdeputierten - nicht nachkommen würde, werde die Fraktion seinen Rücktritt verlangen.

Am 27. November gab Verteidigungsminister Jasow in einer Fernsehrede bekannt: er habe den Streitkräften Befehl erteilt, "alle zulässigen Maßnahmen" zu ergreifen, um die sich häufenden Angriffe auf Soldaten und Militäreinrichtungen zu unterbinden. Die Armee sei angewiesen worden, bei der Abwehr von solchen Angriffen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die Armee habe ferner den Auftrag erhalten, die offiziellen Denkmäler zu schützen. In den vorangegangenen Monaten waren zahlreiche Lenin-Statuen, aber mancherorts auch Gedenkstätten für den antifaschistischen Krieg zerstört worden, oft mit Billigung der Kommunalregierungen.

Am 1. Dezember empfing Verteidigungsminister Jasow zwei führende Vertreter der Sojus-Fraktion, Oberst Petruschenko und Oberst Alksnis, die er persönlich eingeladen hatte. Insbesondere Alksnis ist bei allen Liberalen und Demokraten als dogmatischer Betonkopf und Einpeitscher verschrien. Jasow hatte für die zwei Militärs eine erfreuliche Nachricht: Innenminister Bakatin werde abgelöst werden. Das geschah offiziell freilich erst am folgenden Tag. Bakatin war von den "Konservativen", die ihm u.a. Liberalismus im Umgang mit den Republiken vorwarfen, heftig bekämpft worden. Ihre Kritik richtete sich vor allem dagegen, daß Bakatin nicht wirkungsvoll gegen die autonomen Milizen vorging und daß er sich gegenüber dem Rekrutierungs-Boykott in mehreren Republiken passiv verhalten habe. Dieser Boykott macht sich für die Streitkräfte tatsächlich schmerzhaft bemerkbar: Zehntausende Wehrpflichtige sind dem Einberufungsbefehl im Herbst nicht gefolgt. An der Spitze lag Armenien, wo sich nur 7,5% zum Dienstantritt meldeten.

Zufall oder nicht: das Treffen Jasows mit Alksnis und Petruschenko fand unmittelbar vor der Eröffnung des zweiten Kongresses von Sojus statt, so daß die Absetzung Bakatins wie ein Geschenk an diese Versammlung wirkte. Übrigens hatten die beiden "konservativen" Oberste beim Treffen mit Jasow noch einen Wunsch vorgebracht: es sei nicht "zweckmäßig", daß Schewardnadse weiter Außenminister bleibe. Auch dieser Wunsch ging in Erfüllung, aber bis dahin dauerte es noch drei Wochen.

Bakatins Nachfolger im Innenministerium wurde Boris Pugo, der seit 1988 die Kontrollkommission der KPdSU geleitet hatte. Vorher war er zunächst KGB-Chef und dann Parteichef in der Lettischen Sowjetrepublik gewesen. Noch mehr ließ der Name des Mannes aufhorchen, der zum Ersten Vize-Innenminister ernannt wurde: Boris Gromow. Er war letzter Oberkommandierender in Afghanistan, bekam dann den Wehrbezirk Kiew (Ukraine) zugeteilt. Gromow war im September 1990, als Gerüchte über rätselhafte Truppenbewegungen und Putschpläne der "Konservativen" kursierten, in liberalen Kreisen als Kandidat für den Spitzenplatz einer Militärjunta genannt worden.

Gleichzeitig mit der Ablösung Bakatins erließ Gorbatschow ein Dekret, das ebenfalls den Forderungen der Militärs Rechnung trug: Den Republiken wurde die Bildung eigener militärischer Formationen verboten. Alle widersprechenden Republikgesetze seien verfassungswidrig und ungültig. Ebenso wurden alle Republikgesetze verurteilt, die es zulassen, den Dienst in der Sowjetarmee zu verweigern oder die Wehrpflicht nur in der eigenen Republik abzuleisten. Das Verteidigungs- und das Innenministerium, der KGB sowie die Generalstaatsanwaltschaft wurden angewiesen, "der Verfassung der UdSSR Geltung zu verschaffen".

Das Dekret enthielt im Grunde nicht viel Neues, sondern wiederholte nur frühere Erlasse. Der weitere Gang der Ereignisse deutet aber darauf hin, daß diesmal mehr Durchsetzungswille dahinter steht als bei früheren Gelegenheiten.

Am 7. Dezember stand Gorbatschow einer Versammlung von 3.000 Direktoren der größten Industriebetriebe der UdSSR gegenüber und mußte sich scharfe Kritik an seiner Person und an der Perestroika insgesamt anhören: Die Reformpolitik sei auf ganzer Linie gescheitert; nicht schöpferisch, sondern destruktiv sei die von ihr ausgehende Wirkung. Die politische Führung verfüge über kein Konzept für den Ausweg aus der Krise, sondern pendele hilflos hin und her. Nur die Ausrufung des "wirtschaftlichen Ausnahmezustandes" könne noch helfen. Die von den Republiken beanspruchte ökonomische Autonomie müsse durch ein Moratorium außer

Kraft gesetzt werden. Die von mehreren Republiken, insbesondere den baltischen, errichteten Zollbarrieren müßten beseitigt werden. Sollte sich aber die Lage noch weiter verschlechtern, könnten die Versammelten erwägen, die Wirtschaftspolitik in die eigenen Hände zu nehmen.

Am gleichen Tag wurde ein Aufruf des Zentrumsblocks veröffentlicht. In diesem obskuren Bündnis arbeitet die "konservative" Sojus-Fraktion mit rund 20 Parteien und Grüppchen zusammen, von denen sich einige auch als reformerisch und liberal-demokratisch bezeichnen. Der Aufruf warf Gorbatschow Unentschlossenheit und verspätetes Handeln vor. Gegenrezept: der Ausnahmezustand müsse ausgerufen und ein fraktions-übergreifendes Notstandsregime namens "Nationales Rettungskomitee" gebildet werden. Ausschüsse gleichen Namens sollten auch an die Stelle der demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen aller Ebenen treten. Die Armee sei die einzige Kraft, die die Auflösung des Staates noch verhindern könne.

Am 9. Dezember traf sich Gorbatschow mit dem General Igor Rodionow, der angeblich von der Sojus-Fraktion als künftiger Verteidigungsminister favorisiert wird. Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekanntgegeben. Die Meldung ließ auch ohnedies alle Alarmglocken schrillen: General Rodionow ist verantwortlich für das Blutbad, das Soldaten am 9. April 1989 in der georgischen Hauptstadt Tbilissi unter einer passiv demonstrierenden Menschenmenge angerichtet hatten.

Am 12. Dezember ließ sich KGB-Chef Krjutschkow in einer vom Fernsehen übertragenen Rede mit antiimperialistischen Tönen vernehmen, wie man sie gar nicht mehr gewohnt war: Das Anwachsen radikal-oppositioneller und separatistischer Bewegungen werde von ausländischen Geheimdiensten und Kräften unterstützt, die schon seit Jahren einen "geheimen Krieg" gegen die UdSSR führten. Der KGB sehe es als seine Pflicht an, solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR nicht zuzulassen. Der KGB werde alles tun, um einen Zusammenbruch der Union zu verhindern, um die Ordnung wiederherzustellen und den Gesetzen Geltung zu verschaffen.

Am 17. Dezember begann die mehrtägige Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten, also des Parlaments. Eine Abgeordnete aus der Sojus-Fraktion richtete gleich zu Beginn eine beispiellos scharfe Kritik gegen Gorbatschow: "Er zerrüttete das Land, stürzte die Völker in Konflikte und machte die Großmacht zum Bettler". "Sie brachten Hunger, Blut und Tränen mit sich!" - Ihr Antrag, ein Mißtrauensvotum gegen Gorbatschow in die Tagesordnung aufzunehmen, wurde mit 1.288 gegen 426 Stimmen abgelehnt.

Am 19. Dezember wurde ein von 50 Abgeordneten und einigen Prominenten unterzeichneter Offener Brief publiziert, der Gorbatschow aufforderte, über die "Krisenregionen" den Ausnahmezustand zu verhängen und sie mit Präsidential-Dekreten zu regieren. Unter dem Text standen u.a. die Namen von Generalstabschef Moissejew, Vize-Verteidigungsminister Warannikow und vom Kirchenoberhaupt Rußlands, Patriarch Alexej II.

Gorbatschow reagierte prompt: in einer überraschend angesetzten Rede beim Deputiertenkongreß übernahm er vollständig die Tendenz des Offenen Briefs: er sei sehr besorgt über die Lage in den baltischen Republiken, aber kritisch sei die Lage auch in Moldova, Georgien und Nagorny Karabach. "Wenn die Situation besonders angespannt ist und eine ernsthafte Bedrohung des Staates und des Wohlergehens der Menschen besteht", werde er nicht zögern, den Ausnahmezustand zu verhängen, Regionen direkt der Zentralregierung zu unterstellen und mit außerordentlichen Vollmachten zu regieren.

Am folgenden Tag teilte Außenminister Schewardnadse dem Parlament seinen Rücktritt mit. Das sei ein "Zeichen des Protests gegen die Feinde der Perestroika" und eine Warnung vor den Gefahren der Diktatur: "Eine Diktatur kommt auf, und wenn Sie eine Diktatur schaffen, kann niemand sagen, wer der Diktator sein wird." - Er sei ein Freund von Gorbatschow, doch könne er nicht schweigend zusehen, wenn die gewählte Volksvertretung ihre Macht dem Präsidenten ausliefere.

Mit 1.540 gegen 52 Stimmen, bei elf Enthaltungen, forderte der Deputiertenkongreß Schewardnadse auf, im Amt zu bleiben. Es scheint, daß auch die meisten "konservativen" Abgeordneten in diesem Sinn abgestimmt haben. Sicher nicht, um Schewardnadse als Außenminister zu behalten, sondern wohl eher, um auszudrücken, daß man die Begründung für seinen Rücktritt nicht akzeptierte.

Sojus-Sprecher Oberst Alksnis begrüßte allerdings den Rücktritt Schewardnadses als "Schritt in die richtige Richtung". Generalstabschef Moissejew wies Schewardnadses Warnungen vor dem Herannahen einer

Diktatur als unbegründet zurück. Es gebe auch keinen Anlaß, den Ausnahmezustand auszurufen. - Seltsam genug, denn Moissejew selbst hatte ja gerade eben dies durch den von ihm mitunterzeichneten Brief gefordert.

Schon auf dem 28. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 war die Außenpolitik des "Neuen Denkens" Gegenstand heftigster Angriffe gewesen, die insbesondere von hochrangigen Militärs vorgetragen wurden. Ein zentrales Thema der Kritik: Gorbatschow und Schewardnadse hätten die DDR und Osteuropa "verspielt", hätten die dortigen sozialistischen Führer und Parteien "preisgegeben", hätten der BRD, den USA und überhaupt dem Westen viel zuviele Konzessionen gemacht. Die Regierung überschätze die Bedeutung der Beziehungen zu den kapitalistischen Großmächten und vernachlässige ihre traditionellen Beziehungen zur Dritten Welt.

Zu den Kritikern gehörte damals auch Generalstabschef Moissejew: Die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands bedeute eine große Kräfteverschiebung zuungunsten der Sowjetunion. Der Westen versuche, die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa auszunutzen und die UdSSR zu einer zweitklassigen Macht zu degradieren. Den Sprüchen westlicher Politiker über Veränderungen ihrer Militärstrategie entspreche bisher die Praxis nicht.

Das sind alles eigentlich keine sensationellen Feststellungen, aber die dem Außenministerium nahestehenden Medien behaupten tatsächlich das Gegenteil. Ihrer Ansicht nach ist die Ära der Konfrontation bereits vorbei, die friedliche Beilegung von Konflikten ist Haupttendenz unserer Zeit, und die Westmächte werden nur noch als Partner, nicht auch als Gegner der Sowjetunion wahrgenommen.

Zur Kritik an der sowjetischen Europa-Politik sind in den letzten Monaten kontroverse Ansichten über die Politik Gorbatschows und Schewardnadses zur Golfkrise hinzugekommen. Einige Kritiker meinen, die Regierung sei allzu willfährig und initiativlos jedem Schritt der USA hintergetrottet. Die Präsenz einer so riesigen US-Streitmacht in relativer Nähe zu den sowjetischen Grenzen stelle eine strategische Bedrohung der Sowjetunion und eine gefährliche Verschiebung des militärischen Gleichgewichts dar. Quer zur Hauptfront zwischen "Konservativen" und "Liberalen" gibt es in beiden Lagern Kräfte, die gern eine militärische Beteiligung der UdSSR an der Strafexpedition gegen den Irak gesehen hätten. Die einen, um der einseitigen strategischen Stärkung der USA etwas entgegenzusetzen; die anderen, um die Sowjetunion noch enger in die "zivilisierte Weltgemeinschaft" einzuführen und auch praktisch zu zeigen, daß man mit verrückten Aggressoren wirklich rein gar nichts mehr gemein hat.

Wahrscheinlich ist der außenpolitische Effekt von Schewardnadses Rücktritt - bisher hat Gorbatschow keinen Nachfolger ernannt und Schewardnadse ist immer noch amtierender Minister - weit größer gewesen als der innenpolitische. Er signalisierte dem Westen, daß bei einer verschärft repressiven und gar bei einer diktatorischen Entwicklung in der UdSSR auch einige Elemente der sowjetischen Außenpolitik des "Neuen Denkens" zur Disposition gestellt werden könnten.

Die Politik der Westmächte war bisher auf Erhalt oder Wiederherstellung einer gewissen Stabilität in der UdSSR orientiert. Eine auseinanderfallende Sowjetunion mit einer kaputten Ökonomie und mit Millionen von Auswanderungswilligen, vielleicht sogar mit militärischen Konfrontationen, würde gewaltige, kaum einzuschätzende Risiken produzieren. Der Westen hat deshalb bisher weitgehend auf den Versuch verzichtet, die Widersprüche in der UdSSR politisch anzuheizen. Den baltischen Republiken, deren Regierungen geradezu verzweifelt an die Solidarität des kapitalistischen Westens appellierten, wurde nur die kalte Schulter gezeigt. Gleiches gilt für andere Republiken der UdSSR, die volle Souveränität und staatliche Unabhängigkeit anstreben, wie Georgien, Armenien und Moldova.

Daß Gorbatschow sich dem Zerfall der Union widersetzt, daß er dabei mitunter sehr ruppig mit den Republiken umspringt, daß er gern auch mal wilde Drohungen ausstößt, wurde im Westen verständnisvoll kommentiert und tat der Popularität des meistgeliebten Kommunisten aller Zeiten bisher keinen Abbruch. Gorbatschows Ankündigungen, nicht gerade gewaltfrei für Ordnung sorgen zu wollen, fanden ein eher wohlwollendes als ablehnendes Echo.

Nun zeichnet sich nach dem von Gorbatschow angeordneten Einsatz der Armee in Litauen eine gegenläufige Tendenz ab: Die US-Regierung hat eine sehr deutliche Warnung ausgesprochen, indem sie das Vorgehen Gorbatschows als "provozierenden Einschüchterungsversuch" verurteilte und eine genaue Beobachtung der Entwicklung nach diesem "ernsten Schritt zu einer Eskalation der Spannung" ankündigt. Die sowjetische

Regierung antwortete in gleicher Sprache, indem sie die "Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion" zurückwies, die nur dazu beitragen könne, die Lage anzuheizen.

Ohnehin waren in den USA nach dem Rücktritt Schewardnadses einflußreiche Stimmen laut geworden, die sich dagegen aussprachen, die Alarmsignale einer "Rückwendung" in der UdSSR zu übersehen, und die für außenpolitische Gegensignale plädieren. Möglicherweise auch in diesem Zusammenhang ist eine Verschiebung des für den 11.-13. Februar geplanten Gipfeltreffens Bush-Gorbatschow ins Gerede gekommen. Falls zu diesem Zeitpunkt in den Straßen von Vilnius und anderen baltischen Städten Blut geflossen sein sollte, würde Bush erhebliche Schwierigkeiten haben, gute Miene zu machen. Im Schatten eines Krieges am Golf wäre freilich in der Sowjetunion einiges möglich.

Auf jeden Fall würde eine direkte militärische Konfrontation in Litauen große Beunruhigung in Polen auslösen. Die polnische Regierung hat, ebenso wie auch die tschechoslowakische, im vergangenen Jahr enge Beziehungen zu den baltischen Republiken geknüpft, die nahe an eine volle "diplomatische Anerkennung" herankommen. Würde die Armee die litauische Unabhängigkeit und damit wohl zwangsläufig auch die Demokratie zerschlagen, könnte dies in Polen als Bedrohung der eigenen Souveränität aufgefaßt werden. Immer noch stehen sowjetische Truppen (50.000 Mann) im Land, und zugleich ist Polen auch Transitstrecke für die aus der DDR abziehenden Einheiten (370.000 Mann). Das hat schon jetzt für Konfliktstoff gesorgt. Polen beklagt sich, daß es das einzige Land sei, mit dem die UdSSR noch keinen Rückzugs-Vertrag geschlossen hat. Es droht, den Durchzug aus der DDR künftig zu blockieren, solange der Abzug der Sowjetarmee aus Polen selbst nicht geregelt ist. Bei einer militärischen Besetzung Litauens wäre nicht einmal auszuschließen, daß es in Polen nationalistische Angriffe auf sowjetische Truppen und Militäranlagen geben könnte. Wie würde dann die sowjetische Reaktion aussehen? Ohne einen Krieg am Golf, der wenigstens vorübergehend andere Probleme zudecken würde, könnten die allgemeinen Ost-West-Beziehungen wieder einmal in eine Spannungsphase geraten.

Meldung vom Tage: Sojus-Sprecher Oberst Alksnis hat, ausgerechnet im lettischen Rundfunk, die Verhängung des Ausnahmezustands über das ganze Land, noch im Januar oder spätestens im Februar, gefordert. Eine "Regierung zur Rettung des Vaterlands" müsse gebildet werden, der unterschiedliche Leute angehören könnten. Gorbatschow und Jelzin selbstverständlich nicht. Aber fähige Militärs sollten in die Regierung aufgenommen werden. Beispielsweise, so Alksnis, der General Igor Rodionow. Man erinnert sich? 9. April 1989, Tbilissi.

Kt., 10.1.91

5. Wer ruft die Deutschen an die Front?

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:45

Der deutsche Imperialismus befindet sich aktuell in einer Phase des Umbruchs. Er will seine eigentliche Stärke, die Fähigkeit zur ökonomischen Durchdringung, erhalten und auf dem Gebiet der klassischen Machtpolitik zugleich nachholen, was ihm bisher versagt geblieben ist. Im Kontext der Golfkrise resultiert daraus eine durchaus widersprüchliche Interessenlage.

Auf der einen Seite ist im herrschenden Lager mehrheitlich kein Interesse festzustellen, die mit dem Golfkrieg verbundenen Risiken tatsächlich auszureizen, zumal die Hegemonie des US-Imperialismus durch diesen Krieg nur noch verfestigt würde. Die Weltgeltung der BRD ist derzeit allein ökonomisch fundiert, während sie hinsichtlich der klassischen Machtentfaltung imperialistischer Weltpolitik noch weit davon entfernt ist, den USA oder auch nur Frankreich bzw. Großbritannien das Wasser zu reichen.

Auf der anderen Seite ist die Golfkrise für Bonn ein Hebel, um unauffällig auch den Ausbau militärischer Spielräume über die Bühne zu bringen. Hierbei geht es nicht zuletzt auch darum, für den - eigentlich unerwünschten - Fall des Kriegsausbruchs ein paar Trümpfe im Spiel zu haben, um Neuordnungspläne anschließend mit beeinflussen zu können. Die Delikatesse liegt darin, jenen statuspolitischen Positionsausbau in einer Weise herbeizuführen, die das Kriegsrisiko nicht unzulässig forciert.

In der Ausformung dieses Widerspruchs läßt sich recht eindeutig eine primär auf Status- und Machtexpansion setzende Gruppe von Hardlinern (u.a. Stoltenberg, Rühe, Schmückle und Altenburg) von der durch Genscher repräsentierten Pfeffersack-Clique unterscheiden, die Weltgeltung in erster Linie am Kassenbeutel festzumachen pflegt. Diese ist zwar ebenfalls daran interessiert, das militärische Gewicht der Nation zu erhöhen - nicht jedoch um jeden Preis. Insbesondere möchte sie jene Optionsausweitung möglichst konsensual durchzusetzen. Ungeachtet jener Differenz sind beide Seiten daran interessiert Reibungsverluste insbesondere in zweierlei Hinsicht zu vermeiden:

Innenpolitisch ist auf eine Stimmung Rücksicht zu nehmen, die die deutsche Weltmachtrolle ablehnt, sobald Blut dabei fließt. Um den innenpolitischen Konsens zu konservieren, wird deshalb bevorzugt auf die schon von Adenauer mit Bravour beherrschte Methode zurückzugriffen, für das deutsche Publikum jeweils als NATO-Forderung zu verkaufen, was in den diskreten Hinterzimmern der Diplomatie zuvor als der eigene dringende Wunsch artikuliert und durchgesetzt worden war.

Außenpolitisch ist die Politik des "Germans to the front" mit einer doppelten Hürde konfrontiert. Einerseits gibt es auch im NATO-Bereich nach wie vor die auf den Erfahrungen mit der Wehrmacht beruhenden Vorbehalte gegen deutsche Landser in aller Welt. Auch 1990 noch hatte es in der norwegischen Öffentlichkeit einigen Wirbel verursacht, daß im Rahmen einer norwegischen AMF-Übung erstmals auch deutsche Kampfsoldaten zugelassen waren. Andrerseits hat mit dem Ende des kalten Krieges die zwischenimperialistische Konkurrenz an Gewicht gewonnen. Da mögen sich die USA zwar sehr gerne den Golfkrieg von Bonn teilfinanzieren oder eigene Kriegsschiffe im Mittelmeer und am Suezkanal durch deutsche ersetzen lassen. Weder von Washington, noch von London oder Paris ist jedoch eine Stellungnahme bekanntgeworden, die tatsächlich gesagt hätte: "Germans to the front!" Warum sollte auch ein vierter imperialistischer Konkurrent dazu eingeladen werden, an der unmittelbaren Kriegsführung und -beute teilzuhaben? Stattdessen scheint - im krassen Gegensatz zu dem hier verbreiteten Eindruck - diesbezüglich die Reserviertheit zu überwiegen:

- Als sich der Bundeskanzler im August 1990 in persönlichen Gesprächen mit westeuropäischen Regierungschefs darum bemühte, das WEU-Votum für einen von der Bundeswehr mitgetragenen Golf-Einsatz herbeizuführen, hatte es international nicht nur keine zustimmenden Äußerungen gegeben. Die Bonner Bemühungen um die Golf-Flotte wurden von Italien stattdessen offen torpediert. Daß das diesbezügliche, gegenüber Andreotti telefonisch und persönlich vorgetragene Anliegen des Kanzlers von dessen Außenminister De Michelis prompt der Öffentlichkeit preisgegeben wurde, suchte später auch der Bonner Regierungssprecher mit dem Euphemismus "ein wenig merkwürdig" zu belegen. (FAZ, 16.8.90) Tatsächlich war die Bloßstellung ein handfester diplomatischer Skandal.

- Mit eisigem Schweigen übergingen die westlichen Verbündeten den am 3. Oktober 1990 erstmals in den USA veröffentlichten Vorschlag des deutschen Verteidigungsministers, 60 Tornados der Bundeswehr an die türkisch-irakische Grenze zu verlegen.

- Höchst reserviert klang selbst die amerikanische Stellungnahme zur Entsendung der AMF. (1) Daß dieser Tonfall auf einer Enttäuschung über mangelhaftes deutsches Engagement beruht, ist angesichts der Zurückhaltung bei weitergehenden Vorschlägen (s.o.) eher unwahrscheinlich.

Was sich aus unserem Blickwinkel wie ein innenpolitisches Gerangel zwischen Genscher und Stoltenberg ausnimmt, könnte also durchaus auch von einer internationalen Konfliktlinie unterlegt sein. In diesem Kontext würde der Streit um die Frage gehen, ob in der Frage der Statuserweiterung die Risikobereitschaft vorhanden ist, ggfls. auch die Verprellung von Verbündeten in Kauf zu nehmen.

Wie eindeutig diese Konfliktlinie konturiert ist, ist derzeit unbekannt. Sicher ist nur, daß die Bundesregierung kein Interesse daran hätte, derartige Widersprüche vor deutschem Publikum bloßzulegen, basiert doch ihre ganze Akzeptanzstrategie auf der Behauptung, von den anderen zur Machtentfaltung immerzu nur gedrängelt worden zu sein...

max.

Anmerkung

1) Nachstehend die Stellungnahme des amerikanischen State Department im vollständigen Wortlaut. Im Jargon der Diplomatie kann eine "Begrüßung" kaum frostiger ausfallen:

"NATO decided today, at a meeting of its Defense Planning Committee, to deploy the air component of the Allied Command Europe Mobile Force to Turkey. Turkey asked the Alliance for this help in order to deter the threat posed by Iraq and demonstrate NATO's solidarity with Turkey in this crisis. The NATO unit that will go to Turkey includes squadrons of aircraft from Germany, Italy, and Belgium. This Alliance move is significant in three respects: First, the Allied Command Europe Mobile Force has never before been deployed in a crisis to defend an ally. Second, the decision demonstrates the Alliance's support for the coalition effort and Turkey's part in it against Saddam Hussein. Third, the deployment confirms the importance and effectiveness of the Alliance in the post- Cold War era.(End text)" (aus: U.S. Policy Information And Texts, 1/1991)

6. Deutsche Soldaten in alle Welt? Anmerkungen zu einer geplanten Grundgesetzänderung

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:01

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wollen in der neuen Legislaturperiode im Bundestag eine Grundgesetzänderung durchbringen, die den Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des NATO-Vertragsgebiets verfassungsrechtlich möglich machen soll. Bundeskanzler Kohl ist hierzu "fest entschlossen". (1)

Die angestrebte Verfassungsänderung ist von großer politisch- symbolischer Bedeutung, soll mit ihr doch der Einstieg in eine neue Ära deutscher Machtpolitik abgesegnet werden. Die Golfkrise ist in diesem Zusammenhang willkommener Anlaß, bisher gültige Beschränkungen der Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte über Bord zu werfen.

Als Verlierer des Zweiten Weltkriegs mußte sich die deutsche Politik in der Nachkriegsphase gewisse Zurückhaltung auferlegen. Sie wies - im Vergleich zur Politik der anderen großen westeuropäischen Staaten Frankreich und Großbritannien - ein relativ niedriges weltpolitisch-militärisches Profil auf. Spätestens mit der Annexion der DDR ist die Zeit der außen- und militärpolitischen (Selbst-)Beschränkung Deutschlands vorbei. Die vergrößerte BRD will jetzt endlich eine ihrem ökonomischen Potential und ihren als global definierten Interessen entsprechende weltpolitische Rolle spielen.

Der Faktor Militär erfährt in diesem Kontext eine Auf- und Neubewertung. Machtpolitik soll auch auf militärische Mittel abgestützt werden können, Militär wird als Instrument der Politik folglich auch nach dem Sieg des Westens im Ost-West-Konflikt nicht überflüssig, sondern bekommt im weltweiten "Spiel der Mächte" neue Aufgaben übertragen. Damit einher geht eine Neu-Legitimation deutscher Streitkräfte. Hatten diese ihre Legitimation bisher wesentlich aus der "Bedrohung aus dem Osten" bezogen, so gilt es nach dem offensichtlichen Wegfall dieser "Bedrohung" neue Rechtfertigungen für den Erhalt deutscher Streitkräfte zu finden. Und da bietet sich die "Bedrohung aus dem Süden" an (islamischer Fundamentalismus, Terrorismus, Drogen, Flüchtlingsströme, "verrückte" Diktatoren,...). "Durch eine neue Aufgabe für die Bundeswehr, welche den Frieden in Krisenregionen der Welt sichert und die nationalen Interessen außerhalb Europas militärisch "verteidigt", soll der Akzeptanzkrise der Bundeswehr entgegengewirkt werden". (2)

Die deutschen Streitkräfte werden für ihre neuen Aufgaben neu zugeschnitten, wobei die Betonung auf hochmodernen, sehr beweglichen und feuerkräftigen, für vielfältige Eventualfälle auch weit entfernt von der ehemaligen Zentralfront in Europa einsetzbaren Einheiten liegt. Bundeswehr-Generalinspekteur Wellershoff fordert "hochpräsente bewegliche Kräfte ..., weil die Beteiligung an internationalen oder gar multinationalen Aktionen an den Flanken Europas, und eines Tages möglicherweise darüber hinaus, notwendig wird. Deshalb muß man mobil sein, deshalb nimmt die relative Bedeutung von Seestreitkräften zu, auch von hochbeweglichen Land- und Luftstreitkräften, die ich an Krisenherde transportieren kann. Auch die Bedeutung des Lufttransportes wird sicherlich zunehmen." (3)

Deutsche Weltmachtpolitik im westeuropäischen Verbund

Das deutsche Ausgreifen in die Weltpolitik und seine militärische Unterfütterung vollzieht sich allerdings nicht im nationalen Alleingang, sondern im Rahmen der westeuropäischen Integration; namentlich die EG dient als Transmissionsriemen dieser Politik. Das wirkt sich auf zweierlei Weise aus: Zum einen in der Form der europäischen Einbindung deutscher Politik, zum anderen in Form der deutschen Führung europäischer Politik. Zum ersten Aspekt: Die westeuropäische Integration zwingt die deutsche Politik zum Interessenabgleich mit den anderen europäischen Staaten (insbesondere den großen - Frankreich, Großbritannien, Italien), so daß sich nationale deutsche Interessen i.d.R. nicht in "Reinform" werden durchsetzen lassen. Die BRD hat bei diesem Interessenabgleich eine recht komfortable Position aufgrund ihrer ökonomischen Stärke. Doch man wird sich nicht auf diese allein verlassen wollen, sondern auch die militärische Dimension mit einbeziehen, d.h. die eigene militärische Potenz als Karte im westeuropäischen Mächtespiel einsetzen. Um das aber erfolgreich tun zu können, müssen bisherige militärische Beschränkungen abgelegt werden. - Zum zweiten Aspekt: Da

Deutschland im westeuropäischen Deal um Rang, Einfluß und Positionen die besten Karten hat, kann es die Führungsrolle in (West-) Europa übernehmen.

M.a.W.: Im Widerspruch von europäischer Einbindung Deutschlands und deutscher Führung Europas bildet letzteres die Hauptseite.

Was ins Haus steht, ist mithin nicht eine Neuauflage nationalistisch-chauvinistischer Weltpolitik eines großdeutschen "Vierten Reiches" im Alleingang, sondern die Herausbildung einer (Militär-)Großmacht (West-)Europa unter deutscher Hegemonie.

Diese Großmacht Westeuropa wird in der jetzt beginnenden neuen Phase der Weltpolitik, neben den USA und Japan den dritten imperialistischen Machtpol bilden. Die innerimperialistischen Widersprüche, die in der Phase des ost-westlichen Systemgegensatzes relativ ruhiggestellt werden konnten bzw. mußten (wegen der gemeinsamen Gegnerschaft zum realsozialistischen Lager unter Führung der UdSSR), werden wieder schärfer werden.

Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche heißt auch, daß sich die militärpolitische Allianz USA - Westeuropa, die durch die militärische Dominanz der USA und eine Juniorpartnerrolle der Westeuropäer, sowie eine Arbeitsteilung der Art gekennzeichnet war, daß die Westeuropäer den USA die militärische "Drecksarbeit" in der Dritten Welt weitgehend überließen, künftig nicht wird umstandslos fortschreiben lassen. Die Westeuropäer werden stärker als früher nach von den USA unabhängigeren Fähigkeiten zu weltweiter militärischer Machtprojektion streben (müssen). Die Bemühungen um eine Aktivierung der WEU zeigen, wohin die Reise gehen soll. Die WEU hatte schon in der Golfkrise 87/88 die Koordination der westeuropäischen Militäraktionen in der Region übernommen und hat dies seit August 1990 in der jetzigen Krise in noch umfassenderer Weise wieder getan - Ziel ist die Fortentwicklung der EG zu einer Europäischen Politischen Union mit Zuständigkeit auch für die Sicherheits- und Militärpolitik - inklusive des Aufbaus von EG-Eingreiftruppen.

Eine solche Westeuropäisierung von Sicherheits- und Militärpolitik bedeutet aber auch, daß die Verfügbarmachung deutschen militärischen Potentials über die bisherigen Beschränkungen hinaus ebenfalls nicht im nationalen Alleingang gegen die anderen Mächte durchgesetzt werden soll, sondern in penibler Abstimmung mit ihnen (wenn von offizieller Seite für deutsche Streitkräfte mit globalen Aufgaben votiert wird, so stets im Rahmen "multinationaler" Truppen - s. exemplarisch das Zitat von Wellershoff oben). Mehr noch: in der Öffentlichkeit kann sich deutsche Politik sogar den Anschein geben, als wolle sie eine auch militärisch abgestützte weltpolitische Rolle eigentlich gar nicht übernehmen, sondern gebe nur widerstrebend dem Drängen der anderen nach. In der Golfkrise wird das mustergültig vorgeführt: Von den USA bis Luxemburg beklagen sich alle, daß "die Deutschen" mehr Verantwortung für den Weltfrieden übernehmen müßten, weil sie ja seit der deutschen Wiedervereinigung wieder Großmacht seien, und die deutsche Seite ziert sich und beugt sich schließlich "schweren Herzens" mit dem Argument, daß man den anderen die Solidarität ja nicht versagen könne.

Eine günstigere Situation ist für die deutsche herrschende Klasse kaum noch vorstellbar: Eigene Ansprüche auf eine weltpolitische Rolle hinter dem Drängen der anderen Staaten - einschließlich der UdSSR -, man möge doch bitte eine solche Rolle übernehmen, verstecken zu können. Bisher hat die deutsche Politik diese Situation geschickt ausgenutzt, und man muß damit rechnen, daß sie das auch weiterhin tun wird. M.a.W.: nicht nationalistische Großmacht-Kraftmeierei von Strauß-Epigonen, sondern der Samtpfoten-Imperialismus von Genscher wird Haupttendenz deutscher Außenpolitik bleiben - auch in der nun beginnenden neuen Phase deutscher Machtpolitik.

Grundgesetzänderung als Ausdruck deutscher machtpolitischer Ansprüche

Man wird davon ausgehen können, daß die geplante Grundgesetzänderung, mit der der Einsatz deutschen Militärs außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - "out of area" - verfassungsrechtlich möglich gemacht werden soll, ein Doppelgesicht haben wird. Zum einen ist sie politisches Symbol dafür, daß Deutschland aus der Phase relativ zurückhaltender Außenpolitik endgültig heraustreten will und beansprucht, die Durchsetzung eigener Interessen künftig auch über den europäischen Raum hinaus militärisch abzustützen, zum anderen wird sie so gestaltet werden, daß nach außen ein bescheidenes Einfügen eigener militärischer Macht in

internationale Zusammenhänge rübergebracht wird (daher die starke Betonung der UNO-Option, s. dazu ausführlich unten).

Die Schwierigkeit oppositioneller Kritik an der Grundgesetzänderung wird folglich darin bestehen, herauszuarbeiten, daß trotz der vorgeblichen "Bescheidenheit" mit der Grundgesetzänderung der Beginn einer neuen Phase imperialistischer deutscher Politik demokratisch-parlamentarisch abgesegnet wird und daß gerade die "internationalistische" Form des Einbringens des eigenen militärischen Potentials die geschickteste Art bildet, damit eigene Interessen wahren zu können.

Um es an einem - in absehbarer Zukunft durchaus realistischen - Beispiel zu verdeutlichen: Wenn es darum ginge, in Jugoslawien im Bürgerkrieg dazwischen zu gehen und "Ordnung zu schaffen" - oder in Algerien -, dann wären nationale deutsche Streitkräfte dafür deplaciert, aber eine westeuropäische Eingreiftruppe für den Fall Jugoslawien (in der die Deutschen das Kommando hätten und das Hauptkontingent stellen würden, flankiert von ein paar Briten, Dänen, Italienern usw.) oder eine multinationale Friedenstruppe für den Fall Algerien (unter deutsch-französischer Führung) - das ginge schon eher, ist im eigenen Land und im Ausland vermittelbarer und erfüllt denselben Zweck weit besser.

Man hüte sich in der Kritik mithin vor falschen Vergleichen und unglaubwürdigem Alarmismus. Also nicht: die Herrschenden ziehen die Grundgesetzänderung durch, weil sie morgen im Persischen Golf und vor den Küsten Chinas Kanonenbootpolitik in der Tradition früherer Deutscher Reiche betreiben wollen, sondern es geht um die Bereitstellung auch militärischer Mittel, um der Durchsetzung eigener Ansprüche und Interessen im Kontext einer sich herausbildenden Weltmacht Westeuropa Nachdruck zu verleihen. (Man bedenke: Militärische Mittel wirken nicht nur und nicht erst, wenn man sie tatsächlich einsetzt, sondern schon dann und schon allein dadurch, daß alle Welt weiß, daß man sie einsetzen könnte...) Dabei dürfte auf absehbare Zeit der tatsächliche militärisch effiziente Einsatz deutscher Streitkräfte auf eine Einflußzone beschränkt bleiben, die mit den o.g. Beispielen Jugoslawien und Algerien gekennzeichnet wurde: Osteuropa und Nordafrika (was die politisch-symbolische Präsenz deutscher Kontingente im Rahmen multinationaler Streitkräfte anderswo auf der Welt - etwa auch in der Golfregion - künftig nicht ausschließt; aber zur tatsächlich militärisch wirksamen globalen Machtprojektion ist es für Deutschland - auch im westeuropäischen Verbund - noch ein weiter Weg - man bedenke, daß selbst die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien hierfür in der jüngsten Vergangenheit auf US-Unterstützung angewiesen waren).

Von den Windungen und Wendungen der völkerrechtlichen Debatte

Es dürfte deutlich geworden sein, daß hier die Einschätzung vertreten wird, daß herrschende Politik die Grundgesetzänderung auf alle Fälle will - unabhängig vom Ausgang der aktuellen Golfkrise. Denn diese Verfassungsänderung hat mehr mit einer grundsätzlichen Weichenstellung deutscher Außenpolitik als mit der Golfkrise zu tun. Die Golfkrise ist Aufhänger, nicht Ursache der Grundgesetzänderung. Bekanntlich mischt die BRD auch heute schon - trotz Grundgesetz - in der Golfkrise militärisch mit. (4) Wenn die Golfkrise doch noch ohne Krieg beigelegt werden kann, so wird eine Grundgesetzänderung wohl relativ rasch angestrebt werden. Herrschende Politik wird argumentieren, daß die Golfkrise gezeigt habe, wie wirkungsvoll das entschiedene, auch militärische Auftreten der Völkergemeinschaft sein könne; die Deutschen dürften sich künftig folglich nicht mehr außerhalb der Völkergemeinschaft stellen, wenn es gelte, einen Aggressor in die Schranken zu weisen. Wenn es doch noch zum Krieg kommt, wird man wohl eine mehrmonatige Schamfrist verstreichen lassen müssen, während der die grauslichen Kriegsbilder in Vergessenheit geraten sollen, und erst dann wird man den Vorstoß zur Verfassungsänderung wagen.

Einen solchen Vorstoß wird es aber über kurz oder lang geben. Denn die Hauptlinie herrschender Politik hat sich auf die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung zur Ermöglichung des Einsatzes deutscher Streitkräfte "out of area" festgelegt. Herrschende Meinung in Politik und Völkerrecht nämlich ist, daß das Grundgesetz (GG) einen solchen Einsatz gegenwärtig verbiete. Kanzler Kohl am 11.6.1987, anläßlich der damaligen Debatte um die Beteiligung deutscher Streitkräfte an den Einsätzen von US-Marine und westeuropäischer Flotten im Persischen Golf während des iranisch-irakischen "Tankerkriegs": "Ich habe im Vorfeld deutlich erklärt, Kriegsschiffe und Soldaten in den Golf zu entsenden, ist indiskutabel. Unsere Verfassung verbietet das." (5)

Diese Position geht zurück auf einen Beschluß des Bundessicherheitsrates vom 3.11.1982, der "out of area"-Einsätze der Bundeswehr als unvereinbar mit dem GG erklärte. (6) Grundlage für diesen Beschluß war eine Studie des Auswärtigen Amtes vom 6.4.1981, in der eine enge Auslegung des Verteidigungsbegriffs des GG vertreten wurde. In Artikel 87a GG heißt es: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf ... Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt" (solche "ausdrücklichen Zulassungen" gibt es im GG nur bezüglich des inneren Einsatzes der Streitkräfte - Stichwort Notstandsgesetze). (7) Daraus leitete die Studie des Auswärtigen Amtes (AA) ab, daß deutsche Streitkräfte nur bei einem Angriff auf die BRD oder auf einen NATO-Partner - wenn dieser Angriff innerhalb des NATO-Vertragsgebiets erfolgt (s.u.) - militärisch eingesetzt werden dürften.

Das Recht zum militärischen Beistand auch für einen angegriffenen NATO-Partner leitet sich dabei aus Artikel 51 der UN-Charta her, in dem das "naturgegebene Recht" nicht nur zur individuellen, sondern auch zur "kollektiven Selbstverteidigung" festgelegt ist. Der Nordatlantikvertrag bezieht sich in seinem Artikel 5 ausdrücklich auf diesen Artikel 51 UNCh; allerdings ergibt sich aus Artikel 5 nur die Pflicht, "Beistand" zu leisten, nicht aber eine Pflicht zum militärischen Beistand. (8) Artikel 6 des Nordatlantikvertrags schließlich legt das Gebiet fest, in dem ein Angriff auf einen Bündnispartner den Bündnisfall auslöst: "Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika,..., auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet". Diese geographische Begrenzung bedeutet allerdings nicht, daß nach erfolgtem "Angriff" sich die militärischen Verteidigungshandlungen auf dieses Gebiet beschränken müssen. (9) M.a.W.: Wenn im Vollzug militärischer "kollektiver Selbstverteidigung" nach einem Angriff auf die BRD NATO-Truppen in die DDR, Polen und die Tschechoslowakei vorgestoßen wären, so wäre dies sowohl Grundgesetz- als auch Nordatlantikvertrags-konform gewesen oder - heute sehr viel aktueller: Wenn nach einem Angriff des Irak auf die Türkei Tornados der Bundeswehr von türkischen Basen aus Luftangriffe gegen irakische Städte fliegen und die deutschen Luftlandeeinheiten der Allied Mobile Force von Türkisch-Kurdistan aus ins irakische Hinterland verbracht würden, so wäre auch dies mit dem GG vereinbar, weil im Rahmen "kollektiver Selbstverteidigung" der NATO gemäß Nordatlantikvertrag, denn die Türkei gilt, da sie geographisch auch Anteil an Europa hat, als Bestandteil des NATO-Vertragsgebiets.

Ohnehin sind auch heute schon vielerorts außerhalb des NATO-Vertragsgebiets Bundeswehrsoldaten aktiv, allerdings nicht im Einsatz, sondern in "Verwendung": "Einsatz bedeutet Verwendung der Streitkräfte als Mittel der vollziehenden Gewalt. Das Kriterium ihrer Bewaffnung ist nicht ausschlaggebend, entscheidend vielmehr ist, daß die Streitkräfte zur Ausübung oder Unterstützung von Gewalt zur Durchsetzung einer Position verwendet werden. Eine gewaltneutrale Verwendung ist kein Einsatz i.S. des Art. 87a Abs. 2 GG. Verwendungen der Streitkräfte ausschließlich im Rahmen logistischer Operationen, Unterstützung öffentlicher Dienste, allgemeiner Katastrophenhilfe oder humanitärer Einsätze unterliegen nicht dem verfassungsrechtlichen Vorbehalt." (10) In "Verwendung" befanden bzw. befinden sich deutsche Soldaten im Rahmen deutscher Ausstattungs- und Ausbildungshilfe in zahlreichen Ländern der Dritten Welt, u.a. auch in ausgesprochen diktatorisch regierten oder von Bürgerkrieg geschüttelten Staaten, z.B. in Zaire seit 1979, im Sudan seit 1983. Deutsche Soldaten sind dort tätig "in den Bereichen Straßen- und Pistenbau, Brunnenbohrung, KfZ-Instandsetzung, Funk- und Fernmeldewesen, sanitätsdienstliche Versorgung, Krankenhauswesen, Land- und Lufttransport, fliegerische Ausbildung und Lehrlingsausbildung." (11)

Grundgesetzwidrig wären erst militärische Einsätze der Bundeswehr, die über "Verwendungen" im obigen Sinne hinausgingen oder die außerhalb des o.g. NATO-Vertragsgebiets unabhängig von einem Angriff auf einen NATO-Partner im Vertragsgebiet erfolgten - also etwa ein Einsatz 1987/88 im Persischen Golf, da im Zusammenhang des seinerzeitigen iranisch-irakischen "Tankerkriegs" ja kein Angriff auf die BRD oder einen NATO-Partner im NATO-Vertragsgebiet vorlag oder heute ein Einsatz zur "Verteidigung" Kuwaits gegen die irakische Aggression, da Kuwait ja kein militärischer Bündnispartner der BRD ist.

Aber diese sog. "enge" Auslegung des Verteidigungsbegriffs ist nicht unumstritten. Eine Minderheiten-Meinung in Völkerrecht und Politik geht sehr viel weiter. So verwendet eine Studie aus dem BMVg, vom 16.10.87, die sich kritisch mit der Position des AA auseinandersetzt, einen umfassenderen Verteidigungsbegriff. Danach bedeutet "Verteidigung die Abwehr eines bewaffneten Angriffs eines anderen Staates auf ein völkerrechtlich

geschütztes Rechtsgut der Bundesrepublik Deutschland mit militärischen Mitteln. Zum völkerrechtlich geschützten Bereich der Bundesrepublik Deutschland gehören vor allem ihr Hoheitsgebiet, ihre Staatsangehörigen und alle staatsangehörigen Sachen wie Schiffe und Luftfahrzeuge. Art. 87a Abs. 2 GG hat den Einsatz der Streitkräfte nicht regionalisiert, sondern läßt ihn zu, wo immer die Bundesrepublik Deutschland und ihr völkerrechtlich geschützter Bereich angegriffen werden." Auf dieser Basis erklärt die BMVg-Studie auch den Einsatz deutscher Streitkräfte "zum Schutz deutscher Handelsschiffe auf Hoher See" sowie "Minenräummaßnahmen gegen völkerrechtswidrig gelegte Minen auf internationalen Schiffahrtswegen" für Grundgesetz-konform - im Gegensatz zur Position des AA (Eine weitere Studie aus dem BMVg sieht zusätzlich auch noch den "Einsatz zum Schutz von deutschen Staatsbürgern/Eigentum im Ausland" als verfassungsrechtlich gedeckt an). Nach dieser Auffassung hätte man auch den Angriff iranischer Schnellboote auf das unter deutscher Flagge fahrende Frachtschiff "Dhaulagiri" im Juni 1988 als Angriff auf die Bundesrepublik interpretieren und daraus das Recht zur militärischen Verteidigung ableiten können. (12)

Besonders "heiß" auf den "out-of- area"-Einsatz scheinen die Offiziere der Bundesmarine zu sein, entsprechend weitherzig fällt ihre GG-Auslegung aus. In einem "Vermerk" über eine "Veranstaltung des Deutschen Marineinstituts zum Thema: Zur Problematik des Einsatzes von Seestreitkräften außerhalb des NATO- Vertragsgebietes" heißt es: "Es herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß das bisherige Gutachten des Auswärtigen Amtes zum Einsatz von Seestreitkräften außerhalb des NATO-Gebietes obsolet ist. Sowohl Verfassung als auch Völkerrecht lassen den Einsatz von Streitkräften zur Verteidigung von Rechtsgütern der Verfassung zu. Das heißt im Klartext: Die Bundesmarine kann im Golf eingesetzt werden. Der Kanzler zieht sich aus Feigheit auf die Verfassung zurück (auf die falsche Auslegung), weil er sich nicht traut, den Amerikanern zu sagen, daß er aus innenpolitischen Gründen eine Beteiligung deutscher Seestreitkräfte im Golf nicht möchte. (Nahezu wörtlich gesagt)." In einem in der "International Defense Review" (10/1990) publizierten Stimmungsbericht von "unseren Jungs" auf den Kriegsschiffen der Bundesmarine im östlichen Mittelmeer wird berichtet, daß die meisten Offiziere an Bord überzeugt seien, daß es zu einer GG-Änderung kommen werde, die ihren Einsatz im Golf möglich mache. (13)

R. Scholz, Ex-Verteidigungsminister und Völkerrechtler, plädiert ebenfalls für eine weite GG-Auslegung und bringt dabei zusätzlich zum Art. 87a den Artikel 24, Absatz 2 GG ins Spiel. Unter der Überschrift "Pflicht zum Beistand auch im Persischen Golf" leitet er aus Art. 24, Abs. 2 GG, demzufolge der Bund sich "zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen" könne, ab, daß "rechtlich schon heute keine Vorbehalte gegen einen Einsatz etwa der Bundesmarine im Rahmen einer Friedensmission des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erhoben werden können". (14) Die UNO sei nämlich ein solches System Kollektiver Sicherheit (SKS), und deren Charta habe die BRD bei ihrem Beitritt zur UNO 1973 ohne Vorbehalte akzeptiert. Im Kapitel VII der UN-Charta (UNCh) - insbesondere den Artikeln 42 und 43 - sei nun aber die Pflicht aller UN-Mitglieder zur Teilnahme auch an kollektiven militärischen Sanktionen der UNO und Zurverfügungstellung von Streitkräften auf Ersuchen des UN-Sicherheitsrats für solche Sanktionen festgelegt. (15) Und Scholz erklärt abschließend, daß "die Frage entsprechender Einsätze der Bundeswehr ... nach alledem keine verfassungsrechtliche, sondern allein eine bündnispolitische" sei und begründet seine Position kühl machtpolitisch: "Gerade ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das in entscheidendem Maße auf die Mineralölimporte aus dem Nahen Osten und auf eine freie Seeschiffahrt als führende Exportnation der Welt angewiesen ist, muß sich solchen solidarischen Pflichten in besonderer Verantwortlichkeit stellen. Das Argument, unser Grundgesetz erlaube solche Beistandsleistungen oder solche solidarischen Verteidigungsbeiträge nicht, ist unrichtig". (16)

Wir können Scholz getrost zustimmen, daß "nach alledem" - d.h. den unterschiedlichen Interpretationen des Völker- und Verfassungsrechts - die Frage in der Tat eine politische ist und daß Verfassungs- und Völkerrecht von herrschender Politik, wenn nötig, solange hin- und hergedreht werden, bis es politisch paßt. Für den Fall, daß eine GG-Änderung nicht durchsetzbar sein sollte, haben Scholz und das BMVg also bereits Rückfallpositionen besetzt. Im BMVg heißt es denn auch ganz unverblümt: "Wenn es gelingt, die Bewertung des BMVg vom 16.10.87 (= die o.g. Studie - d. Verf.) zur Basis künftiger Entscheidungen der Bundesregierung zu machen, würde der verfassungsrechtliche Handlungsspielraum der Bundesregierung für Einsätze der Bundeswehr zur Wahrung deutscher Interessen entscheidend erweitert werden". (17)

Eine andere Variante, einen globalen militärischen Einsatz der Bundeswehr rechtlich möglich zu machen, wäre die vertragliche Ausweitung des NATO-Gebiets bzw. die vollständige Aufhebung der geographischen

Begrenzung dieses Gebiets (also eine Änderung von Artikel 6 Nordatlantikvertrag). Dies wäre durch Übereinkunft aller NATO-Mitglieder möglich. Vorstöße in diese Richtung hat es aus konservativen Kreisen (Strauß, Dregger) immer wieder gegeben, und im Zusammenhang mit der aktuellen Golfkrise hat auch der NATO-Oberbefehlshaber Galvin diese Möglichkeit wieder ins Spiel gebracht (18), doch bisher widersetzen sich kleinere NATO-Staaten einer solchen NATO-Vertragsänderung.

Für die oppositionelle Kritik bedeutet die Berücksichtigung dieser Rückfallpositionen, daß wir uns zwar taktisch in unserem Kampf gegen deutsche Weltmachtpolitik und ihre Abstützung auf militärische Mittel auf die herrschende Meinung in Politik und Recht beziehen können, die einen "out-of-area"-Einsatz für GG-widrig erklärt, daß wir uns aber zugleich bewußt sein müssen, daß mit der Verhinderung einer GG-Änderung allenfalls ein Teilerfolg erzielt wäre. Denn auch danach wird herrschende Politik noch Mittel und Wege suchen, deutsche Soldaten im Bedarfsfalle doch noch in alle Welt aussenden zu können. Dies zu verhindern, ist aber das eigentliche Ziel, die Verhinderung der GG-Änderung dafür nur ein Mittel. Daß sich die wesentlichen Exponenten herrschender Politik in dieser Frage sehr weit aus dem Fenster gehängt haben (GG-Änderung muß sein), ist für uns taktisch günstig, weil es für herrschende Politik nach einer eventuellen Niederlage in diesem Punkt erheblich schwerer würde, ihr Ziel doch noch zu erreichen. Aus diesem Grunde lohnt eine Konzentration der oppositionellen Kräfte auf die Verhinderung der GG-Änderung.

Den Hebel des Widerstands gerade hier anzusetzen, ist auch deshalb politisch günstig, weil wir uns damit erstens auf größere Teile der Bevölkerung beziehen können, die einem weltweiten militärischen Engagement des eigenen Staates recht lustlos gegenüberstehen. Eine Allensbach-Umfrage vom September 1990 weist sogar eine Bevölkerungsmehrheit gegen eine GG-Änderung aus. (19) Eine hochgeputschte chauvinistische Stimmung in der deutschen Bevölkerung gibt es z.Z. nicht. Und zweitens besteht eine realistische Chance, die für eine GG-Änderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag tatsächlich zu verhindern. Für diese Zweidrittelmehrheit nämlich braucht es die SPD bzw. einen Teil der SPD-MdBs. Auf ihre Haltung kommt es somit ganz wesentlich an.

Wie wird sich die SPD verhalten?

Die Beschlußlage der SPD ist eindeutig. Auf ihrem Parteitag in Münster im September 1988 wurde nach kontroverser Debatte folgender Antrag angenommen: "Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereichs des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab." (20)

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages hatte eine Gruppe von SPD-MdBs um Bahr, Voigt und Gansel herum im Zusammenhang der damaligen Diskussion um einen "out-of-area"-Einsatz der Bundeswehr einen Versuch gestartet, die SPD-Bundestagsfraktion auf eine GG-Änderung festzulegen, die Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO möglich machen sollte. Gansel u.a. hatten im Juni 1988 einen Vorschlag der SPD-Arbeitsgruppe "Bundeswehreinsätze im Rahmen der VN-Friedenssicherung" präsentiert, der folgende Ergänzung des Artikel 24 GG vorsah: "Die Streitkräfte des Bundes dürfen außerhalb der Grenzen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dem der Bund als Mitglied beigetreten ist, nur im Rahmen des Abschnittes VII der Satzung der Vereinten Nationen oder mit Zustimmung des Sicherheitsrates und der Konfliktparteien bei friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen eingesetzt werden." (21) Gegen diese Position gab es innerhalb der SPD erheblichen Widerspruch. (22) Auf dem Parteitag in Münster wurde die Kontroverse ausgetragen und - vorerst - im Sinne der GegnerInnen einer GG-Änderung entschieden. Für diese hatte K. Fuchs auf dem Parteitag ihre ablehnende Haltung u.a. wie folgt begründet: "Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte ... muß klar bleiben: Wir wollen der Welt keine deutschen Soldaten als Friedensboten zumuten. Wir wollen vor allem verhindern, daß die Konservativen eine Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an UNO- Friedensmissionen als Vorwand und als einen ersten Schritt nutzen könnten, Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes allgemein und überhaupt möglich zu machen." (23) Gansel hielt dagegen: "Ich bin davon überzeugt, daß es eine unehrliche Konsequenz aus der deutschen Geschichte wäre, wenn bei friedenssichernden Aktionen der UNO wir das Geld und die Transportflugzeuge und die anderen die Menschen stellen sollten." (24)

Seit der Absichtserklärung der Bundesregierung vom Sommer 1990, das GG ändern zu wollen, ist auch in der SPD die Diskussion wieder aufgebrochen. Gansel und Co. sehen die Chance, den Beschluß von 1988 zu kippen und ihre Position in der SPD doch noch mehrheitsfähig zu machen. Zum Teil wollen sie bei einer GG-Änderung Junktims mit anderen Fragen herstellen, Scheer z.B. mit einer "Diskussion" über die NATO (25), Gansel z.B. mit einer schärferen Einschränkung der Rüstungsexporte - er will "zwei Überlegungen zusammenfassen: Eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO-Satzung und aufgrund von UNO-Beschlüssen sowie das verfassungsrechtlich abgesicherte Verbot von Waffenexporten außerhalb unseres eigenen Bündnisses." (26)

Die innerparteiliche Ablehnungsfront hat sich im November 1990 mit einer Erklärung "Schluß mit den Kriegsvorbereitungen am Golf" zu Wort gemeldet, die von mehr als 40 SPD-MdBs unterzeichnet ist (u.a. Däubler-Gmelin, Thierse, Bahr, Ehmke, K. Fuchs, G. Erler, P. Glotz, Weißkirchen, Catenhusen) und in der auch gegen eine GG-Änderung Stellung bezogen wird. (27) Mensch darf gespannt sein, wie sich die Debatte in der SPD weiter entwickeln wird; die Friedensbewegung u.a. parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte sollten sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bemühen, auf diese Debatte Einfluß zu nehmen.

UNO-"Friedensmissionen" als Türöffner für weltweiten Bundeswehr-Einsatz

Die Argumente der Befürworter einer GG-Änderung aus den Reihen der SPD stehen auf schwachen Füßen: Das Junktims-Argument - also GG-Änderung plus z.B. Beschränkung der Rüstungsexporte - kann mensch getrost vergessen, da Gansel und Co. selbst klar sein dürfte, daß sie hierfür im CDUCSUFDP-beherrschten Bundestag ganz bestimmt keine Zweidrittelmehrheit bekommen werden.

Bleibt das Argument, durch Beschränkung der Einsatzmöglichkeiten auf "UNO-Einsätze" anderen Einsatzformen einen Riegel vorzuschieben. In Entgegnung auf dieses Argument muß ein wenig weiter ausgeholt werden: Die zentrale Schwäche (oder Stärke, wenn man böse Absichten unterstellt) der Argumentation der Befürworter einer GG-Änderung, die Bundeswehreinsätze "im Rahmen der UNO" bzw. für "UNO-Friedensmissionen" möglich machen wollen, ist die Dehnbarkeit, das Wischi-Waschi dieser Formulierung. "UNO-Friedensmissionen" gibt es als völkerrechtlichen Begriff nämlich gar nicht, und "im Rahmen der UNO" sind sehr verschiedene militärische Einsatzformen möglich.

Man muß hier ganz klar unterscheiden einerseits zwischen kollektiven militärischen Sanktionen, die die UN als globales SKS gemäß Kapitel VII, Art. 41ff UNCH gegen einen Aggressor beschließen und durchführen können und andererseits sog. friedenssichernden Maßnahmen ("peace keeping operations"), die wiederum zu unterteilen sind in Beobachtermissionen ("observer missions") und Einsätze der sog. UN-Friedenstruppen ("peace-keeping forces", sog. Blauhelme), die in der UNCh gar nicht vorgesehen sind und die sich im Laufe der Jahre praktisch-faktisch entwickelt haben und mittlerweile so etwas wie Gewohnheitsrecht sind. (28) Während bei kollektiven militärischen Sanktionen die UN selbst Kriegspartei sind und mit militärischer Gewalt einem Aggressionsopfer gegen einen Aggressor beistehen (wie es die USA im Falle Irak - Kuwait wollen), sind die UN bei "peace-keeping operations" nicht Partei, sondern neutrale Vermittler, die auf Wunsch und mit Zustimmung aller am Konflikt beteiligten Seiten für bestimmte Aufgaben in einem Konflikt eingesetzt werden. (29) So sind Beobachtermissionen "kleine Personengruppen mit dem Auftrag über die tatsächliche Einhaltung eines Waffenstillstandes zu wachen und Verstöße zu melden", während Aufgabe der UN-Friedenstruppen "die Beruhigung des Konflikts ist. Dies geschieht in erster Linie durch Überwachung von Waffenstillständen und Bildung sog. "Pufferzonen". Die Anwendung von Waffengewalt ist dagegen ausschließlich zur Selbstverteidigung der eingesetzten UN- Truppe zulässig." (30)

UN-Friedenstruppen wurden oder werden z.B. auf Zypern, im Libanon, auf den Golan-Höhen und anderswo eingesetzt, z.Z. dienen bei diesen Blauhelmen vor allem Soldaten aus neutralen Kleinstaaten wie z.B. Finnland, Fidschi, Schweden, Österreich. Bei "peace-keeping operations" war aber auch schon die Bundeswehr beteiligt, und zwar mit Finanzbeiträgen und Unterstützungsmaßnahmen im logistischen Bereich, z.B. 1974 Transport von ghanesischen und senegalesischen Soldaten der UN-Friedenstruppe nach Kairo, 1978 Transport norwegischer Soldaten nach Tel Aviv und Lieferung von Bundeswehr-LKWs usw. für das nepalesische Kontingent sowie fachliche Einweisung durch deutsche Soldaten vor Ort. (31)

Wir sehen also: Wenn man von Bundeswehr-Einsätzen "im Rahmen der UNO" oder bei UNO-"Friedensmissionen" redet, läßt man offen, welche Einsatzarten man eigentlich meint bzw. bezieht alle

möglichen Einsatzformen mit ein. Warum für "peace-keeping operations", die ein ausgesprochen niedriges militärisches Profil aufweisen, ausgerechnet Bundeswehr-Soldaten gebraucht werden und zu diesem Zwecke das GG geändert werden muß, ist nicht einzusehen - das würde den Aufwand kaum lohnen. Darum geht es herrschender Politik offensichtlich auch nicht, sondern es geht um sehr viel mehr: Einsatz im "UNO-Rahmen" kann auch heißen: Die Beteiligung deutscher Soldaten an einem "richtigen" Krieg überall auf der Welt - wenn er denn vom UN-Sicherheitsrat gemäß Kapitel VII UNCH beschlossen worden ist. Dies ist augenscheinlich auch die Position der SPD-Arbeitsgruppe um Gansel (s. das Zitat oben). Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Stoltenberg. Kohl: "Ich bin dafür, daß nach der Bundestagswahl das gesamtdeutsche Parlament die Verfassung ändert, und zwar mit dem Ziel, daß auch die Bundesrepublik Deutschland wie andere Länder in Europa im Rahmen eines von der UNO verfügten Einsatzes tätig wird, und zwar in jeder Weise tätig werden kann"; Stoltenberg: "Wir brauchen eine klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes, damit die Bundeswehr sich an militärischen Missionen der Vereinten Nationen auch außerhalb des NATO-Gebietes beteiligen kann." (32) (R. Scholz u.a. gehen wie oben gezeigt ohnehin davon aus, daß die BRD seit ihrem UNO-Beitritt dazu sowieso verpflichtet ist (33)).

Eine solche Kriegsbeteiligung - etwa in einem Krieg gegen den Irak - hätte aber einen ganz anderen Charakter als die Teilnahme z.B. an "Beobachtermissionen" - beides aber wird unter den schwammigen Begriff "im Rahmen der UNO" oder "UNO-Friedensmission" gefaßt.

An dieser Stelle ist auf den aktuellen politischen Kontext der Debatte zurückzukommen: Einmal muß auf den gegenwärtigen Charakter der UNO verwiesen werden, die sich - wie das Beispiel Golfkrise zeigt - gegenwärtig für Großmachtpolitik mißbrauchen läßt, so daß für die Linke auch schon "nur" der UNO-Rahmen inakzeptabel ist; zum anderen ist auf die weitergehenden Ambitionen herrschender Politik zu verweisen: K. Fuchs hatte bereits in ihrer Rede auf dem SPD-Parteitag in Münster darauf aufmerksam gemacht, daß "UNO-Friedensmissionen" von den "Konservativen" als "Vorwand" und "erster Schritt" genutzt werden könnten für weitergehende Bestrebungen; diese Argumentation vertreten auch die GRÜNEN in der aktuellen Debatte indem sie erklären: "Auch im UNO-Rahmen wäre eine Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen politisch verhängnisvoll, da dies als ‚Türöffner' für andere Einsatzformen etwa im Rahmen der WEU oder NATO dienen könnte." (34) Und in der Tat haben die Vertreter von Bundesregierung und sie tragenden Parteien schon sehr deutlich gemacht, daß sie über den "UNO-Rahmen" hinausstreben. Bereits im August 1990 hatte Kohl auf Anfrage der italienischen Regierung seine Bereitschaft erklärt, die BRD an WEU-Aktionen in der Golfregion zu beteiligen, wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür erst einmal geschaffen seien. Kanzlerberater Teltschik forderte eine GG-Änderung, "die sich nicht auf UNO-Einsätze beschränkt", sondern die Möglichkeit offen lasse, die Bundeswehr generell außerhalb des NATO- Gebiets einzusetzen. (35) Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, W. Bötsch, erklärte mehrfach, "in den nächsten Jahren" werde es Aufgabe deutscher Streitkräfte sein, "in anderen Regionen (als Europa - d. Verf.) eine mögliche Kriegsgefahr schon im Keim zu ersticken" und es gäbe "keinen Grund mehr dafür, daß sich das nunmehr geeinte Deutschland den internationalen Pflichten verweigert." (36)

Fazit: Die UNO-Missionen sollen als Einstieg in andere Einsatzmöglichkeiten im Rahmen multinationaler "Friedenstruppen" außerhalb der UNO dienen. Das BMVg hat in einer Stellungnahme offen bekannt, daß die Betonung von UN-Missionen taktische, auf die innenpolitische Akzeptanz orientierte Funktion hat: "Von allen vorstellbaren Einsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets müssen solche im Rahmen von UN-Friedensbemühungen derzeit die größten Wahrscheinlichkeiten bei der politischen Durchsetzung eingeräumt werden." Es ist zu befürchten, daß die Regierungsparteien für die Grundgesetzänderung eine Formulierung vorschlagen werden, die die UN-"Friedensmissionen" besonders herausstellt, aber auch die Möglichkeit für andere "multinationale" Einsatzformen (NATO, WEU, künftig EG) offen läßt.

Aufgabe wird sein, in der Öffentlichkeit ein solches Manöver bloßzustellen und dafür zu sorgen, daß möglichst große Teile der SPD und insbesondere viele SPD-Abgeordnete (genügend viele, um eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag zu verhindern) bei einer solchen Manipulation nicht mitmachen. Wichtige Kräfte aus der Friedensbewegung, GRÜNE, PDS und Bündnis 90/Grüne haben sich bereits entschieden gegen jegliche GG-Änderung ausgesprochen, die einen Bundeswehreinsatz über die bisher gültigen Beschränkungen hinaus möglich machen soll. Darauf aufbauend gilt es, den Widerstand gegen die Entsendung deutscher Streitkräfte in die Welt und gegen die geplante GG-Änderung weiterzuentwickeln. Erste Schritte in diesem Sinne wurden bereits gemacht (s. nebenstehenden Artikel).

Vo

Anmerkungen:

1) Kohl im Deutschlandfunk am 9.9.90: "Deswegen bin ich fest entschlossen, nach der gesamtdeutschen Bundestagswahl die Frage der Verfassungsänderung zu diesem Punkt erneut auf die Tagesordnung zu setzen".

2) Thomas, Caroline: "Hilfspolizist BRD? Über ökologische und andere Motive für "out-of-area"-Einsätze der Bundeswehr", in: ami, 20. Jg., 1990, H.12, S.30-37, hier: S. 34.

3) Interview mit Wellershoff in: Die Zeit, 5.10.1990. Im selben Sinne Stoltenberg: "Bundeswehr auf Auslandseinsätze vorbereiten", in: Die Welt, 13.11.1990. - Vgl. auch Schmückle, Gerd: "Solidarität?", in: Europäische Wehrkunde/WWR, 39. Jg., 1990, H.10, S. 582f., der detaillierte Vorschläge für einen Bundeswehr-Berufssoldaten-Kader macht, der für weltweite Einsätze bereitstehen soll (s. besonders S. 583).

4) Auf die vielfältigen Formen, in denen die BRD direkt und indirekt am Militäraufmarsch in der Golfregion beteiligt ist - von der finanziellen und logistischen Unterstützung der US-Streitkräfte über Rüstungssonderhilfen für den Frontstaat Türkei bis zum Einsatz der Bundesmarine im östlichen Mittelmeer und der deutschen Kontingente der NATO-Allied Mobile Force in Türkisch-Kurdistan - soll hier nicht näher eingegangen werden, darüber wird in dieser Zeitung laufend ausführlich berichtet.

5) Interview mit Kohl in den ARD-Tagesthemen am 11.6.1987, ebenso Kohl nochmals am 1.7.1987, Regierungssprecher Ost im Bonner General-Anzeiger am 24.10.1987; auch in der aktuellen Debatte anläßlich der Golfkrise seit August 1990 wurde diese Position aus dem Regierungslager bekräftigt, so z.B. von Stoltenberg in Paris am 21.8.1990 (bw aktuell 23.8.90), Lambsdorff im Deutschlandfunk am 21.8.1990 und Kohl im Deutschlandfunk am 9.9.1990.

Die Debatte der Jahre 1987/88 über einen möglichen "out-of-area"-Einsatz deutscher Streitkräfte ist umfassend dargestellt in Hippler, Jochen: "Westliche Flottenpräsenz im Persischen Golf und die Diskussion um Out-of-Area-Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr", Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier Nr. 006, Wuppertal, Oktober 1988, das zur weiterführenden Lektüre ausdrücklich empfohlen sei, ebenso empfehlenswert dazu auch Thomas, a.a.O.

6) Die Kernsätze des Beschlusses zitiert Thomas, a.a.O., S. 31.

7) Zur Interpretation des Verteidigungsbegriffs des GG vgl. ausführlich Riedel, Norbert Karl: "Der Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland - verfassungs- und völkerrechtliche Schranken", Frankfurt am Main, et. al., 1989, dort insbesondere S. 61ff und S. 98ff.

8) Artikel 5 Nordatlantikvertrag lautet: "Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten ..."

9) S. Riedel, a.a.O., S. 129. - Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) dazu: "Artikel 6 NATO-Vertrag erschöpft sich inhaltlich darin, daß er das Gebiet festlegt, in dem der Bündnisfall ausgelöst wird; er begrenzt dagegen nicht das Operationsgebiet der verbündeten Streitkräfte" (BMVg-Studie vom 16.10.1987).

10) BMVg-Studie vom 16.10.1987.

11) Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Mechtersheimer und der Fraktion "Die GRÜNEN" (BT-Drs. 11/7737): "Militärische Ausbildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland", Dezember 1990, S.1.

12) Dagegen steht die Auffassung, daß erst bei einem Angriff auf die gesamte Handelsflotte, nicht jedoch beim Angriff auf einzelne Schiffe, das Recht zur militärischen Selbstverteidigung einsetzt, s. Riedel, S. 90f. und S. 136f. Riedel bestreitet auch, daß die Bundesmarine gegen "völkerrechtswidrige Minenlegetätigkeiten" oder

zum Schutz deutscher Staatsbürger im Ausland eingesetzt werden dürfe, S. 139 und S. 175. - Vgl. überhaupt zu den Windungen und Wendungen der verfassungs- und völkerrechtlichen Diskussion, auf die hier nur in groben Zügen eingegangen werden kann, die Arbeit von Riedel sowie die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages 133/90: "Zur Verfassungsmäßigkeit der Beteiligung der Bundeswehr an kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta", 10.9.1990.

13) Plügge, Matthias: "New frontiers for Bundesmarine, in: International Defense Review 10/1990, S.1117f., besonders S. 1118.

14) Scholz, Rupert: "Einsatz der Bundeswehr für die UNO? Pflicht zum Beistand auch im Persischen Golf, in: Europäische Wehrkunde/WWR, 39. Jg., 1990. H. 10, S. 580-582, hier: 582.

15) Ebd., S, 580f. - Dort werden flugs auch noch NATO und WEU zu "SKS" erklärt, was eindeutig falsch ist, denn NATO und WEU sind militärische Beistandspakte. Dieselbe Position wie Scholz vertrat übrigens auch Kanzlerberater H. Teltschik, s. Der Spiegel, 20.8.1990, S.122.

16) Ebd., S. 582.

17) "Vermerk zur Rechtlichen Bewertung der Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte", BMVg 1988.

18) S. das Interview mit Galvin im Spiegel vom 10.9.1990, S. 160-165, besonders S. 162.

19) S. Die Zeit, 6.9.1990: "Bundeswehr an den Golf?"

In den Vorjahren gab es allerdings noch eindeutigere Mehrheiten gegen "out-of-area"-Einsätze (s. Thomas, a.a.O., S. 31), so daß eine allmähliche Erosion der Ablehnungsfront befürchtet werden muß.

20) Protokoll vom Parteitag der SPD in Münster, 30.8.-2.8.1988. 3. Tag, Donnerstag, 1. September 1988, S. 410.

21) Gansel, Norbert (Hg.): Vorschlag der SPD-Arbeitsgruppe: "Bundeswehreinsätze im Rahmen der VN-Friedenssicherung", Bonn 15.6.1988, S. 1.

22) Die Debatte in der SPD im Vorfeld des Münsteraner Parteitages zeichnet nach: Hippler, Jochen: "Westliche Flottenpräsenz im Persischen Golf und die Diskussion um Out-Of-Area-Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr", Institut für Internationale Politik. Arbeitspapier Nr. 006, Oktober 1988, S. 39ff und Thomas, a.a.O., S. 32f.

23) Protokoll Parteitag Münster, a.a.O., S. 392. - K. Fuchs wurde in der Debatte u.a. unterstützt von H. Ehmke, G. Erler, H. Wieczorek-Zeul.

24) Ebd., S. 394. Gansel wurde u.a. unterstützt von E. Bahr, H. Scheer, D. Stobbe.

25) H. Scheer: "Ohne Diskussion über die inzwischen überflüssige NATO darf das Grundgesetz im Punkt UNO-Beteiligung nicht umgeschrieben werden", zit. n. taz, 18.10.1990.

26) Gansel, Norbert: "Deutsche Truppen unter UNO-Kommando?", in: spw 5/1990, S. 7. Pikanterweise nennt Gansel das einen "Doppelbeschluß". In derselben Ausgabe von spw vertritt Catenhusen, Wolf-Michael: "Die Bestimmung der künftigen Rolle Deutschlands in der Welt ..." (ebd., S. 8) die Gegenposition: es bestehe "kein Grund, kurzfristig an einer Änderung des Grundgesetzes mitzuwirken", und: es sollte "die politische und finanzielle Stärkung der Arbeit der Vereinten Nationen zunächst Vorrang haben. Es gibt keinen ad-hoc-Entscheidungsbedarf für deutsche Blauhelme, ..." Man beachte die Wortwahl: "kurzfristig", "zunächst", "ad hoc", die eine Positionsänderung für (ein wenig?) "später" offen läßt.

27) Es wird dort der "Verzicht auf Manipulationen am Grundgesetz, die den Weg für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eröffnen" gefordert, zit. n. Frieden und Abrüstung, Nr. 35, 2. Auflage, S. XVII.

28) Vgl. dazu die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes, a.a.O.

29) Vgl. Riedel, S. 195ff, besonders S. 198.

30) Riedel, S. 196.

31) Ebd., S. 201.

32) Beide Zitate nach Frieden und Abrüstung, Nr. 35, 2. Auflage, S. XIX.

33) Riedel kommt sogar zu der Auffassung, daß der Einsatz von deutschen Streitkräften bei kollektiven militärischen Sanktionen der UNO - also der eindeutig schwerwiegenderen und weiterreichenden Einsatzart - verfassungsrechtlich zulässig ist (wg. Art. 24 GG), während ein Einsatz bei den UN-Friedenstruppen nicht GG-konform wäre, Riedel, S. 217 und S. 270.

34) "Keine Intervention und keine Bundesmarine in den Golf. Gegen die neue deutsche Großmachtpolitik." Resolution der Bundesversammlung Die GRÜNEN in Bayreuth vom 22./23.9.1990.

35) Zit. n. Der Spiegel, 15.10.1990, S. 30.

36) s. Der Spiegel, 20.8.1990, S. 123 und CSU-Pressemitteilung Nr. 453, 26.11.1990.

7. Unheilvolle Achse Deutschland-Türkei Die Kriegsziele des Herrn Özal

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:49

In der Türkei laufen die Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren. Nachdem der türkische Staatspräsident Özal bereits im August - wenige Tage nach Beginn der Golfkrise - übereilfertig und ohne jede Rücksprache mit dem Parlament oder seinen eigenen Ministern - den USA seine Unterstützung gegen den Irak signalisiert hatte, wird in den letzten Tagen ein regelrechter Countdown exerziert.

Krankenhäuser werden geräumt, Reservisten und sogar pensionierte Offiziere einberufen, in einigen Städten wurden bereits Plätze für neue Friedhöfe festgelegt.

150.000 Soldaten der türkischen Armee sind in den an den Irak grenzenden Gebieten Kurdistans aufmarschiert. Tag und Nacht rollen Militärkonvois, werden Mannschaften, Waffen und Raketen ins Grenzgebiet befördert. Der Bahnhof von Kurtalan (östlichste Station des Eisenbahnnetzes, 200 km zur irakischen Grenze) ist bereits seit dem 15. Oktober für die Zivilbevölkerung gesperrt und dem Umschlag von Rüstungsgütern vorbehalten. Die im Rahmen des türkisch-amerikanischen Militärabkommens von 1980 (aus)-gebauten Flughäfen in Batman, Erzurum, Diyarbakir und Malatya wurden in Alarmbereitschaft versetzt und insgesamt 250 Kampfflugzeuge der türkischen Armee in Stellung gebracht. (Die US-Kräfte und europäischen NATO-Einheiten nicht mit eingerechnet.) Neben den aus der BRD, Belgien und Italien verlegten AMF-Kontingenten hat die Türkei aus Norwegen und den Niederlanden ebenfalls Unterstützung angefordert: Norwegen und Dänemark werden der Türkei Sidewinder-Raketen "ausleihen". Die Niederlande schicken mit zwei Staffeln Boden-Luft-Raketen gleich noch 150 -200 Mann "Begleitpersonal" der niederländischen Armee.

Anfang Januar hat die Türkei außerdem eine aus neun Schiffen bestehende Flotte aus Gölcük (am Schwarzen Meer) in Richtung Mersin (Mittelmeer, Nahe der syrischen Grenze) in Marsch gebracht. Ihr gehören neben zwei U-Booten unter anderem die Fregatten "Fatih", "Turgut Reis" und "Yavuz" an, letztere zwei von den norddeutschen Werften Blohm & Voss bzw. HDW gebaut.

Bezeichnenderweise begann auch der Kriegseintritt des osmanischen Reiches in den 1. Weltkrieg mit dem Einsatz zweier Fregatten namens "Turgut Reis" und "Yavuz", die ebenfalls deutscher Herkunft waren.

Parallel zu den militärischen Maßnahmen läuft die Mobilmachung und psychologische Einstimmung der Bevölkerung auf den Krieg: So ergingen Anweisungen an die Bevölkerung, Nahrungsmittelvorräte anzulegen, die Fenster zu verdunkeln und Luftschutzräume bzw. Verstecke zu bauen. Apotheken, Krankenhäuser, Hotels und öffentliche Einrichtungen erhielten spezielle Anordnungen und wurden z.T. dem Militär unterstellt. Selbst in Ankara wurden sechs Krankenhäuser zu "Kriegskrankenhäusern" bestimmt. Für die Bevölkerung in der Nähe der US-Basis Incirlik wird die Evakuierung vorbereitet, die Angehörigen der 2.500 dort befindlichen US-Soldaten sollen in die USA ausgeflogen werden.

Fernsehprogramme, die die Bevölkerung in "ziviler Verteidigung" unterweisen, sind vorbereitet.

Die aufgebauschte Berichterstattung kann aber kaum darüber hinwegtäuschen, daß die kurdische Bevölkerung im Grenzgebiet zum Irak im möglichen Kriegsfall völlig schutzlos den irakischen Angriffen ausgeliefert wäre; zum Beispiel, wenn dann die ohnehin viel zu wenigen Krankenhäuser dem Militär vorbehalten sind.

Es ist davon auszugehen, daß türkische Kriegsplanungen eine Verwüstung und Vernichtung Kurdistans und seiner Bevölkerung billigend einplanen. Bereits jetzt nutzt die Türkei die Situation, um den Terror gegen die Kurden ins Unermeßliche zu steigern (s.u.).

Eine Anweisung an Lehrer und Imame (muslimische Prediger), die Bevölkerung in Schutzmaßnahmen gegen C-Waffenangriffe zu unterweisen, bildet den Gipfel des Zynismus: an die Bevölkerung werden nicht einmal Gasmasken verteilt, wie durch einen neuerlichen Beschluß noch einmal ausdrücklich bestätigt wurde. Den türkischen Militärs sind sogar bewußte Fehlinformationen zuzutrauen (z.B. die, bei C-Waffen-Angiffen Schutzkeller oder Höhlen aufzusuchen, die bekanntlich aufgrund der Schwere von Giftgas die Leute geradezu in den Tod treiben).

Begleitet wird diese Mobilmachung durch die Erörterung möglicher KriegsSzenarien der USA mit Eröffnung einer zweiten Front von der Türkei aus und markigen Sprüchen von Özal - wenn Saddam Hussein ein Falke sei, dann könne er das auch.

Die Frage einer Bedrohung der Türkei seitens des Irak wird nicht einmal diskutiert. (Wie die Hürriyet vom 11. Januar meldet, haben die irakischen Truppen jenseits der Grenze zur Türkei weiße Fahnen aufgezogen.)

Allerdings betreibt Özal diesen Kurs gegen die absolute Mehrheit der Bevölkerung, gegen alle Parteien außerhalb seiner ANAP sowie fast die gesamte Presse. Selbst aus Militärkreisen wurde massive Kritik laut, die sich allerdings in erster Linie an Özals selbstherrlichen Entscheidungen festmacht, welche Parlament und Militär nicht einmal einbeziehen.

Bereits die geheimen Zusagen Özals an die USA bezüglich der Nutzung der Basen im September vergangenen Jahres hatten Empörung ausgelöst. Im Parlament kam es zum Eklat, als sich Özal - gestützt auf die Mehrheit seiner ANAP-Abgeordneten - das "Recht" übertragen ließ, allein im Kabinett (ohne Parlament) über den Kriegsfall zu entscheiden. Als letztes Beispiel sei die Anforderung der AMF-Truppen angeführt: Özal hatte nicht einmal die Kabinettsmitglieder informiert und sich von den Ministern Blanko-Unterschriften geben lassen!

Vor diesem Hintergrund muß die Entscheidung der Bundesregierung zur Verlegung der Jagdbomberstaffeln in die Türkei bewertet werden. Die türkische Öffentlichkeit interpretiert sie als eindeutige Unterstützung für Özals harten Kurs und "Schritt in Richtung Krieg".

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein interner Bericht des Auswärtigen Amtes zur Lage in der Türkei, welcher als Entscheidungsgrundlage angefertigt wurde. (s. Kasten) Daraus geht hervor, daß die Bundesregierung sich in bewußter Abwägung auch der innenpolitischen Krise der Türkei für die Entsendung und damit für die Unterstützung Özals entschieden hat.

Tiefste Krise seit 10 Jahren

Özal weiß dies zu werten und posaunt, die Türkei habe keinerlei Angst vor dem "klitzekleinen Irak", sie wisse schließlich die gesamte NATO hinter sich. Dabei liegt der Verdacht nahe, Özal sichert sich die Rückendeckung der NATO nicht allein gegen den Irak sondern auch gegen die Bevölkerung seines Landes. Die Türkei und das von Özal verkörperte Regime befinden sich derzeit in seiner tiefsten Krise seit 1980. Wie der genannte Bericht des Auswärtigen Amtes richtig einschätzt, war Özal, als Erbverwalter des 12. September-Regimes, noch nie so isoliert wie heute:

- Die Kurdistanpolitik des Regimes, das auf die seit über sechs Jahren beständig erstarkende kurdische Bewegung nur mit Terror und immer noch mehr Terror reagiert, ist bankrott. Die im vergangenen März als "kurdische Intifada" bekannt gewordenen Massenaufstände waren auch mit wieder neuen Erlassen, Verboten und Zwangsmaßnahmen nicht zu verhindern. Sie haben sogar neue Gegenden erfasst, wie die Ladenschließaktionen in Dogubeyazit im August und in Lice während der 2. Dezemberwoche zeigen. Protestaktionen, Massendemonstrationen und Schulboykotts breiteten sich aus. Die Guerilla führte von April bis Ende November über 200 Aktionen durch, 16 mal wurden Kreisstädte besetzt und Propagandaaktionen durchgeführt. Obwohl sich letztlich alle Parteien der Türkei in ihrem Nationalismus gegen die Kurden vereinen, führt der anhaltende Widerstand der kurdischen Bevölkerung das Scheitern der Regierungspolitik jeden Tag erneut vor Augen.

- Die Arbeiterklasse der Türkei ist mobilisiert und kampfbereit wie seit 1980 nicht mehr. Für die kommenden Wochen drohen Streiks von Hunderttausenden.

Der entschlossene und in der Geschichte der Türkei beispiellose Kampf der Minenarbeiter von Zonguldak hat das zweite Stuhlbein der Regierung Özal zerbrochen. Der Marsch zehntausender Arbeiter und ihrer Angehörigen in Richtung Ankara war begleitet von der Sympathie und Unterstützung der Arbeiterklasse und Opposition im ganzen Land und brachte den Thron des "kleinen Dicken in Cankaya" (Regierungssitz) gehörig zum Wackeln. Selbst der regimetreue Gewerkschaftsdachverband Türk-Is sah sich gezwungen, zum Generalstreik aufzurufen. Während die Minenarbeiter noch kaum nach Zonguldak zurückgekehrt sind und sich im Falle eines erneuten Scheiterns der Verhandlungen für weitere Aktionen bereit halten, haben nunmehr über 100.000 Metallarbeiter und mehr als 10.000 ArbeiterInnen der Papierindustrie ihrerseits zu streiken begonnen.

In weiteren wichtigen Branchen (Textil, Stahl, Staatsbetriebe) stehen Kampfmaßnahmen an, bzw. wurden z.T. schon Streikbeschlüsse gefaßt. Außerdem haben auch die Tabakproduzenten bereits erklärt, zur Durchsetzung erträglicher Grundpreise notfalls bis nach Ankara zu marschieren.

- Menschenrechtsbewegung sowie Schüler und Studenten sind als weitere demokratische Massenbewegungen zu nennen, die ein Oppositionspotential darstellen und mit ihren Forderungen wiederum einen gewissen Druck auf die systemkonformen Oppositionsparteien ausüben.

- Gestützt auf bzw. unter Druck der Unzufriedenheit der Bevölkerung mobilisieren die Oppositionsparteien für eine Auflösung des Parlaments (türkisch: Rückkehr zum Busen der Nation) und anschließende Neuwahlen. Die beiden größten Oppositionsparteien DYP und SHP haben zu diesem Zweck ein fraktionsübergreifendes Komitee eingerichtet.

- Hinzu kommt, daß Özal mittlerweile immer mehr Leute aus dem Inneren des Apparates, des Militärs und seiner Partei gegen sich aufgebracht hat. Wichtigster Grund für die Unzufriedenheit dieser Kreise ist sein absolutistisches, selbstherrliches Regiment, das selbst die im Auftrag der Putschgeneräle erarbeitete Verfassung von 1982 um einiges in den Schatten stellt. Regiert wird in wichtigen Fragen mit "Verordnungen mit Gesetzeskraft", wodurch das Parlament überflüssig wird, obwohl sich Özal ja auch dort bereits durch Manipulation am Wahlgesetz und den Wahlkreisen eine absolute Mehrheit gesichert hatte. Wichtige Staatsfunktionen werden mit Verwandten oder ihm absolut ergebenen "Kronprinzen" besetzt. Doch selbst diese sind inzwischen über Özals Stil erbost. So traten allein im letzten Jahr vier Minister (darunter nacheinander zwei Außen- und ein Verteidigungsminister) zurück, nachdem Özal sie mehrfach mit getroffenen Entscheidungen aus ihren Ressorts brüskierte. (Den Außenminister Ali Bozer, einen seiner treuesten Prinzen, ließ er beim Gespräch mit Baker in Washington einfach im Flur stehen). Als letztes reichte schließlich Anfang Dezember - erstmalig in der Geschichte der Türkei - der ranghöchste Militär, Generalstabschef Torumtay, seinen Rücktritt ein. Auch der Generalstab fühlte sich durch Özals Entscheidungen im Golfkonflikt übergangen und ist darüberhinaus unzufrieden mit der Ernennung islamischer Fundamentalisten in hohe Staatsämter (z.B. Verfassungsgericht).

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Kritiken ehemaliger Putschisten und Generäle letztlich um Hierarchiestreitigkeiten im Inneren des Systems, sie tragen aber ebenfalls zur Vertiefung der Krise des Özal-Regimes bei. So wird nicht erst seit dem als "Verwarnung" der Militärs verstandenen Rücktritt Torumtays über die Möglichkeit eines neuen Militärputsches spekuliert. Eine Kette von mysteriösen politischen Morden im Laufe des letzten Jahres - fünf namhafte Persönlichkeiten, die sich für den Laizismus eingesetzt hatten, wurden von angeblichen islamischen Organisationen ermordet - gab dieser Befürchtung Nahrung. Sollte ein Klima wie vor 1980 geschaffen werden? So ist es durchaus denkbar, daß die Kontraguerilla (der türkische Arm des Gladio) dahintersteckt.

Özals Kalkül

Sorgen um das Überleben des "politischen Freundes" Özal macht man sich nicht nur in Bonn sondern auch in Washington. In einem an Bush gerichteten Brief des konservativen Senators Robert Byrd vom 14. Dezember beschreibt dieser Özals innenpolitische "Probleme" und fordert deutlichere Hilfen für Özal, der ja "seinerseits auch für eine bedingungslose Unterstützung der USA große Risiken eingegangen sei". Özal selbst hat darauf in einem eigenen Brief an den US-Senat wieder einmal sein Anliegen vorgetragen: Die Türkei, die alle erdenklichen Opfer für die Verbündeten aufbringe, leide, da sie von den USA und der EG nicht entsprechend belohnt bzw. entschädigt würde. Ein wesentlicher Grund für Özals Politik in der Golfkrise (Embargo gegen Irak, Stützpunktzusagen an die USA) war die Hoffnung, aus dieser bewiesenen Bündnistreue finanzielle und politische Vorteile zu schlagen. Neben den von den USA, der EG und Saudi-Arabien zugesagten Ausgleichszahlungen für die der Türkei aus dem Irak-Embargo entstehenden Einbußen sollten in den USA Einfuhrerleichterungen für Textilien und eine Erhöhung der amerikanischen Militärhilfe an die Türkei durchgesetzt werden, welche schon immer im Verhältnis von 10 zu 7 an die Militärhilfe für Griechenland angebunden ist. So bringt Özal auch in seinem jetzigen Brief erneut sein "ceterum censeo" vor, diesen Schlüssel endlich aufzuheben. Von der EG - speziell aus Bonn - hoffte er als Belohnung endlich die Eintrittskarte in die EG zu erhalten. In einem Briefwechsel zwischen Kohl und Özal vom September/Oktober vergangenen Jahres hatte Kohl "eine Unterstützung der Bundesregierung für einen erleichterten Zugang der Türkei zur EG" in Aussicht gestellt.

Während die Bevölkerung, vor allem die bislang vom irakischen Erdöltransport lebenden Kleinhändler, LKW-Fahrer etc. die negativen Wirkungen des Embargos sofort zu spüren bekamen und zu Tausenden ihren Job bzw. ihre Läden aufgeben und abwandern mußten, sind Özals Pläne, aus der Golfkrise finanziellen Profit zu ziehen, bislang nicht aufgegangen. Noch im September hatte er auf öffentliche Kritiken gegenüber seinem Alleingang in der Golfkrise gekontert, "daß man selbst mit Milliardenaufwand niemals weltweit eine so effektive Werbung für die Türkei machen könne".

Darüberhinaus knüpft Özal an den Golfkrieg weitgehendere machtpolitische Ambitionen. Zu Recht geht er davon aus, daß ein Kriegsausbruch, möglicherweise aber auch eine länger anhaltende Krise, zum Zusammenbruch der gesamten Staatenwelt im Nahen Osten führen könnte, bei deren Neugestaltung die Türkei dann ein Mitspracherecht beansprucht. Dabei geht es der Türkei darum, nach einem möglichen Zusammenbruch des Irak unter allen Umständen das Entstehen eines autonomen kurdischen Staates zu verhindern. (s. ak v. Okt. 90) Weiter spekuliert Özal, im Fall einer Neuziehung der irakischen Grenzen selbst mit am Verhandlungstisch zu sitzen und für die Türkei die ölreichen Gebiete Südkurdistans (im Norden des Irak) um Kirkuk und Mossul unter den Nagel zu reißen. Auf diese Gebiete hat die Türkei in der Vergangenheit immer wieder Ansprüche angemeldet. Özals Sprüche, "wenn wir am Krieg teilnehmen, sind wir auch an den Friedensverhandlungen (sprich: Neuziehung der Grenzen) beteiligt", sind in diesem Sinne durchaus ernst zu nehmen. So stellte die türkische Presse der letzten Tage in Interviews mit US-Repräsentanten mehrfach die Frage, welche Vorleistungen die Türkei erbringen müsse, um am Verhandlungstisch sitzen zu dürfen.

Um der erhofften neuen machtpolitischen Rolle der Türkei dauerhaft Geltung zu verschaffen, schwebt auch dem türkischen Staatschef ein neues Nahost-Staatenbündnis als Nachfolgeorganisation des 1958 aufgelösten Bagdad-Paktes vor. Auch dies wurde bei Gesprächen mit dem US-Außenminister Baker bereits erörtert. Hauptsitz wäre nach türkischen Vorstellungen selbstverständlich Ankara.

Innenpolitische Rechnungen

Wie der Bericht des Auswärtigen Amtes richtig vermutet, ist Özals offener Poker über eine Kriegsbeteiligung der Türkei durchaus auch mit innenpolitischen Rechnungen verbunden. Was die bürgerlichen Parteien angeht, kann Özal davon ausgehen, daß deren "Nein zum Krieg" just bis zum Zeitpunkt eines realen Kriegsbeginns anhält, um sich dann der "Einheit des Vaterlandes" unterzuordnen. In einer Verlautbarung der letzten Woche haben die beiden Oppositionsführer Demirel und Inönü bereits erklärt, im Kriegsfall ihre Kampagne für Neuwahlen abzubrechen.

Was die Linke, die Arbeiter- und Basisbewegungen angeht, hätte das Regime alle Hände frei, diese ohne jede Rücksicht zu zerschlagen, da mit Kriegseintritt automatisch das Kriegsrecht in Kraft tritt. Einen kleinen Vorgeschmack dessen, was dann blüht, geben die folgenden Schlaglichter der letzten Wochen:

- Ein 16jähriges Mädchen, das in ihrer Schule ein Plakat "Nein zum Krieg" aufgehängt hatte, wurde festgenommen, der Staatsanwalt forderte 20 Jahre Gefängnis für sie.

- Es hagelt Verbote. Im November letzten Jahres wurde der Verein der Angehörigen der politischen Gefangenen Tayad verboten. Linke politische Zeitschriften werden regelmäßig verboten und eingesammelt, StudentInnen verhaftet.

- Offen wird aus Regierungskreisen gedroht, die Todesstrafe (deren Vollzug seit 1984 ausgesetzt ist) wieder zu vollstrecken. Über 300 zum Tode Verurteilte (fast ausnahmslos Linke, die nach dem Putsch 1980 verhaftet wurden) befinden sich so als Geiseln in der Hand des Staates.

- Während der Streikaktionen der Arbeiter in Zonguldak drohte die Regierung, über die Provinz den Ausnahmezustand zu verhängen. Zehntausende von paramilitärischen Jendarmas (dem Innenministerium unterstellt) wurden aufgeboten, um den Marsch der Arbeiter auf Ankara zu stoppen. Daß man die Arbeiter als "Feinde des Vaterlandes" betrachtet, machte Arbeitsministerin Imren Aykut mit den Worten deutlich, "hinter den Streiks könne sehr gut Saddam Hussein stecken".

Insgesamt wird die Repression und Unsicherheit von Linken aus der Türkei mit der in den ersten Jahren nach dem Putsch verglichen.

Aufräumen in Kurdistan

Bereits heute nutzt die türkische Regierung und Armee die Situation, um im Schatten der Golfkrise den Terror und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung noch weiter zu steigern. Bereits zwei Wochen nach Beginn des Golfkonflikts suspendierte die Türkei mit stillschweigendem Einverständnis der westeuropäischen NATO-Länder die Menschenrechte in den kurdischen Gebieten unter Verweis auf die Möglichkeit eines Krieges. Innerhalb eines Monats wurden allein in der kleinen Region Botan über 3.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. In den Kreisen Eruh und Sirnak wurden 141 Dörfer zerstört, hunderte Quadratkilometer Wald abgebrannt, Ernten und Kulturen verbrannt und zerstört, Viehherden erschossen. Neben Kurden wurden auch Angehörige anderer Volksgruppen, wie Aramäer und Chaldäer, aus ihren Gebieten vertrieben, ihre Häuser und Besitztümer restlos zerstört. Ziel der Regierung ist es, nachdem die Aufstandsbewegung auch mit noch so scharfer Repression nicht niederzuschlagen war, diese Gebiete Kurdistans durch Massenvertreibungen zu entvölkern, eine menschenleere Region ohne Häuser und Bäume, ohne Vieh und ohne Landwirtschaft zu schaffen. Als letzte Drohung muß die gezielte Falschmeldung des Ausnahmezustandsgouverneurs Kozakcioglu gewertet werden, der dieser Tage "Erkenntnisse" an die Presse gab, die PKK werde im Kriegsfall Saddam Hussein unterstützen. Dies heißt im Klartext: die Türkei betrachtet die kurdische Bewegung als "äußeren Feind" und wird dementsprechende Mittel einsetzen.

Möglicherweise ist diese "Enthüllung" auch an die westlichen Verbündeten adressiert, um sich deren Unterstützung im Kampf gegen die Kurden zu versichern.

Wie der Irak 1988 die Unterstützung des Westens im Krieg gegen den Iran für seinen Völkermord gegen die Kurden nutzte, droht in der Türkei dasselbe: wiederum mit Unterstützung, ja direkter militärischer Präsenz westlicher Truppen.

Erinnert werden muß an dieser Stelle daran, daß unter der unheilvollen Allianz der deutschen und der türkischen Armee 1915 bereits der erste Völkermord dieses Jahrhunderts durchgeführt wurde: Mit stillschweigender Duldung der Deutschen trieb die türkische Armee die gesamte armenische Bevölkerung der damaligen Türkei - 1,5 bis 2 Millionen Menschen - in den Tod.

Die jetzige Entsendung deutscher Truppen nach Kurdistan ist - auch wenn es nicht zum heißen Krieg mit dem Irak kommen sollte - eine direkte deutsche Beteiligung am Krieg gegen die Kurden.

Antikriegsbewegung und Hoffnungen auf Sturz von Özal

Noch allerdings hofft die Bevölkerung der Türkei, wie fast überall auf der Welt, der drohende Krieg möge in letzter Minute abgewendet werden. Selbst im Kriegsfall ist nicht gesagt, ob die NATO über die Türkei tatsächlich die Front gegen den Irak eröffnen wird. (Am Sonntag, den 13. Januar, wird US-Außenminister Baker erneut in Ankara erwartet; hohe US- und NATO-Befehlshaber geben sich in den letzten Tagen in Ankara die Klinke in die Hand.)

Unter dem Druck der wachsenden Antikriegsbewegung hatte Özal jüngst gegenüber der türkischen Öffentlichkeit seine den USA gemachten Zusagen bezüglich der Stützpunkte zurückgenommen. Von US-Basen in der Türkei werde es keinen direkten Angriff gegen den Irak geben, man verhandele mit Syrien, ob diese nicht ihre Flughäfen für die "Nordfront" zur Verfügung stellen, da Syrien ja ohnehin am internationalen Truppenaufmarsch beteiligt sei.

Bereits im August hatten über 30 linke Zeitungen (und damit verbundene Organisationen) eine Kampagne "Nein zum Krieg" begonnen, die allerdings keinen Massendurchbruch erreichte und nach wenigen Wochen verboten wurde.

Mit dem Näherrücken des Krieges ist in den letzten Wochen in der Bevölkerung auch die Angst vor dieser möglichen Entwicklung gestiegen. Nunmehr hat sich die sozialdemokratische SHP an die Spitze der Bewegung "Nein zum Krieg" gesetzt. In den Städten Mersin und Iskenderum wurden erfolgreiche Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern durchgeführt, für den 13. Januar ist eine Massenkundgebung in Istanbul geplant. Bereits die Streikaktionen und der Marsch der Arbeiter auf Ankara hatten den Protest gegen eine mögliche Kriegsbeteiligung der Türkei mit zum zentralen Inhalt gemacht.

In jedem Fall ist für die nächsten Wochen mit einer weiteren Zuspitzung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Türkei zu rechnen. Optimistische Kreise hoffen sogar im Fall einer Kriegsbeteiligung auf einen Sturz der Regierung Özal ...

Die Linke verfügt jedoch derzeit nicht über die Kraft und organisatorische Stärke, um auch nur ansatzweise eine politische Alternative aufzuzeigen.

nm., 13.1.91

Dokumentation: Türkei-Bericht des Auswärtigen Amtes

Wie der Wochenausgabe der türkischen Zeitung Cumhuriyet vom 4. Januar zu entnehmen war, hat das Auswärtige Amt "bezüglich der Wahrscheinlichkeit einer Kriegsbeteiligung der Türkei und den sich daraus ergebenden politischen Entwicklungen einen ausführlichen Bericht vorbereiten lassen". Aus den veröffentlichten Passagen ergibt sich, daß die Entscheidung der Bundesregierung zur Entsendung deutscher Luftwaffeneinheiten in bewußter Abwägung der Lage in der Türkei getroffen wurde. Auf Pressenachfragen nach diesem Bericht reagierten die Stellen im Auswärtigen Amt deutlich unwirsch; es gäbe keinen Bericht zur Veröffentlichung und wenn es einen internen Bericht gäbe, so werde er ganz bestimmt nicht an die Presse gegeben.

Im folgenden eine auszugsweise Rückübersetzung der in der Cumhuriyet veröffentlichten Passagen:

"In dem auf Wunsch des deutschen Außenministers H.D. Genscher vorbereiteten Bericht heißt es, daß die starke Opposition gegen Staatspräsident Özal im Kriegsfall abnehmen könne, falls es nicht zum Krieg käme, noch zunehmen würde, daß die türkische Bevölkerung keinen Krieg wolle, daß die Entsendung der schnellen Eingreiftruppe die Türkei noch näher an den Krieg heranbringen könne, daß allerdings eine Nichtbeteiligung Deutschlands an dieser Kraft die Beziehungen Bonn-Ankara belasten könne. (...)

Außenminister Genscher hatte in der vergangenen Woche eine lange Telefonkonferenz mit den Zuständigen der deutschen Botschaft in Ankara gemacht. Dabei gab Genscher seinen Bedenken in der Frage der Schnellen Eingreiftruppe Ausdruck und fragte, ob Staatspräsident Özal mit seiner Krisenpolitik tatsächlich völlig allein dastände.

Die Genscher aus Ankara übermittelten Informationen sind in dem Bericht wie folgt zusammengefaßt:

- Staatspräsident Turgut Özal hat bezüglich der Wahrscheinlichkeit einer Kriegsbeteiligung der Türkei andere Ansichten als die übrigen Politiker und das Militär. Özal geht von dem Gedanken aus: ‚Wenn die Türkei die Militäroperation unterstützt, wird sie an den Friedensverhandlungen beteiligt`. Deswegen wird er in der türkischen Öffentlichkeit beschuldigt, ‚für den Krieg` zu sein.

- Die Opposition, die Streitkräfte, die Presse und die Bevölkerung wollen keinen Krieg. Bezüglich der Nichtbeteiligung an einer militärischen Operation gibt es gegen Özal und die ANAP einen Konsens. Die Anforderung der Schnellen Eingreiftruppe wird vor allem von den Parteien der Opposition als ein Schritt bewertet, der die Türkei näher an den Krieg bringt.

- Bezüglich der Schnellen Eingreiftruppe waren viele Regierungsmitglieder nicht unterrichtet. Als diese Anforderung zuerst bekannt wurde, war ein Großteil dagegen. Allerdings könnte eine negative Antwort von den Türken als Kränkung aufgefaßt werden. Eine Nichtunterstützung seitens Deutschlands würde die Türkei nicht vom Krieg abbringen, sondern stattdessen als Flucht vor einer Unterstützung und als ein Alleinlassen der Türkei mit den USA in dieser Region verstanden werden. Selbst in einigen Kreisen von Politikern und Zeitungen der Opposition hat sich eine Haltung entwickelt, geschuldet dem ‚nationalen Stolz`, die Entsendung der Schnellen Eingreiftruppe zu verlangen. Wenn man nein sage, könnten die deutsch-türkischen Beziehungen ernsten Schaden nehmen.

- Es kann sein, daß Turgut Özal darauf spekuliert, daß im Falle eines offenen Kriegsausbruches die Opposition gegen ihn abnimmt und sich für die ‚Sicherheit des Landes` zusammenschließt. Andererseits ist auch sicher, daß die Kriegslast für dieses Land sehr hoch sein wird. Falls die Krise noch eine Weile ohne offenen Krieg anhält, wird in der Türkei die Diskussion über vorgezogene Neuwahlen und die Arbeiteraktionen die Tagesordnung bestimmen und Özal noch weiter verschleißen."

8. 5 vor 12 ist im Grunde viel zu spät

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:48

Am 12.1. - drei Tage vor Ablauf des UNO-Ultimatums an Saddam Hussein - haben in mehr als 100 Orten der BRD Antikriegsdemonstrationen stattgefunden. Die Teilnahme hat alle noch so kühnen Prognosen über den Haufen gerannt. Plötzlich war wieder eine Demonstrationsbeteiligung da, von der wir seit Jahren bestenfalls haben träumen können. Die Demonstrationen wurden von Menschen geprägt, darunter vielen ungewöhnlich jungen und alten, die man sonst nie auf Demonstrationen gesehen hat. Die Rückschau nach Vergleichbarem macht erst 1983 halt, im Jahr des Stationierungsbeschlusses für die neuen Atomraketen in der BRD. Aber "damals" gab es ganz andere Mittel der organisierten Mobilisierung. In Hamburg muß man noch weiter zurückgehen, um einen vergleichbaren Trägerkreis für Demonstrationen zu finden, der diesmal von den Autonomen bis zum DGB-Vertreter reichte.

Wenn ich mir angesichts dieses Ergebnisses hier in Hamburg unsere internen Vorbereitungsdiskussionen rückwirkend angucke (woran ich beteiligt war), so waren sie in vielfacher Hinsicht geradezu lächerlich. Z.B. haben wir uns in lange Debatten verstrickt, wieviel Organisationslautsprecherwagen wir als Veranstalter zulassen wollten, weil wir erst ab Mitte der Woche von einer Demonstration von über 5.000 Menschen ausgingen und buchstäblich erst in den letzten Tagen nach einmonatiger Vorbereitung klar wurde, daß es eine breite Massendemonstration werden würde.

Als Hamburger KB haben wir weder eine gemeinsame Demovorbereitung zustandegebracht, noch die gemeinsame Unterzeichnung eines einzigen Flugblattes (bei vier Mitunterzeichnungen oder (Mit)- Erstellungen von Flugblättern von Teilgruppen oder Personen des KB). Am Rande der Demo hätten wir vermutlich eine Reminiszenzveranstaltung von rund 2.000 KBlerInnen, Ex-KBlern und FreundInnen abhalten können, und erfahrungsgemäß könnte der KB in Hamburg bei Demonstrationen noch immer eine organisierende Autorität weit über unsere Reihen hinaus spielen.

Doch zurück zum Ernst der Angelegenheit: Das erreichte Ergebnis erfordert angesichts des linken Dauerfrustes auf allen Seiten eine Überprüfung der Aussagen über Protestmöglichkeiten, jedenfalls wenn es "ernst" wird. Es ist offensichtlich ein Irrtum, daß eine Protestbereitschaft gegen Krieg und Kriegsvorbereitung (und gegen eine mögliche Beteiligung der BRD daran) nachgelassen hätte. Außerdem handelt sich bei der Golfkrise um einen Konflikt, bei dem eine eindeutige Parteinahme zugunsten dieser oder jener Seite nun wirklich nicht möglich ist. Das ist bedeutsam sowohl angesichts aktueller Kriegsgefahr als auch für in naher Zukunft lauernde Gefahren kriegerischer Konflikte - sei es in Osteuropa oder anderswo auf der Welt -, aus denen sich die BRD nicht mehr heraushalten will oder kann. Die Kriegsgefahr könnte eher unvergleichlich größer als 1983 werden. Die Angst vor einem möglich erscheinenden Atomkrieg war auch vor 1983 der Motor für die Friedensbewegung in ihrer Breite.

Es stimmt nicht, daß vorrangig die Furcht vor der Atomrakete im eigenen Garten oder vor der atomaren Vernichtung unseres Landes Voraussetzung ist, damit zahlreiche Menschen in die Puschen kommen, es hat - jedenfalls bei der Antikriegshaltung und dem von uns erreichbaren Potential - auch keine allgemeine deutsche chauvinistische Wende gegeben. In diesem Fall haben uns nicht die äußeren Verhältnisse davon abgehalten, keine breitere politische Außenarbeit oder Agitation zu veranstalten, es war die interne Lage.

Allerdings hat die Sache einen bitteren Beigeschmack. Es wäre falsch, jetzt die nur noch schlecht organisierte Linke allein beschimpfen zu wollen, weil sie ihre Möglichkeiten völlig verschätzt und vertut durch ihren Abstand oder schlimmer, ihre Abgrenzung von dem erreichbaren Protestpotential. Dieses Protestpotential hat noch einmal "5 vor 12", so lautete das in den meisten Orten verwendete Motto, und eigentlich viel zu spät "seine Pflicht" getan. Und zu mehr sind die meisten auch linken DemonstrantInnen eben nicht bereit. Dabei gibt es auch eine politische Breeiite und Toleranz, die einem teilweise einen Schrecken einjagt und bisweilen jeglichen noch akzeptablen Rahmen verläßt. Wenn auf der Berliner Demo - in Hamburg habe ich das nicht gesehen - einzelne Demonstrationsteilnehmer auf ihren Transparent lediglich die Forderung nach einem konsequente(re)n Vorgehen oder Embargo gegen Saddam Hussein (natürlich nicht mit Krieg) als Protest (?) auf die Straße tragen, dann haben sie zwar Saddam Hussein zu Recht als "Bösewicht" erkannt, aber bestenfalls nur verdrängt, wer ihm dort aus der Region und aus der NATO gegenüber steht und daß sie sich in einem Land befinden, das die Kriegsvorbereitung mitträgt und ggf. mit in den Krieg einsteigen könnte. Der

Hamburger DGB-Vorsitzende zog als Redner zwar Zorn auf sich, aber in seiner Eigenschaft als Ex-Bulle und wohl kaum mit seinen Appellen an die weltweite "Völkergemeinschaft", der er zurief, daß sie ihre friedlichen Mittel gegen Saddam Hussein noch nicht ausgeschöpft habe. Das macht deutlich, daß sich der DGB gar nicht vom Krieg am Golf bedingungslos verabschieden will. Darüber sollte aber nicht übersehen werden, daß die Demonstrationen von einer erfreulichen Antikriegsstimmung über alle politischen Grenzen hinweg geprägt sind und weitgehend ein linkes oder von links anzusprechendes Protestpotential darstellen.

Seit Anfang August - und seitdem die USA nur wenige Tage nach der Annexion des Kuwait ihre Truppen an den Golf in Marsch gesetzt haben - war die jetzige Zuspitzung absehbar. Das bewirkte aber anfangs keine großen Proteste. Wir hatten in Hamburg einen Monat nach Beginn der Krise (bei einer damaligen allgemeinen Prognose des Kriegsausbruches ("D- Day") Mitte Oktober, weil das Wetter dort angeblich keinen späteren Einsatz erlauben würde) eine Demo zum 1. September, die in seltener Einmütigkeit von allen Spektren veranstaltet und ihren Aktiven getragen wurde. (Der DGB hatte erstmals seine Demo zum Antikriegstag mit der Begründung abgesagt, er wolle sich eine "Blamage" ersparen.) Ganze 800 Leute kamen auf die Beine. Es hat dann in Hamburg noch zwei weitere Demonstrationen gegen den drohenden Golfkrieg gegeben, eine Anfang Dezember, eine weitere Anfang Januar, die Ergebnisse waren ähnlich mager bei größerer Beteiligung der Autonomen. Wie soll mit so einer Haltung politischer Druck zustandekommen? Unser Demosprecher in Hamburg hat das schön und freundlich ausgedrückt. Er hat gesagt, die Friedensbewegung müsse nun zu einer Antikriegsbewegung werden und wir sollten jetzt mit dieser Demonstration "unsere Lähmung überwinden". Andere Rederinnen auf der Demo haben das pfiffiger und moralischer ausgedrückt: Wenn wir nicht vorher unseren Protest deutlich machen, dann machen wir uns mitschuldig an diesem Krieg. Genauso pfiffig war schon der einheitliche Demotermin am 12.1. zustandegekommen: In Ermangelung eines allgemeinen Mobilisierungsplanes hatte Anfang Dezember ein landesweites Friedenstreffen in Göttingen zu örtlichen Aktionen überall in der BRD und auch international abgestimmt aufgerufen. Die Demonstrationen sollten natürlich vor dem Ablauf des UNO-Ultimatums liegen, damit politischer Druck ausgeübt werden könne. Und man hatte das passende Motto dafür: "Es ist 5 vor 12". Das hat geradezu glänzend die allgemeine Stimmung unseres Protestpotentials getroffen und wesentlich zum Erfolg dieser Demonstrationen beigetragen. Man kann sich alle Aktionen davor, bis in den Januar hinein, anschauen, da gab es durchaus Demos mit einigen tausend TeilnehmerInnen, aber im Vergleich mit den Aktionen am 12.1. waren das glatte Mobilisierungsmißerfolge.

Niemand kann mit einer solchen Haltung, sich um "5 vor 12" aus der moralischen Verantwortung der Mittäterschaft durch Duldung herausstehlen zu wollen, ernsthaft politischen Druck ausüben, daß es bitte nicht zum Letzten kommen möge. Und auch moralisch gesehen, kann es ja wohl nicht um unsere eigene Beruhigung gehen, sondern mehr um die Beunruhigung anderer. Mit solchen Demos als einmaligem Akt kann man sich und den Herrschenden noch einmal klar machen, daß es immer noch ein großes kriegsablehnendes Potential gibt, mehr als ein vorrangig schlafender Hund ist das aber nicht.

Wir werden also einerseits in nächster Zeit diese Proteststimmung beim Wort nehmen (müssen), aber andererseits ist die "Überwindung der Lähmung" nachhaltig noch nicht erreicht, befürchte ich. Und das wäre die Voraussetzung dafür, um die Lage tatsächlich zu verändern.

HH

9. Politik der Spannung zur Festigung der US-Hegemonie

Rubrik: Golfkrieg; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:50

"Wenn nicht ein Wunder geschieht", so formulierte es ein Politiker, überschreiten die USA mit der Tageswende von 15. zum 16. Januar die Schwelle zum Krieg.

Ein Fazit läßt sich jetzt schon ziehen: Die USA haben in den vergangenen fünfeinhalb Monaten die umfangreichste und schnellste Truppenverlegung durchgeführt, die jemals in der Geschichte von einem Staat über eine so weite Strecke zu Wasser und in der Luft organisiert wurde. In den ersten drei Wochen der Operation Desert Shield wurde mehr Personal und Ausrüstung bewegt als 1950 in den ersten drei Monaten des Koreakriegs. Allein durch die Luft wurde in den ersten sechs Wochen des Unternehmens mehr Material transportiert als während der gesamten Berliner Luftbrücke 1948-49, die 65 Wochen gedauert hatte. (Die Amerikaner versorgten damals das von den sowjetischen Behörden zu Lande abgeschnittene Westberlin ausschließlich aus der Luft.)

Der Aufbau einer Offensivstreitmacht am Golf wurde dadurch begünstigt, daß er nicht unter realen Kriegsbedingungen stattfand: 1. Die Transporte mußten nicht gegen Angriffe gesichert werden, es gab keine militärisch bedingten Verzögerungen. 2. Es konnte auf die gesamte Transportkapazität zurückgegriffen werden, da nichts für schon stattfindende Kampfhandlungen bereitgestellt werden mußte. 3. Es gab mit ausreichender Sicherheit nur einen einzigen, bereits bei Beginn des Unternehmens bekannten "Kriegsschauplatz". Offensivaktionen des Gegners waren kaum zu befürchten. Mit dem Entstehen weiterer "Fronten" während der Verlegung brauchte nicht gerechnet zu werden.

So gesehen zeigt Operation Desert Shield auch die derzeitigen Grenzen amerikanischer Kriegsoptionen auf. Die US-Armee kann zwar innerhalb weniger Wochen aus der Luft eine Defensivstreitmacht aufbauen, braucht aber eine erheblich längere Anlaufzeit, in diesem Fall rund ein halbes Jahr, um (größtenteils per Schiff) massiv überlegene Kräfte für eine offensive Kriegführung in einer weit entfernten Region zu konzentrieren.

Den amerikanischen Militärs war von Anfang an klar, daß der seit Ende der 70er Jahre vorangetriebene Aufbau einer "Schnellen Eingreiftruppe" eigentlich die Fähigkeit voraussetzte, am Ort möglicher Konflikte schon einen erheblichen Teil des Materials für einen Krieg bereitzuhalten, also auf längere Zeit einzulagern. Wünschenswert wäre auch die dauerhafte Präsenz von Truppen vor Ort, langfristige Verfügung über Stützpunkte und eigene Logistik in der Region. Ohne diese Voraussetzungen entwickelt die "Schnelle Eingreiftruppe" eben doch nur ein beschränktes Tempo, gibt einem möglichen Gegner mehr Zeit, Gelände zu besetzen und sich auf die Abwehr vorzubereiten.

Folge: die Chancen, eigene Verluste beim Angriff zu minimieren, werden schlechter. In der Zeit, die bis zum Abschluß des Offensivaufbaus verstreicht, sind innen- und außenpolitische Entwicklungen möglich, die die Ausgangssituation verschlechtern oder zumindest komplizieren. Die Einflußnahme der Politiker, auch des Parlaments und der Öffentlichkeit, auf die Entscheidungen über militärische Optionen nimmt zu. Das monatelange Warten auf einen Krieg, der schon angekündigt ist und konkret vorbereitet wird, aber praktisch noch nicht geführt werden kann, gibt der Entwicklung von Protestbewegungen mehr Spielraum, als wenn die Militärs schlagartig die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellen könnten.

An Versuchen der USA, die Voraussetzungen im ostarabischen Raum für eine Kriegführung zu verbessern, hat es in den 80er Jahren nicht gefehlt. Sie blieben aber weitgehend erfolglos, weil die arabischen Regimes sich darauf nicht einlassen wollten, wahrscheinlich aus innenpolitischen Gründen auch gar nicht einlassen konnten. Allein schon die "Sonderbeziehungen" der USA zu Israel, die für die US-Regierung absolute Priorität haben, setzten dem Entgegenkommen auch der reaktionärsten und abhängigsten arabischen Regimes gewisse Grenzen.

Die USA würden gern die durch Iraks Einmarsch nach Kuwait entstandene Lage dazu ausnutzen, sich langfristig solidere militärische Positionen in der Region zu sichern: ein von den USA unterstützter regionaler Militärpakt, eine ständige internationale Streitmacht unter amerikanischer Beteiligung, möglichst auch ein Netz eigener Stützpunkte. Das Dilemma scheint zu sein, daß diese Zielsetzung nur zu erreichen wäre, wenn sich

der derzeitige Spannungszustand aufrechterhalten ließe, wenn dem Irak also ein erhebliches Drohpotential belassen würde. Eine "Vernichtung" des Irak als militärischer und tendenziell hegemonialer Faktor, wie die USA es angekündigt haben, würde einem Verbleiben amerikanischer Streitkräfte am Golf vermutlich die politische Legitimation entziehen und die zustandegekommene seltsame Koalition unterschiedlichster arabischer Staaten auseinanderfallen lassen. Hinzu kommt, daß es die USA und die mit ihnen verbündeten Regimes im arabischen Raum sehr schwer haben würden nach einem Vernichtungskrieg, in dem wahrscheinlich Tausende von Zivilisten umkommen würden.

Eine weitere Überlegung: Der politische Druck, nach "Erledigung" des Irak über das Problem der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete zu sprechen, würde erheblich zunehmen. Diese Frage könnte dann auf internationaler Ebene sogar zentrale Bedeutung gewinnen, was die USA als engsten Verbündeten Israels politisch alles wieder kosten könnte, was sie durch die Golfkrise gewinnen konnten.

So gesehen wäre ein totaler militärischer Sieg über den Irak aus US-Sicht vielleicht gar nicht erwünscht. Nach massiven Luftangriffen auf zentrale Elemente des irakischen Kriegspotentials - Flughäfen, Raketenstellungen, logistische Linien, eventuell auch Hauptquartiere - könnte ein weiteres Ultimatum gestellt werden, könnten vielleicht doch noch Verhandlungen in Gang kommen.

Am militärischen Verlauf und Ergebnis eines Krieges können kaum Zweifel bestehen. Die USA plus Verbündete haben bei den Kampfflugzeugen, die den Krieg schon in den allerersten Tagen entscheiden können, ein zahlenmäßiges Übergewicht von 3:1, das auf der qualitativen Ebene noch weit ausgeprägter ist, was Modernität des Materials und Ausbildungsstand der Piloten angeht. Die absolute Luftüberlegenheit müssen sich die Alliierten nicht erst erkämpfen, sondern haben sie bereits von der ersten Stunde an. Der Irak würde nicht in der Lage sein, seine Luftwaffe überhaupt einzusetzen, außer als bewegliche Zielscheiben. Bei den Kampftruppen verfügen beide Seiten über annähernd gleiche Kopfzahl. Bei den Panzern hält der Irak auf dem Papier 4.000 Stück gegen 3.600 der Alliierten. Realistisch betrachtet ist aber der Großteil der irakischen Panzer gar nicht für einen modernen Bewegungskrieg geeignet, sondern hat nur den Kampfwert eingegrabener Geschütze. Auf militärischen Nachschub - Munition, Ersatzteile, Ersatz zerstörter oder schwer beschädigter Waffen - kann der Irak überhaupt nicht rechnen. Das würde seine Kriegsfähigkeit wohl rein rechnerisch auf zwei bis drei Wochen begrenzen, falls er militärisch so lange durchhalten könnte. Die Ausgangssituation ist insofern also völlig anders als in bisherigen nah- und mittelöstlichen Kriegen, wo den Kontrahenten internationale Nachschubarsenale zur Verfügung standen, die höchstens durch ihre Zahlungsfähigkeit begrenzt wurden.

Die israelisch-arabischen Kriege geben realistische, auf die Lage am Golf ungefähr übertragbare Anhaltspunkte über Kampfverläufe, bei denen arabische und westliche Potentiale aufeinandertreffen. Der Juni-Krieg 1967 wird zwar auch als "Sieben-Tage-Krieg" bezeichnet, was aber irreführend ist, weil Israel aufgrund seiner zahlenmäßig unterlegenen Kräfte die Gegner Ägypten, Jordanien und Syrien nicht gleichzeitig bekämpfen konnte. Absolut betrachtet hat die israelische Armee 1967 an keiner der Fronten mehr als drei Tage gebraucht, um dem Gegner entscheidende Niederlagen beizubringen und alle Kriegsziele zu erreichen. 689 Israelis starben in diesem Krieg, 2.563 wurden verletzt. Auf arabischer Seite wurden 13.500 Soldaten getötet und 27.000 verwundet.

Der Oktober-Krieg 1973 fand unter für Israel ungünstigeren Bedingungen statt. Während der israelische Generalstab 1967 einen für die Gegenseite überraschenden "Blitzkrieg" ausgelöst hatte, sah man sich 1973 einem Angriff Ägyptens und Syriens gegenüber, mit dem man nicht gerechnet hatte. Daraus ergaben sich relativ hohe Anfangsverluste und mehr Anlaufzeit bis zur vollen Kriegsbereitschaft. Der Krieg dauerte 16 Tage. 1.854 israelische Soldaten wurden getötet, etwa ebensoviele verletzt; 450 gerieten in Gefangenschaft. Die nicht genau bekannten Verluste der arabischen Seite lagen wieder um ein Vielfaches höher.

Falls sich die USA darauf beschränken würden und könnten, nach mehrtägigem massiven Beschuß und Bombardement die irakischen Truppen in Kuwait durch Panzerkeile zu isolieren und zur Kapitulation zu bringen, wäre vermutlich eine Dauer von maximal zwei Wochen ausreichend. Schwieriger, langwieriger und erheblich verlustreicher wäre jeder Versuch, den Irak vollständig zu unterwerfen und zu besetzen, falls die Armee nach den ersten Niederlagen nicht aufgibt. Diese Art von Krieg gegen seine größeren arabischen Nachbarn hat Israel vermieden, und die israelische Kriegsführung auf der jordanischen Westbank 1967 oder im Libanon 1982 taugt nicht als Vergleich, weil die Gegner militärisch schwach waren.

Die Risiken eines Krieges für die USA liegen jedoch vermutlich nicht auf militärischem Gebiet, sondern auf politischem. Wie werden sich die Bilder und Berichte von der blutigen und zerstörerischen Realität der Luftangriffe auf die innere Situation der arabischen Staaten auswirken? Wie stark wird der Haß auf die USA, den Westen insgesamt, und auf die mit ihnen verbündeten Regimes zunehmen? Wird es in den arabischen Ländern Protestbewegungen und langfristige politische Umschichtungen geben?

Iraks Führung hat es in der Hand, Israel zum Kriegseintritt zu provozieren, und Saddam Husseins Drohungen bezweckten offenbar genau dies. Militärisch hätte Bagdad dabei kaum noch etwas zu verlieren, denn das Zerstörungspotential der Alliierten ist ohnehin so riesig, daß die Schäden durch Luftangriffe entsetzlich sein würden. Politisch könnte Iraks Führung sich aber erhoffen, die gegnerische Allianz durcheinanderzubringen. Einen Krieg an der Seite Israels geführt zu haben, wird keinem arabischen Politiker oder Militär Ehre und Sympathie einbringen. Es könnte im Gegenteil einige von ihnen in unabsehbare innenpolitische Schwierigkeiten bringen.

Die Frage, wie die arabische Welt nach einem "erfolgreichen" Krieg gegen den Irak aussehen würde, sorgt auch in den Führungskreisen der USA für Zweifel und Unruhe. Hinzu kommt, daß die sowjetische Zentralregierung Anstalten macht, die Ablenkung der Welt durch die Krise am Golf zu benutzen, um einige innere Probleme des Landes gewaltsam zu lösen. Dabei entstehen neue Spannungspunkte im Ost-West-Verhältnis, die die kapitalistischen Regierungen eigentlich nicht ignorieren können. Ein "richtiger" Krieg am Golf würde für den Westen also ein weiteres Dilemma schaffen: Einerseits wäre es ungünstig, Moskau durch scharfe Kritik zu verärgern und damit die zur Schau gestellte Partnerschaft USA- UdSSR zu gefährden, die sich in der Golfkrise so phantastisch bewährt hat. Andererseits bedeutet ein Krieg am Golf aber auch einen Glaubwürdigkeitszwang für die westlichen Regierungen, das sowjetische Vorgehen gegen die baltischen Republiken - und demnächst beispielsweise gegen Georgien? - "angemessen" zu verurteilen.

Der ideologische Grundgedanke des Aufmarsches gegen Irak - kollektive Bestrafung eines Bösewichts, der den Frieden einer sich zivilisierenden Weltgemeinschaft stört - wird jedenfalls nicht durchzuhalten sein. Einen Krieg zu führen, um zu demonstrieren, daß heute Krieg kein Mittel der Politik mehr ist und sein darf, ist allzu absurd und pervers. Viele, die dieser Ideologie aus Phantasielosigkeit zugestimmt haben, werden wahrscheinlich bei den ersten Bildern vom "Kriegsschauplatz" nachdenklicher werden.

Daß international nicht mit gleichem Maßstab gewertet wird, wird spätestens dann deutlich werden, wenn sich nach Abschluß der Kampfhandlungen die Aufmerksamkeit auf die von Israel besetzten arabischen Gebiete richtet. Ein friedlicher Ausgleich ist hier, nachdem Israel zum Ziel von Hunderttausenden sowjetischer Juden geworden ist, also endlich die Möglichkeit zur Besiedlung der Gebiete in greifbare Nähe gerückt ist, weniger denn je zu erhoffen. Verstärkt würde das im Fall einer Eskalation der Verhältnisse in der UdSSR gelten. Bei einer realen, unmittelbaren Gefahr für die sowjetischen Juden - diese besteht derzeit in Wirklichkeit noch nicht, könnte sich aber tatsächlich ergeben - wird schwerlich eine US-Regierung noch darauf bestehen wollen, die Flüchtlinge nicht in den besetzten Gebieten anzusiedeln. Mit Blick auf diese Entwicklung könnte Israel sogar in Versuchung geraten, ein Eingreifen in den Krieg am Golf zur Provozierung einer palästinensischen Massenflucht auszunutzen.

Die Golfkrise, das Schicksal der Perestroika und der UdSSR, das Ost-West- Verhältnis, der arabisch-israelische Konflikt, die innerarabischen Widersprüche sind eng miteinander verknüpft. Die These, daß in der Welt das "neue Denken" und die "allgemeinmenschlichen Interessen" die Oberhand gewonnen haben, daß nur noch der eine und der andere Störenfried von der zivilisierten Weltgemeinschaft zur Räson gebracht werden müssen, erlebt in diesen Wochen wohl ihren Zusammenbruch.

Kt.

10. Kampagne gegen geplante GG-Änderung

Eine Aktionsübersicht

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:47

Stoppt den Krieg am Golf - eine Aktionsübersicht Über 50.000 in Berlin

Die wohl größte Demonstration am 12.1. in der BRD gab es in Berlin mit über 50.000 TeilnehmerInnen. Die Polizei hatte 25.000, die Veranstalter 100.000 "gezählt". Die wiederbelebte Berliner Friedenskoordination und Autonome hatten die Demonstration auf den Weg gebracht, aufgerufen hatten schließlich alle erdenklichen Gruppen, einschließlich des DGB. Es gab eine starke ausländische Beteiligung, insbesondere kurdische und türkische Blöcke. Es gab zwei Reden: eine autonome und die zweite von einem Vertreter der internationalen Ärztevereinigung IPPNW.

Neben dem zentralen Anliegen, gegen den drohenden Krieg am Golf zu demonstrieren, wurden die unterschiedlichsten Vorstellungen in der Demo deutlich. Es gab Transparente: "Israel soll leben", aber ebenso die Parole: "Zerschlagt den zionistischen Staat". Relativ viele Transparente forderten, das Embargo gegen Saddam Hussein konsequent umzusetzen.

Die Polizei konnte es nicht lassen, in bekannter Manier zeitweise ein Spalier um bekannte Spektren zu bilden und eine Reihe von Knüppeleinsätzen zu unternehmen. Als nach der Demonstration einige zum Amerika-Haus ziehen wollten, kam es zu massiven Polizeisperren und einigen Auseinandersetzungen.

50.000 in Hamburg

Hamburg erlebte die größte Demonstration seit dem Hamburger Kessel und der Friedensdemo zur Raketenstationierung. Zeitweise brach der örtliche U-Bahn-Betrieb zusammen. 50.000 Menschen zogen vom Hamburger Hafen - mitbeteiligt am Kriegseinsatz - zum Hamburger Kriegerdenkmal ("Wir müssen sterben, damit ihr leben könnt"). Vorbereitet hatten die Demonstration die Friedensgruppen und Organisationen, das autonome Komitee gegen den imperialistischen Krieg und zahlreiche ausländische Gruppen. Auch der DGB stieg in der letzten Woche in den Veranstalterkreis offiziell ein und vertrieb einen Aufruf "Kein Blut für Öl". Auch Hamburger DAG und die SPD hatten zur Demonstration aufgerufen.

Auf der Demonstration gab es zahlreiche Redebeiträge: von der Grußadresse der von der Räumung bedrohten Hafenstraße, der Rede eines Mitglieds der Gruppe Desertöre bis hin zu einem Beitrag des Hamburger DGB-Vorsitzenden.

Es gab mehr intern - ohne daß dies nennenswerte Auswirkungen auf die gemeinsame Demo gehabt hätte - eine Reihe von Auseinandersetzungen. Es gab Streit um die Rede eines Sprechers des Hamburger Intifada-Komitees und die Forderung, diese Rede wieder abzusagen. Auf der Demo betonte der Demosprecher, daß die Mehrheit der Veranstalter für das Existenzrecht Israels eintrete, worauf einige Autonome wegen dieser Distanzierung den Rückzug ihres Vertreters aus der Demoleitung verkündeten. Es gab Streit um den Redebeitrag des DGB-Vorsitzenden, weil dieser als früherer Polizist aus der Gewerkschaft der Polizei kommt. Der Desertör erklärte in seiner Rede, daß dies für sie eine Provokation darstelle, da die Polizei gegen ihre Aktionen und Flugblattverteilung vorgehe.

Die Hamburger Autonomen zogen nach der Demo wieder gemeinsam zur Hafenstraße. Abgesehen von einem kurzen Aufmarsch der Polizei mit einem anscheinend unvermeidlichen Knüppeleinsatz (eine Person wurde ins Krankenhaus eingeliefert) war Hamburgs Innenstadt an diesem Tage frei für DemonstrantInnen.

hier Kasten

Am 26. Januar: Regionale Demonstration in Bremerhaven

Die Stadt Bremerhaven hat nicht nur eine US-Kaserne, sondern hier liegt auch der Sitz des "Military Sealift Command", der Zentrale für den seewärtigen Nachschub aus der BRD für die US-Army. Über Bremerhaven läuft der größte Teil des militärischen Nachschubs an den Golf (wir berichteten).

Auf Vorschlag der Bremerhavener Friedensinitiative BIFA ist für Sonnabend, den 26. Januar, eine Demonstration zur US-Kaserne und Sealift Command am Hafen geplant, vorgesehen sind eine Zwischenkundgebung im US-Wohngebiet am Blink sowie zum Abschluß Aktionen vor dem Kasernentor, die den routinemäßigen Ablauf des Kasernenbetriebs stören sollen.

In Bremerhaven und zunehmend auch in Bremen hat sich für den entsprechenden Aufruf eine Unterstützung von allen infrage kommenden Bereichen des politischen Spektrums herstellen lassen. Die Aktion ist auf eine breitere Mobilisierung auch aus anderen norddeutschen Städten hin angelegt (Beginn der Auftaktkundgebung auf dem Leher Markt um 12.00), so daß möglicherweise eine ansehnliche Manifestation mit Resonanz über den engeren regionalen Rahmen hinaus zustande kommt. (Aufruf und weitere Informationen können über die Redaktionsadresse bezogen werden.)

Blockadeaktion am 19. Februar

Als einen im wesentlichen gelungenen Auftakt für weitere und größere Manifestationen gegen den drohenden Krieg betrachteten die rund 200 Teilnehmer der Kundgebung und Blockadeaktion am 19. Dezember in Bremerhaven ihre Aktion. Nach der Kundgebung beim Zolltor Roter Sand gelang es ihnen trotz Polizeipräsenz, ein kleines Stück in Richtung Autoterminal vorzurücken, auf dem - hinter einer Sichtblende von Bundesbahnwaggons abgeschirmt - Hunderte von Panzern und LKWs auf ihre Verladung warteten. Nachdem es die Polizei dann doch noch geschafft hatte, die Straße abzuriegeln, stand der Hafenverkehr einschließlich einiger Militärfahrzeuge an dieser Stelle eine gute Stunde lang still. Ein Räumungsversuch der Polizei blieb im Ansatz stecken.

An der Aktion hatten sich auch Kriegsgegner aus Oldenburg und Bremen beteiligt. Die aus diesem Anlaß wieder neu geknüpften Kontakte unter den verbliebenen antimilitaristischen Initiativen in der Region haben es ermöglicht, daß inzwischen auf zwei mit jeweils rund 50 Personen recht gut besuchten Treffen in Bremerhaven die größere Aktion, die für den 26. Januar geplante überregionale Demonstration, auf den Weg gebracht werden konnte.

Zentrale Demo am 26. Januar in Bonn?

In Bonner Kreisen gibt es Überlegungen, aber bei Druck dieser Zeitung noch keine Festlegungen, am 26. Januar zu einer überregionalen Demonstration gegen den Golfkrieg aufzurufen.

Eine Übersicht

Berlin über 50.000 Bielefeld 15.000 Bonn 1.500 Bremen 12.000 Darmstadt über 3.000 Dortmund 3.000 Düsseldorf über 8.000 Emmendingen (*) 1.000 Erfurt 3.000 Frankfurt/M. (*) 10.000 Fulda 200 Freiburg 1.500 Gamatingen (Schw.Alp) 200 Gütersloh 800 Hagen 1.500 Hamburg 50.000 Hannover 8.000 Heilbronn 2.000 Herford 3.000 Jülich 400 Kastellaun (Hunsrück) 300 Köln 15.000 Lüdinghausen 300 Minden 200 München (*) über 10.000 Münster über 15.000 Neubrandenburg über 1.000 Potsdam 100 Rostock 300 Stuttgart (*) 40.000 Sachsen (lt. ADN) 3.000 Wiesbaden 300 Wolfsburg (*) 2.000 Wundsdorf 100

Summe von 35 Orten 261.700

(nach Material des Netzwerkes Friedenskooperative in Bonn, das sich um eine Koordination der Aktionen bemüht, (*) nach Angaben der Polizei)

KASTEN:

Eine notwendige Richtigstellung

Zur Demo gegen den Golfkrieg am 12.1.1991 in Hamburg, die von beiden KB-Flügeln unterstützt wurde, gab das Hamburger "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" ein eigenes Flugblatt heraus, als dessen Unterstützer fälschlicherweise auch die KB-Minderheit aufgeführt wird. Weder waren wir an der Erstellung beteiligt, noch wurden wir um Unterstützung nachgefragt, wie dies eigentlich üblich sein sollte. So halten wir es für falsch, von einer "von den Zionisten initiierten Einwanderung Hunderttausender sowjetischer Juden" zur Durchführung weiterer Annexionen zu sprechen. Daß Juden aus einem Land fliehen, in dem Pogrome und Antisemitismus in erschreckendem Maße zunehmen, ist nur verständlich. Grundsätzlich unterscheidet sich, zumindest bisher, die diesbezügliche Position der KB-Minderheit nicht von der Haltung, wie sie in den

vergangenen Jahren vom KB entwickelt worden ist: Ablehnung von Boykottaufrufen gegen Israel, bei aller Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes Anerkennung der Existenzberechtigung eines israelischen Staates in Palästina.

hg

Kampagne gegen geplante GG-Änderung

Zweimal trafen in Bonn rund 50 Personen aus verschiedenen Gruppen und Organisationen zusammen, um über eine Kampagne gegen die geplante Grundgesetzänderung zu beraten, die dem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO, multinationaler Truppen oder von NATO-Verbänden den Weg bereiten soll (s. den ausführlichen Artikel zum Thema in dieser AK-Ausgabe dazu). Man war sich in der Einschätzung in der Runde soweit einig, daß in Abhängigkeit vom Verlauf der Golfkrise die BRD schnell oder nach einer "Schamfrist" die Grundgesetzänderung herbeiführen will. Ziel der Kampagne ist es, einer Grundgesetzänderung möglichst breiten Protest entgegenzustellen und sie nach Möglichkeit zu verhindern. Dazu müßten nicht nur PDS und Bündnis 90 im Bundestag dagegen stimmen müßten, sondern bis auf 40 auch alle Abgeordneten der SPD, will man nicht auf Gegenstimmen aus der FDP oder sogar CDU spekulieren.

Vereinbart und vorgelegt waren für die zweite Beratung ein Konzeptionsentwurf für eine Konferenz zum Thema, die bis spätestens Mai durchgeführt werden soll. Das vorgelegte Papier wurde als Grundlage angenommen. Weiterhin lag ein Erklärungsentwurf für das gemeinsame Verständnis und die gemeinsamen Forderungen vor. Die Verabschiedung wurde noch einmal vertagt, auf Grundlage des Entwurfes sollen Änderungswünsche eingearbeitet werden. Ansonsten hat sich der Kreis als Arbeitsgruppe (AG) im Rahmen des Netzwerkes Friedenskooperative in Bonn konstituiert. Die an der Planung beteiligten Personen und Gruppierungen aus Bonn (z.B. Grüne, PDS, Bündnis 90, Komitee für Grundrechte, KB etc.) sollen in der Zwischenzeit die Arbeit koordinieren.

Am Wochenende des 15./16. Februar soll eintägig ein größeres Treffen zur weiteren Beratung stattfinden.

Kontakt:

Netzwerk Friedenskooperative

AG Keine GG-Änderung

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Tel: 0228-692904

Fax: 0228-692906

11. Die chemischen Waffen des Irak - "Wir haben keine geliefert" (Kohl)

Rubrik: Chemische, Biologische Waffen; Rüstungsexport; Golfkrieg; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:14

Deutsche Firmen ermöglichten dem IRAK den Aufbau eines chemischen Kriegsführungspotentials; das ist seit Jahren bekannt und auch der AK berichtete es wiederholt. Wenige Tage nach Husseins Einmarsch in Kuwait wurde auf einmal Haftbefehl gegen sieben für den Giftgas-Deal verantwortliche Manager erlassen. Eine Verwicklung des BND wurde neben anderen neuen Details in den Medien enthüllt. Neue Beispiele der gekonnten Doppelzüngigkeit von Politikern und Kommentatoren wurden - versteckt hinter der bangen Frage - "Deutsches Giftgas" gegen unsere Verbündeten? - geliefert. Medico International und die Grünen nahmen das besondere Interesse der Öffentlichkeit und die neu bekannt gewordenen Fakten zum Anlaß um Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des BND zu stellen und Schadensersatz für kurdische Giftgasopfer von der BRD einzuklagen.

So heißt es in einem Buch zum Thema: "Kein Beben wird vermutlich die Regierenden erschüttern, wenn die Irak-Affäre im Gerichtssaal aufgerollt wird. Mit bleierner Gelassenheit und beiläufig ist das Giftgasmassaker von der Welt wahrgenommen worden. War da überhaupt was? Weit hinter der Türkei hatten acht Jahre lang der Irak und der Iran aufeinander eingedroschen. Ein Gemetzel, das die meisten Beobachter gleichgültig ließ. Spannend war nur, ob die Preise für Benzin oder Heizöl steigen oder fallen würden. Mindestens 5.000 Kurden und Iraner sind durch irakische Nervengase ums Leben gekommen, doch echtes Interesse kam erst auf, als auch die Allierten beim Aufmarsch am Golf mit diesem Giftzeug bedroht wurden." (1)

Die Giftgasanlagen

Samarra: 1981 wurde von der irakischen SEPP (State Establishment for Pesticide) an die Firma Karl Kolb bzw. ihr Tochterunternehmen Pilot Plant der Auftrag zum Bau u.a. von sechs chemischen Fertigungsanlagen erteilt. 1986 wurde von der BBC erstmalig der Öffentlichkeit ein Eindruck des Gesamtareals vermittelt: "40 Kilometer südlich der Stadt Samarra haben die Irakis eine Absperrungszone errichtet in der Größe von 160 Quadratkilometern ... Im Westen der Anlage führen Straßen zu ungefähr 15 unterirdischen Silos, die so gebaut sind, daß sie Luftangriffen widerstehen können. Im Norden, durch einen extra Zaun umgeben, befindet sich ein separates Gelände mit mehr als einem Dutzend merkwürdig gestalteter Lagerbunker. Jeder ist bis zu 100 Yards lang, einige sind Attrappen, um feindliche Bomber irrezuführen. Im Zentrum des Komplexes findet die eigentliche Giftgasproduktion statt ... Da sind zwei Gruppen von Gebäuden, die etwa eintausend Tonnen Chemikalien im Jahr produzieren ..." (2) Inzwischen ist auch genaueres über die Fertigungsanlagen, die irakische Namen tragen, bekannt: "Ahmed kann am besten Lost herstellen und hat das ... schon getan. Lost, auch Senfgas genannt, ist eine alte deutsche Waffe, die zu schwärenden Abzessen und Blindheit führen kann. Ani und Mohamed sind für die diskontinuierliche Herstellung von Tabun geeignet. Die Produktion soll bereits vor Jahren angelaufen sein. Tabun ist ein Nervengas, das 1937 von Deutschen entwickelt worden ist und zum totalen Kontrollverlust der Muskulatur führt. Die Opfer winden sich in Krämpfen und Zuckungen, Darm und Blase entleeren sich unkontrolliert, der Tod tritt nach wenigen Minuten durch qualvolles Ersticken ein. Iesa, Meda und Ghasi sind (...) unter anderem für die Produktion von der als Kampfstoff ein wenig aus der Mode gekommenen Blausäure geeignet. Auch Blausäure hat in Deutschland Geschichte: Sie war in Zyklon B, dem Mordmittel von Auschwitz." (3)

Außerdem befinden sich hier Versuchsanlagen, um die Wirkung der hergestellten Substanzen zu testen. So wurden auch mehrere Gaskammern (vom Hersteller "Inhalationskammern" genannt) geliefert und aufgebaut. In ihnen wurden Versuche mit (gleich mitgelieferten) Hunden sowie Eseln und eventuell sogar an iranischen Kriegsgefangenen durchgeführt.

Zur Herstellung von Lost hat sich der Irak Anfang der 80er Jahre mindestens 2.000 Tonnen Thiodiglykol beschafft. Das ist nicht so einfach, den diese Substanz steht (wie Phosphortrichlorid und Phosphoroxidtrichlorid s.u.) auf der neun Chemikalien umfassenden Liste der Australischen Gruppe. Dies ist ein loser Zusammenschluß von 20 westlichen Industriestaaten, der durch "Exportkontrollen sowie durch freiwillige Beschränkungen der Industrie die Erzeugung chemischer Kampfstoffe weltweit verhindern" will. Der

Export dieser Substanzen ist in alle Länder und in jedem Warenwert genehmigungspflichtig. (4) Aus dieser Menge Thiodiglykol konnte in Samarra etwa die gleiche Menge Lost hergestellt werden.

Falludscha: Hier wurden seit 1986 zwei Anlagen zur Produktion von Ausgangsstoffen für Nervengase wie Tabun errichtet. Eine zur Produktion von Phosphortrichlorid (PCl3), die andere für Phosphoroxidtrichlorid (POCl3). Ebenso ist hier eine Anlage zur Produktion von Thiodiglykol geplant, dem Ausgangsstoff für Lost (s.o.).

Mossul: In der Nähe dieser Stadt entsteht ein riesiger Rüstungsforschungskomplex, insbesondere zur Raketenentwicklung. (Siehe dazu Artikel in diesem AK). Neben Raketenteständen, Schießkanälen, Elektroniklaboratorien, Hörsälen für Ausbildung (gerade auch durch deutsche Experten) usw. stehen hier auch Labors, in denen "Chemiker und Biologen an der Synthese tödlicher Nervengase und bakteriologischer Toxin-Waffen" arbeiten. (5)

Salman-Pak: Hier sollen sich ebenfalls Forschungs- (und auch Produktions-?) Anlagen für C-Waffen befinden. Insbesondere werden hier die Labors zur B-Waffenentwicklung vermutet.

Bei Akashat soll sich eine weitere schon ältere Anlage zur Produktion von Lost befinden, angeblich Ende der 70er Jahre mit italienischer Hilfe erbaut.

Selbstverständlich verfügt die irakische Armee auch über moderne ABC-Truppenübungsplätze. Ein Manöverfeld nahe Bagdad soll von der NVA errichtet worden sein. "Vorbild für die Anlage war der ABC-Waffen-Übungsplatz im brandenburgischem Storkow. Kommandotürme zum Ausbringen von radioaktiver Gammastrahlung, Spezialgebäude und Gleisanlagen für die Entseuchung von Fahrzeugen sowie ein Schießfeld mit Hausattrappen gehörten dazu." (6)

Insgesamt verfügt der Irak somit nicht nur über moderne Anlagen, um in großem Stil C-Waffen zu produzieren. Er ist auch auf dem besten Wege dazu (oder ist es sogar schon), sich praktisch vollständig unabhängig vom Import der doch relativ gut kontrollierten unverzichtbaren Grundstoffe zu machen. Produktionsanlagen für Thiodiglykol, POCl3 und PCl

3, zusammen mit den Produkten der bestehenden petrochemischen Industrie machen Irak auf dem C-Waffensektor autark. Welche Bedeutung dies hat illustriert folgende Meldung: Am 9.2.89 erklärte der CIA-Direktor vor Ausschüssen des US-Kongresses, daß mindestens zehn Staaten B-Waffen produzieren und etwa 20 Staaten C-Waffen entwickelten. Alle Programme seien von ausländischen Zulieferern abhängig. (7) Von Einfuhren unabhängig zu werden, ist auch das Ziel der gesamten Rüstungsanstrengungen Husseins in den letzten 3-5 Jahren.

C-Waffen eine Option bei einem Angriff der USA?

Die Produktionsanlagen sollen eine jährliche Produktion von knapp Tausend Tonnen Kampfstoff ermöglichen. Einige Berichterstatter sprechen sogar von einer jährlichen Produktion von 4-15.000 t. Dies wäre eine gewaltige Menge! Zum Vergleich: das Deutsche Reich hat im 1.Weltkrieg ca. 52.000 t produziert und eingesetzt, wobei in den letzten Monaten des Krieges etwa jede dritte Granate mit C-Kampfstoffen gefüllt war. Ein weiterer Vergleich: Die USA hatten ca. 400 t Giftgas in der BRD gelagert.

Das Hussein-Regime dürfte einen Vorrat an Kampfstoffen von einigen tausend Tonnen besitzen. Nach eigenen Angaben hat der Irak auch Binärwaffen, wie außerdem "nur die USA und die UDSSR". Binärwaffen unterscheiden sich in ihrer Wirkung nicht von den altbekannten Kampfstoffen, bieten aber für den Einsetzenden Vorteile in Bezug auf Handhabung und Sicherheit. Bei ihnen werden zwei eher harmlose Substanzen getrennt gelagert, direkt vor dem Abschuß in der Granate zusammengefügt und erst während des Fluges zum Kampfstoff gemischt. Bisher wird in den USA Sarin als Binärwaffe produziert, ab 1991 soll auch VX in großem Stil als Binärwaffe hergestellt werden. Beide Kampfstoffe wurden im Irak bisher nicht nachgewiesen.

Zur Zeit des Krieges gegen den Iran hatte das Hussein-Regime noch Probleme mit einer "ausreichenden" Kampfstoff- Produktion. Dies ließ sich an den Einsätzen, die in regelmäßigen Abständen von einigen Wochen stattfanden, ablesen. Trotzdem spielten die C-Waffen sowohl gegen den Iran als auch gegen die Kurden eine wichtige Rolle. Die schlecht ausgerüstete, vor allem auf die große Zahl und den Fanatismus ihrer Soldaten

bauende Armee des Iran, wurde gerade durch das Giftgas demoralisiert. Der Einsatz gegen viele kurdische Dörfer und vor allem gegen die Stadt Halabja führten mit zur Massenflucht der Kurden, der Grundlage zur erfolgreichen Niederschlagung des kurdischen Aufstandes.

Aber diese Bedeutung ist nicht einfach auf eine militärische Auseinandersetzung mit den USA übertragbar. Dies ist z.B. die Einschätzung von Oberst Imobensteg (Schweiz), der im Auftrag der UNO mehrfach die C-Waffen-Einsätze des Irak untersuchte: "Chemische Waffen sind nicht von kriegsentscheidender Bedeutung ... Das läßt sich einerseits historisch begründen. Andererseits hat es sich gezeigt, daß Soldaten sich heute gegen C-Kampfstoffe schützen können, daß die Wirkung dann klein ist. Darum sind C-Kampfstoffe in der jüngeren Vergangenheit in Dritte-Welt-Ländern eingesetzt worden - und da dann oft gegen die Zivilbevölkerung ... Es geht beim Einsatz von C-Waffen darum, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Kampfstoff ins Zielgebiet zu bringen. Das aber kann sich nur in taktischen, niemals in strategischen Größenordnungen abspielen." (8) Als weiteres Argument wird, bei gleicher Einschätzung, vom Internationalem Institut für Strategische Studien in London ausgeführt: "Der Gebrauch solcher Waffen gegen bewegliche militärische Ziele - etwa bei einer Schlacht mit gut geschützten Panzern - sei zu schwierig." (9)

Allerdings hält Imobensteg einen Einsatz im Kriegsfall für möglich: "Wenn man sich militärisch Erfolg versprechen kann, wird C-Kampfstoff eingesetzt." (8) So erklärte ja auch u.a. Iraks Botschafter in Griechenland: "Wir besitzen sehr zerstörerische chemische Waffen, und wir werden sie einsetzen, wenn wir angegriffen werden." (10) Die Amerikaner bereiten sich demzufolge nicht nur mit entsprechenden Gegendrohungen, mit C- und eventuell auch mit A-Waffen zurückzuschlagen, sondern auch auf eine chemische Kriegsführung vor. Denn, der "Einsatz chemischer Waffen könnte im Falle eines alliierten Angriffs gegen die irakischen Besatzer Kuwaits die Truppenbewegungen - zumindest vorübergehend - erheblich beeinträchtigen. Britische Offiziere rechnen damit, daß die Iraker zur Abwehr einer Offensive begrenzt Gas einsetzen. Unter zehn Artilleriegeschossen werde dann eines mit Senf- oder Nervengas enthalten sein. Die Verluste können zwar begrenzt werden, aber die Unsicherheit über die Menge der verwendeten Chemiewaffen würde die Mobilität der angreifenden Verbände einschränken und Panik unter den Soldaten verbreiten. Heranrückende Einheiten würden immer wieder gezwungen, ABC-Schutzanzüge anzuziehen. Übungen mit Schutzanzügen haben gezeigt, daß dann die Beweglichkeit nachhaltig eingeschränkt ist. Amerikanische Soldaten konnten sich nur unter großen Anstrengungen bewegen und litten unter den hohen Temperaturen." (11) So wird der chemische Krieg geübt und geübt und ...

Die Lieferanten und Erbauer

Ohne die Lieferungen und das Know- How westlicher Firmen wäre es dem Irak unmöglich gewesen, in so kurzer Zeit zu einem führenden C-Waffen-Produzenten aufzusteigen. Es waren insbesondere deutsche Firmen, die halfen.

Hauptverantwortlich für die Anlagen in Samarra ist die Karl Kolb GmbH bzw. ihre Tochter-Firma Pilot Plant. Unteraufträge für Zulieferungen, Bauten usw. erhielten u.a.:

- die hessische Firma Rhema für die geschilderten Gaskammern,

- Quast für die Lieferung von Becken, Rohren und Zentrifugen,

- Herbinger Bau errichtete die Gebäude, Fabrikationshallen und Bunker,

- die Preussag AG lieferte eine Wasseraufbereitungsanlage,

- Schwender aus Ibbenbüren ist verantwortlich für eine Fertigungsstraße für Fliegerbomben,

- von der Ludwig Hammer GmbH stammen die Klimaanlagen und

- die Rhein-Bayer-Fahrzeugbau lieferten in Zusammenarbeit mit Kolb acht mobile toxikologische Labors.

Die Kolb GmbH soll ebenso für die Anlage zur Herstellung der Lost-Vorprodukte in Falludscha verantwortlich sein. Bei den Verhaftungen am 17.8.90 waren von Kolb drei Verantwortliche betroffen: Die Manager Helmut Maier und Ewald Lange sowie der Irak-Repräsentant Klaus Fränzel. Inzwischen befindet sich die Pilot Plant in der Liquidation und auch über die Kolb GmbH werden wirtschaftliche Probleme berichtet. "Sie verhandelt über

einen zumindest teilweisen Verkauf der Firma." (12) Wieviele Millionen auf Nummernkonten in der Schweiz deponiert werden konnten, wurde aber bisher noch nicht berichtet ...

Die zweite hauptverantwortliche Firma ist die WET in Hamburg. Die Liste ihrer Lieferungen ist lang:

- Methylenchlorid, Natriumfluorid, Isopropylamin und insbesondere 56 t Phosphoroxidtrichlorid für die C-Kampfstoffe,

- Brutschränke und Nährböden für die B-Waffenforschung und

- eine Anlage zum Abfüllen von Nervengas in Granaten. (13)

Vor allem aber erhielt die WET den Auftrag für die Anlagen zur Produktion von PCl3 und POCl3, den für die Produktion von Nervenkampfstoffen wie Tabun unverzichtbaren Vorprodukten. Auftragswert: 20 Mio. DM für die Anlage und 35 Mio. DM für die schlüsselfertige Übergabe. Die Lizenz kaufte die WET von der französischen Atochem aus Lyon.

Die WET scheint nur zur Abwicklung dieser Geschäfte gegründet worden zu sein. Als Betriebsziel wurde angegeben: "Ein und Verkauf von Waren aller Art - mit Ausnahme erlaubnispflichtiger." GesellschafterInnen sind u.a.: der Elektro-Großhändler Krauskopf sowie Karin Leifer und Johanna Holzer, von denen nichts berichtet wird, außer daß sie die Ehefrauen zweier ehemaliger Preussag-Manager sind.

Hinter dem Kürzel WET verbirgt sich nichts weiter als ein paar Verbindungen - zu den C-Waffen-Verantwortlichen im Irak und der Szene der Anlagenbauern und Chemieproduzenten in der BRD und Westeuropa. Besondere technologische Fähigkeiten - eventuell noch im Falle Pilot Plant/Kolb oder im Fall Imhausen/Salzgitter von besonderer Bedeutung - wurde hier nur vermittelt. Von der WET wurden verhaftet: Die Manager bzw. Gesellschafter Krauskopf, Leifer, Holzer und Al Khadi. Bis auf den letzten befinden sich alle gegen Kaution inzwischen auf freiem Fuß.

Irrtum ausgeschlossen

Nach Angaben der beschuldigten Firmen und der Verantwortlichen im Irak sind die Anlagen nicht etwa zur Herstellung von C-Waffen sondern für Pestizide gedacht gewesen. Richtig ist dabei, daß sich Pestizide in ihrer chemischen Struktur und im wesentlichen auch in ihrem Syntheseweg den Nervengasen sehr ähneln. Konnten die Anlagen für etwas anderes als Kampfstoffe erdacht worden sein? Ein Gutachten von Prof. W. Richarz im Auftrag der Staatsanwaltschaft erstellt, kommt zu einer klaren Aussage: "Im Gesamtkomplex Samarra sind keine Anlagen zu erkennen, die für die Produktion moderner Pestizide konzipiert sind. Mit Hilfe der Anlagen Iesa, Meda und Ghasi, die selber für die Produktion von Lost und Blausäure geeignet sind, sind Ani und Mohamed für die Tabun-Synthese ausgebaut worden. Als Anlagekomplex sind sie deshalb als besonders konstruiert zu deklarieren. Verschiedene Unterlagen beweisen zudem, daß Tabun und Lost produziert worden ist.

Es ist unwahrscheinlich, daß den in Samarra tätigen Fachleuten der Firma Pilot Plant entgangen ist, daß die Produktion von Kampfstoffen geplant und auch durchgeführt worden ist (Sperrung des Geländes und Luftabwehrraketen, Sperrung gewisser Gebäude, Überwachung der Personen)." (15)

Natürlich hätte dieses Untersuchungsergebnis nicht erst im Sommer 1990 erzielt werden können. "Daß bei den Irak-Geschäften etwas nicht stimmte, war jedenfalls in der Chemiebranche bald im Gespräch. Bei der CEM Ingenieurgesellschaft in Frankfurt wurden die Fachleute schon im Januar 1982 mißtrauisch, als die Kollegen von der Firma Karl Kolb sie baten, ihnen das Know-How für eine große Anlage im Irak zu stellen. Der CEM-Chef Joachim Schulz fragte nach Lizenzen, gewünschten Produkten, Mengen - und lehnte ab. ‚Für mich war völlig zweifelsfrei, da sollten Nervenkampfstoffe hergestellt werden.' Das hat er damals den Anlagenbauern schriftlich gegeben." (16) Und wie im Fall Imhausen in Libyen gab es auch einen Techniker eines beteiligten Staatskonzerns, der sich einer deutschen Botschaft anvertraute. Schon im Mai 1982 (Baubeginn durch Pilot Plant 1981) "gab ein Techniker der deutschen Botschaft in Bagdad den Hinweis, in der Anlage sollte später Giftgas hergestellt werden." (17)

Natürlich ist den Fachleuten nicht entgangen, was da lief. Dies gilt auch für die Anlage in Falludscha, für die die WET verantwortlich zeichnet. Dazu wird folgende "Anekdote" berichtet: Als einer der am Bau der Hallen etc. beteiligten Subunternehmer vom "irakischen Projektleiter wissen wollte, was in den Anlagen hergestellt werden

solle, erhielt er die Auskunft ‚Waschmittel' ... Ein Kollege vom Bautrupp konnte die Neugier des ahnungslosen Zulieferers schließlich befriedigen: ‚In den unterirdischen Tanks lagern Waschmittel für zweibeinige Fliegen!'" (18)

Welche Rolle spielte die Preussag?

Der bekannteste Firmenname im Irak- Giftgas-Deal ist sicher Preussag. Der Hannoveraner Mischkonzern gehörte damals zu 100% dem Staat.

Es taucht eigentlich kein illegales bzw. umstrittenes Rüstungsproduktionsgeschäft auf, an der Preussag nicht beteiligt wäre. Ob nun bei der Hilfe für die Atomwaffenentwicklung in Pakistan oder bei C-Waffen in Libyen oder im Irak, die Wasseraufbereitung wurde immer von Preussag geliefert. Aber ging das Preussag-Engagement noch weiter? Ähnlich wie bei der Salzgitter Industriebau GmbH, die die gesamten Pläne für die libysche Giftgasfabrik in Rabta erarbeitet hat? Oder wie bei MBB, dem Know-how- Lieferanten im Hintergrund der irakischen Raketenaufrüstung? Fakten sind:

- Natürlich wurde die Wasseraufbereitungsanlage für Samarra geliefert, außerdem Laster, Chlor und Chlorgasbehälter und eventuell Raketenrohre.

- Bei Baubeginn in Samarra war die Preussag prominent vertreten, eventuell sogar in der Bauleitung. Nach Zeugenaussagen soll sich der Preussag-Bevollmächtigte im Irak, Al Khadi, derselbe, der uns als verhafteter WET-Mitarbeiter begegnet ist und über ihn wird noch mehr zu berichten sein, in Samarra benommen haben "wie der Chef persönlich".

- Es war ein Preussag-Mitarbeiter, der sich vertrauensvoll an die Botschaft wandte. "Sein Tip hatte durchschlagenden Erfolg: Als (er) einen Monat später auf Heimaturlaub weilte, bekam er überraschend die Kündigung." (17)

- Wie auch Al Khadi waren die WET-Manager Leifer und Holzer bei der Preussag angestellt und dort in der Verkaufsabteilung besonders mit dem Irak befaßt. Allerdings trennte sich die Preussag von ihnen - aber erst, als der Auftrag zur Errichtung der Anlagen in Falludscha bereits erteilt war.

- Von einem weiteren inzwischen Verhafteten, Helmut Maier, dem Manager von Kolb, stammt folgende Beschuldigung: "Es gibt große deutsche Firmen, die teilweise dem Bund oder Nordrhein-Westfalen gehören, die solche Sachen machen. (Illegale Exporte) Ich kann auch Namen nennen. Die Preussag hat sogar unserem Kunden im Irak laufend weitergeliefert. Hauptsächlich über Frankreich." (19)

- Die Staatsanwaltschaft und eine Sonderkommission des Zollkriminalinstituts ermitteln auch gegen/bei der Preussag. So sollen z.B. bei einer Durchsuchung der Hauptverwaltung in Hannover am 25.11.87 aufschlußreiche Unterlagen sicher gestellt worden sein. (20)

Endlich "gerichtsverwertbare Beweise"

Die deutschen Behörden taten sich mit ihren Ermittlungen bekanntlich recht schwer, bis es endlich zu den Verhaftungen am 17. August 1990 kam, wenige Tage nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait. Eine schnelle Geste des treuen US-Verbündeten. Ist es übertrieben, zu behaupten, daß es erst des Einmarsches bedurfte? Noch im März 1990 erklärte der Hessische Verwaltungsgerichtshof, "daß die Pilot-Plant-Anlage für die Herstellung von Kampfgas nicht geeignet sei". Die Weigerung des Zollamtes, die Waren aus Dreieich zur Ausfuhr abzufertigen, war laut Urteilsbegründung rechtswidrig.

Grundlage war ein dubioses Gutachten, 1984 im Auftrag des Bundes von H. Ruck vom Bundesamt für Wirtschaft, der zuständigen sogenannten Export"kontroll"behörde, und K.-D. Haferkamp vom TÜV-Rheinland erstellt. Sie durften als Firmenmitarbeiter deklariert zwei Anlagen in Samarra inspizieren. "Nach der Rückkehr durfte Ruck nur über die Prüfungen aussagen, die er in Deutschland gemacht hatte, der Mann vom TÜV fand den Sicherheitsstandard ungeeignet für eine Kampfstoffabrik. Sein Fazit: Es handele sich um eine Mehrzweckanlage für die Herstellung von Pestiziden." (21)

Nach diesem gutachterlichen Glanztaten hatten es die Anklage- und Ermittlungsbehörden nach eigenen Aussagen "schwer", neue Gutachter zu finden. "Bei der Aufklärung des Falls ... habe es ‚gewisse Probleme in der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr' gegeben. So habe Mitte 1988 das Bundesamt für Wehrtechnik und

Beschaffung eine gutachterliche Stellungnahme zum Kolb-Fall zugesagt. Im April (1989) teilte dann das Bundesamt mit, eine Beantwortung der wesentlichen Fragen sei durch die Behörde nicht möglich. Vorher hatte sich auch schon ein Gutachter der Bayer AG verabschiedet." (22)

Staatliche Rüstungsexportunterstützer

Glauben wir unserem Kanzler, ist die Sache eindeutig: "Wir haben an den Irak keine Waffen geliefert." (23) Auch andere Regierungsmitglieder äußerten sich entsprechend, jedenfalls bis zu jenen Tagen im August ... So legte sich der damalige Bundeswirtschaftsminister Bangemann sofort fest, als entsprechende Vorwürfe aus den USA zu uns herüber schwappten. Die Anlagen der Pilot Plant seien "nicht zur Herstellung chemischer Waffen geeignet."

Eine entscheidende Rolle beim Ermöglichen der brisanten Exporte spielt das Bundesamt für Wirtschaft, wie es so schön heißt und wie es sein Chef auch gerne hervorhebt. Das Amt soll total überlastet sein. Laut Stern prüfen fünf Beamte die "jährlich 100.000 Ausfuhranträge allein aus dem Bereich der Chemie und Nukleartechnik." (24) Andere Angaben liegen etwas niedriger, haben aber die gleiche Tendenz. Die sogenannte "Kontroll-und Genehmigungsbehörde" gilt als absolut "wirtschaftshörig". So gibt es Dokumente, wie z.B. Telefonmitschnitte, die zeigen, daß bei heiklen Geschäften regelrecht eine Beratung zur Erschleichung von Exportgenehmigungen durchgeführt wurde. (25)

In einem anonymen Schreiben an die Ermittlungsbehörden mit Briefkopf des BfW erhob ein Bediensteter schwere Vorwürfe gegen seine Chefs: "Dr. Hans Rummer habe ... ‚gedeckt durch das BMWi', seine Mitarbeiter ‚zu Unkorrektheiten und rechtswidrigem Verhalten aufgefordert'." (26)

Auch auf die Bundeswehr, die sich ja so wenig kooperativ bei der Erarbeitung eines Gutachtens gezeigt hatte, soll noch einmal eingegangen werden. Wie bereits erwähnt, wurden mehrere fahrbare toxikologische Labors an den Irak geliefert. Dazu heißt es: "Immerhin sind die angeblich zivilen Labor-Fahrzeuge offenbar interessant genug für die Bundeswehr. Im Herbst 1983 besichtigte eine Delegation die Wagen auf dem ‚Rhein-Bayer'-Werksgelände. Ein Uniformierter befand, daß ‚nicht einmal die Bundeswehr über derart gut gerüstete Fahrzeuge' verfüge." (27) Wobei der Giftgasspürpanzer Fuchs allerdings als weltweite Spitzenleistung gilt, weshalb er ja auch den Amis zur Verfügung gestellt wurde ...

Der BND war immer zugegen

Insbesondere beim Bekanntwerden der Rabta-Affäre schien dem BND immer nur die Rolle des Watschenmännchens zuzufallen. Waren es doch immer "ausländische Dienste", die Informationen über die deutsche Beteiligungen an ABC-Waffenproduktionen sammelten und "non papers" der Amis an Bonn ermöglichten. Öffentlich erklärte die Regierung wiederholt: uns liegen keine Informationen vor. Wumms, daß saß, hatte doch der BND nach eigenen Auskünften mehr als 30 schriftliche Berichte angefertigt.

Jetzt kommen neue Tatsachen an die Oberfläche: Der BND "hat sich gründlich verheddert. Denn die Pullacher Behörde warb 1986 Leifer als Mitarbeiter an. Zu diesem Zeitpunkt waren dubiose Irak-Geschäfte des WET-Mannes schon aktenkundig.

Fast zwei Jahre lang, so räumt die Behörde ein, habe der Exporteur seine Irak-Kenntnisse beim BND abgeliefert. Erst vier Monate nach der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens im Januar 1987 wurde er aus der Mitarbeiterkartei gestrichen ... Der BND habe, erklärte ein hoher Beamter des Dienstes, Leifer gebraucht, ‚um Informationen zu sammeln'. Aber der ‚Dienst identifiziert sich nicht mit dem, was Leute außerhalb dieses Bereiches machen'." (28)

Das TV-Magazin enthüllte weiter: "Später habe der BND dann versucht, Leifers Agententätigkeit zu vertuschen ... Als die Staatsanwaltschaft bei dem Irak-Lieferanten ein Dokument gefunden habe, das dessen Tätigkeit für den Geheimdienst belege, habe der BND die Herausgabe des Dokuments verlangt. Die Staatsanwaltschaft habe dieses Ansinnen jedoch abgelehnt." (29) Das heißt, erst einmal hat der BND versucht, Leifers Enttarnung zu verhindern, erst danach wurde er "abgeschaltet".

Auch Al Khadi war Agent des BND. Als er 1986 im Irak inhaftiert und zum Tode verurteilt war, setzten sich Genscher und Weizsäcker auf Veranlassung des BND erfolgreich für seine Freilassung ein. Staatsminister Stavenhagen betonte: Die BND-Agenten wurden "sehr deutlich daraufhingewiesen ..., daß sie als

Gegenleistung für solche Informationen nicht etwa ein Weggucken, ein Dulden, ein Billigen oder irgend etwas erwarten können." "Etwas, von dem man weggucken könnte, scheinen auch die BND-Verantwortlichen im Kanzleramt gesehen zu haben." (28)

Wenn es denn zu einer Verurteilung kommt ...

Nun wurden ja immerhin gegen sieben verantwortliche Manager Haftbefehle erlassen worden und es wird wohl im Frühjahr zu einer Anklage kommen.

Vor ihnen "erwischte" es schon Jürgen Hippenstiehl-Imhausen, der bisher als einziger wegen dem Libyen-Deal angeklagt und verurteilt wurde. Das Urteil: Fünf Jahre wegen Steuerhinterziehung und Verstoß gegen die Ausfuhrvorschriften. Den Gewinn, nach Schätzungen zwischen 20 und 120 Mio. DM, sicher auf Schweizer Konten verwahrt, darf er behalten. "Zwischen dem Verstoß gegen die Ausfuhrvorschriften und dem Vermögensvorteil bestehe kein unmittelbarer Zusammenhang." (30) Und die Steuern hat er ja inzwischen auch artig nachgezahlt ... Selbst der Prozeßvertreter der Oberfinanzdirektion Freiburg zeigte sich über das Urteil ziemlich entsetzt: "Bei simplen Bußgeldverfahren werde sonst immer der ‚Vermögensvorteil abgeschöpft'. Die Ausnahme ... sei ‚fast schon eine Aufforderung an Nachahmer'. Angesichts solch satter Gewinne gehe vielleicht mancher ‚gerne ein paar Jahre ins Gefängnis', wenn er es als gemachter Mann wieder verlasse." (30)

Das Verfahren wurde innerhalb von zwei Wochen abgehandelt, als Gegenleistung für Hippenstiehls Geständnis blieb die Anklage wegen Steuerhinterziehung begrenzt. Sonst hätte es zu einer höheren Strafe kommen müssen. Das Urteil ist rechtskräftig, die Staatsanwaltschaft geht nicht in die Revision. Sehr zum Unwillen des damals zuständigen Staatsanwalts, der mit von seinem Vorgesetzten getroffen Absprachen nicht einverstanden war. Er wurde inzwischen abgelöst - trotz "hervorragender Ermittlungsarbeit". Das kann noch Konsequenzen haben: "Die Mannheimer Staatsanwaltschaft ermittelt auch gegen den ehemaligen Salzgitter-Geschäftsführer Andreas Böhm, den Hippenstiehl in seinem Geständnis schwer belastet hatte. Der SPD Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel befürchtet nach der Versetzung Kleins: ‚Da werden sich einige Leute bei Salzgitter die Hände reiben'." (31) Das hat es doch alles schon mal im Film gegeben ... (32)

Noch laufen nach Aussage von Haussmann allein wegen illegaler Rüstungsschiebereien an den Irak über 40 Ermittlungsverfahren. Aber wie eine Abgeordnete der Grünen in einer Bundestagsdebatte ausführte: "Es geht nicht nur darum, die bundesdeutsche Schwarze-Schaf-Her- de der Unternehmen - denn es ist eine Schafherde, Herr Minister Haussmann, und nicht ein einzelnes schwarzes Schaf - zur Rechenschaft zu ziehen, sondern es geht auch um die zweifelhafte Exportgenehmigungspraxis in ihrem Hause." (33)

Alles nur eine Frage des Profits?

Soweit sind sich (fast) alle Medien einig: "Die deutsche Exportwut macht offenbar vor nichts halt. Was allein zählt, ist der Profit. Geliefert wird nahezu alles, von der Kanonenschmiede bis hin zum Know- How für die Atombombe." (34) Ohne Zweifel wird dies auch ganz offiziell zumindest in Kauf genommen bzw. regelrecht gedeckt und unterstützt. So erklärte denn auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der Debatte um die Gesetzesänderungen nach der Affäre: "Deshalb gehen wir auch in Zukunft grundsätzlich von der Freiheit des Außenhandels aus. Wir sind das Land mit dem höchsten Exportanteil, weil wir im harten Wettbewerb nicht nur qualitativ höherwertige Produkte anbieten, sondern weil unser Service auch den meisten Mitbewerbern überlegen ist (...) Meine Damen und Herren, deshalb darf dies auch nicht durch eine verschärfte Außenhandelskontrolle in Zukunft in Frage gestellt werden." (35)

All die aufgezählten und nicht genannten Begünstigungen, Verschleppungen, Genehmigungen, das Weggucken oder Mitspielen der staatlich Verantwortlichen sind schon Skandal genug, und sollte dafür reichen, sie alle aus ihren Ämtern zu vertreiben, ihnen ihre Pensionsansprüche zu nehmen und sie wegen Beihilfe zum Massenmord anzuklagen.

Wesentlich weiter noch geht W. Wolf in einem Kommentar der SOZ, wo er aus den Fakten schlußfolgert: "Die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen wird von Bonns Regierung offensichtlich als ein fehlendes - letztes - Kettenglied zur Erlangung der ‚nationalen Souveränität' betrachtet." (36)

Ich halte diese Argumentation für "zu geradlinig". Hat es einen Nutzen für eine eigene C-Waffen-Option, den Irak für die chemischen Kriegsführung autark zu machen? Den dort erreichten Stand der Forschung,

Entwicklung usw. hat die BRD allemal. Die mühsam gelieferte C-Waffenfähigkeit könnte die BRD jeden Tag, aus dem Stand ankurbeln, wenn sie es denn für opportun hält.

Eine andere Frage ist natürlich die Weiterentwicklung der militärischen Einsetzbarkeit. Will man da "weiter kommen", müssen natürlich dem die Massenvernichtungswaffen geliefert werden, der auch bereit ist, sie einzusetzen ... Auf jeden Fall sind "wir" sind so souverän, zu exportieren, was "wir" wollen und an wen "wir" wollen. Und wenn "wir" dabei mit dem Teufel persönlich paktieren ... dies gilt zumindest, solange sich der Teufel nicht gegen "uns" oder "unsere Verbündeten" wendet.

Deutlich wird auch ein Widerspruch bezüglich der "C-Waffen-Abrüstung" zwischen den USA und der BRD. Während die USA vor allem eine weitere Proliferation verhindern will, setzt Bonn sich stärker für ein weltweites Abkommen zum Verbot von Entwicklung und Produktion von C-Waffen ein. So unterstreicht Genscher auch in jeder Rede zu entsprechendem Anlaß, das die weitere Verbreitung von C-Waffen ohne entsprechendes Abkommen nicht zu verhindern sei, obwohl man sich ja sehr bemüht ...

In jedem Fall bleibt es auch gerade vor dem Hintergrund der Irak-Affäre interessant, was aus der inzwischen auch innerhalb der FDP geforderten Aufnahme des ABC-Waffenverzichts ins Grundgesetz wird. Auch eine klare Absage an jede Forschung und jede zukünftige Option muß weiterhin massiv gefordert werden.

Umstritten zwischen Regierung und SPD-Opposition ist vor allem, ob es nicht die Lehre aus der Irak-Angelegenheit sein sollte, in Zukunft ganz auf die Hochrüstung von Statthalter-Regimen in der Dritten Welt zu verzichten. So fordert die SPD einen generellen Rüstungsexport-Stop in nicht OECD-Länder. Dabei stößt die Stellungnahme von Gansel (SPD) in der schon zitierten Bundestagsdebatte unangenehm auf: "Die Kuwait Krise ... macht schlagartig deutlich, daß die Gefahren für den Weltfrieden im Nord-Süd-Verhältnis wachsen." Deshalb brauchen wir auch eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung - klar, auch müßten wir bereit sein mal ein paar Monate Fahrrad zu fahren. Und doch: "Aber die Gefahr zukünftiger Ressourcenkriege macht es um so notwendiger, daß wir eine Politik der Nichtweitergabe von Waffen in diese Region betreiben. ... Ich gehöre zu denen, die dafür sind, daß bei einer Revision unseres Grundgesetzes der Einsatz deutscher Soldaten unter dem Oberkommando der UNO möglich wird ... Daher müssen wir in dieser Situation zwei Überlegungen zusammenfassen: eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO-Satzung und auf Grund von UNO-Beschlüssen sowie das verfassungsrechtlich abgesicherte Verbot von Waffenexporten in Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses." (37)

Na Bravo! Bisher mußten wir "nur" rufen: "Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt". Die deutschen Waffen sollen in Zukunft fest in unserer oder der Hand unserer Verbündeten bleiben ...

Grüne und Medico gehen vor Gericht

Medico International hat die Bundesregierung auf Zahlung von 500 Mio. DM Schadensersatz für die Opfer der irakischen Giftgasangriffe verklagt. Grundlage dafür ist die "unmittelbare Beteiligung von Mitgliedern des Bundesnachrichtendienstes beim Aufbau und bei der Entwicklung von Giftgasanlagen im Irak." Medico folgert daraus, daß das Bundeskanzleramt frühzeitig informiert war, die Lieferungen eventuell sogar gebilligt hat. (38)

Eine weitere Klage auf Schadensersatz, in diesem Fall gegen sechs deutsche Firmen u.a. MBB, wurde von der "Gesellschaft für bedrohte Völker" eingereicht. (39)

Die Grünen im Bundestag haben seinerzeit gegen den früheren Präsidenten des BND, Kinkel, sowie weitere Verantwortliche BND-Mitarbeiter Strafanzeige "wegen Verdacht des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz bzw. Kriegswaffenkontrollgesetz und mögliche Mittäterschaft des BND bei der Lieferung von Anlagen zum Bau von C-Waffen im Irak" gestellt. Zur Begründung heißt es: "Es ist davon auszugehen, daß dem BND diese Lieferungen bekannt waren und sie dennoch nicht verhindert wurden." (40)

Robert

Anmerkungen:

1) Hans Leyendecker und Richard Rickelmann: "Exporteure des Todes", Göttingen, Nov. 1990, S.27

2) Sendung der BBC vom 27.10.86; zitiert nach "Waffen für Saddam", Dokumentation der Buko-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", u.a.

3) Spiegel 41/1990

4) Chemie Report (Zeitschrift des Verbandes der chemischen Industrie) 11/89

5) H.Koppe u. E. Koch: "Bomben-Geschäfte", München 1990, S.337

6) Spiegel 43/90

7) Washington Times 10.2.89

8) Rheinischer Merkur 31.8.90

9) TAZ 5.10.90

10) Stuttgarter Zeitung 19.8.90

11) K.D. Frankenberger 6.10.90 SZ

12) Spiegel 48/90

13) Spiegel vom 13.8.90 und 41/90

14) SZ 10.10.90

15) Gutachten von Prof. Richarz, vorgelegt am 19.7.90, zitiert nach Leyendecker, S.57

16) Leyendecker, S.30

17) Spiegel 37/90

18) Koch, S. 243

19) Koch, S. 238

20) SZ 4.1.89 und TAZ 5.1.89

21) Leyendecker, S. 34

22) Spiegel 33/1990

23) In der Bonner Runde am 2.12.90

24) Stern 2/89

25) siehe z.B. den HR-Dokumentarfilm "Tod für die Welt - Die deutschen Waffenschieber" oder auch Koch, S. 127

26) Koch, S. 368

27) Stern 29/1988

28) Leyendecker, S.39 f

29) Taz 29.8.90

30) Stuttgarter Zeitung 30.8.90

31) FR 4.10.90

32) Hark Bohm, "Der kleine Staatsanwalt"

33) Bundestagsdebatte am 13.9.90, zitiert nach Buko, S. 83

34) Spiegel 37/1990

35) zitiert nach Buko Rundbrief Nr. 28/29

36) Soz Nr. 25, vom 6.12.1990

37) Bundestagsdebatte vom 13.9.90, zitiert nach Buko, S. 81 f

38) zitiert nach Buko, S. 4

39) TAZ 27.9.1990

40) Nach Buko, S. 5

12. Made in Germany: Raketen im Irak

Rubrik: Rüstungsexport; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:12

Hunderte, wenn nicht Tausende von Kilometern sollte sie fliegen können. Die Rede ist hier von Geschossen aus der "Big Gun" des Saddam Hussein, die vor einiger Zeit an vorderster Front durch die Presse geisterte. Riesige Stahlbleche sollten zu einem meterlangen Rohr mit einem Durchmesser von 1000 mm aneinandergeschweißt werden. Die Superkanone von Gerald Bull - seines Zeichens Spezialist für solche überdimensionalen Waffen - wurde im Irak unter dem Projektnamen Babylon im Militärforschungszentrum Sa'ad 16 bei Mossul entwickelt. In den letzten Monaten gab es jedoch Unterbrechungen, da in verschiedenen europäischen Ländern die Lieferungen gestoppt wurden. Auch deutsche Fahnder gaben inzwischen bekannt, auf einer heißen Spur zu sein: Die Saarstahl AG stellte 40 Tonnen Bleche mit einer besonders festen Speziallegierung und 14 Tonnen Ringe her, die von der Düsseldorfer Export-Union GmbH in den Irak ausgeführt wurden. Auftraggeber war das "Technical Corps for Special Projects" (Teco) (1) aus Bagdad und angeblich sollte das Material für Erdölpipelines verwandt werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Kanone jemals fertiggestellt wird. Schwierigkeiten wird es nicht nur wegen der gestoppten Lieferungen geben, sondern auch deswegen, weil der Konstrukteur Gerald Bull nicht mehr zur Verfügung steht; dieser ist im März 1990 vor seiner Wohnung in Belgien erschossen worden.

Obwohl die Big Gun die großen Schlagzeilen in der hiesigen Presse bekam, ist sie kein typisches Beispiel irakischer Forschung und Entwicklung auf dem Raketensektor. Seit Jahren war der Irak darauf bedacht, nicht nur Material- und Komponentenlieferungen sondern grundlegendes Know How zu erhalten.

Lieferanten und Unterstützer fand der Irak seit den 70er Jahren in verschiedenen europäischen Ländern, und erst seit dem vergangenen Jahr stehen die westeuropäischen Lieferungen von Raketentechnologie in den Irak am Pranger. Gegenseitig weisen "befreundete" Geheimdienste auf Lieferungen "sensitiver Technologie" der anderen hin. 1987 hatten führende Raketenherstellerländer ein internationales Abkommen zur Exportbeschränkung von Raketentechnologie beschlossen, um damit sicherzustellen, daß Länder der 3. Welt bzw. die sogenannten Schwellenländer keine eigenen Mittelstreckenraketen konstruieren oder herstellen können.

In diesem Zusammenhang mußte sich die Bundesregierung des öfteren Rügen der US-Amerikanischen Regierung anhören, da bundesdeutsche Firmen mit Argentinien, Brasilien, Pakistan und anderen Ländern im Bereich Nuklear- und Raketentechnologie in Verbindung stehen. Für die bundesdeutsche Entwicklung und Forschung waren diese Verbindungen äußerst günstig. War ihr doch lange Jahre die militärische Forschung von mittleren und weitreichenden Raketen aufgrund von internationalen Abkommen verboten. Erst 1985 lüfteten sich die Möglichkeiten eigenständiger Forschung und Entwicklung auf diesem Sektor.

Ein Dreiergespann sucht seine Partner ...

Der Irak wandte sich 1984 in der Frage der Raketentechnik an Argentinien, da die Zusammenarbeit mit Argentinien eine gute - wenn auch nicht ganz offene - Verbindung zur westlichen Technologie versprach. Argentinien hatte beim Condor-Projekt - einer Rakete mit einer Reichweite von ca. 600 km - mit einer ganzen Gruppe westeuropäischer Firmen zusammengearbeitet, die sich in oder um die im schweizerischen Zug beheimatete CONSEN-GROUP scharten. Ägypten, der Vermittler des Geschäftes, bekam von der Consen-Group gleichfalls ein eigenes Raketenforschungszentrum in der Nähe von Kairo.

Die CONSEN-GROUP kooperierte mit großen europäischen Firmen der Luft- und Raumfahrttechnologie; darunter Spezialistenfirmen wie MBB (Raketenleitsysteme sowie Know How zur Raketentechnologie), SNIA-BPD (eine Tochtergesellschaft der italienischen Fiat-Gesellschaft und Spezialist für Triebwerke sowie Festbrennstoffe), MAN (Hersteller von transportablen Abschußrampen) und SAGEM (aus Frankreich, Trägheitsnavigationssystem).

Mitte 1985 mußten sich aus politischen Gründen verschiedene westeuropäische Firmen aus dem Argentinien-Geschäft zurückziehen. Zu offensichtlich war Argentiniens Bestreben, eine militärische Version der "Wetterforschungsrakete" Condor I zu erhalten. Zu den "Opfern" zählte auch MBB, obwohl bis heute ungeklärt ist, wieweit die MBB-Tochter Transtechnica die Verbindungen zu Argentinien auch über das Jahr 1985 hinaus aufrecht erhielt. Ebenso ungeklärt die Rolle der zur Consen Gruppe gehörende Projekt Betreuungs-GmbH

(PHG) aus Freising. (2) Diese Firma wurde häufiger als Empfänger von MBB-Lieferungen genannt und stand über die Consen-Group nicht nur mit Argentinien in guter geschäftlicher Verbindung, sondern auch mit Ägypten und dem Irak. (3) Außerdem sind in verschiedenen anderen Firmen der Consen-Group MBB-Techniker und Ingenieure eingestellt und nehmen dort teilweise führende Positionen ein. Die Consen-Group hat die Zusammenarbeit mit Argentinien munter weitergeführt und ihren Geschäftsbereich auch auf den Nahen Osten ausgeweitet.

Der Irak - zwar hoch verschuldet - stand aufgrund der Gegnerschaft gegen den fundamentalistischen Islam in der Gunst der westlichen Länder. Lieferten die Franzosen und die Sowjetunion weiterhin die Waffen, so hatten sich die bundesdeutschen Firmen vor allem langfristigere Ziele gesteckt. Der Aufbau irakischer Technologiezentren und Produktionsanlagen sicherte nicht nur einmalige Lieferungen mit möglichen Ersatzteillieferungen, sondern bot die Möglichkeit, logistische Aufträge und Folgeaufträge abzusichern. (5)

Nach einer finanziellen Durststrecke in den Jahren 1985/86 verstärkte der Irak 1987 seine Anstrengungen im Bereich Raketentechnologie wieder. Mit den militärischen Produktions- und Forschungsanlagen für die Raketentechnologie in Mossul, Fulluja und Karbala war der Irak bestens gerüstet. Zusätzlich schloß Teco (1) im Juli 1987 einen Vertrag mit CONDOR PROJEKT AG aus Zug ab, und im Frühling 1989 konnte der Irak auch noch auf Mahmudiya, ein weiteres Forschungs- und Testgelände in der Nähe Bagdads, schauen. Unterstützung fanden die irakischen Machthaber immer wieder in der Bundesrepublik.

Sa'ad 16

In Sa'ad 16, dem militärischen Forschungszentrum in der Nähe von Mossul, kennen sich die Deutschen besonders gut aus. Hier soll nicht nur die oben erwähnte Big Gun entwickelt werden, sondern in den von der Bielefelder Gildemeister Projecta als Generalunternehmer aufgebauten Zentrum wird auch an der Weiterentwicklung der Condor II gearbeitet. Wichtigster Unterlieferant für dies Raketenforschungszentrum war, so Haussmann im Wirtschaftsausschuß, wiederum der Raketenspezialist MBB. Noch im September 1988 hatte Riedl im Bundestag erklärt, daß die Bundesregierung keine Informationen darüber verfüge, daß MBB an Raketenprojekten im Irak beteiligt sei.

Gildemeister Projecta ließ sich jedoch in der "Negativbescheinigung" vom deutschen Bundesamt für Wirtschaft am 20. August 1985 bestätigen, daß es für den Bau des Zentrums keiner speziellen Ausfuhrgenehmigungen bedürfe. Unter der Rubrik "Genaue Warenbenennung" steht: "Maschinelle, elektrische Ausrüstungen, Regel-, Meß- und Prüfgeräte für ein Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsinstitut mit 8 Hauptsektionen. Kennwort: Saad 16" (6). Doch schon seit Beginn des Baus vermuteten Geheimdienste hinter Mossul statt eines universitären ein militärisches Forschungszentrum, das für die Weiterentwicklung der argentinischen Rakete Condor II bestimmt sei. Ziel des Projekts war eine Trägerrakete mit 1000 Kilometern Reichweite.

Ausrüstungen für das Sa'ad 16 Projekt kamen über Gildemeister Projecta von MBB, die als Lieferant der "Main technology" im Vertragsdiagramm auftauchen. (7) Außerdem bestellte der Irak zwischen 1985-86 für das Forschungslaboratorium Sa'ad 16 über MBB hochentwickelte amerikanische Computeranlagen, die zur Echtzeit-Flugbahnvermessung dienen sollen. Diese Simulationscomputer wurden dann an Gildemeister Projecta ausgeliefert und stehen mittlerweile im Laboratorium No. 608 in Sa'ad Projekt. (8)

Sa'ad 16 beinhaltet neben dem Teststand für die Condor II weitere Laboratorien für die chemische wie auch für die nukleare Forschung. Unter anderen wird hier auch mit sogenannten Gas-Ultra-Zentrifugen (GUZ) gearbeitet, mit deren Hilfe Uran zu bombenfähigem Spaltmaterial angereichert werden kann. Die Gasultrazentrifugen, die von MAN entwickelt wurden, sind von der Maschinenfabrik H + H Metallform GmbH geliefert worden. (9)

SCUD-B-Raketen in Mossul verbessert

Auch die 300 Scud-B-Raketen aus sowjetischer Produktion, die die Iraker 1986 erhielten, wurden in Mossul verbessert. Im Herbst 1989 waren erstmals die Weiterentwicklungen "Al-Hussein" und "Al-Abbas" auf einer Militärshow zu sehen. Sie können von mobilen Startplattformen abgeschossen werden, die Al-Waleed genannt werden und aus einem Saab-Lastwagen mit einer hydraulischen Hubvorrichtung bestehen. Die irakische Version der Scud-B hat zwar eine größere Reichweite, gilt jedoch nicht als Präzisionswaffe. Dennoch wird ihre Treffgenauigkeit so hoch eingeschätzt, daß damit größere Ziele wie Ölförderanlagen oder Flugplätze über eine

Entfernung von mehr als 800 Kilometer hinweg vernichtet werden könnten. Zwei feste Raketenbasen für die SCUD-Raketen befinden sich in Al-Abbed und Al-Anbar westlich von Bagdad. Im Juni 1989 wurde mit dem Bau von fünf weiteren Stützpunkten begonnen, zwei davon liegen nahe des Flugplatzes Rutba, zwei weitere nordwestlich von Mossul, die fünfte ganz nahe an der Grenze zu Saudi-Arabien. (10)

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der SCUD-B wird gegen die Bonner INWAKO GmbH ermittelt. Sie soll Bagdad beim Raketenprojekt 1728 - dem Umbau der SCUD-B - geholfen haben. Neben der INWAKO nannte Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann vertraulich im Wirtschaftsausschuß auch die Havert Handelsgesellschaft mbH und die Heinrich Müller Maschinenfabrik GmbH aus Pforzheim, die gleichfalls an der Optimierung der Scud-B-Raketen beteiligt gewesen seien.

Mahmudiya

Im Frühling 1989 konnte eine südlich von Bagdad gelegene Raketenfabrik eingeweiht werden. Sie soll absolut identisch sein mit der vom Firmenkonsortium Consen gebauten Raketenfabrik in Ägypten bei Abu Zabaal. In Auftrag gegeben wurde dieses Projekt vom "Technical Corps for Special Projects" (Teco (1)). Teco ließ drei Anlagenkomplexe - eine Chemiefabrik, eine Montageeinheit und ein Testgelände - bauen, und hierbei stand Consen nur noch als Berater im Vertrag, die Generalunternehmerschaft übernahm Teco diesmal selber. In Mahmudiya waren ebenfalls bundesdeutsche Firmen beteiligt. Die Firma Siemens lieferte die Schaltanlagen, Transformatoren und sonstige Stromverteilungsanlagen. (11) Erforscht werden sollen hier weitreichende Raketen und "Satellitenraketen". Hierfür bot H+H Metallform die neueste Errungenschaft der europäischen Raumfahrt an - die von MAN/Thyssen gebauten Ariane-Booster. Diese von der europäischen Raumfahrtbehörde (ESA) in Auftrag gegebenen Triebwerke sind für die Ariane bestimmt und auf entsprechenden Angebotsdarstellungen von H+H Metallform waren die Firmenembleme von MAN und Thyssen laienhaft retuchiert worden. (12)

TADSCHI = TAJI

Neben den großen Raketenforschungsanlagen bedachte der Irak auch seine Artillerieproduktion mit eigenen Fabriken. Das Projekt hatte die offizielle Bezeichnung 3127-Tadschi und wurde als Fabrik mit einer Universalschmiedeanlage gehandelt. Vertragsunterzeichner mit deutschen Firmen war jedoch Hanna P. John, bekannt als Mitarbeiter von NASSR, dem irakischen Militärforschungsministerium. So verbirgt sich hinter dem nahe Bagdads gelegenen Projekt Tadschi auch nichts anderes, als eine der "gigantischsten Kanonenfabriken" Iraks. Hergestellt werden in der Anlaufphase jährlich rund 1000 mittlere und schwere Artillerie-Geschütze der Kaliber 105 bis 203 Millimeter. Anlagen und Ausbauten sind zum größten Teil "deutscher Wertarbeit" entsprungen.

Generalunternehmer war Ferrostahl, eine MAN-Tochter aus Essen, die die Pläne dieser Rüstungsschmiede entwarf und sich auch weiterhin für die Vollendung dieser Anlage kümmerte. Kernstück der Anlage ist die von Ferrostahl gelieferte 130 Mill. DM teure Freiformschmiede. Neben Ferrostahl wurde im Februar 1989 auch mit Thyssen ein Vertrag über einen weiteren Anbau an dieser "Universalschmiede" geschlossen, doch Thyssen trat nach eigenen Bekunden von dem Vertrag zurück.

"Wir haben nie ein Geheimnis aus dieser Anlage gemacht", betonte jetzt der Vorstandsvorsitzende von Ferrostahl, Hans Singer. Ein Modell sei sogar auf der diesjährigen Industrieausstellung in der irakischen Hauptstadt Bagdad gezeigt worden. (13) Gleich neben der Kanonenfabrik sorgte Klöckner für eine Schmelzfabrik, in der z.B. ausgediente Panzer eingeschmolzen werden und die für den notwendigen Stahlnachschub sorgt. Mit der Firma Buderus hatte Ferrostahl einen weiteren Spezialisten ins Geschäft gebracht, diesmal für Gußtechnik. In den Spezialöfen der Essener Ruhrgas Tochter LOI Industrieofenanlagen konnten so die benötigten Kanonenrohre mit höchster Präzision gefertigt werden. Siemens rüstete die Drehbänke mit hochmoderner Computersteuerung aus. Zur Einstellung waren zeitweilig bis zu drei Programmiergeräte von Siemens im Einsatz. (14)

Auch die Granaten sollte Ferrostahl liefern und erhielt entsprechende Konstruktionszeichnungen von NASSR. Ob Ferrostaal hier weitergekommen ist oder durch die aktuellen Geschehnisse um ein Geschäft gebracht wurde, ist nicht bekannt. Vermutlich lieferte aber die SPS - Siempelkamp GmbH & Co aus Krefeld schon die Metallpressen für die Granatenproduktion. (14)

Hans Singer, Vorstandsvorsitzender der Ferrostaal AG (Essen), kommt mit seinem bisherigem Verständnis von Handelsfreiheit und Politik nicht mehr in Einklang. "Es gibt Situationen, in denen Sie sich im Recht fühlen. Trotzdem bekommen Sie kein Recht", läßt er nach seiner Vernehmung von sich hören. Mittlerweile "gestand" er seine Freveltat, dabei gewesen zu sein. Die bundesdeutschen Handelsbeziehungen zum Irak waren nie auf dunkle Spelunkengeschäfte angewiesen, wie sie mittlerweile in noblen Hotels in der Schweiz abgewickelt werden. Dafür waren die Kooperationen viel zu gut und der Anreiz von Geld und Weiterentwicklung bundesdeutschen Know Hows viel zu hoch.

Ralf Hofer

Anmerkungen:

Für weitere Informationen zu einzelnen Firmen sei auf die von der BUKO-Koordinationsstelle herausgegebene Broschüre verwiesen (siehe Anzeige)

1) Technical Corps for Special Projects (TECO ist Teil des irakischen Ministerium für Industrie und Militär

2) Spiegel 27.10.90

3) Der Firma PHG wird nachgesagt, daß sie die Lieferungen der Fuel Air Benzin-Bombe an Ägypten, die später an Irak gegangen ist, tätigte.

4) So waren verschiedene deutsche Firmen an der Erstellung der neu gebauten Autobahn Irak/Kuwait beteiligt. Der Mannheimer Firma ABB wird nachgesagt, daß sie einen Generalvertrag für die elektrische Kraftversorgung im Irak hat.

5) Profil Nr. 12 , 20. März 1989

6) Ein Faksimile ist in der Profil siehe Anm. 5. abgedruckt.

7) Flight 10/90

8) Spiegel v. 18.12.1989 Nr. 51/1989

9) SZ v. 5.09.1990

10) Harald Möller; iz3w, Nr. 168, Sept. 90; Koch, ebenda

11) Koch: Saddam Husseins Waffenlieferanten...

12) Die Welt v. 24.10.1990

13) Spiegel Nr. 32, 6.08.1990

14) Egmont R. Koch: Saddam Husseins Waffenlieferanten

13. Satyrspiel in Bonn. Nachruf auf den U-BootSkandal

Nachruf auf den U-Boot-Skandal

Rubrik: Rüstungsexport; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:02

"Dann bekommt das Schauspiel eben noch einen dritten Akt", schnaubte der CDU-Abgeordnete Eylmann und Vorsitzende des längsten Untersuchungsausschusses in der Geschichte des Deutschen Bundestages wutentbrannt angesichts der Ankündigung der SPD-Fraktion, in der nächsten Legislaturperiode einem dritten Ausschuß zu beantragen. Und er fuhr fort: "Nachdem es von der Opposition zunächst als Schurkenstück inszeniert werden sollte, entwickelte es sich im zweiten Akt mehr und mehr zu einer Kriminalkomödie: der Abgeordnete Gansel als Möchte-gern- Schi-manski von der Wasserkante mit Thermoskanne und rotem Schlapphut auf der Jagd nach dem Phantom der Meere, dem nicht existierenden U-Boot" (Stenografischer Bericht über die 232. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 26.10.90, der Beratung des Abschlußberichtes des U- Boot-Ausschusses im Parlament). Was da so scheinbar satirisch-heiter daherkommt, ist bei näherer Betrachtung übelste Demagogie. Aber nichts anderes mehr bleibt einem Abgeordneten, dessen Parteifreunde sich im Zuge der Untersuchungen als die Hauptakteure des " Waffenschieberrings im Bundeskanzleramt" (Uschi Eid) entpuppten. Die theaterwissenschaftlichen Assoziationen, die eine der dunkelsten und schmutzigsten Affairen bundesrepublikanischer Nachkriegsgeschichte evozieren, sind naheliegend, bedürfen aber einer Zurechtrückung: Statt von " Schurkenstück", "Schmierentheater" und "Kriminalkomödie" ist es angebracht, von einer Tragödie mit Satyrstück zu sprechen.

Satyrn heißen die Naturdämonen im Gefolge des griechischen Gottes des Rausches, Dionysos, wilde, übermütige, lüsterne Wesen mit Pferdefuß und Menschenleib. Das nach ihnen benannte Spiel schloß die griechische Tetralogie (gebildet aus drei Tragödien und eben einem Satyrspiel) ab. In seinem Charakter ist es der Komödie nahe verwandt.

Beschäftigt mensch sich eingehend mit dem umfassenden Material, welches sich bislang im Zuge der Arbeit des Untersuchungsausschusses in Bonn zum U-Boot- Skandal angehäuft hat, kann mensch sich des Eindruckes eines wohl inszenierten Theaterstücks mit hochkarätigen Schauspielern nicht entziehen: Da wären zum einen der Dionysos-Darsteller Professor Ulrich Gabler (Firmengründer des Ingenieurkontor Lübeck IKL) mit seinen beiden Eingeweihten Lutz Nohse (IKL-Geschäftsführer) und Klaus Ahlers (HDW- Vorstand); ferner spielen mit: Karl-Friedrich Albrecht und Siegfried Zoglmann (beide Rüstungsmakler und Handlanger in diesem schmutzigen Geschäft), sowie die bocksgestaltigen Satyrn Dr. Helmut Kohl (Chefsatyr der BRD), Dr. Waldemar Schreckenberger und Horst Teltschik (dessen Büttel im Kanzeleramt), F.J.S., Genschman und Bangemann, sowie der große Klare aus dem Norden (Stoltenberg).

Der Tragödie erster Teil: alte und neue Herrschaft in Afrika

Die Tragödie hat eine tiefe Wurzel: sie reicht zurück bis in die blutige Vorzeit des Imperialismus, als die Kolonialmächte den Rest der Welt unter sich aufgeteilt haben. Mit der politischen Unabhängigkeit Mitte der 70er kam für die meisten ehemaligen Kolonien nach dem Sieg im Befreiungskampf, den "Anstrengungen der Steigungen", die "Mühen der Ebenen", wie Bert Brecht das einmal formuliert hat. Auch im südlichen Afrika konnte von einer freien Entwicklung der jungen Länder (Angola, Mosambik, Simbabwe) nicht die Rede sein, trugen sie doch schwer am kolonialen Erbe, daß unter anderem in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von der ökonomischen Hauptmacht am Kap bestand, dem südafrikanischen Apartheid-Regime in Pretoria. Dazu kam, daß die Rassisten gezielt reaktionäre militante Freibeuter (RENAMO in Mosambik; Savimbis UNITA in Angola) unterstützten, bzw. selbst Kommandotrupps zur Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung, Sabotierung von Einrichtungen und Lähmung der wirtschaftlichen Entwicklung über die Grenzen schickten. Dieses Ausmaß von Brutalität und Terror veranlaßte die Vereinten Nationen, am 4. November 1977 ein Waffenembargo gegen Südafrika zu verhängen (Resolution 418). Es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände im Inneren Südafrikas, und gegen die Anrainerstaaten wurde ein Destabilisierungskrieg geführt, ein Krieg, der den Herrschenden in den kapitalistischen Metropolen ganz gut in den Kram paßte, erfüllte Südafrika doch die Rolle des Henkers, der eventuelle sozialistische Experimente im südlichen Afrika im Keim liquidieren würde, ohne daß mensch sich selbst die Finger schmutzig machen mußte.

Das Geschäft wird auf den Weg gebracht

Vor diesem Hintergrund spielt der erste Akt der Tragödie. Die Zeit: November 1981. Der Schauplatz: ein Besprechungszimmer bei IKL; die Protagonisten: Prof. Gabler, Nohse und der für die südafrikanische Rüstungsbeschaffungsagentur ARMSCOR tätige Albrecht. Thema des illustren Kreises: der Bau eines Versorgungsschiffes und von U-Booten in Südafrika. Grund: die drei französischen Unterseeboote der südafrikanischen Marine (Daphne-Klasse) veralteten zusehends und mußten ersetzt werden durch modernes Kampfgerät. Da die Franzosen abwunken, wendeten sich die Südafrikaner an IKL, das zu den führenden Konstruktionsbüros der Welt in Sachen U- Boot-Bau gehört.

IKL blieb am Ball und bald schon schwanden auch bei HDW anfänglich bestehende Skrupel - die Bonner Wende machte es möglich! Am 10. November 1982 besuchte ein Herr Klein, der örtliche Repräsentant des Salzgitter-Konzerns (HDW ist eine 74,9prozentige Tochter des einst bundeseigenen Konzerns) den späteren Vertragspartner (eigens für dieses Geschäft eingerichtet), die Firma Liebenberg & Stander Maritime Technologies (LSM).

Die Strategen von HDW und IKL

Zweiter Akt: Wir schreiben das Frühjahr 1983 und Nohse vermerkt in seinem Notizbuch: "Sondierung bei Bundesregierung bezüglich Genehmigung". Das Unterfangen scheint erste Früchte zu tragen: In einem flotten Dreiergespräch am 1. Juni 1983 (an das F.J.S. in seinem berühmten Brief an den lieben Freund und Bundeskanzler Kohl erinnert) parlieren neben Kohl und ihm selbst noch der Parteivorsitzende der Liberalen, Hans-Dietrich Genscher, über das Exportgeschäft ans Kap. Wie so oft bei unangenehmen Erlebnissen setzte sowohl bei Kohl als auch bei Genschman die Erinnerung aus, als sie am 31. Mai 1990 vor dem Bonner Untersuchungsausschuß standen und zu diesem Gespräch befragt wurden. Dringend abgeraten haben will ein anderer Minister den Firmen, der kühle Klare aus dem Norden, einer der Adressaten eines Memorandums (IK 97 überschrieben und auf den 6. Oktober 1983 datiert), dessen vertraulicher Inhalt die weitere Unternehmensstrategie in Sachen U-Boot-Geschäft für die Eingeweihten offenlegte. Die Taktik ist denkbar einfach und alt bewährt: "Anfang der 70er Jahre sind in England drei Unterseeboote für Israel ähnlich der deutschen Bundesmarine-Klasse 206 gebaut worden. IKL hat hierfür die Entwürfe und Bauzeichnungen geliefert. Die damalige Bundesregierung (na, wer war das wohl? der Verf.) hat das IKL hierzu mündlich aufgefordert und "Rückendeckung" zugesichert für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergeben würden." und: "Im Falle einer regierungsseitigen Zustimmung zu dem neuen Bedarfsfall würde es für IKL ausreichend sein, wenn ein leitender Beamte eine ähnliche Erklärung wie seinerzeit im Falle Israel, dem IKL gegenüber abgeben würde." Das Geschäft sollte also mündlich genehmigt werden und zwar von einem höheren Staatssekretär und/oder einem Minister, "zumal man immer einwenden wird können, man sei davon ausgegangen, daß die formgerechte Genehmigung in Kürze ohnehin erteilt würde" (Gutachten des Jörg-Sepp Zoglmann, Anwalt von IKL). Obwohl aus dem Kontext des Vermerkes eindeutig hervorgeht, daß es sich bei diesem Geschäft um eine illegale Transaktion handelt ("Die Unterlagen gehen als Mikrofilme im Diplomatengepäck über die Grenze" - wenn das nicht nach schlechtem Wirtschaftskrimi riecht!), erteilte Stoltenberg keine Weisung, erstattete keine Anzeige. Am 15. und am 23. November schlossen IKL und LSM zwei Verträge über die Lieferung von Vorstudien zum Bau eines "Forschungstauchbootes". Aus den Unterlagen geht hervor, daß Südafrika die gewünschten U-Boote nicht für Zwecke der Küstenverteidigung benötigte, sondern für Angriffshandlungen und Sabotageaktionen gegen Nachbarstaaten (Abschußvorrichtung für Kurzstreckenraketen, Mini-Tauchboote für Kampfschwimmer).

Grünes Licht aus dem Bundeskanzleramt

Dritter Akt: Offensichtlich im kausalen Zusammenhang mit diesem Strauß-Briefchen, datiert mit dem 31. Juni 1984, stehen zwei Telefonate Schreckenbergers, seines Zeichens Kanzleramtschef, mit den Firmenleitungen von HDW und IKL an eben diesem 31. Juni mit den Firmenleitungen von HDW und IKL. Diese jubelten in ihren Aktennotizen: "Herr Staatssekretär Dr. Schreckenberger hat uns im Auftrage von Herrn Bundeskanzler Kohl telefonisch mitgeteilt, daß der Bundeskanzler und Franz Josef Strauß unserem Projekt IK 97 in der mittleren Lösung, d.h. Blaupausen-Export und Zulieferung von Teilen ihre Zustimmung verleihen." Da war es also, das "grüne Licht" eines "leitenden Beamten"!

Zwischenspiel: Monolog Schreckenberger

Höhepunkt und Hauptteil des Stückes folgen nun: die hohe Schule der Dialektik, nämlich wie mensch eine Zustimmung verleiht, ohne dabei eine Zustimmung zu verleihen. Monolog des Protagonisten Prof. Waldemar Schreckenberger: "Er (Herr Ahlers, der Verf.) hat es positiv gesehen, aber zu positiv. (...) Es gab keine Ablehnung, es wurde vertagt, es wurde das Interesse des Bundeskanzlers bekundet. (...) Es wurde wohlwollende Prüfung zugesagt - positiv." Schreckenberger relativierte damit seine erste Aussage vom 17. Februar 1987, mit der er den Firmenvermerk als eine abgesprochene falsche Wiedergabe der Telefonate bzw. als "Mißverständnis" abzutun versuchte. Das hat seinen Grund: Bei den beschlagnahmten Unterlagen der Firmenchefs (Anfang 1990) fand sich ein weiterer Strauß-Brief an Kohl (5. November 1984), in dem der Passus steht: "Prof. Schreckenberger hat aufgrund meines Schreibens (hier bezieht er sich auf seinen ersten Brief an Kohl) noch am 31. Juli 1984 Herrn Nohse von IKL in Lübeck und auf dessen Bitte auch anschließend Herrn Ahlers von HDW angerufen." Was im nachhinein so mißverständlich, unklar und widersprüchlich daherkommt, für die beiden Firmenchefs war das Klartext, sie verstanden die message: Grünes Licht aus Bonn! Am 10. Oktober 1984 wechselten die ersten Blaupausen den Besitzer - laut Aussage der Firmen und damit wie immer ohne Gewähr!

Der Tragödie letzter Teil: das Satyrspiel

Der Tragödie folgt das Satyrspiel - die Schauspieler bleiben dieselben, nur in gewandeltem Gewand: Pferdeohren, Ziegenfellschurz, Phallus und Maske. Neu hinzu kommen nun auch die Jungs von der Jurisdiktion, der Rechtsprechung (Amtsgericht Bonn, vom Landgericht Kiel, Staatsanwaltschaft Kiel) und die Damen und Herren Volksvertreter des Deutschen Bundestags. Den Reigen eröffnete Horst Teltschik, der mehrmals vor dem Bonner Untersuchungsausschuß beteuerte, den Firmenvertretern am 22. Januar 1985 eine wie er sich ausdrückte "definitive Absage" erteilt zu haben. Wahr oder gelogen - sicher ist nur, daß das Geschäft weiterging; es wurde sogar ein weiterer Vertrag abgeschlossen, und zwar am 29. April 1985: In einem "amending agreement" kamen die Vertragspartner überein, daß die bislang gelieferten Pläne ausreichend seien; der Kaufpreis verringerte sich deswegen um 2,6 Mio. auf 57,4 Mio. DM. Gleichzeitig unterzeichneten beide Parteien eine geheime Zusatzvereinbarung, in der es heißt: "Nonwithstandung any contrary provision contained elsewhere in this agreement the payment referred to in clause 7.2.3.2. shall be effected by means of a payment in cash to IKLs duly authorized representative at a place and time to be agreed within the parties hetero". Hier beginnt nun das gigantische Vexierbild, das aufgebaut wurde, um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Vorläufiger Höhepunkt: die "Selbstanzeige" der Firmenvertreter bei einem Gespräch mit dem damaligen Wirtschaftsminister Bangemann. Die GRÜNEN, Mitglied im Untersuchungsausschuß spekulierten über den Sinn dieser Selbstanzeige, die rational betrachtet eben keinen Sinn macht, folgendermaßen: "Der gemeinsame Plan von Bundesregierung und Firmen sah offensichtlich vor, nach dem Abschluß eines gewissen Anteils der Lieferung (angeblich nur diejenigen Teile des 60-Millionen-Vertrags, die nicht genehmigungspflichtig waren) ein Ordnungswidrigkeiten-Verfahren einzuleiten oder den offiziell eingestandenen Liefervorgang mit einem Strafbefehl zu ahnden, um so einen Deckmantel für das insgeheim doch fortzusetzende U-Boot-Geschäft zu bekommen." (Abschlußbericht der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/8109, S. 125)

Nebel, nichts als Nebel!

Die Geschichte der offiziellen Bemühungen, den Skandal aufzuklären, ist gleichzeitig die Geschichte der Vertuschung und geheime Fortsetzung der Lieferung der Blaupausen ans Kap. Geradezu grotesk muten die Versuche an, aus dem Elefanten eine Mücke zu machen; kein Wunder, ist der Vorgang doch ein äußerst heißes Eisen, an dem sich - vor allem aus den niederen Chargen - niemand gerne die Finger verbrennen möchte.

Die Entscheidung, keine Strafanzeige zu stellen, fiel im Bundeswirtschaftsministerium: Dr. von Würzen, von Bangemann mit dem Vorgang betraut, erteilte dem Chef des Bundesamt für Wirtschaft, Hans Rummer (die Betonung liege auf dem Wörtchen "für" Wirtschaft, nicht "gegen" - wurde Rummer nicht müde zu betonen) die Weisung, (a) Anträge vom IKL sorgfältig zu prüfen und (b) die Ausfuhrkontrollstellen hinsichtlich IKL-Ausfuhren zu instruieren. Weitere Hintergrundinformationen zum U-Boot-Geschäft erteilte er nicht. Diese beiden Teile der Weisung "interpretierte" Rummer (nach eigener Aussage) als eine "Wenn- dann-Beziehung" und konnte so alle Fünfe gerade sein lassen, da IKL keine Anträge stellte. Das Geschäft florierte - wie wir wissen - gerade zu dieser Zeit prächtig. Anschließend wurde - nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt (Telefonate mit Genscher und Dr. Ruhfuß) - der Vorgang an das Finanzministerium abgeschoben, und zwar an

Stoltenberg höchst persönlich. Dieser wiederum betraute seinen Parteifreund Svend- Olav Hansen von der Kieler Oberfinanzdirektion mit dieser heiklen Aufgabe und ließ ihm durch Dr. Oberst am 12. November die Unterlagen in verschlossenem Briefumschlag überreichen.

Unverständlicherweise richteten sich die Ermittlungen fast ein volles Jahr nur gegen IKL, HDW wurde erst Anfang November 1986 einbezogen (zu diesem Zeitpunkt kam der Skandal ja dann auch durch den Kieler Nachrichten-Artikel ans Licht der Öffentlichkeit). Wie unter guten Freunden üblich, gab es mehrere telefonischen Warnungen an HDW - so durch Staatssekretär Tietmeyer (im Auftrag von Stoltenberg) und von Hansen (OFD Kiel). Daß die Firmenchefs allem Anschein nach dennoch zu dämlich waren, alle belastenden Unterlagen beiseite zu schaffen (die Staatsanwaltschaft Kiel wurde nach mehrmaligen Durchsuchungen der Privatwohnungen der Firmenchefs noch fünf Jahre später fündig!), wirft ein Licht auf die menschlichen Züge der Protagonisten dieses Satyrspiels.

Schmutzige Geschäfte auf dunklen Wegen

Die "Selbstanzeige" war der notwendige Schachzug, nachdem sich abzuzeichnen begann, daß auch ein weiteres Schlupfloch "verstopft" war: die Ausfuhr über das Drittland Türkei. Erste Kontakte knüpfte HDW-Vorstandmitglied Peter Hansen-Wester bereits am 24. Juni 85 auf einem Treffen mit dem türkischen Mittelsmann Enis Tokcan in Hamburg. Diese Absicht teilten die Firmenchefs Bangemann auch unverfroren mit, dieser aber signalisierte sein Ungemach über derartige Projekte. Inwieweit sogar U-Boot-Komponenten oder sonstige zu dem Geschäft gehörende Bestandteile über die Türkei nach Südafrika gelangt sind, ist bis heute ungeklärt - ebenso wie die Rolle von Bundeskanzler Kohl bei dieser Alternative (er schließt nicht aus, daß er darüber mit dem türkischen Ministerpräsidenten Özal gesprochen habe). In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß das Geschäftsvolumen nach internen Firmenvermerken weit über die offiziell bekannten 116 Mio. DM hinausgeht; untermauert werden derartige Spekulationen u.a. durch das Strauß-Briefchen, dem zu entnehmen ist, daß der Kanzler der "mittleren Lösung", d.h. der Lieferung auch von fertigen U-Boot-Komponenten den Vorzug geben würde.

IK 97 ist tot, es lebe das "Mosselbay- Gas-Exploration"-Projekt!

So fuhren die Verantwortlichen von HDW und IKL ab diesem Zeitpunkt zweigleisig: "Offiziell" wurde der Vertrag aufgekündigt (mit Schreiben vom 14. Oktober 85), die letzte Lieferung sollte laut Firmen am 19. Juni 1985 erfolgt sein und man "stellte sich den Behörden". Inoffiziell aber dachte keiner der Beteiligten daran, die halbgegrillte Sau vom Spieß zu nehmen und stattdessen trocken Brot zu kauen. Mindestens bis Anfang 1987 gingen die Lieferungen weiter - das geht aus Pressemitteilungen des Landgerichts Kiel und der Staatsanwaltschaft Kiel hervor. Da nun der "worst case" eingetreten war, kam §20 und 21 des Vertrages mit den Rassisten zum Tragen: Es galt, "alternative Wege zu finden, um Geist und Absicht dieser Vereinbarung (also die Lieferung der Blaupausen - B.R.) Wirksamkeit zu verleihen". Und so traf man sich denn am 16. Januar 1986 in Paris - angeblich zur Rückabwicklung des Geschäfts, eigentlich aber um die Modalitäten der Fortsetzung auszubaldowern. Ahlers und Nohse unterzeichneten mit Südafrika ein ominöses "Aide memoire", in dem die Beteiligung am südafrikanischen "Mosselbay-Gas-Exploration"-Projekt festgeschrieben wurde, sozusagen als Ausgleich für die durch den Vertragsbruch entstandene finanzielle Differenz. "Vollkommen unglaubwürdig" erschien das dem Oberregierungsrat Uwe Wewel, den das Bonner Wirtschaftsministerium im Juli 1987 zur Prüfung der Arbeit der Kieler OFD entsandte. Hätte Bangemann gewußt, was für einen Wolf im Schafspelz er da losgeschickt hatte, er hätte die Finger davon gelassen! Schrieb dieser Wewel doch in seinem Reisebericht die häßlichen Worte: "Es liegt nahe, daß dort vielmehr Südafrika gesagt hat, liebe IKL und HDW, wenn eure Regierung die Sache nicht genehmigt, wir aber nun schon eine Menge Zeichnungen in den Händen haben, dann helft uns in anderer Weise, daß wir die U-Boote selber bauen können". Und genau dies ist dann ja auch passiert; die Übersiedlung des leitenden Oberingenieurs und U-Boot-Spezialisten Gerd Rademann am 1. April 1986 nach Durban auf die südafrikanische U-Boot-Werft (nach deutschen Plänen umkonstruiert laut MONITOR) war kein Aprilscherz, sondern der Beginn der verdeckten Unterstützung. Und hätte die "Blinden-Kommission" der CDU Augen im Kopf statt Bretter vorm Hirn gehabt bei ihrem Besuch auf eben dieser Werft, sie hätte sich ihren lächerlichen Auftritt vor deutschen Kameras und Zeitungen ersparen können.

Rüffel aus Bonn für die OFD Kiel

"Sofern die politische Beerdigung des Projekts über ein Ordnungswidrigkeitsverfahren bewerkstelligt werden kann, ist dies für HDW/IKL akzeptabel", räsonierte Hansen-Wester in einem persönlichen Vermerk am 31. Oktober 1986. Nicht akzeptabel fand er aber wohl den Zwischenbericht der OFD Kiel, vorgelegt am 28. November '86: Aufgrund der erwiesenen Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz sollte gegen HDW und IKL ein Bußgeld in Höhe von 50.000 DM verhängt werden. Die Firmen machten nun Druck über ihren Rechtsanwalt Dr. Zoglmann und drohten damit, aus dem Nähkästchen zu plaudern. So brachte Finanzpräsident Radomski von der OFD Kiel eines Tages schlechte Nachrichten aus dem Bonner Wirtschaftsministerium nach Hause: "Das gehe so nicht, das müsse man sich nochmal überlegen, oder so", erinnerte sich Regierungsdirektor Budrat (OFD) vor dem Untersuchungsausschuß an den Rüffel von oben. Schöne Scheiße, sagte sich die OFD und bat das Bundesamt für Wirtschaft um Hilfestellung, um bei dem geforderten "Salto Mortale" nicht auf dem Bauch zu landen. Die zuständigen BAW-Beamten mußten nach eigener Darstellung wahre "Pionierarbeit" leisten, aber die Mühen zahlten sich aus: am Ende stand der Freispruch (Januar 1988)! Der Schlüssel dazu war das Gutachten des Diplomingenieurs Geisel vom BAW, der zwar "noch nie ein U-Boot von innen gesehen" hatte, aber das verlangte ja eh niemand von ihm; der Vorwurf, daß dabei Manipulation und Fälschung im Spiel waren (Spiegel und FR vom 5.6.90) ist noch nicht vom Tisch. Es wäre nicht das erste Mal, daß im Laufe der Vertuschung von Straftaten neue hinzugefügt worden wären (zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an das "vertrauliche Protokoll einer Besprechung zwischen Vertretern der verschiedenen Regierungsressorts zur U-Boot-Affäre" vom 24. Mai 1989, in dem die "Durchbrechung des Legalitätsprinzips" in Kauf genommen werden müsse, da der Schaden "negativer Publizität" größer sei, als "der Unrechtsgehalt der Weitergabe von VS-Sachen an Südafrika" - Quelle: TAZ, 23.6.89).

Nicht genehmigungspflichtig!

"Nicht genehmigungspflichtig" heißt das Zauberwort, mit dessen Hilfe allen "Nestbeschmutzern" das Maul gestopft werden sollte. Uwe Wewel sah das schon richtig: "Für eine Einstellung des Verfahrens zum jetzigen Zeitpunkt ohne vorherige Einschaltung der Staatsanwaltschaft ist m.E. auf keinen Fall Raum; schon um sich nicht dem Vorwurf der Strafvereitelung im Amt ausgesetzt zu sehen" (Reisebericht, s.o.). Aber er verkannte die Skrupellosigkeit seiner Kollegen: Es gab Raum genug und auch eine tatsächlich gestellte "Strafanzeige wegen Rechtsbeugung" gegen die OFD wurde abgeschmettert; mit ihrem Urteil "mindestens am Rande der Vertretbarkeit" griff die Kieler Staatsanwaltschaft der OFD rettend unter die Arme. Egal, wo wir auch hineinstechen, überall stinkt es ganz gewaltig - aber überall findet sich wieder jemand, der der Öffentlichkeit die Nase zuhält!

Den Staatsanwälten sind die Arme gebunden...

So prüfte die Kieler Staatsanwaltschaft bereits im November 1986 (nach Erscheinen des KN-Artikels), ob Ermittlungen aufgenommen werden müßten; die Juristen kamen aber im Juli 1987 zu dem Ergebnis, daß weder ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz, noch ein Geheimnisverrat vorliegt (die Blaupausen des an Südafrika weitergegebenen U- Boot-Typs sind identisch mit den an Indien verkauften; HDW hat seinerzeit eine Geheimhaltungsverpflichtung unterzeichnet). Kernpunkt: die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik sind nicht erheblich gestört worden, weshalb keine Straftat vorliege (Gutachten des Auswärtigen Amtes). Dennoch werden die Ermittlungen in Sachen "Geheimnisverrat" am 10. März 1989 wieder aufgenommen; aber die Sache hat einen Haken: muß das Vorhaben doch vom Wirtschaftsminister abgesegnet werden! Und dieser verweigert am 27. Juli 1989 nach der skandalösen Beratung der verschiedenen Ministerien ("Durchbrechung des Legalitätsprinzips") seine Zustimmung. Aufgrund der Rüge durch die UNO-Vollversammlung (November 1989) werden die Kieler Juristen erneut aktiv und ermitteln nun wegen des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz (Ende April 1990 wurden die Untersuchungen noch auf den Verdacht von Geheimnisverrat ausgeweitet); ohne Erfolg, denn am 4. Juli verwies das Landgericht Kiel die Kollegen von der Staatsanwaltschaft in die Schranken; die Beschwerde der betroffenen Firmenchefs wegen der Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion der Staatsanwaltschaft war von Erfolg gekrönt: das Gericht verneinte einen Anfangsverdacht von Straftaten! So schließt sich der Kreis wieder, denn der Vorgang liegt jetzt wieder in den Händen des Finanzministeriums, nämlich bei der OFD Kiel. Was davon zu halten ist, kann im AK 324, "SPD und U-Boot-Skandal" nachgelesen werden.

Wie blockiert man einen Ausschuß?

Schließlich mischten auch noch die Volksvertreter mit: Am 2. April 1987 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß installiert - er sollte der längste in der Geschichte des Deutschen Bundestages werden. Zur Klärung standen an: (a) die Beteiligung von Bundeskanzler Kohl und anderen Regierungsmitgliedern am Geschäft mit Südafrika; (b) Umfang und Umstände der Blaupausenlieferung ans Kap; (c) mögliche Unterlassungen durch oben genannte Politiker während der Lieferungen und bei der Aufklärung.

Der Ausschuß, in dem die Regierungs-Koalition die Mehrheit hatte und entsprechend ihrer Taktik der Totalblockade handhabte, legte im Dezember 1989 einen Zwischenbericht vor. Die Dokumentation des Jahres 1989 machte dabei keinerlei Probleme: es wurde nicht getagt; der Grund: am 23. September ergeht das Urteil vom Bonner Amtsgericht, daß der Untersuchungsauftrag verfassungswidrig sei, da Länderkompetenzen tangiert würden (so solle auch die Rolle der "Regierungschefs der Länder" abgeklopft werden). Die Absicht, dagegen Revision einzulegen, scheiterte an den Mehrheitsverhältnissen im Ausschuß. Die Opposition brachte daraufhin am 25. Januar 1989 einen Änderungsantrag im Bundestag ein, das Ansinnen wird niedergestimmt. So zog die SPD-Fraktion im Juli 1989 vor das Bundesverfassungsgericht, welches dann im Januar 1990 (!) das Parlament auffordert, eine Lösung zu finden, da man sonst zu Zwangsmaßnahmen schreiten müßte. Erst im Februar 1990 nimmt der Untersuchungsausschuß seine Arbeit wieder auf. Alles sinnloser Quatsch - so die Würdigung der Arbeit durch die Bohl- Eylmann und Co-Fraktion; alle Schuld - wenn es denn eine gibt - trügen die Firmen, Zusagen von Politikern habe es nie nie nie gegeben, Ehrenwort. Wirklich schlimm sei dagegen das Verhalten des Abgeordneten Norbert Gansel gewesen, der "Zeugen öffentlich ausgelacht" habe und das gute deutsche Ansehen vor der UNO-Vollversammlung mit Füßen getreten habe - dies sei der eigentliche Skandal. Noch nicht erledigt ist die Arbeit für die Opposition: Die SPD-Fraktion hat bereits angekündigt, daß es zu einer Neuauflage in der nächsten Legislaturperiode kommen soll; und auch DIE GRÜNEN haben noch eine Menge Fragen an die Bundesregierung, wie zum Beispiel über die Empfänger der 1,7 Millionen DM Provisionsgelder, den Inhalt der von der Kieler Staatsanwaltschaft beschlagnahmten und jetzt bei der OFD liegenden 500 Akten und einiges mehr. The show must go on!

beri, Heide

Literaturliste U-Boot-Skandal:

Wer sich näher mit dem U-Boot-Skandal beschäftigen möchte, der/dem sei besonders ans Herz gelegt:

1. Der abweichende Bericht zum Untersuchungsausschuß der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/8109; zu beziehen über DIE GRÜNEN oder die SPD

2. Der U-Boot-Skandal - Zwischenbilanz eines schmutzigen Geschäftes mit Südafrika (Text: Reinhard Krämer); zu beziehen über DIE GRÜNEN

3. U-Boote für Südafrika; Nico Sönnichsen; erschienen in der Reihe BRD und Dritte Welt Nr. 38; zu beziehen über Magazinverlag Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel

4. Kieler Kongreß zum Thema mit viel Prominenz der Anti-Apartheid-Bewegung: AK 307 und 308 (Mai/Juni '89)

5. Die unrühmliche Rolle der Schleswig-Holsteinischen Sozialdemokraten: AK 324 (Nov. '90)

14. Gladio - Das "Buch zum Skandal" hat Lücken

Rubrik: Geheimdienste; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:11

Die Redaktion der Reihe rororo-aktuell, bekannt für flinke, wenn auch meist nicht sehr tiefschürfende Buchproduktionen zu brisanten tagespolitischen Themen, hat wieder einmal ihre Antrittsschnelligkeit bewiesen. Schon Anfang Januar lag ihr neuestes Werk in den Buchhandlungen: "Gladio - das Erbe des Kalten Krieges. Der Nato-Geheimbund und sein deutscher Vorläufer". Als Autor firmiert Leo A. Müller, "freier Fernsehjournalist in Köln", der im Vorwort einem halben Dutzend Mitarbeitern, darunter auch dem bisweiligen AK-Autor Helmut Lorscheid, seinen besonderen Dank ausspricht. Einen eigenständigen 28 Seiten langen Beitrag lieferte der Italien-Korrespondent der "taz", Werner Raith.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der erste behandelt die Vertuschungs-und Beschwichtigungsmanöver führender bundesdeutscher Politiker; Gladio in Italien; die Situation in einigen westeuropäischen Ländern; die subversiven Aktivitäten der US-Regierung und ihrer Geheimdienste während des Kalten Krieges. Regelmäßigen LeserInnen seriöser Zeitungen (den AK eingeschlossen) dürften viele der im ersten Teil zusammengetragenen Fakten bekannt sein. Werner Raiths ausführlicher Beitrag zu Italien würdigt darüber hinaus die hektischen Aktivitäten italienischer Politiker nach Bekanntwerden des Skandals. Vor allem die Manöver des christdemokratischen Ministerpräsidenten Andreotti werden detailliert nachgezeichnet und kommentiert. Raiths besonderes Interesse gilt der Frage, warum es erst jetzt zum Skandal gekommen ist, nachdem Hinweise auf Gladio und ähnliche Paralleldienste der NATO seit etlichen Jahren vorliegen. Daß Raith sich der "Deutung" anschließt, "die von den großen italienischen Magazinen ("L'Espresso" und "Panorama"; Anm. AK) favorisiert wurde", ist ein bißchen enttäuschend. Weltweit kein Skandal mehr ohne Stasi-Beteiligung: "Wenn nicht alles täuscht, entwickelt sich seit 1989 verstärkt eine Art neuer Geheimdienst- oder Geheimdienstlerkrieg, der mit dem Zusammenbruch der alten Ostblock-Regime zusammenhängt". Wie das? "Durchaus möglich also, daß hier über die 'Vergangenheitsbewältigung' der jeweils anderen 'Company' Politik betrieben wird. Und daß der Skandal weder ein Manöver karrieresüchtiger Politiker noch ein Ausschalten gefährlich gewordener Seilschaften darstellt, sondern ein gewolltes Signal für einen neuen Krieg zwischen den 'Diensten', der diesen endlich wieder Existenzberechtigung verschafft."

Der Artikel zu den Cold-War-Strategien der US-Regierung enthält neben Bekanntem aufschlußreiche Fakten über das Wirken des späteren Friedensnobelpreisträgers Henry A. Kissinger. In einer Analyse für die Truman-Administration aus dem Jahre 1952 gibt Kissinger Tips, wie dem in Westdeutschland zu beklagenden "allgemeinen Mangel an Vertrauen in die Vereinigten Staaten" abgeholfen werden könnte. Der "große Haß (der Deutschen) auf die Sowjetunion" müsse nur richtig kanalisiert werden: "Es sollte möglich sein, deutsche Organisationsstrukturen zu fördern, um diese Gefühle zu lenken: Vereinigungen von früheren Kriegsgefangenen (die vielleicht heimlich ohnehin existieren) könnten exzellente Träger werden".

Das Kissinger-Zitat leitet direkt über zum zweiten Teil des Buches, das sich ausschließlich mit dem deutschen Gladio-Vorläufer befaßt: dem "Technischen Dienst" (TD) des "Bundes deutscher Jugend" (BDJ). Der BDJ war eine offen arbeitende antikommunistische Jugendorganisation mit engen Kontakten zum Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, das wesentlich zur Finanzierung beitrug. Auch große Privatfirmen, darunter Bosch, Salamander, Reemtsma und Sarotti, gehörten zu den Geldgebern. Der "Technische Dienst" dieses Verbandes arbeitete nach den Regel strengster Konspiration. Angeleitet und finanziert wurde er von US-amerikanischen Geheimdienstagenten. Die monatlichen Ausgaben des TD wurden auf stattliche 40.000 bis 50.000 DM geschätzt. Ziel der mit Sprengmitteln, Handgranaten, Pistolen und Maschinenpistolen ausgerüsteten Geheimarmee war die Vorbereitung auf den "Tag X", die sowjetische Invasion oder das Ausbrechen innerer Unruhen. Auf einer "Proskriptionsliste" fanden sich die Namen von Personen, die in diesem Falle "kaltgestellt" werden sollten: Kommunisten und namhafte Sozialdemokraten, darunter Herbert Wehner, die prosowjetischer Neigungen verdächtigt wurden. In professionell geführten Archiven wurde umfangreiches Material über eine große Zahl von Linken und "Kryptokommunisten" gesammelt. Die Elitekämpfer des TD, vorwiegend rekrutiert aus ehemaligen Offizieren der SS und der Waffen-SS, frischten in geheimen Lehrgängen ihre Kenntnisse im Schießen, Sprengen und Foltern auf. An dieses von den US-Geheimdiensten mitorganisierte Trainingsprogramm erinnerte sich im Herbst 1990 "Welt"-Kommentator

Herbert Kremp, als er nach Bekanntwerden der Gladio-Affäre von "seltsamen Turnübungen im Odenwald" schrieb.

All diese Umtriebe, die Lebensläufe der Hauptbeteiligten, das Zusammenspiel mit US-Dienststellen, mit Ministerien, dem Kanzleramt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Amt Blank, das die Gründung der Bundeswehr vorbereitete, werden in dem Buch detailliert nachgezeichnet. Auch die Rolle der Bundesanwaltschaft, die nach dem Verbot des BDJ das Verfahren an sich zog, wird eindrucksvoll beschrieben. Vier inhaftierte TD-Führer wurden auf Hinweis aus Bonn und auf Antrag der Bundesanwälte schon nach zwei Wochen wieder entlassen. Verurteilt wurde niemand. Seinen Beschluß zur Verfahrenseinstellung aus dem Jahre 1957 begründete der Bundesgerichtshof u.a. mit der "besonderen Zeitlage" (...), "die einerseits durch eine akute Gefährdung des Bestandes und der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik von innen und außen, andererseits durch eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber der von kommunistischer Seite ohne Hemmung getriebenen Agitation gekennzeichnet war". Der BDJ habe immerhin das anerkennenswerte Ziel gehabt, "für die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen totalitäre Bestrebungen aller Art zu arbeiten...". Die Bundesrichter waren sich ihrer weltpolitischen Verantwortung voll bewußt. Leo A. Müller und seine Mitautoren schreiben: "Als das Bild der Erkenntnisse eine Form annahm, die einen der größten Nachkriegsskandale erwarten ließ, wurde politische Schadensbegrenzung in den Mittelpunkt gestellt: Untersuchungsausschüsse, vertrauliche Besprechungen, Verdunklungsmanöver - immer mit der Zielsetzung, die Verwicklung der amerikanischen Verbündeten in die Affäre zu verbergen. Denn es stand viel auf dem Spiel. Ein Skandal dieser Größenordnung hätte die deutsch-amerikanischen Beziehungen empfindlich stören können. Die Pläne zur weiteren Zementierung der Westintegration und die Vorhaben zur Remilitarisierung in einer westliche Verteidigungsgemeinschaft hätten in Schwierigkeiten geraten können. Deshalb sollte die Sache schnell und ohne viel Wirbel zu Ende gebracht werden".

Die Sozialdemokraten, die in Hessen über die ihnen unterstehenden Ermittlungsbehörden wesentlich zur Aufdeckung der TD-Umtriebe beigetragen hatten, beugten sich der Staatsräson. Auch die Presse verstummte weitgehend. Der "Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe vom 29.10.1952 noch, "daß die BDJ-Affäre in den Hauptquartieren des amerikanischen Geheimdienstes in Europa erhebliche Beunruhigung ausgelöst habe" und lieferte auch die Begründung: "Der 'Technische Dienst' in Deutschland ist nämlich nur ein Zweig einer über ganz Europa verbreiteten und von den Amerikanern unterstützten Partisanenorganisation, deren Schwergewichte in Frankreich, den Bene- lux-Ländern, Italien, aber auch auf der Iberischen Halbinsel liegen". An weitere Enthüllungen wagte sich das Magazin nicht heran.

Die Verfasser des rororo-Bändchens sind leider auch nicht mutiger. So verdienstvoll ihre Dokumentation der BDJ-Affäre ist - im Januar 1991 ein Buch zum Thema Gladio ("das Buch zum Skandal"!) vorzulegen, in dem, bezogen auf die BRD, die Zeitspanne zwischen 1952 und 1990 einfach übersprungen wird, ist schlicht Etikettenschwindel. Vier Zeilen zu den umfangreichen Waffenfunden in der Heide und dem mysteriösen Tod des rechtsextremen Forstmeisters Lembke im Jahr 1981 - da hat eine kleine finanzschwache Zeitung wie der AK einiges mehr zu bieten (vgl. AK 325, S. 5). Der Organisation Gehlen sind in dem Buch zehn Zeilen gewidmet. Aus dieser Truppe, personell ähnlich zusammengesetzt wie der "Technische Dienst", ging immerhin der Bundesnachrichtendienst (BND) hervor, unter dessen Regie eingestandenermaßen die bundesdeutsche Gladio-Sek- tion ins Feld zog. Die Organisation Gehlen hatte genau das erreicht, was auch der TD des BDJ angestrebt hatte: die offizielle Eingliederung in den bundesrepublikanischen Staatsapparat.

Js., Hamburg

15. Kommt die politische Union? Die Europäische Gemeinschaft auf der Suche nach Vereinigung

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:21

Am 15./16. Dezember 1990 kamen die Regierungschefs und Außenminister der 12 EG-Staaten auf ihrem Gipfel in Rom zusammen, um die Politische Union einschließlich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen.

Der eigentliche Gipfel drehte sich um die Hilfen für die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten. Demnach wird die Sowjetunion in diesem Jahr Nahrungsmittel-Soforthilfen in Höhe von 1,5 Mrd. DM aus Mitteln der EG erhalten - ungeachtet der Kreditzusagen Frankreichs, Italiens und der BRD aus ihren nationalen Fonds. Die EG bekannte sich zur "rückhaltlosen Unterstützung" der sowjetischen Reformpolitik und befürwortet einen von der Sowjetunion seit langem gehegten Wunsch nach Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Bulgarien und Rumänien sollen zusammen Nahrungsmittel und Medikamente im Wert von 200 Mio. DM erhalten, die CSFR und Ungarn Kredite in Höhe von 1,2 bzw. 1 Mrd. DM.

Im Rahmen der 24 kapitalistischen Länder will die EG erwirken, einen Kreditrahmen in Höhe von weiteren 4 Mrd. Dollar für alle osteuropäischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Das sind lächerliche Beträge, denn selbst die EG-Kommission errechnete für dieses Jahr einen Kreditbedarf in Höhe von 30 Mrd. Dollar (ohne die Sowjetunion, aber einschließlich Jugoslawiens).

Währungsunion

Von zentralerer Bedeutung als die Nothilfeprogramme für Osteuropa und der Sowjetunion war die Einleitung der sogenannten Regierungskonferenzen, die bis Ende 1992 eine weitere Revision der EG-Verträge mit dem Ziel der politischen Union und der Währungsunion mit einer einheitlichen EG-Zentralbank vornehmen sollen.

Die Einrichtung einer Regierungskonferenz wurde vor gut einem Jahr auf Druck Frankreichs und Italiens beschlossen (EG-Gipfel in Straßburg). Nicht nur diese beiden Staaten erhoffen sich durch die Schaffung eines gemeinsamen Währungsverbundes eine stärkere Einbindung und Kontrolle der dominanten BRD. Kohl zierte sich zunächst, um dann in die Rolle des Pacemakers zu schlüpfen - unter erheblichem Vorbehalt der Deutschen Bundesbank, die vornehmlich Bedenken gegen die Währungsunion äußerte.

Bundesbank wie Bundesregierung hatten in der Schaffung einer Währungs- und Wirtschaftsunion immer eine Voraussetzung geknüpft: alle übrigen 11 Staaten hätten nach der Pfeife der faktischen EG-Leitwährung, der D-Mark, zu tanzen und sich somit der Geld-, Finanz- und Zinspolitik der BRD unterzuordnen. Die beiden wichtigsten Bedingungen waren die Übernahme des Bundesbank-Modells auf die EG, das heißt eine relative Unabhängigkeit einer europäischen Zentralbank (EZB) von den jeweiligen Regierungen, sowie die Verpflichtung der EZB auf eine restriktive Geldpolitik ("Stabilitätspolitik"), die erst dann möglich wäre, wenn sich die wirtschaftlichen Daten in puncto Inflationsraten, Zinshöhen und Staatsverschuldung annähern würden ("Konvergenz").

Mit anderen Worten heißt das nichts anderes, als daß die 11 übrigen EG-Staaten auf ihr klassisches wirtschaftspolitisches Instrument, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Produktivitätsunterschiede mit Hilfe unterschiedlicher Wechselkurse (Auf- und Abwertung) und Zinssätze auszugleichen, verzichten.

Bei den Verhandlungen und der Verabschiedung des sogenannten Delors-Plans, benannt nach dem Präsidenten der EG-Kommission, konnte sich die BRD mit ihren Vorstellungen über die Währungs- und Wirtschaftsunion weitgehend durchsetzen. Nach dem Delors- Plan soll die Währungsunion in drei Stufen herbeigeführt werden.

Die erste Phase hat bereits seit dem 1. Juli 1990 begonnen. Sie umfaßt die Einrichtung eines gemeinsamen Zentralbankausschusses der 12 nationalen Notenbankchefs gewissermaßen als Keimform einer späteren EZB. Dieser Ausschuß soll die währungspolitische Zusammenarbeit vertiefen, hat jedoch noch keine supranationalen Kompetenzen. Bestandteil der ersten Stufe ist ferner die weitgehende Liberalisierung des

Kapitalverkehrs und die Teilnahme möglichst aller 12 EG-Währungen an dem gemeinsamen Währungsverbund, dem Europäischen Währungssystem (EWS). Dem EWS gehören bisher 8 EG-Länder an, die ihre Wechselkurse nur bis zu 2,25% nach oben und unten schwanken lassen dürfen. Spanien und das erst kürzlich beigetretene Großbritannien wurden für eine Übergangszeit noch Toleranzen von 6% eingeräumt, während Portugal und Griechenland dem EWS bisher noch nicht angehören.

Das vereinbarte Ziel in der ersten Phase, wonach "für alle Teilnehmer dieselben Regeln gelten", ist also bei weitem noch nicht erfüllt.

Die zweite Stufe soll, so der jüngste Beschluß der römischen Regierungskonferenz, in drei Jahren eingeleitet werden. Dann wird nach den vorliegenden Absichtserklärungen das Europäische Zentralbanksystem eingerichtet, das mit erheblichen nationalen Souveränitätsverzichten verbunden sein würde. Nach weiteren drei Jahren, also 1997, soll es zu einer Bestandsaufnahme kommen, um dann zu einer EG-einheitlichen Währung zu gelangen (Stufe 3).

Doch die öffentlich zur Schau getragene Gipfel-Harmonie (Kohl: ein "bahnbrechendes Ereignis") darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hinter den Kulissen hart zur Sache um die gravierenden Differenzen ging.

Eine Zentralbank nach BRD-Muster?

Zum einen legte der EG-Zentralbankausschuß einen ersten Entwurf eines Statuts vor, der weitgehend die Handschrift des deutschen Notenbankpräsidenten Pöhl trug. Im Statut sind die Unabhängigkeit der EZB von den nationalen wie EG-Exekutivorganen ebenso festgeschrieben worden wie die Verpflichtung auf Preisstabilität.

Sowohl Großbritannien, als auch Italien und Frankreich lehnen eine solche unabhängige Zentralbank ab, zumal selbst die nationalen Voraussetzungen gar nicht gegeben sind; in fast allen anderen Ländern außer der BRD, Belgiens und Luxemburgs sind die Notenbanken an den Entscheidungen der Regierungen weisungsgebunden. Dieses Instrumentarium wollen sich die meisten Regierungen der EG-Länder auch nicht nehmen lassen. Sollte sich die BRD dennoch durchsetzen, müßten fast alle anderen EG-Staaten ihre Verfassungen ändern und die Kompetenzen ihrer Zentralbanken neu definieren.

Zum zweiten ist die wichtigste Voraussetzung für eine Währungsunion nicht annähernd erfüllt: die wirtschaftliche "Konvergenz". Sie ist auch gar nicht zu erfüllen, weil nicht nur das nunmehr eine Weltmarktsystem auf den vorhandenen Produktivitätsunterschieden basiert, sondern auch die EG. So liegt die Spannweite der Inflationsraten in der EG zwischen 2,5% (Dänemark) und 17% (Griechenland), der Kapitalmarktzinsen zwischen 8% (Luxemburg) und 18% (Griechenland). Italien und Griechenland weisen enorme Haushaltsdefizite auf (10% bzw. 17% des Bruttoinlandprodukts), Großbritannien einen Überschuß von 0,7%, um nur einige Parameter zu nennen.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Frage möglichst einheitlicher Steuersysteme, vor allem der indirekten Steuern. Sie beeinflussen nicht nur die Frage der staatlichen Einnahmen und der Verwendung, sondern auch Standortpräferenzen für Unternehmen. In dieser Hinsicht ist es nach etlichen Modellvorschlägen noch nicht annähernd zu einer Vereinheitlichung gekommen.

In der BRD wird infolge der Einsicht, daß es eine wirtschaftliche Konvergenz in allen 12 EG-Ländern nicht geben wird und kann, nun wieder der Plan einer EG der "zwei Geschwindigkeiten" aus dem Hut gezaubert. Diese Konzeption sieht vor, daß diejenigen Staaten, in denen die Konvergenz relativ groß ist, voranschreiten und andere Länder unter dem Druck der so gesetzten Fakten zum "Anschluß" gezwungen werden.

Faktisch hat sich innerhalb der EG bereits eine gewisse Hierarchisierung herausgebildet. Führend sind die BRD sowie die Benelux-Länder und das (noch) nicht EG-Mitglied Österreich, die einen sehr engen Währungsverbund bilden. Denn die genannten Länder haben sich vollständig der deutschen Zentralbankpolitik unterworfen; jede Wechselkursschwankung, Auf- und Abwertung der D-Mark, Erhöhung oder Senkung der Leitzinsen usw. wird postwendend nachvollzogen. Auch Frankreich hat sich weitgehend an die gesetzten deutschen Maßstäbe angenähert, so daß diese sechs EG-Länder den Kern eines Währungsverbundes bilden könnten. Dies hätte nach dem Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Cartellieri, einen "erzieherischen Effekt" auf die übrigen Länder.

In diesem Zusammenhang taucht das Problem der Transferleistungen auf; die währungsstarken Länder müßten im Rahmen einer einheitlichen Währungsunion zum Ausgleich der währungs- und produktivitätsschwächeren Länder Kapital transferieren, um die vorhandenen Unterschiede auszugleichen. Je größer diese Unterschiede, um so erheblicher auch die Transfers der Gläubiger- zu den Schuldnerländern. Wie das bewerkstelligt werden soll und vor allem, ob die BRD zu solchen Transferleistungen bereit sein wird, fügt ein weiteres Fragezeichen bezüglich der Währungsunion hinzu.

Unklar ist nach wie vor, ob im Falle einer Währungsunion die 12 nationalen Geld- und Zahlungsmittel zugunsten einer einzigen Währung verschwinden sollen. Dies scheint die BRD zu favorisieren, während Großbritannien für den ECU als eine Art Leitwährung plädiert, die als jederzeit konvertierbare Währung gegenüber den 12 nationalen Währungen fungiert. Statt demonstrativer Einheit auf dem Gipfel nach außen ging es also alles andere als gemütlich zu.

So verwunderte es denn auch nicht, daß nur wenige Tage nach dem Gipfel, dieser "phantastischen Sache" (Kohl), die Fetzen flogen. EG-Kommissionspräsident Delors rügte die Deutschen, Niederländer, Spanier und Franzosen gleichermaßen, von den gemeinsamen Vereinbarungen wieder abrücken zu wollen. Insbesondere die BRD wurde kritisiert, die zweite Phase der Währungsunion 1994 gar nicht ernsthaft zu wollen, da sie bezweifle, das bis dahin die nötige wirtschaftliche Konvergenz erreicht sein würde.

Öffentlich kritisierte der französische Finanzminister einen zweiten, höchst neuralgischen Punkt: die deutsche Einheit und dessen Finanzierung. Die hohen anfallenden Kosten führen in der Tat zu einer erheblich höheren Neuverschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden. Da die Mittel auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden, steigen die Zinsen. Damit aber würden die von der BRD ständig angemahnten Essentials einer Währungsunion, strenge Haushalts- und Ausgabendisziplin und ein angemessenes Zinsniveau von ihr selbst konterkariert.

So könnte es beispielsweise dazu kommen, daß neben Griechenland und Italien auch die BRD zu mehr "Disziplin" angehalten wird. Gravierender als die deutsche Ausgabenpolitik sind die Zinsen. Hohe Zinsen nach deutschem Standard, verbunden mit einer tendenziellen Aufwertung der D-Mark, zwingen die übrigen Staaten der EG, mit ihren Zinsen nachzuziehen. Hohe Zinsen jedoch würgen die Konjunktur ab und wirken als Investitionsblockierer.

Im genannten gemeinsamen Ausschuß der Notenbankgouverneure ist die BRD intern deswegen schon heftig kritisiert worden - Bonn stellte sich quer.

Die Politische Union

Ausdrücklich "parallel" zu den Verhandlungen über eine Währungs- und Wirtschaftsunion beschäftigt sich die Regierungskonferenz auch mit dem Ziel einer Politischen Union. Hierbei geht es um Fragen der Institutionalisierung der EG, verbunden mit weiteren Kompetenzübertragungen nationaler Souveränitätsrechte auf EG-Ebene, die Herstellung einer demokratischen Legitimität bis hin zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Regierungskonferenz der 12 Regierungschefs verabschiedete zu diesem Themenkomplex nichts weiter als Prüfaufträge zur Reform der EG-Verträge; zu vage sind die Zielbeschreibungen, zu unterschiedlich die Interessenlagen der einzelnen Länder. Die Initiative für die Politische Union ging von Kohl und Mitterand während des Dubliner EG-Gipfels im letzten Jahr aus, ohne daß daraus bislang substantielle Schlußfolgerungen gezogen wurden.

Im Bereich der Reformen der Institutionen geht es um die Fragen der Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz zugunsten der EG-Bürokratie in Brüssel. Die Diskussion um die Einführung einer Straßenbenutzungsabgabe in der BRD verweist auf den Zusammenhang, daß ein sehr großer Teil nationaler Gesetzgebung abhängig von den EG-Richtlinien ist. Jede Umweltschutzverordnung, Arbeitsschutzrichtlinie usw. im nationalen Gesetzgebungsverfahren darf dem vereinbarten EG-Recht zumindest nicht widersprechen. Dies belegt, daß ein Teil nationalstaatlicher Souveränität im klassischen Sinne an EG-Institutionen abgetreten worden ist und auch weitergehend angestrebt wird.

Alle 12 EG-Staaten sind bislang nur dafür, das praktizierte Verfahren von Entscheidungen mit "qualifizierter Mehrheit" auf weitere Bereiche auszudehnen. So existieren Vetorechte im Bereich der Agrarpolitik, der Steuer-

und Finanzpolitik, der Energiepolitik. In diesem Bereich wird der schrittweise Verzicht des Vetorechts angestrebt.

Frankreich möchte die EG-Ministerräte zu Organen mit echter Gesetzgebungskompetenz ausstatten; solches EG- Recht würde dann automatisch und verbindlich für alle 12 EG-Länder einheitlich gelten. Bislang müssen die verabschiedeten EG-Richtlinien noch immer in 12 nationalen Gesetzgebungsverfahren ratifiziert werden. Gegen solche weitreichenden Befugnisse sträubt sich u.a. Bonn.

Ein zweiter Punkt betrifft die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, das über keine Gesetzgebungskompetenz verfügt und als pseudo-parlamentarische Institution dem EG-Haushalt zuzustimmen hat. Die BRD fordert hier eine Ausweitung der legislativen Kompetenzen, um die politische Glaubwürdigkeit und damit die Funktion demokratischer Legitimation zu erhöhen, während etwa Delors und die Mehrheit der EG-Staaten eine Kompetenzübertragung an das Europäische Parlament u.a. mit dem Hinweis ablehnen, damit die Kompetenz ihrer jeweiligen nationalen Parlamente auszuhebeln.

Das, was in jedem Schulbuch für den Gemeinschaftskundeunterricht über Gewaltenteilung, Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, Gesetzgebungskompetenz der Parlamente usw. geschrieben steht, ist auf EG-Ebene Makulatur. Die Rechte des EG-Parlaments entsprechen noch nicht einmal den Standards der ehemaligen Volkskammer der DDR zu Ulbrichts oder Honeckers Zeiten.

Aber auch hier soll nur "geprüft" werden, und es ist mehr als fraglich, daß eine Reform der EG-Institutionen bis zu den nächsten Europawahlen 1994 erfolgen wird. Frankreich lehnt jede Aufwertung des EG-Parlaments mit dem Argument ab, die Regierungen und ihre Vertreter in der EG-Bürokratie (EG-Kommission und Ministerräte) seien schließlich aus freien Wahlen in den 12 Staaten hervorgegangen.

Die militärische Union

Bezüglich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik existiert ein loser institutioneller Rahmen in Form der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) mit einem kleinen Sekretariat in Rom. Der außenpolitische Konsens wird von Fall zu Fall vor allem im dafür zuständigen Rat der 12 Außenminister hergestellt. Darüber hinaus gehende Pläne gehen in die Richtung, daß auch die EG-Kommission außenpolitische Initiativen vorschlagen kann und daß der Ministerrat "außenpolitische Leitlinien" verabschiedet. Auch Entscheidungen mit "qualifizierter Mehrheit" sollten möglich sein. Dies wiederum wird als problematisch angesehen, da die in der Abstimmungsminderheit verbliebenen Staaten ihre abweichenden Positionen darstellen können müßten, was dem einheitlichen Outfit der EG zum Nachteil gereichen würde.

In der gemeinsamen Sicherheitspolitik wurde pragmatisch vorgegangen. Rüstungskontrolle, Abrüstung, KSZE, rüstungspolitische Zusammenarbeit und gemeinsame Rüstungsexportpolitik sind die Themenbereiche, ohne daß die EG hierzu bereits gemeinsame Positionen abgesteckt hätten.

Die völlig unterschiedlichen Positionen in der Frage der gemeinsamen Verteidigungspolitik könnten sich zum Sprengsatz für das gesamte Projekt der Politischen Union entwickeln. Die beiden Atommächte Frankreich und Großbritannien, zwischen denen inzwischen eine gewisse Annäherung erfolgte, lehnen es kategorisch ab, die Verteidigungspolitik in den Rahmen einer institutionalisierten EG-Außenpolitik zu stellen. Beide Staaten behalten sich ihre nationalstaatliche Verfügungsgewalt über ihre Atomwaffen vor und stellen diese nicht zur Disposition - schließlich handelt es sich um den einzigen Trumpf, den sie gegenüber der Hegemonial- und Weltmacht Deutschland in der Hand behalten.

Im übrigen favorisieren Frankreich und Großbritannien eine stärkere Institutionalisierung der Westeuropäischen Union (WEU), der allerdings nur 9 der 12 EG-Staaten angehören. Dänemark, Irland und Griechenland sind nicht mit von der Partie. Auch die niederländische Regierung möchte die WEU als Koordinationsorgan der 9 EG-Staaten und als westeuropäischen Pfeiler der Nato erhalten, während Italien das Aufgehen der WEU in die EG für 1998 anvisiert. Die EG-Verteidigungspolitik müsse sämtliche Aufgaben und Funktionen der WEU ebenso übernehmen wie die Verpflichtungen gegenüber der Nato. Der britische Außenminister Hurd wiederum plädiert für den Erhalt der WEU und den Aufbau einer 75.000 Soldaten umfassenden Eingreiftruppe auch außerhalb des Nato-Einsatzbereichs. Belgien möchte eine rein europäische Friedenstruppe für Einsätze in Osteuropa installieren.

Die BRD hält sich bedeckt und alle Optionen offen. In einem Punkt zeigt sie jedoch Flagge: sie plädiert für die westeuropäische militärische Präsenz der USA einschließlich einer atomaren Minimalabschreckung. Damit will die BRD mit Hilfe der USA eine militärpolitische Hegemonie seitens Großbritanniens und Frankreichs eingrenzen.

Und was wird aus der Nato? Faktisch hat sie ihre ursprünglichen Funktionen ("Bedrohung aus dem Osten") weitgehend verloren, der gemeinsame Kitt ist zerbröselt. Interessanterweise halten sich die eher konservativen Kräfte in dieser Frage zurück, reden zum Teil neuen "europäischen Sicherheitsstrukturen" das Wort, die sich im KSZE-Rahmen einbetten müßten. Die deutsche Sozialdemokratie hingegen, vor allem Egon Bahr, halten nicht viel von der KSZE, sondern möchten die Nato als Kern einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur erhalten und transformieren - ausdrücklich mit US-amerikanischer Präsens und Beteiligung.

Parallel zu den unterschiedlichen Überlegungen beteiligt sich die BRD im Rahmen der WEU aktiv an den Vorbereitungen des Einsatzes multinationaler Streitkräfte außerhalb des Nato-Rahmens. Alles in allem ist im Bereich der Verteidigungspolitik vieles in der Schwebe, mehrere Optionen werden gehandelt und offengehalten.

Kompliziert wird die Frage einer gemeinsamen Verteidigungspolitik noch dadurch, daß viele andere europäische Staaten an die EG-Türen klopfen und um EG-Mitgliedschaft bitten. Das betrifft mehr oder weniger die Staaten der EFTA (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Österreich, Schweiz), Osteuropas (Polen, Ungarn, die CSFR vor allem) und der Türkei.

Zwar hat die EG der Zwölf erklärt, bis zur Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes 1992/93 niemanden mehr aufzunehmen (1). Aber dennoch hätte die Assoziierung und der mögliche spätere Beitritt in die EG Auswirkungen auf die gemeinsame Verteidigungspolitik.

Parallel zur Währungsunion deutet vieles darauf hin, daß auch im Rüstungs- und Verteidigungsbereich der Weg der unterschiedlichen Geschwindigkeiten beschritten wird. Bestes Beispiel dafür ist die WEU, deren Ambitionen in Richtung Golfkrieg im Rahmen der EG auch von den drei Nicht-WEU-Mitgliedern mitgetragen wurden.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Der Termin der Vollendung des Binnenmarktes zum 1.1.1993 wird nicht einzuhalten sein. Im jüngsten Zwischenbericht der EG-Kommission über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse zur Realisierung des Binnenmarktes sind rund 66% der ca. 300 EG-Richtlinien verabschiedet, eingeringer Teil davon jedoch erst in nationalstaatliches Recht umgesetzt. Harte Brocken wie die Steuerharmonisierung liegen ebenso auf dem Tisch wie die strittigen Agrarfragen.

16. "Schocktherapie" für Griechenland. Der Preis für die EG-Mitgliedschaft?

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:22

Während europäischer Geist, Kultur und Menschenrechte allüberall gefeiert und beschworen werden, legte die konservative griechische Regierung Mitsotakis ein dreijähriges Programm zur Sanierung der griechischen Wirtschaft vor, das sich vor ähnlich berüchtigten konservativen "Schocktherapien" in der "Dritten Welt" einschließlich Osteuropas nicht zu verstecken braucht.

Und damit dieses Programm auch ohne größere Widerstände durchgezogen werden kann, wird zu allererst eines dieser demokratischen Grundrechte faktisch außer Kraft gesetzt: das Streikrecht. Anfang Dezember demonstrierten Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gegen die geplante Verabschiedung des neuen Streikgesetzes, das laut Regierung "Mißbräuche" verhindern soll. Das Gesetz sieht u.a. vor, daß

- die Gewerkschaften in neuralgischen Bereichen "Sicherheitspersonal" zur Aufrechterhaltung der wichtigsten Dienstleistungen bereitstellen müssen. Das betrifft praktisch den gesamten Öffentlichen Dienst, den Transport- und Verkehrssektor, das Gesundheitswesen, aber auch den Energiesektor und das Bankenwesen.

- denjenigen Arbeitern und Angestellten, die sich an einem "ungesetzlichen" Streik beteiligen, die fristlose Entlassung droht. Das ist nicht nur bei sogenannten "illegalen" Streiks und spontanen Arbeitsniederlegungen der Fall, sondern auch dann, wenn ein Gericht zuvor einen Streik für ungesetzlich erklärt hat. Ebenso droht die fristlose Entlassung im Falle von Betriebsbesetzungen bzw. der Lahmlegung der Produktion. Wer künftig Streikbrecher und "Arbeitswillige" an der Arbeit hindert, wird ebenfalls entlassen.

Das noch im Dezember letzten Jahres durchgepeitschte Gesetz, im übrigen gegen die Stimmen der Kommunisten und der sozialdemokratischen PASOK, setzt damit nicht nur das Streikrecht faktisch außer Kraft, sondern stellt den Beginn eines wirtschaftlichen Schockprogramms dar, das die Mehrheit der griechischen Bevölkerung die gesamten Krisenlasten aufbürdet und das Lebensniveau unter die Armutsgrenze drückt.

Das Programm Mitsotakis

Die seit April 1990 amtierende Regierung der "Nea Demokratia" verabschiedete ein dreijähriges Programm zur Sanierung der griechischen Wirtschaft, um spätestens 1993 den großen Aufschwung einzuleiten. Kein Grieche und keiner Griechin solle es dabei schlechter gehen als zuvor - so die Versprechungen des Präsidenten Mitsotakis.

Das Programm sieht im Kern die Bekämpfung der Inflation und eine drastische Haushaltssanierung, verbunden mit Reallohnverzichten, vor. Man hofft, die Inflation von derzeit etwa 22% auf 18% in diesem Jahr eindämmen zu können. Angesetzt wird dabei am Haushalt, dessen Defizit 140% des Bruttoinlandprodukts beträgt und 60% der gesamten Staatseinnahmen für den Schuldendienst verschlingt. Die Staatsausgaben lagen im letzten Jahr mit 25% Steigerung sogar noch über der Inflationsrate.

Der Haushalt 1991 sieht Einnahmen in Höhe von umgerechnet 48 Mrd. DM und Ausgaben von 69 Mrd. DM vor; das bedeutet, daß zunächst das Defizit in etwa auf das Vorjahresniveau eingefroren wird. Auf der Einnahmenseite sieht das Programm eine Steigerung um 44% vor, in dem die Steuern erhöht, die Steuerhinterziehung bekämpft, Subventionen abgebaut und defizitäre Staatsbetriebe privatisiert werden.

Vor allem die Mehrwertsteuer soll von 8% auf 18% erhöht und damit vor allem die Arbeiter, Angestellten und Rentner zur Kasse gebeten werden. Letztere tragen ohnehin schon die Hauptlast der staatlichen Steuereinnahmen mit einem Anteil von 65%, während Kapitalisten, Händler und Freiberufler mit 22% billig davon kommen. Während den Arbeitern und Rentnern nämlich die Steuern vom Lohn abgezogen werden, machen die übrigen Schichten und Klassen ausgiebig von der Steuerhinterziehung Gebrauch. So verdienen beispielsweise freiberufliche Zahnärzte nach Angaben ihrer Steuererklärungen nur 920 DM im Monat - weniger als ein durchschnittlicher Arbeitslohn, der in Griechenland bei 1.200 DM liegt. Wo das Geld des Kapitals bleibt, geht ganz offiziell aus der Statistik hervor. Im letzten Jahr legten die reichen Griechen über 24 Mrd. DM im Ausland an. Da nützten auch hohe Zinsen von über 18% nichts, um das Kapital im Land zu lassen. Die

angekündigten Maßnahmen der Regierung gegen die Steuerhinterziehung werden weitgehend wirkungslos bleiben, da sich für Kapitalisten nicht nur in Griechenland genügend Möglichkeiten bieten, ihre Bilanzen zu frisieren und ihr Kapital beiseite zu schaffen. Auch die Einführung einer 10%en Quellensteuer auf die Zinsen von Geldanlagen, die alle Sparer mit Guthaben trifft, wird die Kapitalflucht ins Ausland nur weiter beflügeln.

Beim Abbau der Subventionen wird an den Tarifen für Strom, Wasser, Telefon und dem Öffentlichen Personennahverkehr angesetzt; die Kürzungen betragen im Schnitt 25%, die wiederum die Arbeiter, Angestellten und Rentner am härtesten treffen.

Die Löhne und Gehälter im Bereich des Öffentlichen Dienstes werden in diesem Jahr nur um ca. 8% steigen. Bei einer mehr als doppelt so hohen Preissteigerungsrate müssen die staatlichen Beschäftigten Reallohneinbußen hinnehmen. Darüber hinaus gelten die 8% als Marge für die Lohnauseinandersetzungen auch in allen anderen Bereichen, vornehmlich also in der Industrie.

EG als IWF

Die geplante Haushaltssanierung ist die Voraussetzung für den Erhalt eines Kredits der EG in Höhe von 2,2 Mrd. ECU (4,4 Mrd. DM). Allerdings lehnten die EG-Kommissäre das Sanierungskonzept als völlig unzureichend ab und forderten weitaus drastischere Maßnahmen. Mitsotakis befindet sich in einer Klemme, da noch weitreichendere Sanierungsmaßnahmen die vorhandene Streik- und Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten noch weiter beflügeln dürften. Andererseits, wenn die EG den Kredit nicht gewähren sollte, droht Griechenland der Zugriff seitens des Internationalen Währungsfonds, der noch härtere Auflagen als die der EG verordnen würde. Einstweilen hat die EG ihre Vertreter aus Athen zurückberufen, die dort mit dem Finanzministerium den Haushaltsetat erarbeitet hatten. Diese EG-Emissäre sollen nun einen "EG-genehmeren" Etatentwurf erarbeiten.

Daß die EG-Kommission in die Rolle des IWF schlüpft, ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Zum einen läßt sich am aktuellen Beispiel Griechenlands ausmalen, wie mit Staaten verfahren wird, die sich bezüglich der Haushaltsdisziplin "daneben benehmen". In puncto Währungsunion blüht da nicht nur der griechischen Bevölkerung einiges. Bloßgelegt wird damit auch, daß die EG keine Gemeinschaft formell gleichberechtigter Staaten ist und auch gar nicht sein kann, sondern sich die schwächeren Länder - neben Griechenland sind das insbesondere noch Portugal und Irland - in eine neokoloniale Abhängigkeit begeben haben. Zweitens zeigt das griechische Exempel, das die EG derzeit exerziert, wie mit den osteuropäischen Staaten umgesprungen wird, wenn diese sich an die EG assoziieren.

Und drittens ist offenkundig, daß das hegemoniale imperialistische Deutschland die Hauptverantwortung für die politischen und materiellen Angriffe auf die griechische Bevölkerung trägt. Denn es liegt auf der Hand, daß den deutschen Stabilitätsfanatikern Pöhl und Waigel die konservative Haushaltssanierung der Regierung Mitsotakis bei weitem nicht ausreicht.

D./Westberlin

17. Sendero Luminoso: Vom Anspruch der Befreiung zur militärischen Gegenelite?

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:24

Von der Befreiung zur militärischen Gegenelite?

Die Guerillabewegung Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), die sich selbst Partido Comunista del Peru - PCP (kommunistische Partei Perus) nennt, hat sich in Peru zu einem entscheidenden militärischen und politischen Faktor entwickelt.

Für den Staat ist sie eine Terrorgruppe, der mit aller Härte begegnet werden muß, für die USA ist es die Koksguerilla, für seine Anhänger ist Sendero die Sperrspitze der Weltrevolution. Es gibt wohl keine andere Guerilla über die selbst innerhalb der Linken die Meinungen soweit auseinander gehen.

In der peruanischen Linken ist die Sache klar, entweder du bist für Sendero oder dagegen, dazwischen gibt es nichts mehr. Aber auch die kleine Peru-Solidaritätsbewegung in der BRD ist an der Frage "Wie hältst du es mit Sendero?" total zerstritten. Eine inhaltliche Diskussion darüber findet nicht statt (1). Notwendig wäre es dagegen, eine linke Kritik an Sendero Luminoso zu formulieren, die weder moralisiert, noch mit dem Vorwurf des Terrorismus jede differenzierte, die gesellschaftlichen Realitäten einbeziehende Betrachtung unmöglich macht. Im folgenden Artikel soll ein Beitrag dazu geleistet werden.

Die Entwicklung des Leuchtenden Pfades bis 1980

Im Jahr 1980 nahm die Partido Comunista del Peru (PCP) den bewaffneten Kampf auf. Gegründet wurde sie 1970 als regionale Abspaltung der Partido Comunista del Peru - Bandera Roja (PCP-BR) in Ayacucho.

Ihre historischen Wurzeln hat die PCP in den sechziger Jahren. Der Streit zwischen der UdSSR und China um den richtigen Weg zum Kommunismus und die Vorherrschaft in der kommunistische Weltbewegung führte auch in Peru zur Spaltung der PCP in die prosowjetische PCP-Unidad (PCP-U) und die prochinesische PCP-Bandera Roja (PCP-BR). Unmittelbarer interner Grund für die Spaltung war der Aufruf der PCP-U zur Wahl des konservativen Präsidentschaftskandidaten Belaunde im Jahr 1963. Eine der Hochburgen der PCP-BR war Ayacucho, wo der heutige Vorsitzende der PCP, Abimael Guzman, an der neugegründeten Universität Philosophie lehrte. In Ayacucho kontrollierten die PCP-BR und deren Studentenorganisation, die Frente Estudiantil Revolucionario (FER), die Hochschulgremien.

1971 wurde Guzman aus der PCP-BR ausgeschlossen, weil er kritisierte, daß die Partei die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf vernachlässige und er darüber hinaus dem Vorsitzenden Paredes Personenkult vorwarf. Mit der Parteibasis in Ayacucho gründete Guzman die Partido Comunista Peruana, damals noch mit dem Zusatz "Für den erleuchteten Pfad von José Carlos Mariátegui (2)!". Gemeinsam mit den Studenten baute Guzman die Universität von Ayacucho zur "Kaderschmiede" der PCP-SL aus. Von dort trugen die vom Land kommenden Studenten, vor allem die ausgebildeten Lehrer, die Ideologie der PCP-SL in die Dörfer und bauten die Parteibasis auf.

Das "Gonzalo-Denken"

Seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes im Jahr 1980 nennt sich Guzman, der uneingeschränkter Führer von Sendero Luminoso ist, "Presidente Gonzalo (3)". Das von ihm begründete "Gonzalo Denken", sei die "schöpferische Anwendung des Maoismus auf die konkreten Bedingungen der peruanischen Realität" (4). Die PCP sieht sich als einzige legitime Nachfolgerin der von Mariátegui 1928 gegründeten Kommunistischen Partei Perus.

Bis heute gibt es nur wenige Schriften, die etwas über die ideologischen Grundlagen von Sendero und ihre Vorstellungen einer "Neuen Gesellschaft" aussagen (5). Es fällt jedoch auf, daß phrasenhaft und dogmatisch bei Mao abgeschrieben und Mariátegui übernommen wird, ohne daß diesen eine eigene Analyse der veränderten Verhältnisse in Peru oder eine selbstkritische Aufarbeitung der politischen und militärischen Praxis der PCP entgegengesetzt wird.

Schematisch wird die Analyse Mariáteguis aus den zwanziger und Maos Theorie vom Guerillakrieg aus dem China der vierziger Jahren auf das heutige Peru übertragen.

Obwohl sich die peruanische Gesellschaft vor allem auf dem Land durch eine große Anzahl von Bauernaufständen und Landbesetzungen sowie durch die Agrarreform der ersten Militärregierung grundlegend verändert hat und insbesondere in den siebziger Jahren sich in Gewerkschaftskämpfen und großen landesweiten Streiks die Klassenkämpfe erheblich zugespitzt hatten, sieht Sendero in Peru ganz nach Mariátegui eine halbfeudale und halbkoloniale Gesellschaft. Dazu hätten die Militärs 1968 ein faschistoides, korporistisches System auf Basis eines bürokratischen Kapitalismus errichtet, was sich auch nach der "Demokratisierung" 1978-80 fortsetzt.

Daher sei die Revolution ganz nach Mao auch nur möglich durch einen langanhaltenden, vom Land in die Städte getragenen Volkskrieg. Getragen werden soll die Revolution von den Bauern als Hauptkraft und dem Proletariat als führender Klasse, dem Kleinbürgertum als Bündnispartner und unter Umständen mit Beteiligung der nationalen Bourgeoisie. Allerdings zeigt sich hier, daß in der Praxis diese Elemente des Maoismus kaum beachtet werden, im Gegenteil werden das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie oftmals als Hauptgegner angesehen, während die Großbourgeoisie bislang erstaunlicherweise von Sendero im großen und ganzen verschont wurde.

Zu einem Hauptfeind stilisiert Sendero den Revisionismus hoch, der ein "Krebsgeschwür" sei, das "unversöhnlich entfernt werden muß, sonst können wir mit der Revolution nicht vorankommen" (6). Dementsprechend sind die "Revisionisten", z.B. linke Bürgermeister, Gewerkschaftsführer, Führer der organisierten Linken, Gewerkschaften, aber auch die andere Guerilla Perus, die MRTA, ein Hauptziel der Aktionen des Leuchtenden Pfades. Denn je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, desto mehr werde das Volk erkennen, daß Revisionisten die Arbeiterklasse verrieten (7).

International sind, nach Auffassung Guzmans, die Revisionisten sowohl in der Sowjetunion als auch in China, in Albanien etc. an die Macht gelangt, um den Kapitalismus zu restaurieren und die Weltrevolution zu verhindern. Kuba ist dabei Handlanger der sozialimperialistischen Sowjetunion.

Oft wird Sendero Luminoso nachgesagt, daß er einen andinen Indigenismus vertrete, d.h. "sich mit der andinen Gedankenwelt, den Symbolen und Mythen, den Utopien auseinandersetze" (8), ein "identitätsstiftende(r) Rückgriff (...) auf das Inkareich" und dessen Traditionen stattfinde (9) und in den roten Zonen "die Machtausübung dem Typ der Inkaherrschaft" gleiche (10). Weder aus den Schriften der PCP noch aus sonstigen Berichten oder Erklärungen geht so etwas hervor. Lediglich durch den expliziten Bezug Senderos auf Mariátegui könnte dieses hergeleitet werden. In der Praxis jedoch ist es eher so, daß Sendero zwar pragmatisch auf bestehende indianische Traditionen zurückgreift, aber bei der Durchsetzung seiner Machtposition dazu in Widerspruch gerät.

Eher könnte in der Ideologie des Sendero ein marxistisch verbrämter religiöser Fundamentalismus gesehen werden. Sein Entwurf einer neuen Gesellschaft gleicht fast einer religiösen Offenbarung: "Der Kommunismus, einzige und unersetzbare neue Gesellschaft, ohne Ausgebeutete und Ausbeuter, ohne Unterdrückte und Unterdrücker, ohne Klassen, ohne Staat, ohne Parteien, ohne Demokratie, ohne Waffen , ohne Krieg, die Gesellschaft der ‚großen Harmonie`. Die radikale und definitive neue Gesellschaft, wohin sich fünfzehntausendmillionen Jahre der Materie in Bewegung finden und die von dem Teil aus, der uns als zeitlose Materie bekannt ist, unaufhaltsam und richtigerweise zerfällt" (11). In dem Interview im "El Diario" heißt es: "Dies (der Kampf des Weltproletariats; der Verf.) ist das Licht. Ohne diese Klarheit sähen unsere Augen nicht; mit diesem Licht aber können unsere Augen sehen und unsere Hände handeln" (12).

Die Soziale Basis von Sendero

Die peruanische Gesellschaft ist grundlegend von einem Rassismus geprägt, dessen Ursprung bis zum Beginn der Kolonisierung durch die Spanier zurückgeht. Mit rassistischer Unterdrückung durch die kreolische Bourgeoisie werden bis heute die neokolonialen Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechterhalten. Eine nationale Identität gibt es nicht, "mit allen denkbaren Mitteln wurde (in den letzten 500 Jahren; der Verf.) jeder Versuch zerschlagen, eine nationale Identität zu entwickeln" (13). Die kulturellen Traditionen wurden vernichtet, das Sprechen des Quetschua verboten. Bis

Anfang (z.T. Mitte) des Jahrhunderts war der Großgrundbesitzer auf dem Land der uneingeschränkte Herrscher, der mit despotischer Gewaltausübung die Bevölkerung unterdrückte und abhängig machte.

Der Rassismus der weißen Elite gegen die Mestizen- und Indiobevölkerung findet heute seine Fortsetzung im Rassismus der Küstenbewohner gegen die indianische Bauernbevölkerung aus den Anden oder dem Urwald. In Folge der Landflucht sind auch die Bewohner der Barriadas von Lima Opfer dieser rassistischen Unterdrückung.

Der ganze peruanische Staat ist sowohl politisch und gesellschaftlich als auch wirtschaftlich zentralistisch auf die Hauptstadt Lima zugeschnitten. Für die Bewohner der Anden gibt es genauso wenig eine Perspektive, wie für die Bewohner der Barriadas. Nur in diesem Kontext läßt sich erklären, wo und wie Sendero Luminoso entstanden ist, wo er seine soziale Basis hat. Drei Gruppen sind es vor allem, von denen Sendero unterstützt wird.

Zunächst sind dies die arme, mestizische Studentenschaft, sowie die intellektuelle Elite der Provinzen. Beide sind "intellektuell an den Rand gedrängt durch die kreolische Elite der Hauptstadt" (14). Für sie gibt es in der peruanischen Gesellschaft keinerlei Perspektive. In den sechziger und siebziger Jahren haben sie für das Recht auf Bildung gekämpft. Universitäten stellten daher eine Triebfeder für die Modernisierung der Andenregionen dar. Ayacucho war ein Zentrum dieser Bewegung. Mitte der siebziger Jahre brach dieser Impuls ab (15), mit dem Ergebnis, daß es eine große Menge Jugendlicher gab (und gibt), die eine Segundaria-Ausbildung oder eine Universitätsausbildung erhalten haben, die sich von ihrer Herkunft aus den indianischen Gemeinden entfremdet haben, denen ein Stück weit die gesellschaftliche Realität bewußt (gemacht) wurde, ohne daß sie heute irgendeine Perspektive hätten. Für eine Modernisierung fehlen in Peru, insbesondere in den Andenregionen, alle Voraussetzungen. Warum sich viele Studenten gerade dem autoritären Leuchtenden Pfad anschließen, läßt sich vielleicht damit erklären, daß der "Leuchtende Pfad die Möglichkeit bietet, gegen die autoritären Strukturen (in den Familien und der Gesellschaft; der Verf.) formell und radikal vorzugehen und dabei gleichzeitig innerhalb der Partei genau diese Strukturen zu reproduzieren" (16).

Die zweite Gruppe, die Teil einer sozialen Basis von Sendero ist, findet sich unter den armen indianischen Bauern der Anden. Die Gebiete um Ayacucho und Apurimac sind von allen Zentralregierungen total vernachlässigt worden. Sie gehören zu den ärmsten und unterentwickelsten Gebieten Perus. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 1981 im Departamento Ayacucho nur ein Drittel des Landesdurchschnittes, die Analphabetenrate 44,6% (gegenüber 20% im Landesdurchschnitt). In 81% der Haushalte gab es weder Strom, noch Wasser (in ländlichen Gebieten 99%), nennenswerte Investitionen gab es nicht (17).

Selbst die Großgrundbesitzer hatten sich schon längst aus dem Gebiet zurück- gezogen, weil es abgelegen und nicht rentabel war, so daß selbst die Agrarreform nicht greifen konnte. Dieses Machtvakuum wußte Sendero für sich zu nutzen. Da die Strukturen des Gamonalismus (18), dem die Indios praktisch rechtlos und willkürlich ausgeliefert waren, auch nach dem Rückzug der Großgrundbesitzer weiter existierten, konnte sich Sendero, in dem er sich für ihren Schutz einsetzte, die Unterstützung der Bauern gewinnen (19), für sie ein Stück "Ordnung und Rechtssicherheit" darstellen. Darüber hinaus entsprach die Forderung von Sendero, das Land an die Bauern unmittelbar zu verteilen und nicht an Kooperativen, deren Interessen.

Die dritte Gruppe umfaßt die Coca-Bauern des Alto-Huallaga. Ihnen garantiert Sendero einerseits feste Abnahmepreise und Schutz vor der kolumbianischen Mafia und ihrer Privatarmee, deren Repressalien sie bis Mitte der achtziger Jahre schutzlos ausgeliefert waren. Andererseits schützt Sendero die Bauern vor den Anti-Drogenmaßnahmen der Polizei und des Militärs. Mit der Drogenmafia hat Sendero ein taktisches Bündnis geschlossen, als Gegenleistung verlangt Sendero eine "Steuer" für den Abtransport der Coca-Paste.

Für alle drei genannten Gruppen ist die "extreme Gewalttätigkeit des Leuchtenden Pfades eher eine Kontinuität ihrer Geschichte, als ein Bruch. Die andine Basis des Leuchtenden Pfades kennt seit Jahrhunderten kein anderes Herrschaftsmittel als die nackte Gewalt" (20).

Die Entwicklung des Bürgerkrieges in den 80er Jahren

Auch wenn eine genaue Abgrenzung schwierig ist, läßt sich der Krieg sowohl in Bezug auf die Strategie von Sendero als auch das Vorgehen des Militärs in vier Phasen einteilen.

Die "Robin-Hood Phase" (1980-1982)

Am 17. Mai 1980 nahm Sendero Luminoso den bewaffneten Kampf auf. Symbolträchtig wird anläßlich der ersten Präsidentschaftswahlen nach zwölf Jahren Militärdiktatur in einem Dorf des Departamento Ayacucho, in Chuschi, das Wahlbüro überfallen. Es begann bis 1982 das, was die "Robin-Hood Phase" (21) von Sendero Luminoso genannt wird. Sendero beschränkt sich auf symbolische Aktionen, auf Aktionen der bewaffneten Propaganda, Sabotage. In den Regionen, in denen in den siebziger Jahren, eine Basis entgewickelt worden war, fand Sendero eine breite Unterstützung. Mit bewaffneten Aktionen, die sich gegen Großgrundbesitzer, Polizeistationen, korrupte Beamte und Richter, Repräsentanten des verhaßten Staates (von dem die Bevölkerung nichts mehr erwartet), Viehdiebe etc. richteten, gewannen sie zusätzliche Sympathien und Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer sozialen Situation. 1982 hatte Sendero sich in großen Teilen des Departamentos Ayacuchos, in Teilen von Apurimac und Huancavelica etabliert.

In zwei spektakulären Aktionen manifestierte sich die Stärke Senderos. Am 2. März 1982 gelang es Sendero in der Nacht für einige Stunden die Provinzhauptstadt Ayacucho (80.000 Einwohner) zu besetzen und ca. 300 Häftlinge aus dem Gefängnis zu befreien. Am 11. September 1982 nahmen in Ayacucho fast 15.000 Menschen mit "breitgefächerter Sympathie" (22) an der Beerdigung der Guerillera Edith Lagos teil.

Mit der Kontrolle über bestimmte Gebiete begannen jedoch auch die Schwierigkeiten Senderos. Um ihrer Ideologie entsprechend, die Städte vom Land her einzukreisen und abzuriegeln, versuchte Sendero, die regionalen Märkte zu unterbinden. Diese Märkte, deren Traditionen bis in die Inka-Zeit zurückreichen, spielen eine wichtige Rolle in dem Zusammenleben der Indios und bieten der Mehrzahl von ihnen über die eigenen Subsistenz hinaus die einzige Möglichkeit zum Tausch.

Außerdem kam Sendero mit dem Bestreben, stärkere Kontrolle über diese Gebiete auszuüben immer stärker in Konflikt zu den traditionellen kommunalen Institutionen der unabhängigen Indiogemeinden (23). Mit Strafexpeditionen versuchte Sendero gegen abtrünnige Dörfer und Bauern, die sich wehrten, vorzugehen. Gleichzeitig marschierte nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes das Militär am 21.12.82 in die Region ein.

Bürgerkrieg und Ausnahmezustand (1983-1985)

Mit der Erklärung des Ausnahmezustandes wurden de facto alle demokratischen Rechte, alle zivilen Ordnungs- und Verwaltungsfunktionen außer Kraft gesetzt. Der Bürgerkrieg verwandelte sich 1983 in einen Krieg alle gegen alle.

Sowohl Sendero als auch das Militär nutzten alte Rivalitäten zwischen verschiedenen Dörfern, Landstreitigkeiten etc. aus, um sie für die jeweiligen Interessen in die kriegerischen Auseinandersetzungen einzuspannen. Allerdings schützte keine der beiden Seiten die Bauern, so daß die Bevölkerung zwischen beiden Seiten zerrieben wurde. Dörfer, die mit Sendero freiwillig oder unfreiwillig zusammengearbeitet hatten bzw. sich weigerten mit dem Militär zusammenzuarbeiten, wurden zum Opfer von "ungezielten Vergeltungsschlägen", d.h. von Hinrichtungen des Militärs, wurden verschleppt, zwangsweise in Wehrdörfern angesiedelt. Dabei geht das Militär nach der vom Kriegsminister erklärten Devise vor, daß das Militär, da alle Bewohner der Sierra die selben Merkmale aufwiesen, um erfolgreich zu sein, beginnen müsse, Senderistas und Nicht-Senderistas zu töten. "Sie töten 60 Personen und darunter sind bestenfalls drei Senderistas, aber natürlich sagen sie, daß alle sechzig Senderistas gewesen sind" (24). Nach einem Massaker an acht Journalisten im Januar 1983, dessen Umstände bis heute nicht vollständig geklärt sind, das aber wohl zumindest unter Duldung des Militärs oder deren Beteiligung stattgefunden hat, findet dieser Konflikt bis heute faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Militär wird beraten von Aufstandsbekämpfungstechnikern des Militärs aus den USA, aus Israel und Argentinien. Insbesondere die Anwesenheit von argentinischen Militärs läßt es kaum überraschend erscheinen, daß ab 1983 das "Verschwindenlassen" zur täglichen Realität in der Region wird.

Umgekehrt akzeptiert auch Sendero keine Neutralität, zwingt die Bevölkerung zur Zusammenarbeit. Zwar konnte Sendero den Angriffen des Militärs nicht widerstehen, sondern suchte die direkte Konfrontation zu

vermeiden und wich überall zurück, wo das Militär vorrückte, kehrte aber nach Abzug der Soldaten zurück, um ebenfalls Kollaborateure hinzurichten.

In dem "Interview des Jahrhunderts" rechtfertigt Guzman diese Aktionen und macht deutlich, daß Strafaktionen ein Teil der Strategie Senderos sind. Zu einem Massaker Senderos, bei dem 1983 in Lucanamarca 80 Bewohner ermordet wurden, denen die Zusammenarbeit mit dem Militär unterstellt worden war, obwohl das Dorf für seine Unabhängigkeit sowohl vom Militär als auch von Sendero eintrat, nimmt Guzman wie folgt Stellung: "Der Hieb saß. (...) Es wurden über 80 Personen vernichtet. Wir verschweigen nichts. Es gab Übergriffe, wie sich aus den nachträglichen Analysen ergab, aber alles hat seine Licht- und Schattenseiten im Leben. Wir mußten ihnen einen harten Schlag versetzen, um diesen Praktiken ein Ende zu setzen (...). Es war die zentrale Leitung selbst, die, wie in anderen Fällen schon, die Aktion geplant und befohlen hatte." (25)

Allerdings muß davon ausgegangen werden, "daß eine unvergleichlich höhere Bereitschaft dazu bestand, mit dem Leuchtenden Pfad, wie mit der Armee zusammenzuarbeiten" (26) und die Zahl der Opfer des Militärs wesentlich höher ist. Bis Ende 1985 hatte sich das Militär jedoch im Gebiet um Ayacucho als stärker erwiesen und sich überall durchgesetzt. "Bei den Bauern reifte die Überzeugung, daß die Terrorkapazität der Streitkräfte auf die Dauer größer sein würde, als die von Sendero" (27). Viele Bauern organisierten sich in der Folge offen gegen Sendero, andere wurden vom Militär dazu gezwungen (28).

Trotzdem ist Sendero nicht geschlagen, sondern geht im Gegenteil gestärkt aus den Auseinandersetzungen hervor, jedoch um den Preis, daß der politische Befreiungsanspruch des Leuchtenden Pfades verschwindet. Von Ayacucho, wo ein Zentrum des Leuchtenden Pfades bleibt, verlagerte Sendero sein Aktionsfeld Richtung Norden und versuchte im ganzen Land Basen aufzubauen. In Abweichung von der bis dahin vertretenen Strategie, bemühte sich Sendero ab 1985, insbesondere in Lima Fuß zu fassen.

Hoffnungsträger Garcia (1985-1987)

Die Übernahme der Regierung durch die sozialdemokratische APRA wurde in weiten Teilen der Bevölkerung mit der Hoffnung verbunden, daß sich die Lebensverhältnisse und die gesellschaftliche Situation des Landes entscheidend verbessern. Zunächst gelang es der Regierung, die weitere Eskalation der gesellschaftlichen Konflikte in Peru zu verhindern und das Ausmaß der Repression einzudämmen. Der neue Präsident Alan Garcia baute dabei allein auf seinen Sympathie-Bonus in der Bevölkerung, sein Charisma und eine geschickt inszenierte Propaganda. Real änderte sich nichts. Die Finanzhilfen, die zur Überwindung der Unterentwicklung in den Andenregionen eingesetzt werden sollten, versickerten in der staatlichen Bürokratie und im Parteiapparat der APRA. Spätestens 1987 war das Wirtschaftsmodell Garcia gescheitert (29). Schon Mitte 1986, bei dem Massaker in den Gefängnissen von Lima, bei dem ca. 300 gefangene Senderistas ermordet wurden, wurde deutlich, daß die APRA-Regierung dem Militär den Rücken freihält, bzw. es aktiv unterstützt. Eine nationale Friedenskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, um Grundlagen für einen Dialog mit Sendero zu suchen, sowie eine Anzahl von Kommissionen, die Menschenrechtsverletzungen des Militärs untersuchen sollten, wurden in ihrer Arbeit stark behindert.

Auf der anderen Seite versuchte Sendero überall, wo sich das Militär nach dem Regierungswechsel in die Kasernen zurückzog, sich wieder zu konsolidieren und im ganzen Land neue Basen aufzubauen sowie neue Kader auszubilden, da durch die Repressionswelle 83/84 die eigenen Reihen erheblich dezimiert waren. Hierbei hatte "Sendero keine Probleme (...), neue Militante zu rekrutieren" (30). Allerdings führte Sendero keine politische Auseinandersetzung, sondern versucht vorhandene staatliche Strukturen aufzulösen, um anschließend die eigene "Ordnung" zu etablieren. Dabei geraten sie immer wieder in Konflikt mit vorhandenen Basisbewegungen und Selbstverwaltungsstrukturen, sowie mit der zum Teil gut organisierten Linken. Um überall dort die Vorherrschaft zu erlangen, sind deren Führer immer wieder Opfer "selektiver Hinrichtungen" (31). In Regionen, wo die Bevölkerung stark organisiert ist, gelingt es Sendero jedoch nicht, sich festzusetzen (32).

Bis 1987 hat Sendero neue Hochburgen in den Departamentos nördlich von Ayacucho (Junin, Pasco, Huanuco, Huancavelica) und im Alto Huallaga aufgebaut, in Teilen von Junin und im Alto-Huallaga konnte Sendero das Militär sogar in die Kasernen zurückdrängen. Sendero ist aber auch in der Lage, überall im Land, und vor allem in Lima, aktiv zu werden.

Der schmutzige Krieg in den Anden (1987-1990)

Nach dem offensichtlichen Scheitern der Wirtschaftspolitik der APRA-Regierung und mit der sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise, begann Ende 1987 das, was der "Schmutzige Krieg gegen den Leuchtenden Pfad" genannt wird (33). Es häufen sich die Massaker des Militärs. Sogenannte "Sinchis" (als Bauern verkleidete Soldaten) werden eingesetzt, um die Massaker Sendero in die Schuhe zu schieben. Aber dies treibt die armen Bauern in die Hände von Sendero. Denn die Soldaten "rauben, vergewaltigen und töten unterschiedslos jeden, der im Verdacht der ‚Subversion' steht" (34). Die Aufklärung dieser Verbrechen wird immer schwieriger, weil Augenzeugen "beseitigt" werden, Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen bedroht werden und selbst die Aufklärung durch die Justiz oder parlamentarische Kommissionen konsequent verhindert wird (35).

Bis 1990 wird über fast die Hälfte Perus der Ausnahmezustand verhängt, aber auch darüber hinaus agiert das Militär ohne jede Kontrolle. Gleichzeitig treten im Juli 1988 zum ersten Mal Todesschwadronen in Erscheinung. Das "Comando Rodrigo Franco" (CRF) ermordete bis 1990 zahlreiche Rechtsanwälte, Gewerkschafter, linke Politiker, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten etc. Zwischen dem CRF und der APRA gibt es direkte Verbindungen. Der Innenminister der APRA-Regierung Mantilla galt als politischer Kopf der Todesschwadronen.

Ab 1988 versuchte Sendero massiv, Volksorganisationen durch die Ermordung regionaler Repräsentanten zu zerschlagen, die Zahl der Opfer "selektiver Hinrichtungen" aus der organisierten Linken nahmen merklich zu, um auf diese Weise dort die Vorherrschaft zu erlangen. Offensichtlich war dies der Versuch, im gesamten Land in die Offensive zu kommen und für sich Massen zu mobilisieren. Durch die Ausrufung sogenannter "bewaffneter Streiks" versuchte Sendero, die Bevölkerung zu mobilisieren und sich an die Spitze einer Massenbewegung zu stellen. Nach anfänglichen Erfolgen, vor allen Dingen in Lima, sind die bewaffneten Streiks nur noch in den Gebieten "erfolgreich", die Sendero kontrolliert. Wobei nicht geklärt werden kann, welchen Anteil angedrohte Repressalien für die "Streik"beteiligung haben. Dasselbe gilt für die Kommunalwahlen 1989, deren Verhinderung Sendero zunächst für ganz Peru, dann nur noch dort, wo man stark sei, propagiert hatte. Eine große Anzahl von Kandidaten trat zurück, nachdem sie Morddrohungen erhalten hatten, zahlreiche Kandidaten aller Parteien wurden von Sendero ermordet, so daß in vielen Gebieten die Wahlen nicht stattfanden. In der Region Ayacucho z.B. waren darüber hinaus über 70% der abgegebenen Stimmen ungültig (36). Das Ziel einer landesweiten Mobilisierung der Bevölkerung und einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen gelang jedoch nicht.

Gegen die Präsidentschaftswahlen Mitte 1990 ging Sendero kaum noch vor. Auch darüber hinaus gab es bis August 1990 weit weniger Aktivitäten von Sendero als in den Vorjahren. Spekulationen über interne Differenzen oder sogar über eine Spaltung von Sendero ließen sich jedoch bisher nicht bestätigen. Vielmehr könnte eine Atempause nach den strategischen Niederlagen im Jahr 1989 und in der Folge einiger spektakulärer Schläge, die dem Militär gegen Sendero gelang, vermutet werden. In Ayacucho ist Sendero quasi vernichtet, weite Teile der Region entvölkert. Im Alto-Huallaga gelingt es den Einfluß Senderos zurückzudrängen. Aber spätestens nach der Einleitung des wirtschaftlichen Schockprogramms im August durch den neuen Präsidenten Perus Fujimori zeigte sich, daß Sendero durchaus noch aktionsfähig ist.

Perspektiven

Die Bevölkerung und die Linke sind paralysiert durch die Perspektivlosigkeit für politisches Handeln und gesellschaftliche Veränderungen. Die Bourgeoisie setzt auch unter dem neuen Präsidenten und mit einer zivil-militärischen Regierung allein auf die militärische Karte.

Das, was gutwillig oder scheinheilig auch von vielen Linken als mögliche Lösungswege angeboten werden, nationale Versöhnung, Concertation der politischen Mitte, Stärkung der demokratischen Institutionen, Organisierung der Bevölkerung in paramilitärischen Einheiten etc., kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich als unfähig erwiesen haben selbst die elementaren Probleme Perus zu lösen, gefestigt werden sollen, anstatt sie von Grund auf umzukrempeln.

Sendero Luminoso steht nicht für ein emanzipatorisches Projekt, sondern ist Ausdruck der Gewaltverhältnisse in Peru und reproduziert diese. Er vertritt nur die Interessen eines kleinen Teils der indianischen und mestizischen Bauern sowie der marginalisierten Bevölkerung, allerdings nicht im Sinne einer fortschrittlichen Guerilla, sondern eher als archaische Rebellenarmee.

Hier sind die peruanischen Volks- und Basisbewegungen und die Linke gefordert, die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und für eine emanzipatorische, demokratische Perspektive, bei der sich die Bevölkerung im Sinne einer "nationalen Befreiung" die eigene Geschichte, Kultur und Land aneignet, zu kämpfen. Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn die Bevölkerung sich organisiert einerseits gegen Sendero behauptet und andererseits sich nicht für die diktatorischen Methoden des Staates einspannen läßt. Bei der Organisierung der Selbstverteidigung und der Volksmacht gibt es in Peru einige vielversprechende Ansätze (37).

Oder man kommt zu einer fatalistischen Einstellung, wie der anerkannte peruanische Historiker Pablo Macera: "Nach allem was wir ihnen (der indianischen Bevölkerung; der Verf.) im Laufe der Jahrhunderte angetan haben, würde ich es nicht als ungerecht empfinden, wenn sie uns bis auf den letzten Mann niedermetzelten" (38).

Christoph

Anmerkungen:

1) Aus der vor kurzem gegründeten Peru-Infostelle in Bonn wurden Solidaritätsgruppen allein deshalb ausgeschlossen, weil sie für eine Diskussion über Sendero bzw. mit Unterstützern Senderos in der BRD eintraten.

2) José Carlos Mariátegui (1894-1930) gilt als einer der bedeutendsten Marxisten Lateinamerikas, auf den sich bis heute alle linke Parteien Perus berufen. In seinen Schriften analysiert er vor allem den Zusammenhang zwischen der Unterentwicklung in Peru und der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital, sowie die Rolle der indianischen Bauernbevölkerung als Teil einer revolutionären Bewegung in Peru (Eleonore von Oertzen: Einleitung zu Revolution und peruanische Wirklichkeit - J.C. Mariategui ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1986, S. 9 f.)

3) Einigermaßen verwunderlich erscheint es aus dem Verständnis von Sendero, das Guzman den Namen "Gonzalo" wählt, denn "der Name ist absolut mit der Konquista verbunden" (Max Hernández: Por que Abimael se llama "Gonzalo"? in Que hacer, Revista bimestral, Nr. 59, 1988, S. 59). In der Geschichte der Eroberung des Inka-Reiches führte Gonzalo, ein jüngerer Bruder Pizarros, 1548 einen Aufstandes von weißen, spanischen Konquistadoren gegen die spanische Krone und deren Statthalter an mit dem Ziel, die Unabhängigkeit von Spanien zu erlangen und sich selbst zum König von Peru zu ernennen. So sollte verhindert werden, daß die neuen Gesetze zum "Schutz der Indios", die den Weißen untersagen sollten "Indios zu besitzen", in Kraft treten und stattdessen weiter die Gesetze der Konquista gelten (ebd).

4) ZK der PCP 1988, S. 16 (siehe Anmerkung 5)

5) Sendero Luminoso verzichtet weitgehend auf Öffentlichkeitsarbeit. Eine Begründung oder Bekenntnis zu Aktionen wird nicht gegeben. Lediglich die in Lima in der Regel wöchentlich erscheinende Zeitschrift "EL Diario" veröffentlicht die Positionen von Sendero. Bekannt sind von Sendero vor allem drei grundlegende Schriften:

- "Entwickelt den Guerillakrieg" (1982),

- "Den Volkskrieg im Dienste der Weltrevolution entwickeln" (1986)

- "Dokumente des 1. Kongresses der Kommunistischen Partei Perus" (1988)

Hinzu kommt das sogenannte "Interview des Jahrhunderts", das Abimael Guzman 1988 der Zeitung "El Diario" gab.

6) Abimael Guzman: Interview des Jahrhunderts, in El Diario Lima 1988, S. 6

7) a.o.a.O. S. 7

8) Lina Andina: Sendero Luminoso - Das letzte Aufgebot der Revolution, in Blätter des iz3w, Januar 1990, S. 35 f.

9) a.o.a.O.

10) a.o.a.O.

11) ZK der PCP 1986 a.a.O., S. 20

12) Guzman, a.o.a.O S. 56

13) Luis Lumbreras: Rassentrennung und Klassenherrschaft, in MASA (Peru - Analysen und Berichte) Nr. 2, Hamburg 1989, S. 17

14) Ivan Degregori: Sendero Luminoso - El desfio autoritario, in Nueva Sociedad No. 90, San Jose 1987, S. 30

15) Die ab 1968 von einer fortschrittlichen Militärregierung eingeleiteten Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Landwirtschaft, Industrie, Bildung etc.), mit denen in Peru die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschleunigt werden sollte, stießen Anfang der siebziger Jahre sowohl was die Auslandsabhängigkeit, als auch die internen Widersprüche zur Bourgeoisie angeht, an ihre Grenzen und waren mit dem Gegenputsch rechter Militärs 1975 endgültig gescheitert (vgl. Melacio Castro: Peru - Staat und soziale Klassen, München 1986, S. 121 f.).

16) MASA (Peru - Analysen und Informationen) Nr. 5, Hamburg 1990, S. 25

17) vgl. Ivan Degregori: Los Hondos y Mortales Desencuentros, Lima 1985, S. 7 f.

18) Als Gamonalismus bezeichnet J.C. Mariátegui (vgl. Mariátegui: Sieben Versuche die peruanische Wirklichkeit zu verstehen, Berlin 1986, S. 35 f.) den peruanischen Feudalismus in dem Sinne, daß er "nicht nur eine soziale und wirtschaftliche Kategorie der Latifundien und der Großgrundbesitzer" (ebd. S. 37) beschreibt, sondern als ein System, das den Indio entrechtet und unterdrückt und die Gesetzgebung zum Schutz des Indios wertlos macht. Der Gamonalismus, ist nicht nur " durch den Gamonalen (den Großgrundbesitzer; der Verf.) (...) verkörpert", sondern umfaßt "eine ausgedehnte Hierarchie von Beamten, Mittelsmännern, Agenten, Parasiten usw." (ebd).

19) vgl. Nelson Manrique: Manchay tiempo, in Cambio, revista Semanal 8.2 und 15.2.1990, Lima

20) MASA Nr. 5, a.o.a.O. S. 25

21) Nicolas Shakespeare: Auf den Spuren Guzmans, in Lettre International Nr. 8, Berlin 1988, S. 12

22) Alain Hertoghe: Die Koksguerilla, Hamburg 1990, S. 75

23) Neben den Haciendas haben sich in den Anden überall auch freie Gemeinden erhalten, die bis heute strikt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit kollektiv die Äcker bestellen. Dazu gehört auch ein traditionelles System von Gemeindehierarchie und Selbstverwaltung.

24) Michael Reid: Peru - Path to poverty, London 1985, S. 113

25) Guzman a.o.a.O. S. 31

26) MASA Nr. 5, a.o.a.O. S. 13

27) Juan Barolo: Der erleuchtete Pfad in die Finsternis, in Ehrke u.a. (Hrsg.), Lateinamerika, Analysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 124

28) a.o.a.O.

29) vgl. Ak Nr. 321, 1990, S. 25f

30) Henry Favre: Ist das "Modell Garcia" zu Ende, in Peru-Menschenrechtskoordination: Wenn wir nicht reden, dann schrein die Steine, Bielefeld 1990, S. 59

31) "Selektive Hinrichtung" ist, nach eigenen Angaben, eine der vier Kampfformen (neben Guerillakrieg, Sabotage und bewaffnete Propaganda und Agitation) des Guerillakrieges. Sie "(trifft) entweder Feinde des Volkes nach einer direkten Verurteilung der Massen in Volksgerichten oder (sie wird angewendet) gegen beharrliche Feinde der Revolution mit Blutschulden, Massakrierer, Folterer, Infiltrierte und Spione" (ZK der PCP 1986, a.o.a.O. S. 29). Es fällt auf, daß nach eigenen Angaben Senderos der Anteil der selektiven Hinrichtungen in den Gebieten, in denen Sendero stark ist oder die sie kontrollieren, wesentlich höher liegt als in anderen (vgl. ebd. S. 27 f.).

32) In Cajamarca, Cuzcu oder Villa El Salvador (z.B.) ist es Sendero bis heute nicht gelungen Basen aufzubauen, weil es starke Selbstverwaltungs- und Selbstverteidigungsstrukturen gibt. Die Bevölkerung hat jeden Versuch von Sendero dort einzusickern, konsequent verhindert. Genauso wenig haben das Militär oder sonstige staatliche Stellen dort Einfluß. In der Region Puno gab es nach Landbesetzungen heftige Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung, die gut in der Bauerngewerkschaft CCP und Selbstverteidigungskomitees organisiert war und Sendero, der sich an die Spitze dieser Bewegung setzen wollte, auf der einen Seite und dem Militär auf der anderen Seite. Letztendlich gelang es, sowohl Sendero zurückzudrängen als auch die berechtigten Forderungen nach Landverteilung durchzusetzen (vgl. Hertoghe, a.o.a.O S. 130 f.).

33) Hertoghe a.o.a.O. S. 109.

34) Hertoghe a.o.a.O. S. 112

35) In einem Bericht von Amnesty International heißt es unter anderem: "Eine im Januar 1988 ins Leben gerufene Kommission der Abgeordnetenkammer, die mit den Nachforschungen von ‚Verschwindenlassen' und umstrittenen Morden zwischen Januar 1980 und Dezember 1987 beauftragt war, war nach Kenntnissen von amnesty international untätig, genauso wie die Menschenrechtskommissionen des Senats und der Abgeordnetenkammer.

Eine aus Mitgliedern der Regierungspartei APRA ernannte Senatskommission, die den Vorfällen in Cayara nachgehen sollte, diente in erster Linie dazu, die Übergriffe des Militärs zu verdunkeln und die Nachforschungen des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten zu behindern und in Mißkredit zu bringen." (Amnesty International: Peru im Ausnahmezustand, Frankfurt 1989, S. 37)

36) Von der Wahlabstinenz (Wahlboykott und ungültige Stimmen) kann nicht unmittelbar auf eine Unterstützung von Sendero geschlossen werden, da es trotz Wahlpflicht eine bis in die sechziger Jahre zurückgehende Tradition in ganz Peru gibt, die ihren Höhepunkt 1983 mit 43% Wahlabstinenz hat (in Ayacucho 88%). Dagegen fällt sie bei den Präsidentschaftswahlen 1985 auf unter 20%, in Ayacucho auf "rekordverdächtige" 47%. - Grundsätzlich läßt sich fragen, welchen Sinn es überhaupt hat, in Gebieten, die unter militärischem Kommando stehen, überhaupt Wahlen abzuhalten (vgl. MASA Nr. 3 1990, S. 6 f.).

37) vgl. AK 325

38) zitiert nach Hertoghe, a.o.a.O S. 213

18. Guatemala: Simulierte Demokratie

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:26

"Nur wer kämpft, hat das Recht zu siegen. Nur wer siegt, hat das Recht zu leben." Diese Formel, im spanischen Original weithin sichtbar an der Mauer der Kaserne in Sacapulas (Departament Quiché) angebracht, faßt das Selbstverständnis der gualtematekischen Armee treffend zusammen. Der Spruch steht schon seit Jahren an dieser Mauer.

Nach drei Jahrzehnten nahe- zu ununterbrochener Militärherrschaft trat 1986 unter dem Christdemokraten Vinicio Cerezo eine gewählte Regierung mit dem Versprechen an, wenigstens das Lebensrecht aller zu achten, auch das der Verlierer. Sie ließ den makabren Slogan nicht einmal übertünchen. Stattdessen wurde die abgeplatzte Farbe mehrmals ausgebessert.

Nun präsentierte sich das offizielle Guatemala der Weltöffentlichkeit wieder von seiner "demokratischen" Seite. Nach den Parlamentswahlen vom 11. November 1990 wurde am 6. Januar in einer Stichwahl der Nachfolger von Präsident Cerezo gewählt.

Aus dem Gruselkabinett der Kandidaten ging Jorge Serrano (MAS), Prediger einer evangelikalen Sekte, als Sieger hervor. Jorge Serrano ist ein Mann mit besten Verbindungen zu den Ultrarechten. Er diente bereits 1982/83 der Diktatur von Ríos Montt als Chef des Staatsrates.

Der AK wirft einen Blick hinter die Kulissen des mittelamerikanischen Landes, das in der Linken wenig Beachtung findet, obwohl in Guatemala eine der ältesten Befreiungsbewegungen Lateinamerikas agiert.

Farbenprächtige Trachten, malerische indianische Dörfer. Der von Vulkanen eingerahmte Atitlán-See, Maya-Pyramiden im tropischen Tieflanddschungel des Petén. Guatemala, in Urlaubsprospekten gerne "Land des ewigen Frühlings" genannt, ist beliebtes Reiseziel fernwehgeplagter Touristen. Auch viele Nicaragua-Politreisende machen zur Erholung einen Abstecher in das größte Land Zentralamerikas, dessen neun Millionen Einwohner zu über 60% Nachfahren der Maya-Indianer sind.

Das andere Guatemala bleibt vielen verborgen: eine ehemalige Bananenrepublik, die nach dem Sturz der demokratischen Regierung Arbenz im Jahre 1954 (verantwortlich: United Fruit Company, CIA & Söldner mit der Hilfe Somozas) nahezu ununterbrochen von Generälen regiert wurde. Ein Land, in dem "politischer Mord Regierungsprogramm" war, wie amnesty international 1981 in einer beklemmenden Untersuchung nachwies. (1)

Wechselnde Militärdiktaturen machten im Hochland allein zwischen 1981 und 1984 über 440 indianische Dörfer völlig dem Erdboden gleich, ermordeten 15.000 Menschen und trieben etwa eine Million in die Flucht. Mehrere zehntausend Menschen wurden in sog. "Entwicklungspolen" (polos de desarollo), militärisch kontrollierten Wehrdörfern, zusammengepfercht. Die Armee preßte zeitweise bis zu 900.000 Männer zu flächendeckenden Überwachungs-, Spitzel- und Hilfsdiensten in paramilitärischen "Zivilpatrouillen" (PAC).

Es gelang dem Militär mit Massenmordpraktiken die bewaffnet kämpfende Befreiungsbewegung URNG ab 1982 vorübergehend in abgelegene Landesteile zurückzudrängen und die demokratischen Massenbewegungen zu zerschlagen. Nach einem weiteren Putsch im August 1983 leiteten die Streitkräfte unter General Mejía Victores eine politische Öffnung ein, da das Land wirtschaftlich am Boden und international weitgehend isoliert war. Bevor der Christdemokrat Vinicio Cerezo nach einem haushohen Wahlsieg die Präsidentschaft im Januar 1986 antrat, sicherten die Militärs mit Hilfe einer von ihnen entworfenen Verfassung und weiteren Gesetzen ihre Position ab. So verabschiedeten sie eine Selbst-Amnestie, die eine Verfolgung der begangenen Untaten ausschloß.

Vom Staatsterrorismus zur simulierten Demokratie

Der neugewählte christdemokratische Präsident konnte zu Beginn seiner Amtszeit auf breite internationale Unterstützung zählen: die USA, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die internationale Christdemokratie und auch die Sozialistische Internationale (SI) hofierten ihn.

Im Land selbst konnte Vinicio Cerezo auf die Demokratiehoffnungen eines breiten Teils der Bevölkerung bauen, die sich in der großen Wahlbeteiligung und im Wahlerfolg der Christdemokratie ausgedrückt hatte.

Während die Großgrundbesitzer sich neutral verhielten, sicherte sich die Christdemokratie Guatemalas die entscheidende Säule zur Erhaltung der Regierungsmacht: sie schloß einen "strategischen Pakt" mit der Armee, der bis zum Schluß von Cerezos Amtszeit im Januar 1991 von beiden Seiten eingehalten wurde. Darin bot die zivile Regierung den Streitkräften einen verfassungsmäßigen und international akzeptierten Rahmen an, innerhalb dessen diese Operationen gegen die Aufständischen durchführen konnten. Im Gegenzug verlangte die gewählte Regierung die Unterstützung der Armee für ihre Politik. (2)

Damit sicherte sich die zivile Regierung die Loyalität der Armeeführung, wahrlich keine Selbstverständlichkeit, wenn man deren äußerst putschistische Tradition bedenkt. Die Armee, deren blutbefleckte Führer sich fortan als gesetzestreue Hüter des "demokratischen Prozesses" darstellten, konnte hinter den Kulissen ihre Schlüsselrolle beibehalten. Alles was mit "nationaler Sicherheit" zu tun hat, blieb unter ihrer Kontrolle. Das heißt für die Armee vor allem die Bekämpfung der seit 1984/85 neu sich formierenden legalen Massenbewegung und der erstarkenden URNG-Guerilla. Infolge dieses Paktes war die Verurteilung von uniformierten Menschenrechtsverletzern durch Gerichte von vorneherein ebenso ausgeschlossen, wie die Auflösung der Armeekontrolle über scheinbar "zivile" Strukturen wie Entwicklungspole, Zivilpatrouillen und Infrastrukturprogramme in militärischen Konfliktgebieten. Der genannte Pakt brachte also sowohl der gewählten Zivilregierung als auch der Armee Vorteile.

Die gewählte Regierung warf ihr ganzes Prestige in die Waagschale, um die Aufklärung der zurückliegenden Armeeverbrechen zu verhindern, die zur internationalen Isolierung der Militärregimes geführt hatten. Sie nahm darüber hinaus die Armee auch vor gut dokumentierten Vorwürfen in Schutz, die belegten, daß die Streitkräfte auch in den Jahren von 1986 bis 1990 weiterhin für gravierende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren. Im Gegenzug blieb die Armeeführung loyal. Putschversuche von Truppenteilen im Mai 1988 und im Mai 1989 wurden von der Armeeführung unterdrückt, wobei die Regierung zentrale inhaltliche Forderungen der Putschisten (v.a. mehr Waffen und Gerät zur Aufstandsbekämpfung; verschärfte Repression gegen legale Basisorganisationen) erfüllte.

Im Gegensatz zum abgehalfterten christdemokratischen Ex-Präsidenten Napoleón Duarte im benachbarten El Salvador konnte sich die Christdemokratie Guatemalas unter Vinicio Cerezo nach außen hin jahrelang recht gut darstellen. Der Beitrag Cerezos zum Esquipulas II- Friedensplan (in Esquipulas, einer Stadt im Osten Guatemalas, wurde das im August 1987 das Friedensabkommen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten unterzeichnet), eine gewisse Distanz zur US-Außenpolitik in der Region und das Versprechen, die Menschenrechte zu verteidigen und im Land eine Aussöhnung herbeizuführen, brachten der Regierung in den USA und in Europa ein gutes Image ein.

Nur wenige gualtematekische Menschenrechtsgruppen wie die unabhängige Menschenrechtkommission CDHG, Justicia y Paz oder die Gruppe für Gegenseitige Hilfe (GAM) und die neuentstehenden und noch recht vorsichtig operierenden legalen Basisorganisationen widersprachen diesem Bild und wiesen auf die weiter anhaltende Repression hin, die nur ihre Formen geändert habe. Bis 1988/89 fanden ihre Analysen international wenig Gehör. Sie belegten, daß in Guatemala von Menschenrechten und Demokratie lediglich viel geredet wurde, um eine repressive Realität zu verdecken, die mit diesen Reden wenig zu tun hatte.

Einige Besonderheiten

Die Konfliktkonstellation in Guatemala ist mit der in Nicaragua und El Salvador im Prinzip durchaus vergleichbar. Vereinfacht gesagt kämpfen in den genannten Ländern Befreiungsbewegungen mit Unterstützung großer Teile der verarmten Bevölkerungsmehrheit gegen Regimes, welche die wirtschaftlichen Interessen der Großgrundbesitzer und die politisch-strategischen Interessen der USA verteidigen. Auch der Aufschwung und der Wahlsieg der Christdemokratie Guatemalas liefen ähnlich ab, wie die Christdemokratisierung El Salvadors. Aus der Sicht der Strategen der Aufstandsbekämpfung glichen sich beide Prozesse im politischen Zweck (Aufbau einer unverbrauchten zivilen Fassade zur Fortführung des militärischen Kampfes gegen die Guerilla), den Formen (technisch saubere Wahlen unter Ausschluß der Linken) und sogar in den Problemen (Erfolglosigkeit im Kampf gegen die Guerilla, extreme Korruption, wirtschaftspolitische Unfähigkeit und administrative Ineffizienz).

Dennoch existieren in Guatemala eine Reihe spezifischer Bedingungen, die den revolutionären Kampf in diesem Land besonders prägen. Dies führt unter anderem auch dazu, daß nicht nur hierzulande die Linke den

Kampf nicht so zur Kenntnis nimmt, wie es dessen Bedeutung entspräche. Folgende Faktoren sind zu berücksichtigen:

- Guatemala (Fläche: 108.889 qkm) hat auf kleinstem Raum sehr unterschiedliche geographische Zonen (schmaler, heißer Küstenstreifen am Pazifik; Mittelgebirge; Hochland; mehrere Hochgebirgszüge und tropischen Tieflanddschungel) mit völlig unterschiedlichen Klimata, Flora und Fauna. Die schlechte verkehrsmäßige Erschließung führt dazu, daß die Guerilla über kaum besiedelte, nahezu unzugängliche Rückzugszonen im Landesinneren verfügt, was ihr Überleben erleichtert.

- Mehr als 60% der ca. 9 Mio Bewohner gehören zu den Nachfahren der Maya-Indianer. Diese wirtschaftlich besonders ausgebeutete und darüberhinaus rassistisch unterdrückte Bevölkerungsmehrheit ist weder sprachlich noch kulturell homogen. Die vor allem im Hochland lebenden und untereinander teils zerstrittenen indianischen Ethnien sprechen 22 unterschiedliche Sprachen. Zu über 90% können sie weder lesen noch schreiben und sind vielfach auch der Landessprache Spanisch nicht kundig.

Die geographische Isolierung und kulturelle Vielfalt erfordert extrem hohe Mobilität und Flexibilität von Seiten der revolutionären Bewegung, welche die Indianer in den Kampf miteinbeziehen will. Über die Klassenauseinandersetzung hinaus, wo es vergleichbare Fronten gibt, wie in den Nachbarländern El Salvador oder Nicaragua, spielt in Guatemala der Kampf gegen die jahrhundertealte, tiefverwurzelte rassistische Diskriminierung der indianischen Bevölkerungsmehrheit eine entscheidende Rolle.

- Guatemala hat eine lange gemeinsame Grenze zu Mexiko. Im angrenzenden Bundesstaat Chiapas, im Süden Mexikos, sind große Teile der Bevölkerung den gualtematekischen Indianern kulturell verwandt und leben unter ähnlich schlechten Bedingungen. Deshalb besteht aus Sicht der mexikanischen und der US-Regierung die realistische Gefahr, daß revolutionäre Bewegungen in Guatemala auf Mexiko, den unmittelbaren Nachbarn der USA ausstrahlen könnten. Dies führt zur erhöhten Kooperationsbereitschaft im grenzüberschreitenden Kampf gegen die Revolutionäre.

- Guatemala ist, wirtschaftlich gesehen, für das nationale und auch das internationale Kapital wesentlich interessanter als El Salvador, Nicaragua oder Honduras. Im Tieflanddschungel des Departaments Petén, im Norden Guatemalas, lagern reiche Erzvorkommen, werden Ölquellen ausgebeutet und wertvolle Tropenhölzer geschlagen. (3) Seit etwa zwei Jahren spielt Guatemala eine immer größere Rolle als Transitland für den Kokain-Export in die USA.

- Guatemala wurde von 1954 bis 1986 nahezu ununterbrochen von außerordentlich blutigen Militärdiktaturen regiert, die die Herausbildung von Gewerkschaften, Landarbeiterbewegungen etc. weitgehend unterdrücken konnten. Das Leben in weiten Teilen Guatemalas ist seit Jahrzehnten von andauernder und intensiver Militärkontrolle gekennzeichnet. Demzufolge können die Basisorganisationen vor allem auf dem Land nur auf wenig organisatorische Erfahrungen zurückgreifen. Die Neuorganisierung muß auch heute noch zum Teil im Geheimen, nach außen hin unsichtbar, erfolgen.

- Die Armee gilt als die schlagkräftigste und brutalste in Mittelamerika und hat schon beinahe dreißig Jahre praktischer Erfahrung in der Aufstandsbekämpfung. Das Militär unterscheidet sich in seinem Charakter von dem El Salvadors: während jene Armee als repressive Institution unter Kontrolle der salvadorianischen Oligarchie (bis ca. 1981/1982) und Einfluß der US-Militärberater (1982 bis heute) gesehen werden muß, hat die gualtematekische Armee erheblich größere politische und auch wirtschaftliche Eigeninteressen, die sich von denen der lokalen Großgrundbesitzer und der USA deutlich unterscheiden lassen. Die Armee Guatemalas repräsentiert als Institution einen mächtigen wirtschaftlichen Sektor. Ihr gehört u.a. die größte Bank des Landes (Banco del Ejercito). Sie tritt schon seit seit Anfang der siebziger Jahre innerhalb des herrschenden Blocks politisch und wirtschaftlich mit den Großgrundbesitzern in harte Konkurrenz.

Militärisch fühlt sie sich den übrigen Armeen Mittelamerikas überlegen, weil es ihr Anfang der achtziger Jahre eigenständig, ohne US-Berater und ohne offizielle US-Militärhilfe, jedoch unter Rückgriff auf Berater und Waffenlieferungen aus Israel und Taiwan, gelang, die starke URNG-Guerilla zurückzuschlagen.

- Die jahrzehntelange Repression hatte besonders konspirative Methoden der oppositionellen Organisierung zu Folge. Lebensnotwendige Vorsicht, eine fehlende Kultur offener politischer Debatten und der hohe Grad

kultureller Abschottung von Seiten der Indianer bewirkten, daß ausländische Besucher vergleichsweise schwer Zugang zu revolutionärer Massenarbeit fanden.

Die politisch-militärischen Organisationen EGP, ORPA, FAR und PGT, die sich 1982 zur URNG zusammenschlossen, galten Ausländern gegenüber als erheblich weniger auskunftsbereit als die FMLN oder die FSLN. Es gibt beispielsweise kaum Berichte von Journalisten über die Arbeit an den Fronten der URNG. Demzufolge ist der Kampf der revolutionären Kräfte in Europa vergleichsweise unbekannt.

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen

"In Guatemala fand eine formale Redemokratisierung statt, deren inhaltliche Ausgestaltung jedoch auf sich warten läßt", resümierte T. Gebauer in den "Lateinamerika - Analysen und Berichte 11" nach einer profunden Analyse bereits 1987. (4) Die Methode zur Bestellung der politischen Führung des Landes wurde im formaldemokratischen Sinne geändert, um sonst alles beim Alten belassen zu können.

Dieser Befund gewann mit den versuchten Militärputschen vom 11. Mai 1988 und vom 9. Mai 1989 noch mehr an Gültigkeit. Ultrarechte Militärs und Teile der Agraroligarchie protestierten gegen Versuche der Regierung, mittels Steuererhöhungen nicht nur die Armen sondern auch die Reichen des Landes zur Finanzierung des defizitären Staatshaushaltes heranzuziehen. Der Regierung Cerezo gelang es zwar, die Militärcoups zu unterdrücken, jedoch nur um den Preis von weitgehenden politischen Zugeständnissen an die Putschisten. Seit 1988 wurde die Repression wieder erheblich verschärft und die Verarmung der breiten Bevölkerungsmehrheit beschleunigte sich. (5)

Amnesty international stellte vom Beginn der christdemokratischen Zivilregierung Anfang 1986 bis Ende 1987 insgesamt 203 Fälle von Verschwindenlassen fest. Im Jahre 1988 wurden 1063 Fälle von Menschenrechtsverletzungen registriert. (6) Im ersten Halbjahr 1989 nahm der Terror von Armee, Polizei und den eng damit verflochtenen Todesschwadronen weiter zu: mindestens 367 Personen wurden ermordet, weitere 140 verschwanden. (7) Im den ersten vier Monaten 1990 wurden nach offiziellen Polizeistatistiken bereits 525 Menschen ermordet. Darüberhinaus nehmen Verbrechen im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten und Gewaltverbrechen mit Todesfolge rapide zu. Dies führte ab Juni/Juli 1989 zu einem allgemeinen Klima der Unsicherheit. (8) Die USA sahen sich deshalb ab September 1989 erneut veranlaßt, einen "travel advisory act" zu verhängen, der US-Reisebüros verpflichtet, auf die Sicherheitsrisiken einer Reise nach Guatemala hinzuweisen.

Neben der zunehmenden Mißachtung der Menschenrechte verschärfte sich die soziale Not für die Bevölkerungsmehrheit: 85% der Bevölkerung lebt in Armut, 46% der Erwerbsfähigen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 61 Jahren die niedrigste Zentralamerikas. Seit Juli vergangenen Jahres verlor die über viele Jahre lang stabil gehaltene Landeswährung Quetzal gegenüber dem US-Dollar mehr als 25% ihres Wertes, was die Kaufkraft der Armen weiter schwächt. Darüberhinaus reduziert der Staat die ohnehin geringe Gesundheitsversorgung durch die wenigen Krankenhäuser, weil nahezu kein Geld mehr für die Beschaffung von Verbrauchsmaterial zur Verfügung gestellt wird. Viele wichtige regionale Krankenhäuser schränken ihre Dienste ein, oder stehen wegen Geldmangel sogar vor der völligen Schließung.

Zum sozialen Desaster und der wachsenden Repression kommt noch die Korruption der Christdemokratie, die schamlose Verschleuderung von öffentlichen Geldern für den Luxuskonsum von Staatsangestellten und die Unfähigkeit der Regierenden, mit der Befreiungsbewegung ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzung auszuhandeln. Aus diesen Gründen war bereits vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen klar, daß die Christdemokratie am Ende war. Dies dämmerte auch der in Guatemala sehr engagierten Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die jedoch in ihren Berichten immer noch Versuche unternahm, ihr Lieblingskind gesundzubeten. (9)

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

In diesem Klima höchster sozialer und politischer Spannungen gelang es dem Ex-Diktator Ríos Montt, der 1982/83 für einen Großteil der eingangs genannten Greueltaten verantwortlich war, sich als unbestechlicher "starker Mann" darzustellen, der mit der Korruption aufräumen und für Ruhe und Ordnung sorgen würde. Noch wenige Wochen vor der Parlamentswahl war unklar, ob der evangelikale Sektenprediger Ríos Montt, der bei

sämtlichen Wahlumfragen den zweiten oder gar den ersten Platz einnahm, nun zur Präsidentschaftskandidatur zugelassen würde oder nicht. Letzlich verhinderten Gerichte die Kandidatur von Ríos Montt, weil die gualtematekische Verfassung die Kandidatur von ehemaligen Putschisten verbietet. Damit war der chancenreichste Kandidat schon aus dem Rennen. Die Linke kandidierte nicht. Deren bewaffneter Flügel, die URNG, rief zum Wahlboykott auf, weil die Wahlen nur Teil der Strategie zur Aufstandsbekämpfung seien. Die legalen Massenorganisationen vermieden sowohl die Parteinahme für einzelne Kandidaten als auch den offenen Aufruf zum Boykott, was sie in Guerillanähe gebracht hätte.

Die übrigen zwölf Kandidaten waren fast ausnahmslos dem rechten bis ultrarechten Spektrum zuzuordnen. Die meisten dieser in der Regel sehr jungen "Parteien" repräsentieren besondere wirtschaftliche Sektoren. Sie haben keine klar ausdifferenzierten Programme, kaum feste Parteistrukturen und sind vom Wohl und Wehe ganz weniger Führungspersonen abhängig. Die liberalste Variante der kandidierenden Parteien, die winzige sozialdemokratische Partei (PSD), hatte sich mit einem sozialchristlichen Flügel unter René de León Schlotter verbündet. Sie konnte sich von vorneherein keinerlei Chancen ausrechnen, weil sie über keine gesellschaftliche Verankerung verfügt, auch nicht in der Massenbewegung.

Zu den Wahlergebnissen: der Urnengang lief ruhig ab. Die Wahlen waren technisch sauber, es gab keinen offenen Wahlbetrug im Sinne von Stimmenklau oder ähnliches. Das Bemerkenswerteste war die niedrige Wahlbeteiligung und der erwartete Niedergang der Christdemokratie. In einigen Departaments wie im Quiché wählten nur 20% der Wahlberechtigten.

Am 11. November waren von ca. 4,3 Mio potentiell Wahlfähigen nur 3,2 Mio in die Wahllisten eingeschrieben und damit wahlberechtigt. Von den Wahlberechtigten gaben 1,788 Mio (56%) ihre Stimme ab. Davon waren 1,538 (42%) gültig. Bei den Präsidentschaftskandidaten qualifizierten sich der Großunternehmer Jorge Carpio, Vorsitzender der rechten Nationalen Zentrumsunion (UCN) mit 395.507 Stimmen (25,70%) und der evangelikale Prediger Jorge Serrano von der Bewegung solidarische Aktion (MAS) mit 373.656 (24,20%) für die Stichwahl.

Der Kandidat der Christdemokraten Alfonso Cabrera (17,5%) und der ehemalige Christdemokrat René de Leon Schlotter (3,58), der für die Allianz unter Einschluß der Sozialdemokraten kandidierte, landeten weit abgeschlagen auf den billigen Plätzen.

Bei den Parlamentswahlen eroberte die vor allem auf dem Land starke Nationale Zentrumsunion von Jorge Carpio die relative Mehrheit (41) von 118 Sitzen. Es folgen die geschwächte Christdemokratie (28), die Bewegung Solidarische Aktion von Jorge Serrano (18), die ihre Sitze vor allem in der Hauptstadt gewann, die rechte PAN (12) und dann die Liste von Ríos Montt (11), die zu den Parlamentswahlen zugelassen war. Die Liste AP-5 unter Einschluß der Sozialdemokraten ging mit einem Sitz völlig unter. (10)

Für die Wahl des Präsidenten wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich, weil keiner der Kandidaten die geforderte absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang erreichte. Nach den mir vorliegenden Pressemeldungen gewann der evangelikale Prediger Jorge Serrano mit 800.000 Stimmen (68%) gegenüber 400.000 Stimmen (32%), die der Großunternehmers Jorge Carpio erhielt. Die Wahlbeteiligung lag mit 45,3% der Wahlberechtigten noch einmal niedriger, als die ohnehin schon niedrige Beteiligung beim ersten Wahlgang. (Süddeutsche Zeitung, 8.1. und 9.1.1990). Damit gewann der Selfmade-man aus der Mittelklasse, ein Mann der bis vor wenigen Monaten auch im Land selbst noch weitgehend unbekannt war, gegen den Oppositionspolitiker des Establishments. Jorge Serrano gelang es nach dem ersten Wahlgang, weitere Bündnispartner im rechten Lager zu gewinnen und vor allem das Stimmenpotential von Ríos Montt voll auszuschöpfen. Für die Bevölkerungsmehrheiten wird das in der Praxis wenig Unterschied machen. Jorge Serrano schlug mit der Regierungsbildung einen nach mehreren Seiten klugen Kurs ein. Er bestellte Alvaro Arzú (PAN) zum Außenminister und den Sozialdemokraten Mario Martínez (PSD) zum Arbeitsminister. Dies trägt dazu bei, andere rechte Parlamentsfraktionen wie die PAN ebenso in die Regierungspolitik einzubinden, wie mögliche gemäßigt fortschrittliche Kritiker aus den Reihen der Sozialdemokratie.

Eine vorläufige Bewertung

Ähnlich wie mit Menem (Argentinien), Collor de Melho (Brasilien), Fujimori (Peru) - der gescheiterte Tyminski in Polen ist ein ähnlicher Fall - gewann erneut ein in der breiten Öffentlichkeit politisch unbeschriebenes Blatt mit einem vagen populistischen Programm Präsidentschaftswahlen in Lateinamerika. Dies reflektiert das

weitverbreitete Mißtrauen gegen die leeren Versprechungen der traditionellen Parteien. Die Linke war aus jeweils verschieden gelagerten Gründen nicht im Stande, die daraus ablesbare Unzufriedenheit in eigene Erfolge umzumünzen. Die formale Demokratie in diesen Ländern steht auf äußerst wackligen Beinen. Von der körperlichen Unversehrtheit der Oppositionellen und der Einhaltung bürgerlicher Freiheitsrechte wie Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit ganz zu schweigen. Vom Gualtemateken Jorge Serrano ist wie von den genannten Pendants in Kürze ein scharf massenfeindliches Wirtschaftsprogramm mit IWF-Zuschnitt ebenso zu erwarten, wie die Verschärfung der Repression. Jorge Serrano hat sich bereits einmal als ziviler Helfer der vermutlich blutigsten Diktatur in der an Gewalttaten nicht armen Geschichte Guatemalas hergegeben. Das verspricht nichts Gutes. Und: zwischen den beiden Wahlgängen, am 2. Dezember, verübte das Militär ein abscheuliches Massaker. In Santiago de Atitlán wurden 15 Menschen erschossen und mindestens 18 verletzt. Soldaten hatten das Feuer auf 3000 friedlich demonstrierende Bewohner der Kleinstadt eröffnet, die um Mitternacht durch Hilfeschreie binnen einer Stunde zusammengetrommelt wurden, um gegen die versuchte Entführung eines Ladenbesitzers durch Soldaten zu protestieren. (11) Dieses Massaker erinnert an ähnliche Vorfälle, wie sie in den Jahren 1981-1984 laufend registriert werden mußten.

Die Mehrzahl der an den Wahlen überhaupt noch teilnehmenden Bevölkerung wählte in erster Linie gegen die Christdemokratie und für die Parteien, die vage massenfreundliche Versprechungen abgaben. Da eine linke Opposition nicht zur Wahl stand, bekamen vor allem die Parteien und Kandidaten besonders viele Stimmen, die einen populistischen Kurs versprachen. Dem Guerilla-Aufruf zum Wahlboykott folgten offenbar vor allem in den Konflik-Zonen wie dem Quiché erhebliche Teile der Bevölkerung.

Mit diesem Wahlergebnis ist die Christdemokratie, die unter großem personellen, politischen und finanziellen Aufwand aus dem Ausland aufgebaut wurde, als politische Fassade zur Absicherung des Krieges niedriger Intensität gegen die Befreiungsbewegung URNG deutlich gescheitert. Guatemala steht ein ähnlicher Prozeß der gesellschaftlichen Polarisierung bevor, wie er in El Salvador mit dem Wahlsieg der ultrarechten ARENA unter Cristiani eintrat. Für die USA wird die Lage unkontrollierbarer, weil Sektoren die Überhand bekommen haben, die sich nicht so ohne weiteres unter die politisch-strategischen Interessen des großen Nachbarn unterzuordnen bereit sind, da in ihren Augen dessen auf die Hirne und Herzen der Unterdrückten abzielende Strategie der Aufstandsbekämpfung bereits ein zu großes Eingehen auf minimale soziale Reformen erfordert.

Der AK wird sich noch gesondert mit der Rolle der BRD, der Entwicklung und Bedeutung von Massenorganisationen und Guerilla sowie der Verhandlungsstrategie der Guerilla befassen.

Al., KB-Nürnberg (9.1.1991)

Anmerkungen:

1) Amnesty international, Guatemala: Politischer Mord als Regierungsprogramm, Bonn 1981.

2) Siehe: Iglesia Gualtemateca en el Exilio (IGE), Seguridad, Desarollo y Democracia, México D.F. 1989, S. 22 ff.

3) Siehe: H. J. Rösner, Faktoren und Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung Guatemalas, in: KAS-Auslandsinformationen 2/90, Bonn März 1990, S. 15-23.

4) Thomas Gebauer, Der Aufenthalt in Guatemala ist freiwillig: Eine Bilanz im zweiten Jahr der zivilen Regierung, in: Lateinamerika - Analysen und Berichte 11, D. Dirmoser, M. Ehrke u.a. (Hg), Hamburg, 1987, S. 232-246.

5) Siehe: Sabine Weyersberg, Demokratie niedriger Intensität, in: Lateinamerika - Analysen und Berichte 13, D. Dirmoser, M. Ehrke u.a. (Hg), Hamburg 1989, S. 211-220.

6) Amnesty international, Guatemala: Human rights violations under the civilian government, London Juni 1989

7) Comite Pro-Justicia y Paz de Guatemala, Comunicado international, 25.9.1989 México D.F.

8) EPD-Artikeldienst 93/90, Frankfurt/M. 24.9.1990

9) Willibold Frehner, Guatemala 1989: Zwischen Friedensbemühungen und Terroranschlägen, in: KAS-Auslandsinformationen 5/1990, Bonn Mai 1990, S. 16-31. Siehe auch Anm. 3).

10) Zahlen nach: Informationsstelle Guatemala, Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 11. November

11) Siehe: CERIGUA Nr. 167, Bonn 4.12. 1990; CERIGUA Nr. 168, Bonn 11.12.1990

19. Jugoslawien: Sechs Finger sind keine Faust

Rubrik: Nationalismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:17

1990 haben in allen sechs Teilrepubliken Jugoslawiens mehr oder weniger freie Wahlen stattgefunden. Weniger frei besonders in Serbien, wo die albanische Minderheit von über 1,5 Millionen Menschen aller kollektiven Rechte beraubt ist und fast geschlossen den Wahlgang verweigerte. Die Wahlen ergaben in den nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien, die am intensivsten Anschluß ans Europa der Monopole suchen, klare "bürgerliche" Mehrheiten. In Serbien und Montenegro wurde die Herrschaft der "realsozialistischen" Staatsparteien bestätigt. In Bosnien-Herzegowina und Makedonien ist eine parlamentarische Patt-Situation entstanden, die das Regieren schwer machen wird und vielleicht zu Neuwahlen führen könnte.

Die Wahlen in den sechs Republiken haben gezeigt, daß heute in Jugoslawien von einer einheitlichen Parteienlandschaft keine Rede sein kann. Jede Republik hat ihr eigenes Spektrum, und es gibt derzeit nur eine einzige Partei, die in allen sechs Gebieten organisatorisch vertreten und parlamentsfähig ist. Das ist der im Juli 1990 von Ministerpräsident Markovic ins Leben gerufene Bund der Reformkräfte. Seine Zielsetzung, außer dem Festhalten an der staatlichen Einheit Jugoslawiens, ist nebulös. Landesweit könnte der Reformbund auf etwa 10% der Stimmen kommen. Die traditionelle Staatspartei, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), existiert seit dem Februar/März 1990 nicht mehr als einheitliche Organisation. Seine sechs Republik-Verbände haben sich selbständig gemacht und firmieren alle, mit Ausnahme Montenegros, unter neuen Namen, wie beispielsweise Partei der Demokratischen Erneuerung (Slowenien) oder Sozialistische Partei (Serbien).

Anstelle des praktisch aufgelösten alten BdKJ ist im November ein dubioses Gebilde namens Bund der Kommunisten - Bewegung für Jugoslawien getreten. Die Parteigründer gehören fast durchweg den höchsten Rängen der Militärführung Jugoslawiens an, einschließlich des Verteidigungsministers Kadijevic. Ergänzt wird dieser wenig vertrauenserweckende Kreis durch Politiker, die sich in der Vergangenheit durch ihren Hang zum "alten Denken" und zum engen Schulterschluß mit der serbischen Führung ausgezeichnet haben. Diese Phantom-Partei hat sich bei Wahlen bisher noch nicht präsentiert - sie hätte es theoretisch tun können in Serbien und Montenegro - und scheint eher ein prophylaktisches Alibi für einen eventuellen Staatsstreich darzustellen.

Betrachten wir die Wahlergebnisse im Einzelnen. Außer in Montenegro wurde in zwei Durchläufen gewählt. Beim ersten Gang galt als gewählt, wer in seinem Bezirk die absolute Mehrheit der Stimmen erreichte. Wo auf diese Weise das Mandat nicht vergeben werden konnte, gab es zwei Wochen später eine Stichwahl, bei der der Kandidat mit den meisten Stimmen den Sitz erhielt.

Dieses System führt zu stark verzerrten Verhältnissen, wie das Beispiel Serbiens zeigt: die regierende Sozialistische Partei bekam rund 45% der Stimmen, aber fast 80% der Parlamentssitze. (Zusätzlich zum Wahlsystem kam ihr noch der Boykott der Albaner im Kossovo zugute).

Slowenien. Gewählt wurde im April; wahlberechtigt waren nicht ganz 1,5 Millionen Menschen. Klarer Sieger war die Vereinigte Demokratische Opposition/DEMOS, ein Bündnis von sieben Parteien. Mit 55% der Stimmen gewann DEMOS 47 der 80 Sitze in der wichtigsten Kammer des slowenischen Parlaments. Die frühere KP, jetzt in Partei der Demokratischen Erneuerung (SKS-SDR) umbenannt, bekam 17% der Stimmen und 14 Mandate. Damit wurde sie stärkste Einzelpartei. Es folgten die Liberale Partei (14%; 12 Sitze), die Christdemokraten (13%; 11 Sitze), der Bauernbund (12,6%; 11 Sitze), die Grünen (8 Sitze) und die Sozialdemokratische Partei (5 Sitze).

Präsident Sloweniens wurde der KP- Chef Milan Kucan, der in der Stichwahl seinen sozialdemokratischen Konkurrenten mit 58,4% gegen 41,6% hinter sich ließ. Wie sich in diesem Achtungserfolg des populären "Reformsozialisten" schon andeutet, bewirkte der Regierungswechsel in Slowenien keinen totalen Bruch und keine Ausgrenzung der SKS- SDR. Im Gegenteil werden wesentliche Elemente der slowenischen Politik gemeinsam getragen. Slowenien hat den Vorteil, daß es in seinen Grenzen keine relevante Minderheit hat und

so von den nationalen Streitereien, die im übrigen Jugoslawien eine äußerst destruktive Rolle spielen, verschont geblieben ist.

Kroatien, mit knapp 3,5 Millionen Wahlberechtigten, wählte Ende April und Anfang Mai. Überragende Siegerin wurde die Kroatische Demokratische Union (HDZ), die sich erst im Februar formal konstituiert hatte. Von 365 Parlamentssitzen gewann die HDZ 193, die ex-KP (jetzt SKH-SDP) 81 und die KNS, die sich als Partei der "nationalen Mitte" bezeichnete, 11 Sitze. Die HDZ hält also im Parlament die absolute Mehrheit, hat allerdings "nur" 41% der Stimmen bekommen. Die SKH-SDP ist mit ihrem Ergebnis von 25% sehr zufrieden. Ihr kamen viele Stimmen aus der serbischen Volksgruppe (etwa 12% der kroatischen Bevölkerung) zugute, während die einzige Partei, die explizit als serbisch kandidierte, die "bürgerliche" SDS, nur auf ein klägliches Resultat kam. Die KNS wurde von 14% gewählt.

Die HDZ wird von der katholischen Kirche und von rechtsextremen Exil- Kroaten unterstützt. Im Wahlkampf gab sie sich militant antikommunistisch und chauvinistisch. Neben dem Versprechen, "das kommunistische System zu stürzen" und die "großserbischen Imperialisten" in ihre Schranken zu weisen, wurden auch Erinnerungen an "die historischen Grenzen Kroatiens" laut, die jedenfalls irgendwo weit außerhalb der heutigen Linien liegen sollen. Vergleiche der HDZ mit der faschistischen Ustascha, die während des Weltkriegs einen Marionetten- Staat von Deutschlands Gnaden mit Mord und Terror "regierte", waren nicht nur in der serbischen Propaganda zu vernehmen. Dennoch kann bisher festgestellt werden, daß in Kroatien doch nicht ganz so heiß gegessen wird, wie es von der HDZ vor der Wahl gekocht wurde. Der Wahlsieg und die komplizierte Realität Kroatiens im Vielvölkerstaat Jugoslawien scheinen fürs erste eine gewisse Mäßigung der HDZ zur Folge gehabt zu haben.

In Makedonien konnten 1,3 Millionen Menschen im November wählen. Erstmals trat hier auch der im Juli gegründete Bund der Reformkräfte an. Es war vorausgesagt worden, daß der Reformbund, zusammen mit der ex-KP, die Wahl klar gewinnen würde. Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs schienen die Prognose zu bestätigen. Allerdings war das überhaupt nicht aussagekräftig, denn am 11.11. konnten nur 13 der 120 Sitze definitiv vergeben werden.

Am Ende lag die radikal-nationalistische VMRO mit 38 Sitzen vor der ex-KP (jetzt: Partei für demokratische Umgestaltung) mit 30 und dem Reformbund mit 18 Sitzen. 25 Mandate fielen an die Partei der Demokratischen Prosperität, die vor allem die albanische Minderheit (fast ein Viertel der Bevölkerung Makedoniens) vertritt. Die VMRO (Partei für die nationale Einheit) tritt für einen Zusammenschluß mit den mehr als 1 Million Makedonen in Bulgarien und Griechenland, eventuell im Rahmen einer "Balkanföderation", ein. Im Wahlkampf zeichnete sie sich durch besonders haßerfüllte Attacken gegen die ohnehin diskriminierte albanische Volksgruppe aus und forderte das Verbot der Prosperitäts-Partei.

In Makedonien scheint etwas anderes als eine Minderheitsregierung von ex-KP und Reformbund, oder aber Neuwahlen, nicht möglich. Eine solche Minderheitsregierung müßte sich entweder auf die VMRO oder auf die albanischen Abgeordneten stützen. Beides ist schwer vorzustellen, denn das Programm der VMRO wirkt allzu abenteuerlich, und die Albaner wurden bisher auch in Makedonien benachteiligt und schikaniert, wofür an erster Stelle die ex-KP verantwortlich ist.

In Bosnien-Herzegowina besteht ein seltsames Gleichgewicht zwischen den Nationalitäten. Hauptgruppe sind die Muslim, also im Grunde gar keine spezielle Nationalität, mit fast 40%. An zweiter Stelle stehen die Serben mit 32% und an dritter die Kroaten mit gut 18%. Gewählt wurde am 18. November und 2. Dezember, wahlberechtigt waren rund 3,2 Millionen Menschen.

Das Wahlergebnis entspricht ungefähr der Zusammensetzung der Republik. Mit 38% und 86 von 240 Parlamentsmandaten liegt die Muslim-Partei SDA vor. Die "bürgerliche" Demokratische Serbische Partei (SDS) kam auf 30% und 70 Sitze, die kroatische HDZ auf 16% und 45 Sitze. Abgeschlagen landeten die ex-KP (10%; 19 Sitze) und der Bund der Reformkräfte (12 Sitze).

Die nationalen Parteien SDA, SDS und HDZ hatten vor der Wahl angekündigt, sie wollten sich um einen Konsens bemühen und die Bildung einer Dreier-Koalition anstreben. Das wäre zwar in Jugoslawien absolut einmalig, läge aber in der Tradition der Republik, die mehr auf Vermittlung als auf Polarisierung zwischen den Volksgruppen aufbaute. Dennoch ist eine solche Koalition auf Dauer schwer zu verwirklichen und wird durch

gegenseitiges Mißtrauen belastet, zumal die Nationalismen aus den Nachbar-Republiken Serbien und Kroatien natürlich nach Bosnien-Herzegowina hineinwirken.

Montenegro, die kleinste Republik Jugoslawiens (etwa 400.000 Wahlberechtigte), wählte am 9. Dezember. Von den zu vergebenden 125 Mandaten fielen 83 an die KP, die sich hier immer noch ganz aufrecht Bund der Kommunisten nennt. 17 Sitze gewann der Bund der Reformkräfte; 13 bekam die Demokratische Koalition, die die Muslim und Albaner Montenegros vertritt. 12 Mandate fielen an die Volkspartei, die für den Anschluß Montenegros an Serbien eintritt. Einem solchen Schritt ist allerdings auf längere Sicht vermutlich auch der Bund der Kommunisten Montenegros nicht abgeneigt, der sich bisher schon engstens an die Politik Serbiens anlehnte.

Präsident Montenegros wurde der BdK- Chef Momir Bulatovic, der bei der Stichwahl am 23. Dezember mit 186.000 gegen 54.000 Stimmen seinen Gegner aus dem Lager der "Reformer" weit hinter sich ließ.

In Serbien (größte Republik Jugoslawiens mit über 5,5 Millionen Wahlberechtigten) wurde am 9. und 23. Dezember gewählt. Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen zwischen der regierenden Sozialistischen Partei und der überwiegend rechtsbürgerlichen Opposition sowie der albanischen Volksgruppe. Bis 14 Tage vor der Wahl hatte die Parteien der Opposition wegen Behinderungen, Demokratie-Defiziten und mit Hinweis auf die Lage im Kossovo zum Boykott aufgerufen. Diese angeblich "unveränderliche" Position ließen sie dann aus taktischem Kalkül fallen, so daß nur noch die Albaner boykottierten. Das allerdings mit beeindruckender Geschlossenheit: von etwa 750.000 wahlberechtigten Albanern im Kossovo gaben nur 2.000 ihre Stimme ab! Unerwünschter Nebeneffekt war, daß die Mandate des Kossovo so an die sozialchauvinistische SP des Demagogen Milosevic fielen.

Mit 194 von 250 Parlamentssitzen ist die SP absoluter Sieger der Wahl, auch wenn sie "nur" 45% der Stimmen gewann. Die rechtsbürgerliche Konkurrenz tut es der SP an großserbischem Chauvinismus und Haß gegen die albanische Minderheit mindestens gleich. Unterscheidungsmerkmal ist lediglich ihr fanatischer Antikommunismus, der kaum mit eigenen programmatischen Vorstellungen verbunden scheint. Dies wurde von den Wählern nicht honoriert. Die stärkste Oppositionspartei, die Erneuerungsbewegung des Vuk Draskovic, gewann nur 19 Mandate, 7 Sitze fielen an die Demokratische Partei und 5 an Vertreter der ungarischen Minderheit in der Provinz Vojvodina.

Die gleichzeitige Präsidentenwahl gewann SP-Chef Milosevic ganz klar mit 65% gegen Draskovic (16,4%) und einen Kandidaten des Bundes der Reformkräfte (5,5%). In Kleinstädten und Dörfern stimmten gar zwischen 70 und 80% für den Nationaltribun.

Wie Regierungschef Markovic im Juli ankündigte, sollten noch im Jahre 1990 die ersten freien Wahlen zum jugoslawischen Bundesparlament stattfinden. Diese sind jedoch vorerst im übereinstimmenden Interesse aller sechs Teilrepubliken auf die lange Bank geschoben worden. Alle haben einer Mandatsverlängerung für das Bundesparlament zugestimmt.

Ob überhaupt noch einmal ein gesamtjugoslawisches Parlament gewählt werden wird? Und falls Ja, unter welchen Umständen? Es fehlt an Parteien von gesamtjugoslawischer Geltung, und das würde dazu beitragen, der von Montenegro unterstützten sozialchauvinistischen SP Serbiens von vornherein eine dominierende Rolle in der zersplitterten Parteienlandschaft eines künftigen Bundesparlaments zu sichern. Solange überdies die Albaner des Kossovo ihre Bürgerrechte nicht haben, also Milosevic deren Stimmen (und Mandate) en bloc "kassiert", wird es keine wirklich freie und repräsentative Wahl zu einem neuen Bundesparlament geben können, und darauf werden sich zumindest Slowenien und Kroatien wohl keinesfalls einlassen.

Das slowenische Parlament hat am 2. Juli fast einstimmig (drei Gegenstimmen, zwei Enthaltungen) eine "Deklaration über die Souveränität des Staates Slowenien" verabschiedet. Slowenien erhebt damit den Anspruch, seine Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik selbst zu bestimmen. Diese Deklaration wurde am 23. Dezember durch eine Volksabstimmung in der Republik bekräftigt. Bei einer Beteiligung von ungefähr 85% stimmten mehr als 88% zu, daß Slowenien ein "selbständiger und unabhängiger Staat" sein soll.

Das bedeutet, beteuert die slowenische Regierung, noch nicht die Abspaltung der Republik vom Bundesstaat, sondern soll eine autonome Grundlage für Verhandlungen über eine Neuformierung Jugoslawiens als

Föderation souveräner Republiken sein. Sie trägt damit der Tatsache Rechnung, daß sie wirtschaftlich auf die Verflechtung mit Jugoslawien angewiesen ist, und daß die westeuropäischen Mächte einem Ausscheren aus dem jugoslawischen Staatsverband bisher eher ablehnend als ermutigend gegenüberstehen.

Andererseits hält sich Slowenien aber die Option offen, relativ schnell und gut vorbereitet seine absolute Unabhängigkeit auszurufen, falls sich die Tendenz der serbischen Führung verschärft, den jugoslawischen Staat mit Gewalt zusammenzuhalten oder auf dem Wege der gewaltsamen Konfrontation ein Großserbien zu erzwingen.

Sloweniens Voraussetzungen für einen staatlichen Sonderweg sind vergleichsweise gut, da die Republik national homogen ist und mit dem Europa der Monopole, speziell Österreich und Italien, schon durch eine fundierte regionale Zusammenarbeit verbunden ist. Weit schwieriger hätte es Kroatien, das einen ähnlichen Sonderweg anstrebt: Es hat eine regional konzentrierte serbische Minderheit von 12%, die örtliche Mehrheiten bildet und bereits ihre Autonomie erklärt hat. Für Kroatien wie für das ganze übrige Jugoslawien, mit Ausnahme Sloweniens, gilt, daß der Staat keinesfalls in die bestehenden Teilrepubliken auseinanderfallen kann, da deren Grenzen nicht der nationalen Zusammensetzung des Landes entsprechen. Die Alternative wäre, solange die Verhältnisse in Serbien konstant bleiben, ein Zusammenhalten Jugoslawiens unter dem Damoklesschwert der Militärdiktatur und unter großserbischer Hegemonie. Ohne Bewegung in Serbien sind Konflikte, auch gewaltsamer Art, wohl unvermeidlich.

Kt.

20. Das Leuchtfeuer ist erloschen Reformen in Albanien

Rubrik: Albanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:18

Albanien, einst als unerschütterliches Bollwerk und Leuchtfeuer des Sozialismus angepriesen, versinkt im Sumpf des "Revisionismus". Der Zusammenbruch jenes "realen Sozialismus", aus dessen Bündnissystem Albanien Anfang der 60er Jahre ausgestiegen war, erschüttert auch das kleine Balkanland, dessen Führer immer behauptet hatten, Albanien sei durch seine prinzipienfeste marxistisch-leninistische Politik gegen Revisionismus, bourgeoise Entartung und Restauration des Kapitalismus geschützt. Um die Weihnachtstage herum haben sich in der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) die Reformkräfte durchgesetzt. Ihr Wortführer ist Partei- und Staatschef Ramez Alia, der vom 1985 verstorbenen Staatsgründer Enver Hoxha zum Nachfolger bestimmt worden war. Die um Envers Witwe gescharten Hoxha-Anhänger haben den seit geraumer Zeit unterschwellig ausgetragenen Machtkampf verloren. Für die bürgerliche Presse bedeutet dies nur das Ende der letzten "orthodox-kommunistischen Herrschaft" in Europa. Für manche Linke bedeutet es vielleicht etwas mehr - hatten doch in den 70er Jahren nicht nur Holzhammer-Stalinisten, sondern auch intelligente Leute (Jan Myrdal, Gilbert Mury) in Albanien ein respektables Modell des Sozialismus gesehen. In revolutionären Befreiungsbewegungen genoß Albanien Hochachtung für eine Politik, die sich jedem Erpressungsversuch von außen widersetzte, konsequent politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit realisierte und einen bescheidenen nationalen Reichtum für die eigenen Bedürfnisse und nicht für den Weltmarkt produzierte. Noch vor einigen Jahren zog Albanien den Zorn von FAZ-Wirtschaftsredakteuren auf sich, da sich mit diesem Land kein westlichen Gepflogenheiten entsprechendes Abkommen über die Lieferung von Tomaten schließen ließ: weil Albanien unverschämterweise seine Ernteerträge zunächst der eigenen Bevölkerung zur Verfügung stellte und nur das, was übrig blieb, exportierte. Mittlerweile sind aber die ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen dieses Kurses, in dem bürgerliche Beobachter meistens nur eine sozialistisch verkleidete Form des Nationalismus sahen, erschöpft. Der Verfassungsartikel etwa, der die Aufnahme ausländischer Kredite als Hochverrat verbietet, ist längst durch anderslautende Gesetze praktisch außer Kraft gesetzt. Anspruch und Wirklichkeit sind auf vielen Gebieten auseinandergedriftet. Wachsende Unruhe in der Bevölkerung haben nun dem Reformflügel der PAA zum Durchbruch verholfen.

Nach dem Willen der Reformkommunisten soll Albanien weiterhin eine sozialistische Volksrepublik sein; jedoch soll ihre neue Verfassung statt der führenden Rolle der Partei Pluralismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Glaubensfreiheit und die Anerkennung verschiedener Eigentumsformen festschreiben. Für den 10. Februar ist eine Parlamentswahl angesetzt, zu der auch die im Dezember gegründete "Demokratische Partei" zugelassen ist. Der Forderung der Opposition nach Verschiebung der Wahl, um der neuen Partei eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen, wurde allerdings nicht nachgegeben.

Eine Prognose über den Ausgang der Wahl ist unmöglich. Die Aktivisten der Demokratischen Partei sind vorwiegend Intellektuelle und Funktionärskinder; selbst bürgerliche Kommentatoren (Jörg Arfs in der "Zeit" vom 4. Januar) räumen ein, daß in erheblichen Teilen der Landbevölkerung die Popularität Enver Hoxhas ungebrochen ist. Ramez Alia bekundete seine Zuversicht, die Partei der Arbeit werde weiterhin regieren. Die PAA will am Marxismus festhalten, jedoch auf den demokratischen Zentralismus verzichten. Dieser sei, so Alia, nach dem Krieg zum Aufbau des Landes notwendig gewesen, nun aber nicht mehr erforderlich.

Ramez Alia räumte ein, daß in der Vergangenheit Fehler begangen worden seien. Die Verlautbarungen der Partei blieben jedoch bis heute ziemlich steril und plump: es ist die Rede von einer neuen Entwicklungsphase - die wirklichen Konflikte, die sich über Jahrzehnte aufgestaut haben, werden nicht beim Namen genannt. Wie Albanien mit dieser Vergangenheit umgehen wird, bleibt abzuwarten. Der im Oktober 1990 nach Frankreich emigrierte albanische Schriftsteller Ismael Kadaré erklärte der Tageszeitung "Le Monde" gegenüber, der Sozialismus habe die tieferen Schichten der albanischen Mentalität nie berührt. Das mag ja sein: das gilt aber sicher noch stärker für die demokratische Republik, die nach Erlangung der Unabhängigkeit 1920 nur kurze Zeit existierte, bis 1924 ein von Italien unterstützter Operettenkönig in Tirana den Thron bestieg. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung sind alle Grundlagen des heutigen Albanien von den Kommunisten geschaffen worden. Als 1944 die albanischen Partisanen unter Führung der Kommunisten mit Enver Hoxha an der Spitze die deutschen und italienischen Besatzer und die faschistische Kollaborantengruppe "Balli

Kombetar" besiegten, war Albanien ein nahezu völlig unentwickelter Fleck auf der Landkarte, bestehend aus Gebirge und Sümpfen, bewohnt von einander bekämpfenden Stämmen. Armut, Seuchen und Analphabetismus bestimmten das Leben. Unter diesen Bedingungen zweifelte ein Teil der albanischen Kommunisten an den Erfolgsaussichten einer national eigenständigen Entwicklung und plädierte für den Beitritt zur jugoslawischen Föderation. Erst der Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 gab Enver Hoxha Gelegenheit, die pro-jugoslawische Fraktion auszuschalten. Stalin, der zuvor Tito sehr geschätzt und den intelligenten und gebildeten Enver Hoxha eher beargwöhnt hatte, bot nun Albanien Rückendeckung.

Als Stalins Nachfolger eine Aussöhnung mit der "titoistischen Revisionistenclique" anstrebten, protestierte die PAA energisch - alles andere wäre nämlich zwangsläufig auf eine Rehabilitierung des 1948 hingerichteten Koci Xoxe, der der Vertrauensmann Titos in der albanischen KP gewesen war, hinausgelaufen, und das hätte Enver Hoxha den Kopf kosten können. Die PAA wies die Stalin-Kritik des XX. Parteitags der KPdSU entschieden zurück und stützte ihre Politik weiterhin auf die Theorien Stalins. Auch wollte die PAA die Rolle, die die sowjetische Führung Albanien im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zuweisen wollte, nicht akzeptieren: folgt man Enver Hoxhas Schilderungen in seinem Memoirenband "Die Chruschtschowianer", so wollte Chruschtschow Albanien zum Zitronengarten des RGW machen. Überdies verfügt Albanien über beträchtliche Ressourcen an Chromerz, deren Nutzung Hoxha nicht fremdem Kommando überlassen wollte. Seine Devise lautete: Wir Albaner essen lieber Gras, als uns ans Ausland zu verkaufen.

Bündnis mit der VR China

Der Bruch mit Moskau vollzog sich zur gleichen Zeit wie der chinesisch-sowjetische Konflikt. Dadurch bot sich die VR China als neuer Bündnispartner an. Dies führte bei westlichen Beobachtern bisweilen zu der Fehleinschätzung, Albanien sei "maoistisch" und ein "Vorposten Chinas". Übereinstimmung bestand zwischen der PAA und der KP Chinas damals in der Ablehnung der "revisionistischen" Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion und schließlich in der Auffassung, die "Entspannungspolitik" markiere den Übergang der UdSSR zum "Sozialimperialismus". Aber Enver Hoxha hat die Notwendigkeit der Fortführung des Klassenkampfs im Sozialismus nie im Sinne von Mao Tse Tungs Kritik an Stalin - die auf Stalins Unfähigkeit, mit Widersprüchen im Sozialismus umzugehen, zielte - begründet, sondern mit Stalins Theorie der Verschärfung des Klassenkampfs beim Aufbau des Sozialismus, die die Stärkung der Staatsmacht notwendig mache. Zur Erklärung, wie es möglich gewesen sein soll, daß in der UdSSR nach Stalins Tod durch einen von Stalin geschaffenen Apparat im Handumdrehen der Kapitalismus restauriert worden sei, hat Hoxha nichts beigetragen als die Vermutung, bei vielen sowjetischen Kadern hätte sich aus Zufriedenheit über das Erreichte eine Mentalität der Saturiertheit und Nachlässigkeit eingestellt. An einer tiefergehenden strukturellen Analyse der Entfremdung des stalinistischen Apparats von den Massen konnte Hoxha nicht interessiert sein. Entsprechend fiel seine Antwort auf die chinesische Kulturrevolution aus: Mao hat die Kulturrevolution zwar gewiß nicht ohne machtpolitisches Eigeninteresse initiiert, jedoch ermöglichte seine Politik wenigstens kurzzeitig eine Artikulation echter und spontaner, zum Teil gegenläufiger Massenbewegungen; die albanische "Kulturrevolution" des Jahres 1967 bestand hingegen im wesentlichen aus einer antireligiösen Kampagne, in deren Folge alle Moscheen und Kirchen geschlossen und die Geistlichen zur "Umerziehung" ins Arbeitslager gesteckt wurden, sowie einer Kampagne gegen den Bürokratismus: nach dem Vorbild der chinesischen Wandzeitungen wurde den Werktätigen ermöglicht, in öffentlich ausgehängten "Blitzbriefen" Kritik an den Vorgesetzten zu üben, die darauf antworten mußten. Dies alles war jedoch strikt von oben kontrolliert.

Das Bündnis mit China kündigte Albanien bald nach Maos Tod auf, indem es sich nicht nur von der neuen chinesischen Führung, sondern auch von Mao distanzierte: dieser sei im Grunde nur ein bürgerlicher Demokrat gewesen; indem er Fraktionskämpfe in der Partei und Massenaktivitäten ohne Führung durch die Partei zuließ, habe er dem Revisionismus den Weg geebnet.

Auch die ökonomische Politik Alba- niens folgte zu Envers Zeiten den Theorien, die Stalin 1952 in dem Buch "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" formuliert hatte. Diese Schrift beinhaltet die Anerkennung objektiver Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion auch im Sozialismus bei gleichzeitiger Wahrung einer Perspektive der Aufhebung der Warenproduktion. Die PAA entwickelte eine solche Perspektive des Übergangs zum Kommunismus durch schrittweise Angleichung der Einkommen und kontinuierliche Senkung der Preise für Waren des täglichen Bedarfs. Diese Programmatik war aber wohl nur möglich unter Bedingungen eines äußerst starken politischen Drucks. In den letzten Jahren der Ära Hoxha wurden in Parteidokumenten wirtschaftliche Schwierigkeiten auf "subjektive Unzulänglichkeiten" zurückgeführt, die wohl

objektiver Bestandteil eines solchen Systems zu sein scheinen. Das neue Reformprogramm der PAA hat alle einstigen Zielsetzungen ad acta gelegt: Heute ist Angleichung der Preise an den Wert der Waren und Einbeziehung der Marktwirtschaft angesagt.

Als Enver Hoxha 1985 starb, war seine Nachfolge geregelt: das ZK wählte einstimmig Ramez Alia an die Spitze, an den Hoxha bereits das Amt des Staatsoberhauptes (Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung) abgegeben hatte. Ebenfalls noch von Hoxha ins Amt eingesetzt war Adil Carcani, Shehus Nachfolger als Ministerpräsident und gleichfalls bis heute im Amt.

Gorbatschows Perestroika wurde von albanischen Politikern zunächst strikt abgelehnt. Noch 1989 erklärte Ramez Alia angesichts des sich beschleunigenden Zerfalls der Gesellschaftssysteme Osteuropas, die Reformen seien eine Tragödie für den Sozialismus; eine kapitalistische Perestroika könne Albanien nicht gebrauchen.

Außenpolitische Umorientierung

Dabei hatte Alia längst Weichenstellungen vorgenommen, die auf ein Abrücken von den früheren strengen Ansprüchen der ideologischen Reinheit zugunsten einer pragmatischeren Orientierung hindeuteten. Dies betraf zunächst die Außenpolitik: Albanien suchte unter Beibehaltung der Abgrenzung gegen den US-Imperialismus und sowjetischen "Sozialimperialismus" eine vorsichtige Öffnung nach Westeuropa, wobei die Diplomatie des Franz Joseph Strauß eine wichtige Rolle spielte - jegliche Polemik gegen die BRD wurde eingestellt.

In der Propaganda gegen Jugoslawien trat die Kritik am "titoistischen Revisionismus" in den Hintergrund; man konzentrierte sich auf das allerdings höchst brisante Problem der Unterdrückung der Albaner in der serbischen Provinz Kosovo und attackierte die "großserbischen Chauvinisten". Kosovo ist in der Tat ein Pulverfaß: Jugoslawien bricht auseinander, und sollte es in Albanien zum Sturz der Kommunisten kommen, so könnte es dazu kommen, daß die Kosovo-Albaner dann den Anschluß an Albanien anstreben werden; ein Krieg zwischen Serben und Albanern wäre dann möglich.

Alia hat offenbar versucht, durch eine flexiblere Außenpolitik Vorteile zu gewinnen, die zur Sanierung der albanischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden sollten. Daß aber diesem Zweck im Inneren mit traditionellen Kampagnen wie der Initiative "Bannerträger der Anwendung der Lehren des Genossen Enver Hoxha" nicht gedient war, dürfte bald klar geworden sein. Schließlich wurde den Bauern ein begrenzter wirtschaftlicher Spielraum zugestanden, worüber es intern einen heftigen Streit zwischen Alia und Frau Hoxha gegeben haben soll.

Wahrscheinlich hat Ramiz Alia zunächst nichts anderes gewollt als eine Stabilisierung und Konsolidierung im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse. Dabei ist es ihm aber nicht gelungen, der realen Entwicklung offensiv zuvorzukommen. Im März 1990 etwa kündigte er die Schaffung von Ausreisemöglichkeiten an; aber erst die Massenflucht in die Botschaften im Sommer vergangenen Jahres erzwang die Verwirklichung dieses Versprechens. Auch die Änderung des Wahlgesetzes war schon länger in der Diskussion: 1989 wurde erwogen, eine Auswahl unter mehreren Kandidaten im Rahmen der Einheitsfront zu ermöglichen. Mitte 1990 war dann auch von "unabhängigen Kandidaten" die Rede. Ende 1990 erzwangen Massenproteste die Anerkennung des Parteienpluralismus. Bei alledem mußte dem Umstand Rechnung getragen werden, daß in Albanien italienische, jugoslawische und griechische Fernsehprogramme problemlos zu empfangen sind. Ende 1989 verfolgten Albaniens Fernsehzuschauer am Bildschirm den Sturz Ceausescus mit großer Anteilnahme. Das war ein Signal für die Bevölkerung wie für die Führung. Anfang 1990 berichtete die jugoslawische Nachrichtenagentur wiederholt von Demonstrationen in albanischen Städten, die von der Polizei niedergeschlagen wurden. Nachdem im Sommer die Botschaftsflüchtlinge für einen weiteren Schock gesorgt hatten, traten im Dezember die Studierenden der Enver-Hoxha-Universität in Tirana in Streik. Im ganzen Land kam es zu Ausschreitungen; zahlreiche Parteibüros wurden demoliert, worauf die Behörden mit Haftstrafen bis zu 20 Jahren für gewalttätige "Unruhestifter" antworteten. Die im Verlauf der Protestbewegung gegründete Demokratische Partei, die am 22. Dezember in Tirana die erste legale oppositionelle Massenkundgebung veranstaltete, distanzierte sich von den Zerstörungsakten und bekundete ihren Willen zum friedlichen Wandel.

Ganz gleich aber, wer die Wahl gewinnen wird: Albanien will ins "gemeinsame Haus Europa" einziehen. Einen außenpolitischen Erfolg in diese Richtung hat Ramiz Alia im letzten Jahr bereits verbuchen können, als

Albanien erstmals Gastgeberland der Konferenz der Balkanstaaten war. Albanien strebt den Beitritt zur KSZE an und will ausländisches Kapital ins Land holen. Wie das ausgehen wird, kann zur Stunde niemand sagen. Die Albaner, die das Ausland nur aus dem Fernsehen kennen, wissen wohl am wenigsten, was ihnen blüht.

H.B., Frankfurt a.M.

21. Radikale Erneuerung contra "Abwicklung"

von Ilko-Sascha Kowalczuk, Humboldtuni Berlin

Autor: Ilko-Sascha Kowalczuk, Humboldtuni Berlin · Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:28

Als Ende November/Anfang Dezember 1990 erstmalig an der Humboldt-Universität (HUB) Gerüchte über geplante "Abwicklungen" bekannt wurden, konnte eigentlich kaum eine(r) etwas mit diesem Begriff anfangen, geschweige denn, daß erahnt werden konnte, was dahinter steckt oder welche Konsequenzen dies hat. Mittlerweile sind wir alle schlauer geworden, wenn auch auf sehr unangenehme Art und Weise. "Abwicklung" bedeutet in letzter Konsequenz nichts anderes als Auflösung und Zerstörung bestehender Strukturen. Ohne Mitspracherecht der Betroffenen wird bestimmt, welche Einrichtungen oder Teileinrichtungen weiter bestehen dürfen und welche nicht. In Bezug auf Universitäten und Hochschulen bedeutet dies, daß der Staat mit totalitären und autoritären Mitteln in die Autonomie der betreffenden Einrichtungen brutal eingreift. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der HUB. Diese ist nämlich durch das 1. und 2. Mantelgesetz (Berliner Einigungsvertrag) per 3. Oktober 1990 vom Land Berlin übernommen und überführt worden, und zwar vorerst ohne Auflagen und unter Gewährung ihrer Autonomie.

"Neustrukturierung"

Am 18. und 22. Dezember 1990 verabschiedete der Berliner Senat einen Beschluß, daß an der HUB die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften, die Institute für Philosophie und für Geschichtswissenschaften zum 1. Januar 1991 "mit dem Ziel der Neustrukturierung abgewickelt" werden. Die neu zu gründenden Fachbereiche sollen unter der absoluten Hoheit des Landes Berlin entstehen. Die Eingriffe in die Autonomie haben also erst begonnen. Die an den aufgelösten Bereichen bisher beschäftigten MitarbeiterInnen erhalten bis zum 30.9.91 befristete Arbeitsverträge. Ab dem 1.10.91 sollen die neuen Fachbereiche arbeits- und lehrfähig sein. Wer dort beschäftigt sein wird, läßt sich leicht ausrechnen. Die bisher Beschäftigten werden größtenteils entlassen werden. In einer Empfehlung des Wissenschaftsrates, der sich als "unabhängig" begreift und vom Bundesbildungsminister berufen worden ist, heißt es: "Optimal wäre es jedoch in dieser Situation, wenn die Hochschulen im östlichen Teil Deutschlands Hochschullehrererstellen mit qualifizierten Bewerbern aus der Bundesrepublik Deutschland besetzen könnten."

Die "Abwicklungen" von Einrichtungen im Hochschulwesen betreffen alle neuen Bundesländer. Geschlossen wurden Fach- und Hochschulen, an Universitäten in Leipzig, Halle, Rostock und Berlin wurden einzelne Teilbereiche geschlossen. Betroffen sind vor allem jene Bereiche, die sich in der Vergangenheit der Vermittlung von marxistisch-leninistischen Anschauungen widmeten. Absurderweise gehört dazu auch die "Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport" (DHFK), die gänzlich abgeschafft wurde. Den Studierenden soll aus diesen Entscheidungen kein Nachteil entstehen, so wurde und wird immer wieder versichert. Alle sollen ihre Studiengänge zu Ende bringen können, alle sollen irgendwie für den kapitalistischen Markt verwertbar sein. Das Wie dabei ist auch interessant. So wurde bekannt, daß die abgewickelte "Hochschule für Ökonomie" (HfÖ) auch für die letzten Absolventen Abgangszeugnisse ausstellen muß, auf der die Note im Fach "Marxismus/Leninismus" zu erscheinen hat. Für die, die sich als frische Ökonomen auf den kapitalkräftigen Markt freuten, sicherlich nicht besonders entwicklungsfördernd.

Als ein kleiner Teil der Humboldt-Studierenden von den geplanten "Abwicklungen" erfuhr, aktivierte und mobilisierte er sich und einen Teil der StudentInnenschaft. Dies war Anfang Dezember. In der Folgezeit wurde eine Vielzahl an Demonstrationen, Meetings, Vollversammlungen, Hearings und Happenings veranstaltet. Es gab Straßenbesetzungen im Zentrum Berlins, vor der Uni eine Mahnwache und schließlich wurde am 18. Dezember die Uni symbolisch besetzt. Diese Mahnbesetzung dauerte bis zum Morgen des 1. Januar 1991 an und "löste" sich dann in einem Protestmarsch nach Leipzig auf. Dort fand dieser am 7.1.1991 seinen Abschluß mit einer größeren Demonstration, in Berlin laufen die Vorbereitungen für einen zweitägigen Warnstreik (16./17.1.) auf Hochtouren. Dieser Warnstreik soll über eine Urabstimmung erreicht werden. Diese vielfältigen Aktionen waren und sind jeweils nur Bestandteile der eigentlichen, dringend erforderlichen Erneuerung der gesamten Universität.

Forderungen

Wir stellen uns gegen die "Abwicklung", weil sie

- einen nicht akzeptablen Staatseingriff in totalitärer und autoritärer Manier in die Autonomie der Universität darstellt;

- wieder einmal das Vergangene verdrängt, die Auseinandersetzung mit dem Gewesenen, mit der eigenen Vergangenheit akademischem Getue vorbehält;

- pauschalisiert und indifferent vorgeht. Einige wenige werden zu schwarzen Schafen abgestempelt, der Rest fühlt sich genauso pauschal und unberechtigt moralisch "sauber";

- der Erneuerung an der Universität im Wege steht. Die "Abgewickelten" sind für die Erneuerung ausgeschaltet, die nicht "Abgewickelten" fühlen sich in Sicherheit und werden weiter als Duckmäuser und systemkonform gehalten. Ihre Passivität ist vorgezeichnet und einkalkuliert;

- sie dem Staat das Instrumentarium in die Hand gibt, die Zukunft der wissenschaftspolitischen Entwicklung noch rigider bestimmen zu können.

- Und schließlich impliziert sie das endgültige Aus für eine wie auch immer geartete individuelle Identität, die - wie sie auch immer benannt werden will - jedenfalls nicht die des Alt-BRD-Intellektuellen wäre.

Aber genauso vehement wie wir uns gegen die "Abwicklung" als untaugliches Mittel stellen, treten wir für eine selbstbestimmte Erneuerung der Universität ein. Vielleicht taucht hier zu oft das Wort "Erneuerung" auf, aber uns wurde und wird immer wieder vorgehalten, daß wir diese nicht wollten und uns statt dessen vor irgendwelche "Seilschaften" stellen würden.

Wir wollen eine Universität, an der fachlich kompetente und für die Lehre geeignete Hochschullehrer tätig sind, über deren Berufung einzig und allein ihre eigene Befähigung entscheidet. Wir wollen keinen Lehrkörper, der mit politisch belasteten Personen besetzt ist. Politisch belastet ist der/diejenige für uns, der/die in der Vergangenheit an politischen Repressivmaßnahmen (Relegationen, Exmatrikulationen usw.) aktiv teilnahm, der/die Offizier im besonderen Einsatz des MfS war (die im übrigen alle schon entlassen sind), oder der/die als informeller Mitarbeiter des MfS oder auch als Mitglied von SED, CDU, LDPD, NDPD oder FDJ zum Schaden von Einzelpersonen oder der Universität tätig war. Dies trifft natürlich genauso auf Leute zu, die überhaupt nicht derartig organisiert waren, aber trotzdem zum Schaden anderer "wirkten". Dies ist sicherlich sehr schwammig. Wir wollen eine individuelle Einzelfallprüfung, die aufwendig aber gerecht, differenziert und individuell wäre. Außerdem wollen wir die Universität zu neuen Strukturen und neuen Lehrinhalten führen. Dazu ist einiges schon geleistet worden, noch viel mehr aber muß dafür noch getan werden. Als ein solches Konzept hat das Konzil der Universität, die verfassungsgebende Versammlung, am 13. Dezember 1990 einen Vorschlag der studentischen Konzilsgruppe verabschiedet, welcher die Bildung von "Personalstrukturkommissionen" (PSK) vorsieht. Diese PSK sollen auf allen Universitätsebenen arbeiten. Da die HUB eine Kuratorialverfassung besitzt, im übrigen eine der wohl fortschrittlichsten des Landes, müßte die letztendliche Entscheidungsbefugnis beim Kuratorium der Universität liegen. Die Struktur der PSK sieht jeweils vier Angehörige auswärtiger Universitäten außerhalb Berlins, vier Hochschullehrer, drei Studierende, drei wissenschaftliche MitarbeiterInnen und eine(n) technische(n) Mitarbeiter(in) vor. Gegen gewählte VertreterInnen kann jederzeit Einspruch erhoben werden. Zu den Aufgaben gehören u.a.:

"- Erarbeitung von Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des FB und dessen Struktur,

- Bewertung aller Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter bezüglich ihrer Lehrtätigkeit, wissenschaftlichen Kompetenz und persönlichen Eignung,

- Bewertung aller technischen Mitarbeiter bezüglich ihrer fachlichen Kompetenz und persönlichen Eignung,

- Erarbeitung von Empfehlungen an den Akademischen Senat hinsichtlich der weiteren Beschäftigung der Mitarbeiter des FB." (aus: Grundsätze der Tätigkeit der Kommission zur personellen und strukturellen Erneuerung der HUB, 13.12.1990)

Die Arbeit wird sich auf verschiedenen Ebenen bewegen. So werden Gutachten eingeholt werden, Befragungen durchgeführt, jede(r) hat einen halbstandardisierten Fragebogen auszufüllen und jede(r) Studierende soll mittels Fragebogen alle seine LehrerInnen in Bezug auf ihre Lehrbefähigung einschätzen.

Die Universität besitzt außerdem eine Vielzahl an Gremien, die sich um Eigenerneuerung bemühen. Dazu gehören StudentInnenräte auf allen Ebenen, Fachbereichsräte, Institutsdirektorien, Ehrenausschuß und Rehabilitationskommissionen. All diese Gremien sind mit einer für westliche Verhältnisse überdurchschnittlichen Zahl an Studierenden besetzt. Daß trotzdem bisher die Erneuerung nicht in dem Maße griff, wie wir uns dies dachten, hat eine Vielzahl von Gründen. So wird jedem einleuchten, daß ja erst einmal die notwendigen Strukturen aufgebaut und die Grundsätze erarbeitet werden mußten. Dies bedurfte Zeit, sicherlich zuviel Zeit.

Hoffung auf die "Abwicklung"?

Aber es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die Universität und ihre sozialen Gruppen keineswegs homogen sind. Nicht nur, daß viele passiv bleiben, weil sie keinen Anlaß zur Tat sehen, es gibt einfach auch ein größeres Potential an der Uni, die bewußt und aus mindestens zwei unterschiedlichen Gründen heraus inaktiv sind. Die einen begrüßen die "Abwicklung" von bestimmten Bereichen, weil sie nur diesen Weg als echte Erneuerung ansehen. Diejenigen, die diesen Weg unterstützen, entstammen vorwiegend den mathematisch-naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereichen. Es sollen hier ihre Beweggründe keineswegs undifferenziert betrachtet werden, aber es kann auch nicht verschwiegen werden, daß es in dieser Gruppe eine größere Anzahl gibt, die mit dieser Verfahrensweise hoffen, selbst "ungeschoren" zu überleben. Allerdings übersehen sie einen Passus im Beschluß des Berliner Senats vom 18.12.1990, der da heißt: "Für alle überführten (Teil-)Einrichtungen gilt, daß mit ihrer Überführung keine Festlegung ihrer Struktur, Personalausstattung und der Stellenpläne verbunden ist. Es ist die dringliche Aufgabe der Hochschulen und zuständigen Senatsverwaltungen, die Einrichtungen nach den bekannten aufgabenkritischen Leitvorstellungen zu überprüfen."

Gerade nach dem am 18.12.1990 die HUB symbolisch besetzt worden war, gingen im Rektorat eine Reihe von Schreiben und Beschwerden ein, in denen vom Rektor verlangt wurde, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Heinrich Fink, Rektor und ordentlicher Professor der Theologie, tat dies natürlich nicht. Wenn es hier "natürlich" heißt, dann bedarf dies wohl der Erläuterung. Rektor Fink, der selbst am 7. und 8. Oktober 1989 an der Gethsemanekirche war, unterstützt nicht nur die Studierenden, sondern ist selbst einer der Protagonisten unter den Reformern. Es ist wohl einzigartig in der deutschen Universitätsgeschichte, daß Rektor und StudentInnen eine Einheit in ihren Bestrebungen, Forderungen und Wünschen sind. An allen anderen Einrichtungen in der DDR a.D. müssen die Studierenden auch noch gegen ihre Rektorate angehen. Dies spiegelt sich dann u.a. in Rektoratsbesetzungen wider. Deshalb konnten wir in Berlin Besetzungen und auch den angestrebten zweitägigen Warnstreik immer nur als symbolisch apostrophieren, da wir keineswegs in irgendeiner Form gegen den Rektor auftreten müssen. Ganz im Gegenteil! Die Zusammenarbeit von Studierenden und Rektor verläuft auf einer echten partnerschaftlichen, ja buchstäblich freundschaftlichen Basis. Der Rektor der HUB lädt zu fast jedem politischen Gespräch VertreterInnen der StudentInnen ein, was logischerweise einige der PolitikerInnen arg verwirrt. Den 24. und 31. Dezember verbrachte er gemeinsam mit BesetzerInnen in der Uni, die Protestmärschler besuchte er jeden Abend, die erste Etappe ging er selbst ein großes Stück mit. Dies sollen nur Beispiele sein, die ein bißchen das Verhältnis illustrieren.

Aber natürlich gibt es viele, die ohne jeden egoistischen Anspruch die Verfahrensweise "Abwicklung" als günstigste Variante erachten. Daß diese Gruppe sich aber von uns den Vorwurf gefallen lassen muß, opportunistisch zu handeln und den Weg des geringsten Widerstands zu wählen, ist fast selbstverständlich.

Die zweite größere Gruppe, die inaktiv und bewußt gegen selbst- oder nun auch fremdbestimmte Erneuerung und Veränderung auftritt, ist die der auf die eine oder andere Art Belasteten, die irgendwie auf ihre Hinüberrettung hoffen. Da wir gerade in den letzten Wochen gegen Pauschalisierungen und Indifferenziertheit auftraten, versuchten diese sich hinter uns zu verstecken. Dies war natürlich für bestimmte Medien und PolitikerInnen willkommener Anlaß, uns mit diesen in einen Topf zu schmeißen. Obwohl wir immer wieder sagen, so vehement, wie wir uns gegen die Regierungsbeschlüsse wehren, so vehement treten wir für Gesamterneuerung, also für strukturelle, inhaltliche und personelle Erneuerung ein. Dies hielt jedoch Frau Riedmüller-Seel (SPD), Wissenschaftssenatorin in Berlin, nicht davon ab, uns in einem taz-Interview (20.12.1990) folgendermaßen zu charakterisieren: "Zuvor waren sie politisch sehr auf Linie, das entspricht ja auch der Struktur der DDR-Universitäten. (...) Die Gruppen unter den Studenten, die mir Sorgen macht, das sind die, die systemkonform erzogen sind, die sich jetzt als Verlierer der Einheit betrachten und sich betrogen fühlen. Das ist ja nicht ganz falsch. Zwar hat diese Studentengeneration gute Chancen, aber sie sind

ausgesiebt worden. Sie sind um die Kaderfunktionen, die sie gehabt hätten in diesem System, betrogen worden. Und sie sind um den sicheren Arbeitsplatz betrogen worden." Außer, daß es ja nun tatsächlich keinen sicheren Arbeitsplatz mehr gibt, was aber im Übrigen nun wirklich keine besondere Errungenschaft der kapitalistischen BRD ist, demagogisiert sie munter vor sich hin. Gerade die, die jetzt und seit der nicht gewesenen Wende aktiv sind, gehören zu denjenigen, die entweder erst jetzt im Herbst 1990 anfangen konnten zu studieren oder solche, die vorher aufgrund "besonderer Auffälligkeiten" für sogenannte Kaderfunktionen nie in Frage gekommen wären. Aber da hier eben größtenteils ein linkes kritisches Potential agiert, müssen diese Kräfte einfach nach der Logik des Systems irgendwie diskreditiert werden. Linke Kritik wurde früher verfolgt, jetzt wird sie weiter unterdrückt, verleumdet und letztendlich auch verfolgt.

Mit dieser linken Kritik und diesem linken Engagement hat es natürlich auch so seine Tücken. Gerade für westdeutsche Linke wird sicherlich, so sie sich eingehender mit der Problematik beschäftigen, als es hier vorgeführt werden kann, manches unverständlich bleiben. Wenn hier ein Großteil Linker gegen andere sich links verstehende Linke vorgeht, so hat dies im wesentlichen zwei Gründe. Der erste wäre, daß sie sich selbst nur als links, als marxistisch etc. ausgeben. Denn was hier jahrelang im Namen des Marxismus verkauft wurde, war alles, nur nicht marxistisch. Der zweite Grund ist in der DDR-spezifischen und persönlichen Erfahrung zu suchen. Es soll nicht in Täter-Opfer-Kategorien gedacht oder nach Vergeltung getrachtet werden. Aber wir sind der Meinung, daß das Gewesene, das Vergangene nicht verdrängt, nicht bewältigt werden darf und kann, sondern daß es der direkten Auseinandersetzung bedarf, die primär die einstigen Akteure beider Seiten führen müssen. Und nur so kann letztendlich konkrete Schuld oder auch Nichtschuld erwiesen werden. Personelle Konsequenzen müssen erfolgen. Wer einst an politischen Repressivmaßnahmen teilnahm, kann heute nicht weiter als Moralapostel vom Katheder herunter lehren.

Eingriff in die Hochschulautonomie

Mit den gegenwärtigen "Abwicklungen" wird ein Eingriff in die Hochschulautonomie von Universitäten forciert und intensiviert, der in der alten BRD längst begonnen hatte. Wohl nicht zufällig legte Riedmüller-Seel am 10.12.90 auf einer Pressekonferenz, auf der es um die Abwicklungsgerüchte der HUB ging, ein Gutachten zur "zukünftigen Gestaltung der wissenschaftlichen Landschaft im Raum Berlin unter Berücksichtigung bestehender Strukturen und ihrer möglichen Neuordnung im universitären und außeruniversitären Bereich" des Züricher Heinrich Ursprung vor. Im Kapitel IV, A 2 heißt es darin: "Für Planung und Koordination von HUB, FUB und TUB als kohärentem Universitätssystem ist durch den Senat möglichst bald ein Berliner Universitätsrat (BUR) einzusetzen, bestehend aus einer kleinen Zahl (nicht mehr als 15) erfahrener Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Der BUR ist nicht ein Beratungsorgan, sondern ein Entscheidungsorgan. Er nimmt eine Mittlerfunktion zwischen Politik und Universitätssystem ein. Das wünschenswerte politische Gewicht könnte der BUR dadurch erhalten, daß der Regierende Bürgermeister Berlins ihn präsidierte; unter Umständen wäre es zweckmäßig, wenn der Regierende Bürgermeister diese Präsidialfunktion an ein stimmberechtigtes Mitglied des BUR delegierte. Die Präsidenten von HUB, FUB und TUB nehmen an den Sitzungen des BUR mit beratender Stimme teil. Damit nicht zu viele Entscheidungsebenen entstehen, sollte auf die Kuratorien verzichtet werden. Der BUR bleibt mindestens so lange eingesetzt, bis das Universitätssystem ein neues Gleichgewicht erlangt hat."

Diese hier angestrebte Strategie läuft letztendlich darauf hinaus, die Universitäten endgültig dem Diktat des Staates zu unterstellen. Obwohl dies nur ein in Auftrag gegebenes Gutachten der Berliner Regierung ist und noch keine Gültigkeit besitzt, ist es doch ein Indikator für die zukünf- tige Entwicklungslinie. Und daß dann nicht nur die HUB sondern eben auch die FUB und die TUB betroffen sein werden, liegt im System. Dazu haben wir als Studierende auch schon untereinander Kontakt aufgenommen, um über gemeinsame Vorgehensweisen, Konzeptionen und Aktionen zu beraten. Hinzu kommt die miserable finanzpolitische Situation. So wurden für das Haushaltsjahr 1991 12% weniger an Mitteln für den Sektor Wissenschaft in Westberlin bewilligt. Daß die Gelder tatsächlich bei den Geisteswissenschaften eingespart werden und daß die Industrie- und Grundlagenforschung noch mehr bekommt, so daß real bei den Geisteswissenschaften noch mehr gekürzt, als aus den nackten Zahlen bekannt wird, hat auch System und bedarf sicherlich auch keinerlei Erläuterung. Es lassen sich durch den Anschluß nicht nur leicht alle bestehenden machbaren und unmachbaren Dinge der DDR a.D. zerstören, sondern gleichzeitig werden auch noch "68er-Errungenschaften" und systemkritisches Potentiale an den West-Unis mit zerdrückt.

Wir machen weiter. Vorerst hat die eingereichte Klage des Rektors aufschiebende Wirkung. Es bleibt zu befürchten, daß diese aber erst einmal abgeschmettert wird und dann ein jahrelanges Tauziehen in den Staatsinstanzen bis nach Karlsruhe beginnt.

Unsere Losung der vergangenen Wochen wird uns auch weiter begleiten: "Ossis und Wessis haben die BRD nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern" (frei nach K.M.).

22. Kaum Bewegung im Berliner Häuserkampf

Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:33

In den zwei Monaten, seit der brutalen Räumung der Mainzerstraße, am 12. November letzten Jahres, ist es merklich ruhig geworden um den Berliner Häuserkampf. Warum dies so ist, welche Gründe dafür beispielsweise in der Häuser-Bewegung selbst zu suchen sind, und weshalb das alles nicht nur für (Berliner) HäuserkämpferInnen eine Bedeutung besitzt, dafür versuchen wir im folgenden Artikel Einschätzungen zu bringen. Sieht man sich die letzten Wochen an, auch die Passivität der sog. linken Öffentlichkeit, so scheint sich unter der Großen Koalition eine "Lösung des Hausbesetzerproblems" analog des Lösungs-Modells Anfang der 80er Jahre anzudeuten. Nur läuft der Prozeß von gleichzeitiger Zerschlagung und Integration einer Bewegung, im Vergleich zu damals, heute im Zeitraffer-Tempo ab. War noch im November von hochschlagenden Wellen die Rede, die die Räumung der Mainzer Straße ausgelöst hätten, müssen die heutigen Meldungen realistischerweise lauten: Spiegelglatte See.

Um den aktuellen Berliner Häuserkampf verstehen zu können, müssen wir seine Voraussetzungen in Ost- und Westberlin kurz darstellen. In den letzten Jahren wurde es in Ostberlin immer öfter üblich, die Wohnungssuche dadurch zu lösen, daß leerstehende Wohnungen einfach bezogen wurden und die zuständige Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) darüber anschließend zu informieren. Diese Methode war für alle Beteiligten praktisch, konnte doch hierdurch das real existierende Wohnungsproblem wenigstens teilweise gelöst werden. Die mangelhafte Wohnungspolitik der DDR und fehlende Mittel zur Instandhaltung führten auch dazu, daß immer mehr Häuser, ja Straßenzüge leergestanden wurden. Dieser Zustand, eine Mischung aus Verwahrlosung von Wohnraum und Recht auf Wohnen (1), war es, der im November 1989 vorlag. Er wurde im folgenden Jahr noch durch einen machtlosen Übergangsstaat "ergänzt", der nur darauf wartete, vom BRD-Staatskoloß ersetzt zu werden.

Gänzlich verschieden hiervon war die Situation im angrenzenden Westberlin. Sie ist gekennzeichnet von hoher Obdachlosigkeit und, als Folge der Abschaffung der Mietpreisbindung, einer Mietpreisentwicklung, der ein immer größer werdender Bevölkerungsteil nicht mehr folgen kann. Anders als etwa vor zehn Jahren war nicht der Leerstand von Wohnraum, sondern der Mangel an ihm charakteristisch für den Wohnungsmarkt. Gleichwohl gibt es noch Fälle von Leerstand und Versuche, ihn zu beenden. Daran änderte sich auch unter Rot-Grün nichts. Die von SPD und AL vereinbarte Übernahme der "Berliner Linie" (2) wurde mehrmals in der Praxis umgesetzt, d.h. Besetzungsversuche innerhalb von Stunden mittels Polizeigewalt beendet.

Wie alles begann

Die objektiven Voraussetzungen für eine neue Häuser-Bewegung waren also denkbar günstig. Nichts lag für die Keime der West-BesetzerInnen-Bewegung, ergänzt durch vor allem studentische Jugendliche, näher, als einfach das schwierige gegen das leichte Terrain zu tauschen, und eines der vielen leerstehenden Häuser in Ostberlin zu besetzen. Trotzdem waren zunächst die DDRlerInnen die Pioniere des Häuserkampfes. Sie holten sich die ersten Häuser. Mit einiger Verspätung setzte aus Westberlin erst im Frühling 1990 eine Besetzungswelle ein. Die Wessis erreichten aber schon sehr bald einen deutlichen Vorsprung in der Anzahl der besetzten Häuser.

Diese erste Phase des Häuserkampfes war geprägt durch ein weitgehendes staatliches Desinteresse. Es gab zwar Ansätze für eine staatliche Häuserpolitik, beispielsweise kamen einzelne Häuser in Genuß von (westlichen) Selbsthilfeprogrammen und -mitteln, im allgemeinen waren aber weder Zuständigkeits- noch Eigentumsfragen geklärt. Hausbesetzungen wurden, in den Köpfen vieler - geprägt von 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft -, noch nicht als Angriff auf das Privateigentum verstanden, sondern eher als eine sinnvolle Nutzbarmachung von Wohnraum. Stattdessen wurde den BesetzterInnen von der VoPo sogar häufig, mit Ausnahme weniger Räumungen, eine "Sicherheitspartnerschaft" angeboten und diese in Ansätzen praktiziert. Der Kampf konnte sich also darauf beschränken, geeignete Objekte zu finden, deren Bausubstanz relativ gut erhalten war, und für die notwendigen Installationen zu sorgen. So konnten schließlich bis zu 140-150 Häuser besetzt werden.

Konturen einer Bewegung

Die Unterschiedlichkeit der einzelnen Häuser ist groß. Es fällt uns daher einigermaßen schwer, von einer Bewegung zu schreiben, auch wenn dies einen Mythos anknackst. Die Widersprüche in der Bewegung liegen, auch wenn das von manchen BeobachterInnen vielleicht vermutet wird, nicht so sehr im sog. Ost-West-Gegensatz, sondern quer hierzu in der jeweiligen Motivation und Art einer Besetzung. Die Motive reichen von billig Wohnen, Flucht vor dem Elternhaus, Platz für WGs oder gemeinsamer Kulturproduktion, bis zu explizit politischen Ansprüchen mittels kollektiver Strukturen. Entsprechend bunt sind die Kulturen, die in den jeweiligen Häusern leben. So gibt es, von StudentInnen-, Schwulen-, Frauen-, Punk-, Kultur-, autonome Polit- bis zu Spießer-Häusern mit Gardinen vorm Fenster so ziemlich alles und in verschiedener Mischung und Intensität. Gemeinsam ist allen diesen Gruppen zunächst bloß, daß sie alle in einem Rechts- und Machtvakuum ein Haus besetzt haben. Eine gemeinsame Politik wird von den Häusern kaum entwickelt. Die sich häufenden Angriffe von Hools und Nazis und der dagegen organisierte Selbstschutz sind eines der wenigen Beispiele, in denen sich die Bewegung politisch äußerte. Diese Heterogenität kann auch nicht durch die Phrase von der "Suche nach Kollektivität" überdeckt werden.

Ziemlich schnell zeigte sich die praktische Bedeutung dieser Widersprüche. Als sich nämlich das Ende der DDR schneller als allgemein erwartet abzeichnete, die ersten alten Hauseigentümer aus dem Westen kamen und auch der Magistrat am 24. Juli beschloß, die "Berliner Linie" auf alle Neubesetzungen anzuwenden, wurde in allen Häusern nur klar, daß es mit der idyllischen Ruhe erst mal vorbei sein würde. Eine gemeinsame politische Antwort auf diese neue Situation war jedoch nicht möglich. So gehörten dem im Sommer gebildeten Vertragsgremium zunächst auch nur ca. 86 Häuser an. Bis zum Zeitpunkt der Mainzer-Räumung versuchten noch ca. 90 Häuser eine gemeinsame Vertragslösung für alle Häuser durch Verhandlungen zu erreichen, von zwölf Häusern ist bekannt, daß sie Anfang September Einzellösungen anstrebten. Ein Rest von, nach obiger Rechnung ca. 40(!) Häusern, die sich nicht als Bewegungs-Häuser verstehen, dürfte wohl ebenfalls um individuelle Lösungen bemüht sein.

Mythos Mainzer Straße

Zunächst unterscheidet sich die Situation in der Mainzer Straße nicht viel von dem bisher geschriebenen. Auch dort gab es unterschiedlich zusammengesetzte und agierende Hauskollektive. Alle Häuser waren jedoch eher dem politisch autonomen Teil der Bewegung zuzurechnen. Die neuen BewohnerInnen kamen zum Großteil aus Westberlin. Was die Mainzer aber wirklich hervorhob und ihr möglicherweise zum Verhängnis wurde, ist die Tatsache, daß hier ein ganzer Straßenzug besetzt worden ist. Aus dieser Zusammenballung ergab sich eine Potenzierung der Möglichkeiten. Nach und nach entstanden ein Info-Cafe, das - am nächsten liegend und am längsten geöffnet - von vielen "alten" BewohnerInnen der Straße besucht wurde, ein Antiquariat für DDR-Literatur, in dem Lesungen stattfanden und ein, in der Gegend bislang fehlender, Kinderspielplatz. Bei aller Fremdheit, die die BesetzerInnen hier, mitten in Friedrichshain, ausstrahlten, waren sie doch auf dem Weg, sich im Kiez zu verankern. Regelmäßig wurden Flugblätter verteilt, ein Straßenfest wurde organisiert und an einem kleinen Stück Utopia gebastelt. Dies alles hat im wirklichen Leben selbstverständlich auch Feinde. So bildete sich um einen rechtsradikalen Bewohner eine "BI Mainzer Straße", die versuchte, Stimmung gegen die neuen NachbarInnen zu schüren. Wegen dieser BI, aber auch wegen nächtlicher lauter Musik, schaltete sich das zuständige Bürgerkomittee (3) vermittelnd ein. Gegen die organisierten Angriffe von Hools und Nazis setzten sich die BesetzerInnen selbst erfolgreich zur Wehr. Im Unterschied zu beispielsweise der Hafenstraße handelte es sich bei der Mainzer Straße jedoch nicht um ein explizit linksradikales Projekt mit militantem Anspruch. Alle Häuser haben eine mit der KWV ausgehandelte Duldung und sind am stadtweiten Vertragsgremium beteiligt.

Die Mainzerräumung als Anfang vom ...

Dieses Vertragsgremium wird jedoch von den staatlichen Stellen hingehalten, die für die Häuser Einzellösungen wollen und erste Spaltungslinien formulieren. Anscheinend zu lange beschränkte sich die Bewegung auf die Verhandlungsebene, ohne diese durch politischen Druck über eigene Aktionen und der Suche nach BündnispartnerInnen zu ergänzen. Selbst auf einige Test-Räumungen, die der Senat ab Oktober in Westberlin inszenierte, reagierte die Bewegung nicht mit einer notwendigen politischen Offensive, sondern mit Stillstand und radikalen Posen eigener Stärke à la "100.000 Mark Sachschaden für jedes geräumte Haus". Solchermaßen schlecht gerüstet wurde die Häuserbewegung von dem ersten großen Kampf überrascht, dessen Zeitpunkt und Ort der Staat ihr aufzwang.

Als am Montag den 12.11.90 drei Häuser in Ostberlin geräumt wurden, war dies das Angriffssignal auch auf die Häuser der Mainzer Straße und der Auslö- ser hektischer Verteidigungsaktivitäten. Nach der ersten militanten Gegenwehr und Absicherung des Straßenzuges wurden erst jetzt ernsthaft politische Bündnispartner mobilisiert, ein Soli-Kreis initiiert und Promis angesprochen. Dies alles reichte jedoch nicht mehr aus, um in der kurzen Zeitspanne die Räumung abzuwenden. Trotz aller diplomatischen Bemühungen und gegen einen enormen militanten Widerstand walzte die entfesselte West-Staatsmaschinerie am Morgen des 14. November alles platt.

Das Ausmaß staatlicher Gewalt, das hier zum Einsatz kam, ist selbst für hartgesottene West-BeobachterInnen ungewohnt und wird in der Presse als "Bürgerkrieg" beschrieben, bzw. in "Stalingrad '90"-Manier glorifiziert. Kostprobe: "Mann gegen Mann! Meter um Meter! Und Stockwerk um Stockwerk" (BZ 15.11.90). Da die erschreckenden Einzelheiten der Räumung bereits anderswo geschildert wurden (4) und verschiedene Dokumentationen in Arbeit sind, sparen wir uns dies hier. Doch den Schock, den sie auslöste, ist nicht allein in der Art der Räumung selbst begründet, sondern stärker noch im Verhalten der Staatsbüttel nach der für sie erfolgreichen Aktion. Die Schilderung des Vernichtungswillens, der sich in Demütigungen und den sich anschließenden Mißhandlungen an den "besiegten" BesetzerInnen manifestierte, die gezielte Zerstörungswut u.a. gegen die Bücher des DDR-Antiquariats und das Triumphgeheul der sich über die Alk-Vorräte der BesetzerInnen hermachenden Besatzungskräfte, macht die Suche nach Begrifflichkeiten schwer.

Die Bewegung ins Herz getroffen

Die nebenstehende Chronologie der Ereignisse nach der Räumung zeigt, daß das Ziel des ersten staatlichen Schlages "gut" überlegt war, daß damit die Häuser-Bewegung ins Herz getroffen werden konnte. Die Aktivitäten nach der Räumung sind rasch wieder verebbt und zeigen auch, daß es nicht gelungen ist, über das enge eigene Klientel hinaus weitere gesellschaftliche Kreise in den Widerstand miteinzubeziehen. Die Versuche, in Anlehnung an die Hafenstraße einen Initiativkreis zum Erhalt der Häuser und eine Gruppe von "PatInnen" zu bilden, sind im Ansatz stecken geblieben. Es ist offensichtlich, daß sich hier die Fehler der Bewegung, ihr später Versuch, sich um BündnispartnerInnen zu kümmern und eine gemeinsame Politik zu entwickeln, aber auch ihre Uneinheitlichkeit und Unerfahrenheit rächen. Mittlerweile ist zwar noch ein Rest von Entschlossenen aktiv geblieben, aber an der trostlosen Situation besteht nirgendwo mehr ein Zweifel. An militanten Widerstand traut sich, nach dem staatlichen Exempel zurecht, vorerst sowieso niemand mehr heran. Mensch wartet auf die nächste Räumung. Doch erscheint es mehr als zweifelhaft, ob eine "klügere" Politik der Bewegung, das Desinteresse, die Halbherzigkeit und Lahmarschigkeit der potentiellen BündnisparterInnen hätte überwinden können. Diese Rahmenbedingungen, auf die die Bewegung bei ihren Versuchen, Solidarität zu organisieren, stieß, sollen im folgenden skizziert werden.

Ein Stück Bürgerkrieg wird verarbeitet

Hauptereignis in der Öffentlichkeit nach der Räumung war der Bruch der rot-grünen Koalition in Westberlin, der allein schon geeignet war, eine öffentliche Diskussion über den Polizeieinsatz zu verdrängen. Denn nicht der Anlaß für den Bruch war der Schwerpunkt der Berichterstattung, sondern allgemeine Auslassungen über das langsame Ende einer unglücklichen Ehe. Die SPD hatte zu keinem Zeitpunkt Zweifel an der Angemessenheit der Polizeiaktion in der Mainzer Straße aufkommen lassen und zeigte sich, von einer leisen Kritik der JUSOS abgesehen, in dieser Haltung auch von Anfang an geschlossen. Die Auslassungen Mompers über "die hohe Tötungsbereitschaft" der BesetzerInnen wurden sowohl in der Partei als auch in der sogenannten demokratischen Öffentlichkeit als ausreichende Erklärung fast widerspruchslos hingenommen.

Das ist immerhin insoweit verwunderlich, als die Hausbesetzungen in Ostberlin bis dahin in den Medien höchstens ein Thema für die Sparte Exotik und Idylle waren und keineswegs ein Haßobjekt, wie etwa die Hamburger Hafenstraße. Wovon vorher nie die Rede war, wurde über Nacht Gemeingut. Noch die billigsten Rechtfertigungen von Senat und Polizeiführung für den beispiellosen Polizeieinsatz wurden von der Springerpresse bis FR und taz bereitwillig übernommen: "Reisechaoten" hätten ihren Gewaltrausch ausgelebt, ähnlich wie rechtsradikale Fußballhooligans sei es den Leuten aus der Mainzer Straße nur um Zerstörung gegangen, Kreuzberger Autonome hätten ihren Straßenkampfspielplatz nach Ostberlin ausgelagert. Der Tatsache, daß unter den BesetzerInnen Leute aus Westberlin und Westdeutschland in der Mehrheit waren, wurde als Beleg für eine abgefeimte Randaleexportstrategie besondere Bedeutung beigemessen.

Fragen nach der Qualität des Einsatzes, seiner Verhältnismäßigkeit etc. spielten vor allem in der westdeutschen Diskussion fast keine Rolle. Weder der Schußwaffengebrauch mehrerer Beamter (bei einem schußverletzten Besetzer) wurde als neue Qualität der Polizeitaktik gesehen, noch die außerordentlich hohe Zahl von zum Teil erheblichen Mißhandlungen (Knochenbrüche, Milzriß), die den BesetzerInnen nach erfolgter Festnahme noch in den Häusern zugefügt worden waren. Dabei wäre all das von den zahlreichen Menschen von Fernsehen und Presse, die bei der Räumung zugegen waren, mühelos zu recherchieren gewesen.

Eine neue Stufe von Normalität scheint zumindest im Westen erreicht, auf der es widerspruchslos hingenommen wird, daß die Objekte polizeistaatlichen Zugriffs von der vielgerühmten demokratischen Öffentlichkeit für quasi vogelfrei erklärt werden. Die Vorverurteilten dürfen nicht einmal mehr damit rechnen, daß durch öffentliche Aufmerksamkeit die schlimmsten Exzesse der Polizei wenigstens vermerkt und unter Umständen gar kritisiert werden.

Die Haltung der AL

Naheliegend wäre es, als einzige rühmliche Ausnahme im linksliberalen Spektrum Westberlins die AL zu nennen, hat sie doch die Räumung der Mainzer Straße zum Anlaß genommen, aus der Koalition auszusteigen. Und doch kann es mit der so plötzlich wiederentdeckten Liebe für Hausbesetzungen bei der AL nicht so weit her gewesen sein. Immerhin gehörte es zu den Koalitionsvereinbarungen von 1989, daß keine neuen Besetzungen geduldet werden sollten; eine Linie, die mit Zustimmung der AL in Westberlin auch ausnahmslos praktiziert wurde. Tatsächlich ist die AL heute kaum mehr vergleichbar mit der hausbesetzerfreundlichen Partei von 1980. In den 20 Monaten der rotgrünen Koalition hatte sie nicht nur ihren gesamten linken Flügel verloren, sondern sich auch von den letzten noch verbliebenen radikalen Versatzstücken ihrer Vergangenheit Abschied genommen. Ob sich das nun in der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols im Koalitionsvertrag vom März 1989 niederschlug, oder im Umgang mit politischen und sozialen Konflikten in der Stadt während der Koalition: Mit der AL war nicht zu rechnen, wenn konsequentes Engagement (etwa im langen ErzieherInnenstreik im Frühjahr 1990) die Weiterführung der Koalition in Frage gestellt hätte.

Entsprechend unglaubwürdig und mager begründet war dann auch der Koalitionsausstieg. Der Wahrheit am nächsten gekommen sein dürfte die von Fraktionssprecherin Künast der Presse mitgeteilte Begründung für den Ausstieg. Sie benannte nach einigen unverbindlichen Floskeln über Gewalteskalation und Kriminalisierung den eigentlichen Grund: Man war nicht gefragt worden. Die SPD hatte ohne Rücksprache mit dem Koalitionspartner die Räumung beschlossen. AL-PolitikerInnen gelang es in diesen Tagen erst gar nicht, zum verantwortlichen Innensenator vorgelassen zu werden (eine Erfahrung, die auch die von ihrer Unverzichtbarkeit so überzeugte Bärbel Bohley machen mußte). Es waren wohl der befürchtete völlige Gesichtsverlust und die bittere Erkenntnis, daß die SPD an einer weiteren Zusammenarbeit kein Interesse mehr hatte, die die AL bewogen hatten, so kurz vor der Wahl die Koalition zu verlassen.

Bei einer solchen Begründung und dem schon beschriebenen Zustand der Partei ist es kein Wunder, daß es nach dem Bruch zu keiner ernsthaften Solidarisierung der AL mit den Leuten aus der Mainzer kam. Stattdessen bemühten sich die verantwortlichen ALerInnen in Statements und Wahlkampfzeitungen um eine Neuauflage der rotgrünen Koalition nach der Wahl.

Betroffenheit in Ostberlin

Der Versuch, sich in einer breiteren Öffentlichkeit kritisch mit der Räumung der Mainzer Straße auseinanderzusetzen und nach Hintergründen zu fragen, blieb allein den Medien und den oppositionellen Parteien und Gruppierungen aus der DDR vorbehalten. Angefangen beim Bündnis 90/Grüne/Unabh. Frauenverband über PDS bis hinein in die Ost-SPD führten die Ereignisse in der Mainzer Straße zu vergleichsweise offenen Diskussionen, bei mehrheitlicher Ablehnung des Polizeieinsatzes. Dem "Neuen Deutschland" kommt dabei das Verdienst zu, als einzige Tageszeitung in Ost und West von Anfang an solidarisch mit den HausbesetzerInnen berichtet zu haben.

Auffällig an den Debatten in der DDR war das blanke Entsetzen über den mit solcher Härte agierenden westdeutschen Repressionsapparat, gepaart mit tiefer Sehnsucht nach Frieden und Harmonie. Die Hilflosigkeit im Umgang mit einer westlich-demokratischen Staatsmacht, die trotzdem brutaler und vor allem militärisch perfekter zuzuschlagen in der Lage ist als die soeben beseitigte realsozialistische, führte jedoch nicht zu einem Verständigungsversuch über die Wirklichkeit des Landes, dem man soeben angeschlossen worden war.

Stattdessen flüchtete sich mensch lieber in eine melancholische Rückschau auf die Ideale und vermeintlichen Errungenschaften der "sanften Revolution" vom Herbst 1989, während der doch alles so demokratisch und gewaltfrei abgelaufen sei. Entsprechend setzte die BürgerInnenbewegung der staatlichen Gewalt ihre erprobten Mittel, wie Kerzen, Dialogversammlungen in Kirchen und Menschenketten entgegen. Die praktischen Vermittlungsversuche von VertreterInnen dieses Spektrums unmittelbar vor der Räumung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine dauerhafte Bündnispolitik mit Leuten, die mit Slogans wie "Marktwirtschaft ja. Wohnraumspekulation nein" antreten, kaum zu haben sein wird.

Die PDS

Idealtypisch für die Haltung der Opposition in der DDR steht die Erklärung des Präsidiums der PDS zur Räumung in der Mainzer Straße (ND, 20.11.), die schon in der Überschrift "Wi(e)der die Arroganz der Macht" viel vom Selbstverständnis der DDR-Opposition wiedergibt. Darin wird in erster Linie ein Mangel an politischer Kultur auf Seiten des (BRD)- Staats beklagt, der sich in der "Arroganz der Macht" äußere. Am BRD-Staat wird konkret kritisiert, daß er Vermittlungsangebote bei politischen Konflikten wie in der Mainzer Straße ignoriere und auf staatliche Gewalt setze. Zwar wird anerkannt, daß in westlichen Demokratien, also auch in der BRD, strukturelle Gewalt angelegt sei, "die ihrerseits unterschiedliche Formen der Gewalt" herausfordere. Der Frage, inwieweit Gewaltförmigkeit als notwendiger Bestandteil dem BRD-Systems immanent sein könnte, wird jedoch geflissentlich aus dem Weg gegangen. Stattdessen wird bedauert, daß die Beschlüsse des Friedrichshainer Bezirksparlaments gegen Häuserräumungen nicht berücksichtigt worden waren und die Forderung nach "Ausbau der Demokratie statt ihrer Ausschaltung" erhoben. "Daß politische und soziale Konflikte nicht durch staatliche Gewalt" gelöst werden sollten "sondern auch durch politische und soziale Mittel bewältigt werden können" ist schließlich das falsche Resümee, das aus einer teilweise richtigen Zustandsbeschreibung gezogen wird. Fast wortgleich liest sich der Zusatz in der Koalitionsvereinbarung zwischen AL und SPD, dem freilich die lapidare Feststellung vorausgeht, daß das Gewaltmonopol und die Entscheidung über die Anwendung von Gewalt beim Staate liege ...

Fazit

Die Ansätze von HausbesetzerInnen und anderen, sich politische Strukturen zu schaffen, die geeignet sein könnten, über die eigene Szene hinaus zu agieren, haben mit der Räumung der Mainzer Straße und einiger weiterer Häuser seither einen Rückschlag erfahren, der kaum wieder wett zu machen sein wird. Das Gesetz des Handelns liegt einzig beim Staat, der, wenn den Aussagen der Polizeiführung Glauben geschenkt werden darf, längst entschieden hat, wer bleiben darf und wer geräumt wird. Nach Polizeiangaben gibt es derzeit noch 112 besetzte Häuser. Davon erhielten 17 Mietverträge, sieben Gebäude wurden zivilrechtlich, 18 weitere wurden von der Polizei geräumt. Nach den Vorstellungen der Polizei soll nur ein Viertel der verbleibenden Häuser Verträge bekommen.

Diese Situation ist, wie gezeigt, nicht allein Folge der Schwäche der Bewegung und deren BündnispartnerInnen, sondern verweist auf die Grenzen des in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation überhaupt Machbaren.

Die staatliche Reaktion auf kollektive Versuche, eine Antwort auf die Wohnungsnot zu finden, wird dazu führen, daß sich die Masse der Wohnungssuchenden weiterhin nur auf individuelle Lösungen und Konkurrenz untereinander verläßt.

Die Leichtigkeit, mit der es der großdeutsche Staatsapparat schafft, militärische Aktionen gegen einen Teil der Bevölkerung durchzuziehen, ohne auch nur eine mittelschwere Protestwelle in der demokratischen und linksliberalen Öffentlichkeit zu riskieren, läßt ahnen, in welchem Maße die Uniformität dieser Demokratie vorangeschritten ist. Wer sich den vielbeschworenen demokratischen Spielregeln verweigert, kann mit keinem Verständnis mehr rechnen und hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Die überraschend heftige Gegenwehr der Leute aus der Mainzer Straße bleibt trotzdem ein mutiges Beispiel dafür, daß es auch in Zukunft nicht gelingen wird, politischen Protest restlos auf die anerkannten symbolischen Formen von ohnmächtigen "Widerstand" wie Mahnwachen, Sitzblockaden und Menschenketten herunterzuwirtschaften.

Js. und Ro., KB-Minderheit Westberlin

Anmerkungen:

1) Das Recht auf Wohnen war auch dadurch gekennzeichnet, daß eine große Zahl von DDR-MieterInnen über Jahre keine Miete zahlte. Sie konnten nicht gekündigt werden, und dürfen jetzt die angesammelten Rückstände in D-Mark bezahlen. Ein weiterer möglicher Quell, aus dem sich die neue Obdachlosigkeit speisen könnte ...

2) Die "Berliner Linie" gibt es seit Anfang der 80er Jahre und beinhaltet, daß Besetzungen nach einem jeweils neu definiertem Stichtag sofort polizeilich geräumt werden. Vorher besetzte Häuser können mit Verhandlungen rechnen.

3) Die Bürgerkomitees sind ein Relikt aus der DDR und stellen eine Art Interessenvertretung der BewohnerInnen eines bestimmten Straßenblocks, ohne großen Einfluß, dar.

4) s.u.a. AK 325f.

Chronologie der Ereignisse nach der Räumung

15.11.90: Einen Tag nach der Räumung findet eine Demo von rund 10.000 Menschen statt. Die BürgerInnenbewegung ist mit Gewaltfreiheits-Parolen dabei. Am Ende kommt es zu militanten Auseinandersetzungen.

18.11.90: Eine Soli-Demo, die Richtung Alex will, wird von BGS u.a. mit Absperrgittern und Räumpanzern daran gehindert. Die Demo stellt zu den ersten Spontan-Demos weder zahlenmäßig noch vom vertretenen Spektrum eine Erweiterung dar; sie endet diesmal ohne Auseinandersetzungen.

22.11.90: Nach Magistratsangaben sind in Ostberlin etwa 3.000 Wohnungen zum Abriß freigegeben. Dank des Einsatzes von 570 Millionen Mark ist der Wohnungsleerstand von 25.000 auf 18.000 reduziert worden. Renner ist ein Mietermodernisierungsprogramm, bei dem die Mieter die Hälfte der Kosten selbst blechen.

23.11.90: Mehr als 100 Ex-"MainzerInnen"

besetzen das Büro des Oberbürgermeisters in Ostberlin. Nach fünf Stunden beenden sie die Aktion, ohne mit Schwierzina sprechen zu können, aber mit der Zusage eine Gespräches. Später behauptet der OB, ihm seien bei der Aktion u.a. 500,- DM gestohlen worden und lehnt damit das Treffen ab.

25.11.90: Etwa 500 Leute demonstrieren gegen die Räumung der Mainzer und bilden anschließend eine Menschenkette um das Gebiet, das die Bullen damals abgesperrt hatten. Die Aktion verläuft friedlich.

26.11.90: Am Aktionstag der TU-Studis gegen Wohnungsnot und Räumung versuchen 100 Studis erfolglos, die SPD-Zentrale zu besetzen. Erfolgreich schaffen das die Kollegen der FU im Institut der PolitologInnen, als Fortsetzung eines Stafettenstreiks. Zuvor waren bereits vorübergehend die Institute für Soziologie und Philosophie besetzt worden. An beiden Unis bleiben die Aktionen jedoch relativ isoliert, bzw. werden sogar abgelehnt.

In einer Erklärung solidarisiert sich die

Evangelische Jugend Berlin mit den BesetzerInnen und spricht von einem legitimen "Mittel demokratischen Engagements".

29.11.90: Die Anträge von Bündnis 90/Grüne/UFV und PDS (Dialog, Räumungsmoratorium) werden auf der letzten Sitzung der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich abgelehnt.

1.12.90: Besetzt und geräumt wird an diesem Tag ein Haus in Friedrichshain. Die Leute verlassen angesichts des Bullenaufgebots das Objekt der Begierde "freiwillig". Die "Patin" eines benachbarten Hauses war anwesend, konnte aber offensichtlich nichts erreichen.

6.12.90: Das Diakonische Werk schätzt allein für Westberlin die Zahl der Obdachlosen auf 16.000-20.000 Menschen. Von ihnen leben ca. 6.000-7.000 auf der Straße. Das Werk weist darauf hin, daß "viele leerstehende Gebäude (...) zudem als Obdachlosenzentrum in Frage" kämen. Die Zahlen werden später vom Senat als übertrieben zurückgewiesen.

8.12.90: Ein "Autonomer Bastelverein für den Erhalt der besetzten Häuser" verübt einen Brandanschlag auf eine Baufirma, die bei der Sanierung der Mainzer tätig ist. Es entsteht Sachschaden in Höhe von 20.000 DM.

12.12.90: Von ca. 30 Leuten wird die erste

Immobilienauktion gestört, die in (Ost-) Berlin stattfand. Beteiligt sind auch MieterInnen betroffener Häuser. Die Auktion kann erst nach Unterbrechung und einem Bulleneinsatz fortgeführt werden.

Ende Dezember: Die Räumung eines Hauses in Westberlin verläuft ohne Gegenwehr.

3.1.91: Mit drei Häuserräumungen, im Bezirk Friedrichshain, "beginnt" das neue Jahr. Es handelt sich um solche Häuser, die - weil nach der Räumung der Mainzer neubesetzt - unter die Ankündigung der Innenverwaltung fallen, alle nach dem 3. Oktober besetzten Häuser zu räumen. Am selben Tag findet eine Demo mit über 1.000 Menschen statt, die eigentlich zeigen wollten, daß sie eine Räumung genau der Häuser nicht hinnehmen wollen. Die Presse meldet zufrieden eine ruhige Aktion ohne viel Gegenwehr: "Einige wassergefüllte Luftballons, die von oben (...) auf die Polizisten geworfen wurden, kündeten vom eher symbolischen Protest gegen die Aktion. (...) Die Wogen um den Wahlkampf-motivierten Einsatz in der Mainzer Straße haben sich geglättet".

23. Auftakt zu einem neuen Oppositionsbündnis? Bericht vom Linken-Treffen am 6.1. in Berlin

Rubrik: DDR-Linke; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:37

Es war das erste Mal, daß sich Linke aus Ex-DDR und -BRD in einem solch breiten Spektrum trafen. Am 6. Januar kamen im Berliner Haus der Demokratie nicht nur die gewohnten Vertreter der PDS und Linken Liste (Präsidium, Bundestagsfraktion u.a.) zusammen, sondern auch Mitglieder des Linken Forums (Grüne) und ÖkosozialistInnen waren anwesend, ebenso wie Leute aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne, Noch-AL und Ex-AL Westberlin, der Radikalen Linken, der KB-Minderheit und -Mehrheit, der Vereinigten Linken, der PROWO-Redaktion, des Unabhängigen Frauenverbandes u.a., und so wurden es dann rund 100 Leute, die vier Stunden lang probierten, eine erste Auswertung des für die Linke harten Jahres 1990 anzureißen. Zusammenbruch des sogenannten "realen Sozialismus" in der DDR, die fast reibungslose Wiedervereinigung, das Scheitern aller linken Ansätze der letzten Zeit (Radikale Linke, PDS-Ausdehnung auf BRD-Gebiet) und als krönender Abschluß ein Wahlergebnis, das alle Negativ-Prognosen übertraft - alles dies sind Voraussetzungen, die die Stimmung der Anwesenden nicht gerade überschäumen ließen, andererseits so ein Treffen wohl erst möglich machten. Denn selbstverständlich gibt es trotz aller gemeinsamen Niederlagen keine konsensfähige Vorstellung für deren Überwindung.

Der Begriff "Linke" sei für ihn ein "Teekessel", ein Wort mit völlig unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Behauptungen also, und deshalb zur Bestimmung unbrauchbar, meinte gleich zu Anfang Frieder O. Wolf (Linkes Forum). Wie tiefgreifend und grundsätzlich die Fragen sind, die wir uns heute stellen müßten, sei den meisten noch gar nicht bewußt.

Ein "Familientreffen" nannte er die Runde, bei dem noch viele fehlen würden: "Bürgerbewegungen, Christen, Gewerkschafter". Eine "Reorganisation des grünen Projektes" war seine für die meisten verblüffend schlichte Schlußfolgerung aus dem konstatierten Desaster.

Helga Adler (PDS-Präsidium) wollte nur für sich, nicht für die PDS sprechen. Sie wies darauf hin, daß der Zusammenbruch des realen Sozialismus die eine Sache, der Sieg und momentane Triumpf der kapitalistischen Welt aber ein andere sei, und daß letztere derzeit mehr zur Defensive der Linken - u.a. die Niederlage der Grünen - beitragen habe als das erste. Die Beantwortung der Frage, was in Osteuropa gescheitert ist, dürfte deshalb nicht dem Gegner überlassen bleiben, weil er damit alle linken Positionen zu ersticken hoffe. Helga Adler war mit dem Begriff "Familientreffen" nicht einverstanden, immerhin kamen mindestens zwei Familien zum ersten Mal zusammen. Eine Zusammenarbeit zwischen allen Strömungen erschien ihr am ehesten über den Weg des gemeinsamen Widerstands an konkreten Fragen möglich. Aktionen gegen den Golfkrieg könnten dabei den Auftakt bilden.

Detlev Schulze (PROWO-Redaktion) sprach ebenfalls nur für sich - und machte erstmal reinen Tisch: die Radikale Linke sei ein Haufen abgewrackter Funktionäre, die Grüne hätten sich mit ihrem Gründungskonsens (gewaltfrei, nicht antistaatlich usw.) von Anfang an selbst erledigt, die PDS versuche sich durch opportunistische Anpassung durchzulavieren, außerparlamentarisch sei nichts los, einzig die Autonomen verfügten ab und zu über eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit. Er visiere langfristig "eine neue Organisation" an, zunächst solle aber eine Konferenz durchgeführt werden, die "der Selbstdefinition als nicht sektiererische Opposition zum BRD-Imperialismus" dienen, einige gemeinsame praktische Arbeitsfelder und demnächst anzupackende theoretische Probleme bestimmen solle. "Gegen Reformillusionen und Sektiererei" solle sich diese Opposition ansiedeln.

Jürgen Reents prognostizierte dem Berliner Treffen, "ein bedeutendes Nichtereignis" zu werden, wenn weiter so diskutiert werde. Sein Interesse sei festzustellen, "ob alle mit dieser Wahl etwas verloren haben. Beispiel: die PDS ist kein nationaler Faktor, egal wie man die Probleme der PDS einschätzt. Wir haben uns da geirrt." Für die linken Grünen bestünde die Notwendigkeit einer ebenso gründlichen Neubestimmung ihrer Situation, denn "die grüne Partei wird auf jeden Fall eine andere werden."

Birgit Arkenstette (Ex-AL) stellte in der Runde "einen erschreckenden Mangel an Bereitschaft fest, die Lage ernsthaft zu reflektieren". An der grundsätzlichen These, "die meisten von uns können nicht ohne die anderen, und wir alle können nicht so weitermachen wie bisher", müsse eigentlich weiter diskutiert werden.

Claudia Roth (Europagrüne) sah eine mögliche Zusammenarbeit an "den konkreten Fragen, die gesellschaftliche Probleme stellen." Ein Konzept, wie das der PROWO, wonach die Zusammenarbeit erstmal mit einer Aus- und Abgrenzung gegen andere beginne, lehne sie zutiefst ab. Auch Bernd Gehrke (VL) schlug schwerpunktmäßig Themen wie Golfkrieg u.ä. für die weiteren Debatten vor, auch wenn "wir auf die Dauer natürlich eine Partei brauchen", aber so etwas müsse "von unten kommen, und das zeichnet sich zur Zeit nicht ab."

Wolfgang Gehrcke (PDS/Linke Liste) konstatierte nach der Wahl eine "konservative Dominanz", gegen die "die Zuspitzung gesucht werden muß und nicht der Konsens". Er grenzte sich damit deutlich von Überlegungen ab (die in dieser Runde gar nicht geäußert worden waren), nun, im Zuge einer wachsenden Instabilität der BRD, könne man auf eine "Mehrheit links von der CDU" orientieren.

Michael Stamm (PDS/Linke Liste) prangerte die verbreitete Erwartung in der Runde an, alle anderen - außer man selbst - sollten sich ändern und ihre Fehler reflektieren. Er griff die gängige und immer wieder aufgegriffene Formulierung einer "notwendigen Utopie", die es zu entwickeln gelte, an. Immerhin seien die Menschen immer wieder mit dem Verweis auf eine irgendwie geartete Utopie unterdrückt worden. Er versuchte, jenseits der Streitbegriffe "links", "sozialistisch" o.ä. die notwendige Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit so zu formulieren: linke Politik sei heute, unter unseren Bedingungen, nur als Opposition möglich, nicht als Mitmachen oder Mitgestalten.

Daß damit die Debatte auch nur angerissen ist, liegt auf der Hand, immerhin saßen in der Runde einige Architekten der Westberliner AL-SPD Koalition. Aber dies wurde kein Thema mehr. Vereinbart wurde, daß eine Arbeitsgruppe zu einem weiteren Treffen einlädt, diesmal mit konkreten Themenvorschlägen, und daß der Gedanke einer Oppositionskonferenz weiter verfolgt wird.

mi., Berlin

24. Sechzehneinhalb Jahre: Es reicht! Den Schmücker-Prozeß einstellen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:23

Seit gut zwei Monaten überschlagen sich im Schmücker-Prozeß förmlich die Ereignisse - und das heißt in diesem Verfahren stets: ein Justizskandal jagt den nächsten.

Zunächst hatte Anfang November der "unendliche Kronzeuge" Jürgen Bodeux seinen Auftritt vor Gericht. Seinen jetzt getätigten Aussagen zufolge ist der langjährige V-Mann des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Volker von Weingraber, der Mittäterschaft an der Ermordung Ulrich Schmückers im Juni 1974 dringend verdächtig. Ebenfalls im November letzten Jahres wurde ein bis dato streng gehüteter Vermerk des LfV bekannt, aus dem hervorging, daß sich das erkennende Gericht des zweiten Schmücker-Verfahrens 1978/79 einer - strafbaren! - Rechtsbeugung durch Beweismittelunterdrückung schuldig gemacht haben soll. Jüngste Episode dieses rechtsstaatlichen Schauerdramas ist die Weisung des Generalstaatsanwalts des Berliner Kammergerichts, die es den Sitzungsvertretern der Staatsanwaltschaft untersagt, wie geplant die Einstellung des Schmücker-Prozesses zu beantragen. Hierdurch verzögerte sich die für den 7. Januar erwartete Entscheidung des Gerichts über den von der Verteidigung gestellten Antrag, das Schmücker-Verfahren nach über 15 Jahren Verhandlungsdauer wegen Undurchführbarkeit endgültig einzustellen. Da bis jetzt der Umfang dieser Weisung aus der Berliner Justizverwaltung nicht öffentlich gemacht wurde, ist unklar, ob das Gericht überhaupt ein rechtskräftiges Einstellungsurteil hinbekommt oder ob die Staatsanwälte auch dazu gezwungen wurden, nötigenfalls Revision gegen eine gerichtliche Einstellungsverfügung einzulegen.

Mittlerweile ist dies nämlich bereits der vierte Versuch, den Mord an dem Studenten und ehemaligem V-Mann Ulrich Schmücker gerichtlich aufzuklären. Seit 1975 wurde vor vier verschiedenen Strafkammern des Berliner Landgerichts und in unzähligen Verfahren durch sämtliche verwaltungsgerichtliche Instanzen in dieser Sache gerungen - der Schmücker-Prozeß ist zweifellos der längste und einer der umfangreichsten Strafprozesse der deutschen Rechtsgeschichte. Dreimal bereits wurden die fünf Angeklagten wegen der Ermordung Ulrich Schmückers zu teilweise lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Doch mußte der Bundesgerichtshof (BGH) bisher allen Revisionsanträgen der Verteigung - die zum Teil mehr als 1000 Seiten umfassten - stattgeben und die Urteile wieder aufheben. Die beiden ersten Male waren die Beziehungen des ehemals Angeklagten und späteren Kronzeugen Jürgen Bodeuxs zum Verfassungsschutz nicht ausreichend überprüft worden. Das letzte Mal rügten die Bundesrichter zum einen, daß von den obersten Verwaltungsbehörden in rechtswidriger Weise Akten nicht herausgerückt oder aber keine Aussagegenehmigungen erteilt worden waren. Vor allen Dingen konnte es aber "zum Nachteil der Angeklagten gereicht haben, daß das Landgericht sich mit einer Tatbeteiligung des von Weingraber und etwaiger Hintermänner nicht auseinandergesetzt hat."

Seit dem April 1990 beschäftigte sich die 18. Große Strafkammer am Berliner Landgericht auf Antrag der Verteidigung, ausschließlich mit der Frage, ob dieses Verfahren überhaupt noch führbar ist. Die Zweifel hieran sind in den neun Monaten seither nicht kleiner, sondern im Gegenteil, erdrückend geworden. Über weite Stecken durften wir als einsame VertreterInnen der Öffentlichkeit die vergleichsweise engagierten Anläufe der vorsitzenden Richterin Dr. Ingeborg Tepperwien zur ZeugInnen-Vernehmung beobachten. Nach und nach nahmen so wichtige ZeugInnen auf dem ihnen zugewiesenem Stühlchen Platz, von den beiden Ex-VS Chefs Natusch und Przytarski, über den über lange Jahre führenden und heute noch aktiven Staatsschutzbullen Riewend (Deckname: Ribbeck), bis hin zu Fr. Herzog, der Schreibkraft des - angeblich verblichenen - Anti-Terrorismus-Experten des LfV Grünhagen.

Ein knalle Kronzeuge

Am 7.11.90 hatte Jürgen Bodeux seinen ersten Auftritt in dieser Verfahrensrunde. Und wie wir es empfohlen hatten, das Sichern eines Platzes in der ersten Reihe, lohnte sich!

Alle bisher ergangenen Urteile im Mordfall Schmücker fußten allein auf den Aussagen dieses Kronzeugen. Gelohnt hatte es sich auch für Bodeux: gerade einmal die Hälfte seiner fünfjährigen Jugendstrafe brauchte er in dieser Sache abzusitzen, danach wurde er begnadigt.

Diesmal verblüffte Bodeux selbst die Verteidigung, die ja bisher bereits viel über sich hat ergehen lassen müssen. Seit Bodeuxs Aussagen, die er 1974 gegenüber dem damalig ermittelnden Staatsanwalt Przytarski tätigte, war bekannt, daß der V-Mann des LfV, Weingraber, am Tag der Ermordung Ulrich Schmückers, dem 04.06.74., in dessen Wohnung einen Brief gesucht haben soll. Dieser Brief sollte Schmücker angeblich in eine tödliche Falle locken. Den Aussagen Bodeuxs vom 7.11.90 zufolge, soll Weingraber aber auch um den Inhalt dieses Briefes gewußt haben, ja selbst von einem zuvor geplanten Versuch, Schmücker symbolträchtig bereits am 2.04.74 in Westdeutschland umzubringen. Weingraber habe den Tatplan gekannt und sich an den Vor- und Nachbereitungen der Tat beteiligt. Das, was Weingraber nicht wußte, war der genaue Tatzeitpunkt, doch, so Bodeux, den habe Weingraber sich aber von den ihm bekannten Indizien her ausrechnen können.

Diese Aussagen zugrunde gelegt, erscheint es ausgeschlossen, daß das LfV nicht en Detail in die Schmücker betreffenden Mordpläne eingeweiht gewesen ist. Nochmals die Fakten: Bei Volker von Weingraber handelt es sich - über den Fall Schmücker hinausgehend - um den bisher wichtigsten enttarnten V-Mann des Westberliner LfVs. Weingraber weiß Tage zuvor über den Mordplan bescheid, kennt die Tätergruppe und indirekt auch den Tatzeitpunkt. In dem Schmücker-Prozeß wird deutlich, das LfV wird stets unmittelbar und akribisch von seinen V-Leuten auf dem Laufenden gehalten. Das LfV observiert - zumindest Teile - dieser angeblichen Tätergruppe - u.a. Jürgen Bodeux, der wiederum als zeitweiliger V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz anzusehen ist. An seinem Todestag hatte Schmücker mindestens zweimal telefonischen Kontakt mit dem LfV, d.h. mit Grünhagen, aufgenommen. In der Wohnung des V-Mannes Weingrabers findet angeblich die Übergabe der Schußwaffe an den Tatausführenden statt. Hiernach überläßt Weingraber diesem Schützen auch noch sein Auto. Die Mordwaffe wird an Weingraber unmittelbar nach der Tatausführung zurückgegeben. Dieser reicht sie weiter an seinen V-Mann-Führer Grünhagen. Noch heute rostet die Tatwaffe im Domizil des LfV, in der Dahlemer Clayallee, leise vor sich hin. Zu guter letzt wird das Bekennerschreiben auf der Schreibmaschine Volker von Weingrabers getippt. So ist nunmehr nicht nur der V-Mann v. Weingraber, sondern auch das hinter ihm stehende LfV, der Mittäterschaft an der Ermordung Schmückers verdächtig, alle Mal mehr zumindest, als die Angeklagten und bisher rhythmisch Verurteilten. (Bis 1987 hat v. Weingraber 763.000 DM vom LfV erhalten, für den Aufbau einer neuen Existenz als Weingutbesitzer in Italien.)

Ein brisanter VS-Vermerk

Nachdem die AL im Rahmen des Schmücker-Untersuchungsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses Einblick in die bis jetzt geheim gehaltene V- Mann-Akte des v. Weingraber nehmen konnte, sorgte sie über eine parlamentarische Anfrage für den nötigen Druck, um Ende Oktober zumindest drei Blätter aus dieser Akte an die Öffentlichkeit zu bringen und sie so für das Gericht verwertbar zu machen. Und diese Blätter hatten es in sich:

Es handelte sich hierbei um einen Vermerk von Weingrabers V-Mann-Führer Grünhagen vom 15.11.78. Er betrifft die Richter des zweiten Durchgangs des Schmücker-Prozesses. Der vorsitzende Richter Fitzner beauftragte demgemäß, der Ersatzrichter Bartheldes möge "inoffiziell" herauszubekommen, was in den dem Gericht von Seiten der Staatsanwaltschaft bzw. des LfV vorenthaltenen Aktenteilen des "Sonderbands-Przytarski" enthalten sei. Damals war einer dieser langwieriger Streits entbrannt, um eben diese Seiten, der die Verteidigung durch alle Verwaltungsgerichtsinstanzen trieb. Teil dieser gesperrten Akten war u.a. ein anonymes Schreiben an die Westberliner CDU vom Frühjahr 1975, in dem eindringlich auf die V-Mann-Tätigkeit v. Weingrabers hingewiesen wurde. Bartehldes, ein - aus Sicht der damaligen Politischen-Staatsanwaltschaft - "außerordentlich zuverlässiger Mann", wurde im Rahmen einer Geburtstagsfeier innerhalb der P-Staatsanwaltschaft Einblick in diese Aktenteile gewährt. Allerdings wurde Bartheldes, wie auch seine von ihm unterrichteten Richterkollegen zur absoluten Vertraulichkeit über die V-Mann-Tätigkeit v. Weingrabers verpflichtet. Dies wurde von Fitzner und Konsorten auch zugesichert und die Nichteinführung des VS-Vorgangs akzeptiert.

Bis weit in die 80er Jahre hinein war die V-Mann-Tätigkeit Weingrabers unbekannt, er galt als flüchtiger Straftäter. 1978 lief eine offizielle, wenn auch "stille Fahndung" nach v. Weingraber. Allerdings wußte Staatsschutzbulle Ribbeck, der damalige Leiter der zuständigen polizeilichen Sonderkommission, dem Gericht bereits am 7.10.90 zu berichten, er habe "von Anfang an" gewußt, daß v. Weingraber ein V-Mann gewesen sei und es sich bei dessen Ausschreibung um eine "Scheinfahndung", zur Abtarnung v. Weingrabers, gehandelt habe.

Prima Richteraussagen

Die Vernehmung der Richter des zweiten Durchganges des Schmücker-Prozesses - für sie eine bittere Sache:

Der damals dem Gericht vorsitzende Richter Fitzner sagte aus, daß der Schmücker-Prozeß just in dem Moment, als es zu dem o.g. Vorfall kam, zu platzen drohte, ob der Vertuschungspolitik des VS. Zum Ende seiner Vernehmung mußte Fitzner eingestehen, daß der Vermerk Grünhagens "sinngemäß richtig" sei. Fitzner setzte noch hinzu: "was hätte er schon tun können, eine Vorladung Weingrabers hätte der damalig die Anklage vertretende Staatsanwalt Müllenbrock abgeblockt ... Das wäre doch sinnlos gewesen."

Die Verteidigung wußte allerdings sehr wohl um die Mitteilungspflicht des Gerichts (und der Staatsanwaltschaft) über das Vorhandensein von Beweismitteln, was die Information über die V-Mann-Tätigkeit v. Weingrabers ohne Zweifel darstellte. Zumindest bestand aber für alle drei Richter die strafprozessuale Verpflichtung zur Selbstanzeige wegen Befangenheit.

Als bisher letzter Zeuge in dieser Angelegenheit trat derjenige Mann vor Gericht auf, der nicht nur über seine Rolle als Staatsanwalt im ersten und zweiten Schmücker-Prozeß bekannt geworden ist. Auch in diversen HausbesetzerInnen- Verfahren der 80'er Jahre machte Müllenbrock seinem schlechten Ruf alle Ehre. Folgerichtig avancierte er unter dem CDU-Innensenator Kewenig zu dessen Staatssekretär - für jemandem mit einem gerade noch ausreichend benoteten juristischen Staatsexamen ein fürwahr unglaublicher Karrieresprung!

Geschniegelt von der Haarspitze bis zu den Fußnägeln glitt Müllenbrock in den Gerichtssaal, fest entschlossen sich das Heft von niemandem aus der Hand nehmen zu lassen: bei jedem Einwand gegen sein miserables Aussageverhalten erlaubte sich Müllenbrock jedeN, an die Wand zu rülpsen: glatte zehn Minuten Redeschwall für die Information, er habe wieder einmal keine Ahnung! Zur Sache sagte Müllenbrock aus, daß er "vermutlich spätestens zu dem Zeitpunkt des anonymen Schreibens an die Berliner Polizei" (richtig: Berliner CDU, Anm. RH) gewußt habe, daß Weingraber ein V-Mann sei. Er sei sich auch damals schon sicher gewesen, daß die Waffe, mit der Schmücker erschossen worden war, vom LfV sichergestellt worden war. Da die Beweislage gegen die Angeklagten erdrückend genug für eine Verurteilung gewesen sei, fand er es in Ordnung, daß die Waffe auch beim VS blieb. Hätte jedoch eine Freispruch gedroht, hätte er allerdings wohl doch dafür gesorgt, daß die Waffe dem Gericht zugeleitet worden wäre. Das einzige, was ihn in Bezug auf Grünhagens Vermerk wundern würde, sei, daß er in dieser Sache außen vor gelassen worden sei.

"Etwaige Hintermänner" schlagen zurück

Anfang Dezember deutete sich das Ende dieser vorläufigen Beweiserhebung an - und plötzlich ging alles Schlag auf Schlag:

Die "Berliner Morgenpost", das dem zweitklassigem Berliner Niveau angepasste Hausblatt der Berliner Justiz, des polizeilichen Staats- und des Verfassungsschutzes, erschien an einem dieser Tage auf der Titelseite und im Innenteil mit der Meldung, die beiden Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft im Schmücker-Prozeß hätten die Absicht, einen eigenen Antrag auf Einstellung dieses Trauerspiels zu stellen. Dunkel drohte die MOPO bereits mit ernsten Sorgenfalten einiger Juristen, sollte es tatsächlich dazu kommen. Diese für den 17.12. allgemein erwartete Antragstellung fiel zunächst aus, man sei noch nicht fertig geworden, entschuldigten sich die Staatsanwälte - viel mehr hatte man sich an dem Tag auch nicht zu sagen: ein kurzer Prozeßtag also - gut so.

Bereits am nächsten Tag, dem 18.12., soll der Generalstaatsanwalt am Berliner Kammergericht (vergleichbar mit einem Oberlandesgericht), Dietrich Schultz, dem Generalstaatsanwalt am Berliner Landgericht eine interne Dienstanweisung erteilt haben, derzufolge die Anklagevertreter des Schmücker-Prozesses ihren Einstellungsantrag nicht stellen dürfen. Noch bevor die Verfahrensbeteiligten von dieser - in der Berliner Justizgeschichte einmaligen - Weisung erfahren (das Schmücker-Verfahren ist und bleibt einfach ein Prozeß der Superlative), druckt erneut die MOPO diese "news" und plaudert en passent aus dem Nähkästchens ihres Klientel, der Berliner Justizverwaltung.

Da - zu Beginn des am selben Tag, dem 20.12., stattfindenden Verhandlungstages und nach 15 Jahren Prozeßdauer - erreicht die vorsitzende Richterin Tepperwien ein fürwahr trefflicher Geistesblitz. Sichtlich konsterniert, aber vollkommen zurecht, fragt sie die staunende Prozeßgemeinde, weswegen man eigentlich

noch öffentliche Verhandlungen veranstalte, wenn sie morgens noch vor Prozeßbeginn in der MOPO lesen könne, wie das Verfahren weiterginge. Derartig mit der Nase auf den Kern dieses Prozesses gestossen, nämlich, wer denn nun die tatsächliche Herrin dieses Verfahrens ist, müssen wir nur dieses eine Mal die vernommenen Zeugen aus Staatsanwaltschaft und VS in Schutz nehmen und bezeugen, daß diese (insbesondere die Herren Natusch, Przytarski und Riewend/Ribbeck) trotz aller Niedertracht mit ausreichender Klarheit dargelegt haben: daß es das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz ist. So ließ das LfV nicht nur die Verteidigung abhören und von V-Leuten bespitzeln. Dieselben waren es auch, die die Beweismanipulation der Richter Fitzner und Co. einfädelten. Zu allem Überfluß beeideten diese Zeugen darüberhinaus, daß die Verfassungsschützer von Anfang an, und das heißt vom Juni 1974 angefangen, auch die Ermittlungstätigkeit der ihr ergebenen Polizei konsequent in die vom LfV vorgegebenen Richtung lenkten.

Wieder einmal - und ebenfalls vollkommen gerechtfertig - mußte sich die Verteidigung über diese via MOPO lancierten Beeinflussungsversuche aus der Berliner Justizverwaltung aufregen: nicht nur, daß dort unwidersprochen von einem bereits "aufgeklärten Mord", den ungesühnt zu lassen "rechtlich nicht zulässig sei", phantasiert wurde. Insbesondere die Einmischung des Kammergerichts und der in der Justizverwaltung arbeitenden Hintermänner wurde brüsk zurückgewiesen. Zwar ist so eine Dienstanweisung rechtlich möglich, doch sei es noch nie vorgenommen, daß eine, gerade mit der im Schmücker-Prozeß sich auftürmenden, Akten nicht vertraute übergeordnete Instanz per Weisung in ein Verfahren eingreife. Die Verteidigung argumentierte, daß, selbst nach der letzten Revisionsentscheidung des BGH, zusätzlich zu den Altlasten des Verfahrens, derartig viele neue Skandale ans Tageslicht gekommen seien (erinnert sei hier nur an das letztjährige Auffliegen des bereits vierten V-Mannes dieses Komplexes, Christian Hain) - so daß eine an rechtsstaatlichen Gesichtspunkten orientierte Durchführung des Schmücker-Prozesses nun endgültig, und das heißt eben auch 16 1/2 Jahre nach der Tat, nicht mehr möglich ist. Die Verteigung durfte sich - das war ein offenes Geheimnis - sicher sein, daß sowohl die beiden Staatsanwälte, die ja nun tagtäglich die gesammelten Peinlichkeiten hautnah mitbekamen, wie auch deren Vorgesetzter, der Generalstaatsanwalt des Landgerichts, Hans-Joachim Heinze, diesen Gründen sinngemäß folgen würden.

Der BGH hatte in seiner Begründung von der 18. Großen Strafkammer die Aufklärung der Verwicklung "des von Weingraber und etwaiger Hintermänner" verlangt. Nun gerät der Generalstaatsanwalt des Kammergerichts, Schultz, in den Verdacht, die seit über 16 Jahren hartnäckig an der Verurteilung der Angeklagten arbeitenden Seilschaften innerhalb der Berliner Justizverwaltung zu decken. Die VerteidigerInnen forderten diese Hintermänner auf, sich endlich in der öffentlichen Hauptverhandlung zu stellen. Die Verteidigung habe vor einer Aufklärung des Mordfall Schmücker nie Angst haben müssen, im Gegenteil.

Will man einen Einblick in das Treiben dieser "grauen Eminenz" in der Berliner Justizverwaltung nehmen, braucht man nicht lange suchen - ein absoluter Insider, der auf lange Jahre aktivsten Engagements innerhalb dieser reaktionären Seilschaften zurückblicken kann, arbeitet mittlerweile in Karlsruhe an höchst prominenter Stelle. Es ist: Generalbundesanwalt Alexander von Stahl.

Rote Hilfe Berlin

25. Freispruch für das Angehörigen-Info

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:04

Als verantwortliche Redakteurinnen des Angehörigen-Info standen am 19.12. Christiane Schneider für den GNN-Verlag und Adelheid Hinrichsen für die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD vor dem Kölner Amtsgericht. Angeklagt von der Bundesanwaltschaft (BAW) nach §90a StGB ("Verunglimpfung des Staates") wegen der Veröffentlichung einer Presseerklärung der Angehörigen im Info Nr. 30, in der vor dem Hintergrund von Zellenrazzien und Kontaktsperre nach dem Anschlag auf Herrhausen und einer massiven Medienkampagne gegen die Gefangenen als Drahtzieher die Sorge geäußert wurde, es könne zu einer Wiederholung der Ereignisse von Stammheim 77 kommen.

"Unabhängig davon, ob das, was im Info steht, richtig oder falsch ist - keiner von uns ist dabei gewesen. Aber hier scheitert es schon an der Schuldfrage ... Wenn der Staat in der Lage ist, die größte Boulevardzeitung der BRD klaglos zu ertragen, muß es ihm auch möglich sein, ein ‚Angehörigen-Info` zu ertragen." Unerwartet deutlich, wenngleich nicht ohne den mahnenden Hinweis, doch bitteschön auch den Anschlag auf Herrhausen nicht als Aktion zu bezeichnen, folgte der Vorsitzende Richter Hilgert damit einem Teil der Verteidigungslinie und sprach beide Angeklagten frei.

Worum es im Kern ging, war die Passage der auch im AK 314 vom 8.1.90 dokumentierten Erklärung, wonach "das amtliche Konstrukt der ‚Zellensteuerung` und die in den Medien damit einhergehende Diffamierungskampagne gegen die Gefangenen in zugespitzten Situationen schon mehrfach dazu gedient haben, die Gefangenen massiv physisch anzugreifen bis hin zum Mord. Wir erinnern an den Mord an Ulrike Meinhof im Mai 76, dem eine jahrelange Hetzkampagne gegen sie vorausging. Und wir erinnern an den Mord an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert und den Mordversuch an Irmgard Möller im Herbst `77, die vorbereitet wurden durch eine von der gesamten staatsloyalen Öffentlichkeit betriebene und getragene Kampagne, in der sie als Drahtzieher der damaligen Aktionen der RAF dargestellt und ihnen jedes Recht auf menschliche Existenz abgesprochen wurde."

Die Verteidigung hatte als Zeugen einen Beamten des LKA Hamburg geladen, der bestätigte, daß dort linke Presseorgane (ausdrücklich erwähnt Angehörigen-Info und AK) regelmäßig auf strafrechtlich Relevantes geprüft würden, und daß bislang in keinem Info Strafbares gefunden worden sei, sowie Heinrich Eckhoff als verantwortlicher Redakteur des AK, der bestätigte, daß sowohl die Veröffentlichung der inkriminierten Erklärung als auch frühere Aussagen in diesem Sinne nie strafrechtlich gewürdigt worden seien. Die Beweisaufnahme ergab, daß auch weitere Passagen ähnlichen Inhalts in derselben Ausgabe des Info ("Stammheim als Symbol für die Vernichtungspolitik des Staates gegen die RAF") offensichtlich nicht beanstandet wurden. Daraus, sowie aus der Tatsache, daß dies bereits das zweite von der BAW gegen das Angehörigen-Info angestrengte Verfahren sei - das erste hatte im April 90 mit einem rechtskräftigen Freispruch geendet - ergebe sich, so die VerteidigerInnen, das Bild einer staatlichen Willkür, die gezielt darauf gerichtet sei, das Info zum Schweigen zu bringen.

Das Gericht, das es offensichtlich nicht auf eine Prüfung der den Mordvorwurf begründenden Fakten ankommen lassen wollte, schloß sich dieser Argumentation der Verteidigung weitgehend an und erkannte auf Freispruch wegen unvermeidbaren Verbotsirrtums.

Die die BAW vertretende Kölner Staatsanwaltschaft, die in ihrem Plädoyer "nicht die geringsten Zweifel" offengelassen hatte, daß es sich um eine "Beschimpfung des Staates" handele und für beide Angeklagten eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu 20 bzw. 30 DM gefordert hatte, gibt indes nicht auf. Sie hat angekündigt, diesmal in die Berufung zu gehen. Das Verfahren wird demnach vor dem Kölner Landgericht in die nächste Runde gehen.

Jan

Dokumentationen:

Aus der Erklärung von Adelheid Hinrichsen:

In diesem Prozeß gegen das Angehörigen-Info Nr. 30 geht es nur vordergründig um die Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen vom 16.12.89. Hierin erinnern die Angehörigen an die Morde an den

Gefangenen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan- Carl Raspe und Ingrid Schubert 1976/77. (...)

Ich meine, es geht nur vordergründig um unsere Erklärung, weil dieser Prozeß nur ein Teil von zunehmenden Angriffen gegen unser Info ist.

Ich möchte es hier am Anfang gleich ganz deutlich sagen: die BAW greift gezielt unser Info an. Alle Verfahren gegen das Info werden bisher nur von ihr betrieben. Die BAW ist die zentrale Behörde für die Verfolgung von Widerstand, woran die politische Intention in diesem Prozeß klar wird. Es ist mir wichtig, dies so zu sagen, weil wir diesen Prozeß nicht isoliert sehen dürfen, sondern im Zusammenhang mit den anderen Verfahren und der zunehmenden Medienhetze gegen die anderen Gefangenen, uns Angehörige und den Widerstand. (...)

Als die politischen Gefangenen 1989 für ihre Zusammenlegung in den Hungerstreik traten, war uns Angehörigen sofort klar, daß wir kontinuierlich über die Situation in den Gefängnissen und über die Solidarität draußen Öffentlichkeit herstellen mußten. Mit Hilfe des GNN-Verlags, der Herstellung und Vertrieb übernahm, gelang es uns schnell, wöchentlich über die aktuelle Situation zu berichten.

Das Hungerstreik-Info wurde viel gelesen, dies trug zum Schutz der Gefangenen bei. (...)

Dieses Bedürfnis nach gemeinsamer Diskussion um revolutionäre Politik wird nun immer wieder kriminalisiert. Briefe, die über Zensur normal das Gefängnis verlassen haben, werden im nachhinein als Kassiber bezeichnet, und die Angehörigen und die Anwälte sollen laut "Welt" die "Boten" der Gefangenen sein. (...)

Wenn es eine Regierung verweigert, unparteiische Untersuchungsverfahren einzurichten, läßt sich daraus folgern, daß die Regierung politische oder andere willkürliche Morde vertuschen will. Zudem fordern die Vereinten Nationen, daß die Beschwerdeführer, also hier die Angehörigen, sowie die Zeugen und Mitglieder der unabhängigen Untersuchungskommission vor Gewalt, Androhung von Gewalt oder jeder anderen Form der Einschüchterung geschützt werden sollen! Was ist dieser Prozeß hier anderes, als daß wir Angehörigen verfolgt, verurteilt und eingeschüchtert werden sollen? - Obwohl wir nichts anderes machen, als im Interesse unserer Söhne, Töchter, Schwestern und Brüder uns das Recht zu nehmen, an der offiziellen staatlichen Version der "Selbstmorde" in Stammheim 1977 berechtigt zu zweifeln und, aus allem heraus, was wir wissen, zu sagen: "Es waren Morde!" (...)

Aus der Einlassung von Christiane Schneider:

Der GNN-Verlag hat sich bereits in früheren Publikationen mit den Ereignissen in Stammheim 1976/77 befaßt. Wir kennen die Ergebnisse des baden-württembergischen Untersuchungssauschusses; wir kennen die Begründung für die Einstellung des Todesermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart, wonach die Gefangenen sich selbst getötet haben sollen, und eine strafrechtlich relevante Beteiligung Dritter nicht vorliegen soll. Wir kennen die Widersprüche, die die staatlichen Untersuchungen nicht aufgeklärt haben. Wie das Gericht vielleicht weiß, befaßt sich eine Reihe von Büchern äußerst kritisch mit den Ereignissen und der staatlichen Version (...)

Der GNN-Verlag hat bisher in Publikationen, die sich mit dem Tod der Stammheimer Gefangenen auseinanderzusetzen hatten, Formulierungen wie "Mord" vermieden. Wir haben stattdessen Formulierungen gewählt bzw. auf Formulierungen gedrängt, die - unabhängig von den konkreten Umständen der Tötung - die Verantwortung von Behörden und Amtsträgern für den Tod der Stammheimer Gefangenen hervorheben und die deutlich machen, daß ihr Handeln die entscheidende Bedingung für den Tod der Gefangenen gewesen ist.

Zum einen sind gerade für Verleger linker Publikationen, die ja ständig einer Art Nachzensur ausgesetzt sind, juristische Kenntnisse eine Existenzbedingung. Zum anderen verpflichten uns unsere verlegerischen Grundsätze, für Tatsachenbehauptungen Nachweis zu erbringen. Wir können den Nachweis für Mord - Mord im juristischen Sinn - nicht erbringen.

Es ist aber auch nicht unsere Aufgabe und steht uns auch nicht zu, den juristischen Nachweis für die Tötung der Stammheimer Gefangenen zu erbringen. Dies ist Aufgabe der Gerichte. Wir wollen, als ein antifaschistischer Verlag, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein düsteres Ereignis richten, dessen Wiederholung wir verhindern, und auf ein Vorgehen, dessen Ächtung wir erreichen wollen. (...)

Die Überlegung, Gefangene aus der RAF zu töten, ist erwiesenermaßen angestellt worden, nicht in aller Stille, sondern in aller Öffentlichkeit, nicht beiläufig, sondern über Wochen hinweg, nicht nur an irgendwelchen Stammtischen, sondern eben auch, und zuallererst von Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols. (...)

26. Stammheim ohne Ende. Staatsschutzverfahren gegen Luitgart Hornstein

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:31

Der Verhandlungstag am 27. Dezember 1990 bot einen weiteren und den letzten Höhepunkt vor dem Schlußwort der Angeklagten (Luitgard Hornstein wird in einem Revisionsverfahren die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag gemeinsam mit v.a. Andrea Sievering vorgeworfen). Zwei Augenzeuginnen berichteten dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart in der mit 150 ZuhörerInnen gut besuchten Stammheimer Prozeßfestung, daß sie Andrea Sievering in Düsseldorf an bestimmten Tagen getroffen hatten, an denen sie nach bisheriger Auffassung des Gerichts mit letzten Anschlagsvorbereitungen im Bodenseegebiet beschäftigt gewesen sein soll.

Rechtskräftigen Urteilen kommt ihr "Hauptindiz" abhanden

Bereits seit dem 8. Mai 1990 verhandelt der 4.OLG-Senat unter dem Vorsitzenden Berroth gegen Luitgard Hornstein. Sie soll an einem Bombenanschlag auf die Daimler-Tochter und Waffenschmiede Dornier in Immenstaad am Bodensee beteiligt gewesen sein, der am 25.7.1986 ein Bürogebäude dieser Firma beschädigte. Ein direkter Tatbeitrag wird ihr nicht vorgeworfen, sondern lediglich die politische und persönliche Nähe zu drei Personen, die wegen dieser Sache bereits rechtskräftig zu 10 bzw. zweimal 9 Jahren verurteilt wurden. Die Staatsschutzlogik ist einfach: Wenn bzw. weil diese drei Personen, die DüsseldorferInnen Andrea Sievering, Christian Kluth und Rico Prauss an dem Anschlag beteiligt waren, dann muß auch deren Bekannte und Freundin Luitgaard Hornstein dabei gewesen sein. Die schwere Aufgabe der Verteidigung bestand also darin, rechtskräftige Urteile zu Fall zu bringen. Und in dieser Richtung sind etliche Erfolge zu verzeichnen. Vor allem sind die beiden in den bisherigen Urteilen als Hauptindiz zu wertenden Schriftgutachten endgültig vom Tisch, wonach Andrea Sievering drei Briefumschläge andressiert haben sollte, in denen Bekennerschreiben zu Dornier an Presseorgane verschickt worden waren (vgl. u.a. Frankfurter Rundschau vom 10.9.90). Seither fehlt in den rechtskräftigen Urteilen gegen die DüsseldorferInnen und freilich auch in der laufenden Revisionsverhandlung gegen Luitgard Hornstein jede Verbindung vom Anschlagsort - der Bodenseegegend - zu den Verurteilten bzw. zu Luitgard Hornstein. Die Folgen für die rechtskräftigen Urteile sind weiterhin ungewiß. Die Verteidiger sammeln Argumente für die Wiederaufnahme der Verfahren. Das Ersatzindiz

Allerdings ließ das Gericht vor einigen Wochen durchblicken, daß es eine in den bisherigen Urteilen nicht berücksichtigte Zeugenaussage umzuwerten und zum neuen Hauptindiz aufzuwerten gedenke. Die Verteidigung hatte im Verfahren gegen Andrea Sievering und Rico Prauss 1988 eine Zimmervermieterin vom Bodensee geladen, die der ermittelnden "Sonderkommission Dornier" des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg einige Wochen nach dem Anschlag zu Protokoll gegeben hatte, daß ein Paar die letzten Tage vor dem Anschlag, nämlich vom 21. bis zum 24.7.86, ihre Ferienwohnung angemietet und das später zur Bombe umfunktionierte Fahrzeug benutzt hätte. Die von ihr gegebene Personenbeschreibung war nicht nur äußerst dürftig, sondern wich auch beträchtlich von der Erscheinung Andrea Sieverings bzw. Rico Prauss' ab. Deshalb war die Überraschung bei allen Beteiligten groß, als diese Zimmervermieterin als Zeugin während der Hauptverhandlung erklärte, daß die Frau auf der Anklagebank, Andrea Sievering also, ihrer damalige Mieterin zum Verwechseln ähnlich sei. Das damals verhandelnde Gericht, der 5. Strafsenat am OLG Stuttgart-Stammheim, wertete diese Aussage nicht. Erstens seien Zweifel an der Identität von Andrea Sievering und der Mieterin bestehen geblieben. Und zweitens sei Andrea Sievering am 24.7.86, dem Abreisetag des Paares, nachweislich in Düsseldorf und also nicht am Bodensee gewesen.

Bei ihrer jüngsten, sehr ausführlichen Befragung während der nun beendeten Hauptverhandlung verstrickte sich die Vermieterin heillos in zahlreiche Widersprüche. Sie könne sich an den 24. als Abreisetag so gut erinnern, weil sie am Morgen eine Zimmernachfrage anderer potentieller Mieter abgeschlagen und sehr zu ihrem Ärger durch unerwarteten Zimmerleerstand eine Einnahmequelle verloren habe. Denn das vermeintliche spätere "Täter-Paar", das sich ursprünglich für 14, also für weitere 10 Tage angemeldet habe, sei urplötzlich noch am gleichen Tage abgereist. Andrerseits erklärte sie, daß die Übernachtungskosten bereits am 23.6. beglichen worden seien. Woher aber dann ihre Überraschung über die angeblich doch so unvermutete Abreise? Oder will sich die gute Frau für den ihr entstandenen Schaden rächen - egal an welchen "Terroristen"? Oder wollte sie einfach nur mal wichtig sein und alles war sowieso ganz anders bzw. ist frei

erfunden? Der offenbar nach wie vor verurteilungswillige Senat jedenfalls pflückte aus dieser völlig widersprüchlichen Aussage die in sein Bild passenden Puzzelteilchen heraus und bastelte eine ganz neue Version zurecht: Die Zimmermieter hätten bezahlt und seien bereits am 23.7. abgereist. Andrea Sievering könne daher sowohl vom 21. bis 23.7. den Anschlag auf Dornier vorbereitet wie auch am 24.7. in Düsseldorf Geld abgehoben haben. Auf diese Weise war Ersatz geschaffen für die verloren gegangene Verbindung zwischen den Verurteilten und dem Bodenseegebiet.

Seit ungefähr zwei Monaten arbeitet die Verteidigung dieser Ersatzbeschaffungslinie des Senats auf vier Ebenen entgegen:

- Umfängliche Beweisanträge listen die Widersprüche zwischen und in ihren verschiedenen Vernehmungen detailliert auf und erschüttern die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin nachhaltig. Der Senat, wie gesagt, splittet die Aussage, erklärt Teile für unglaubwürdig, andere nicht. Er benutzt die Aussage für seinen Zweck: Verurteilung.

- Observationsberichte über die Düsseldorfer Kiefernstraße, die seinerzeit, wie etwa heutzutage die Hamburger Hafenstraße, als bevorzugtes Wohngebiet der RAF gehandelt wurde, liegen nach Aussage der vernommenen Beamten in verschiedenen Staatsschutzbehörden vor, werden jedoch unter Verschluß gehalten. Lagert hier unterdrücktes Entlastungsmaterial bezüglich der Anwesenheit von Andres Sievering in Düsseldorf an den entscheidenden Tagen? Die entsprechenden Beweisanträge wurden abgelehnt bzw. haben nichts ergeben. Die beamteten ZeugInnen aus den diversen Nachrichtendiensten halten dicht.

- Die Zimmervermieterin hatte sich bei allen ihren Äußerungen auf den 24.7.86 als den Abreisetag des Paares festgelegt. Diese Tatsache galt es festzuklopfen. Andrea Sievering kann nicht die angebliche Zimmermieterin gewesen sein, da sie - wie auch das jetzt verhandelnde Gericht anerkennt - am Vormittag des 24.7. in Düsseldorf Geldbeträge von ihren Postgirokonten abgehoben hat.

Die Entlastungszeuginnen

- Die vierte Ebene, auf der die Verteidigung einer belastenden Verwertung der Zeugenaussage der Zimmervermieterin vom Bodensee entgegentrat, sind die erwähnten Entlastungszeuginnen. Daß ihre Benennung überhaupt als notwendig erachtet wurde, entspringt der Erfahrung, daß die sogenannte Unschuldsvermutung in politischen Verfahren keine Geltung hat. Die Behörden ermitteln nur in einer Richtung und scheuen keineswegs vor der Unterdrückung von entlastenden Erkenntnissen zurück (vgl. u.a. Angehörigen- Info 56, S.5). Ermittlungsergebnisse werden willkürlich zusammengesetzt und führen mit Dazuerfundenem zum gewünschten Ergebnis. Diese Not - schließlich geht es um eine noch abzusitzende Reststrafe von insgesamt über 20 Jahren - flugs zur aufklärerischen Tugend umformuliert: Je mehr den Staatsschützern dies Geschäft erschwert wird, umso durchschaubarer wird es. Im Falle einer Verurteilung Luitgard Hornsteins enthält das Urteil offene Lügen.

Die eine Entlastungszeugin, die Schwester von Luitgard Hornstein, hatte, so ihre Aussage, im Juni 86 eine Gesprächstherapie bei der Evangelischen Beratungsstelle in Düsseldorf begonnen. Im Anschuß an ihren letzten Gesprächstermin, bevor sie Ende Juli 1986 in Urlaub fuhr, habe sie die ihr flüchtig bekannte Andrea Sievering auf deren Wunsch zu einem Gespräch getroffen, das ungefähr 20 Minuten gedauert habe. Die Beratungsstelle konnte aufgrund vorliegender Statistiken den 22.Juli als den betreffenden Gesprächstermin angeben. Andrea Sievering habe sie direkt an der Beratungsstelle abgeholt und sie seien spazieren gegangen. Andrea Sievering habe ihr von Luitgard ausgerichtet, daß sie vorübergehend nicht erreichbar sei, und daß sie den Eltern ausrichten solle, sie, Luiti, sei für eine Woche nach Holland in Urlaub gefahren. Die Zeugin könne sich deshalb so gut an die Begebenheit erinnern, weil es ihr in jenen Tagen psychisch nicht gut gegangen sei und sie auf die Unterstützung durch ihre Schwester Luiti gehofft habe.

Die vorübergehende Nicht-Erreichbarkeit Luitgard Hornsteins ist übrigens bereits "gerichtsbekannt". Am 17.7.86 am frühen Morgen um 2 Uhr war Christian Kluth "zufällig" von einer Fußstreife kontrolliert worden. Er befand sich auf dem Heimweg von der Kiefernstraße zu seiner Wohnung. Die beamteten Nachtschwärmer beschlagnahmten bei ihm ein Diskussionspapier sowie einen Zettel, auf den Rico Prauss eine antiimperialistische Parole notiert hatte. Weil es Christian Kluth, Rico Prauss, Andrea Sievering und Luitgard Hornstein aufgrund ihrer Teilnahme an der damals in antiimperialistischen Kreisen geführten Diskussion bekannt war, daß diese Parole im Zusammenhang der "Sommeroffensive von RAF und Widerstand" bei verschiedenen Aktionen, vom Parolensprühen bis zu Anschlägen auf militärische, industrielle und politische

Machtzentren, Verwendung finden sollte - sie leitet 10 Tage später tatsächlich das Bekennungsschreiben zu Dornier ein -, hielten sie es für angeraten, für eine Weile aus Düsseldorf zu verschwinden, d.h. sich ihrer Observation durch den Staatsschutz zu entziehen. Sie wollten sich in Ruhe überlegen, wie die "Panne" zu beheben sei. Als "Panne" bezeichnete Christian Kluth seine nächtliche Kontrolle in der laufenden Hauptverhandlung, in der alle bereits Verurteilten als ZeugInnen aussagten, daß sie politisch viel, praktisch aber nichts mit dem Anschlag auf Dornier zu tun haben. Sie zogen sich damals zur Beratung in ein Ferienhäuschen in der Eifel zurück.

Nach den Aussagen der Entlastungszeuginnen blieb allerdings Andrea Sievering in Düsseldorf zurück, um für Chris und die anderen einige Dinge zu erledigen. Sie traf sich nicht nur mit der Schwester Luitgard Hornsteins, sondern suchte an mehreren Tagen jene Anwaltskanzlei auf, in der sie tageweise als Sekretärin arbeitete. Dies ist die Essenz der Aussage der zweiten Entlastungszeugin, der damaligen, ebenfalls tageweise beschäftigten Kollegin von Andrea Sievering. Die Zeugin konnte sich daran erinnern, daß Andrea in jenen Tagen aufgeregt darauf gedrungen hatte, einen Akteneinsichtsantrag für den in die Nachtkontrolle geratenen Christian Kluth zu stellen und möglichst bald beim zuständigen Staatsanwalt nachzufragen, wie dieser die Angelegenheit bewerte. Der Zeugin jetztige Recherche habe ergeben, daß dieser Antrag vom 18.7., einem Freitag datiere. Andrea Sievering sei bei nächster Gelegenheit, also am Montag, 21.7.86, mindestens zweimal in die Kanzlei gekommen und habe dort mit ihr und dem gemeinsamen Arbeitgeber gesprochen. Demnach kann sie nicht die Mieterin vom Bodensee sein.

Einmal mehr kam es in diesem Verfahren anders als gedacht. Wie schon den vermeintlichen Schlußvorträgen im Oktober des vergangenen Jahres folgte den Nachplädoyers der beiden Verteidiger Heiming und Köhnke am 10.1.91 statt des erwarteten letzten Wortes von Luiti die Wiedereröffnung der Beweisaufnahme. Das deutet auf den unbedingten Willen des Gerichts, Luitgard Hornstein entsprechend der Anklage "Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion" (§ 311 StGB) zu verurteilen. Denn nur für diesen Fall sind noch vor Urteilsverkündung die sogenannten Hilfsbeweisanträge zu bescheiden, mit denen die Verteidigung ihre Reden spickte.

Rechtsanwalt Heiming - "Wir haben keine Chance. Aber wir nutzen sie." - beantragte, daß er selbst als Zeuge gehört werde. Als damaliger Verteidiger von Andrea Sievering habe er die Ladung der Zimmervermieterin beantragt, um die sich im laufenden Verfahren weiterhin alles dreht. Seine Mandantin habe ihn darin bestärkt. Da sie nicht am Bodensee gewesen sei und diese Frau nicht kenne, sei ein "Wiedererkennen" ausgeschlossen. Auch die Zimmervermieterin solle nochmals geladen werden. Sie habe nämlich gegenüber einem Journalisten der Fernsehsendung "Monitor" kürzlich geäußert, daß sie sich nicht sicher sei, ob Andrea Sievering ihre angebliche Zimmermieterin war. Und selbstverständlich soll auch dieser Journalist geladen werden. Diese Anträge sind noch nicht beschieden. Heiming erinnerte nochmals an die Heimtücke, mit der Bundesanwaltschaft und Staatsschutzsenat dieses Verfahren vorantrieben. Ohne die kürzlich nachgewiesene Unterdrückung einer entlastenden Schriftexpertise aus dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg (vgl. Angehörigen-Info 56, S. 5; Flugblatt 7 der Prozessgruppe) hätte es zu den bereits ergangenen und inzwischen rechtskräftigen Urteilen über zusammengenommen 28 Jahre Knast gegen Andrea, Chris und Rico nicht kommen können.

Rechtsanwalt Köhnkes Hilfsbeweisantrag auf Ladung einer Nachbarin der Zimmervermieterin kam das Gericht nach. Sie wird aussagen, so der Antrag, daß im Sommer 1986 und auch in den fraglichen Tagen vor dem Anschlag auf Dornier nicht zwei Verschiedengeschlechtliche, aber zwei junge Männer, nicht mit einem roten Golf - das Bombenauto war ein roter Golf - aber mit einem roten Audi 50, nicht für ein, zwei, drei, vier Tage, aber für zwei Monate bei der Zimmervermieterin wohnten.

Die beiden Entlastungszeuginnen vom vorangegangenen Verhandlungstag wurden übergangen. Weil die Zimmervermieterin vom Bodensee die letzte Verbindung zwischen der angeblichen "Tätergruppe" aus Düsseldorf und der Anschlagsgegend herstellt, wird ihr hartnäckig geglaubt, obwohl ein Beweisantrag allein 18 Widersprüche in ihrer Aussage nachweist. Würde den beiden Entlastungszeuginnen geglaubt, so hätte die Beweisaufnahme nicht wiedereröffnet werden müssen, und die fast 200 ProzeßbesucherInnen hätten wie erwartet Luitis Schlußwort gehört.

Die nächsten Prozeßtermine bitte erfragen unter 0711/6491629

tz, Prozeßgruppe, Bunte Hilfe Stuttgart

Spendenaufruf: Wir mußten über weite Strecken beide Wahlverteidiger Luitis finanzieren und finanzieren nach wie vor den einen voll. Gegenüber der Phalanx von zwei Anklagevertretern und fünf Berufsrichtern ist ein zweiter Anwalt keineswegs Ausdruck eines übersteigerten Sicherheitsbedürfnisses, sondern notwendig. Uns fehlen weiterhin und weil sich der Prozess hinzog etwa 20.000 DM. Konto: Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stgt., BLZ 60010070; Kto.-Nr.: 372 42-702.

27. Politische Gefangene in den USA Interview mit Dhoruba bin-Wahad

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:05

Dhoruba bin-Wahad ist ein ehemaliger Black Panther, der nach 19 Jahren Knast im Frühjahr 1990 freigelassen wurde. Er wird Anfang dieses Jahres nach Europa kommen, um u.a. in Genf die Ergebnisse des Menschenrechtstribunals zur Situation der politischen Gefangenen in den USA vor der UN-Menschenrechtskommission vorzustellen.

Dieses Interview ist vom September 1990. Wir danken der clockwork-Redaktion für die Genehmigung eines gekürzten Vorabdruckes.

Kannst Du was zum Hintergrund der Repression gegen Dich sagen?

Dhoruba bin-Wahad: Ich kam aufgrund meiner Mitgliedschaft in der Black Panther Party (BPP) in den Knast. Die BPP war eine Organisation in der schwarzen Community in den USA, die versucht hat, die schwarze Community gegen rassistische Polizeiangriffe zu verteidigen, Selbstbestimmung für die schwarze Community durchzusetzen, menschenwürdige Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten für schwarze Kinder sowie menschenwürdigen Wohnraum zu erkämpfen, und die für politische Macht für Menschen afrikanischer Herkunft in den USA gekämpft hat.

Was war Deine Stellung und Deine Arbeit in der Black Panther Party?

Ich war Field Secretary (Ortsverbandssekretär) der BPP-Ortsgruppe in New York. Mein hauptsächliches Arbeitsgebiet waren die New Yorker Stadtteile Harlem, South Bronx und die gesamte Ostküste der USA.

Du hast aufgrund von FBI-Konstrukten 19 Jahre im Knast gesessen. In was für einem Zusammenhang stand die FBI-Operation gegen Dich?

Das FBI führte in den 60er und Anfang der 70er Jahre ein Programm der rassistischen Repression gegen den schwarzen Befreiungskampf in den USA durch, das unter der Abkürzung "COINTELPRO" (Aufstandsbekämpfungsprogramm) bekannt ist. Andere US-Sicherheitsbehörden hatten ähnliche Programme - z.B. die "Operation Chaos" vom CIA und die "Operation Shamrock" (Kleeblatt) von der National Security Agency (Nationale Sicherheitsbehörde). Diese Programme bestanden hauptsächlich aus brutaler Polizeirepression, Überwachung und der Verbreitung von Falschinformationen, mit denen gezielt legitime schwarze Organisationen und ihr Kampf für schwarze Selbstbestimmung diskreditiert und unglaubwürdig gemacht werden sollten.

Von dem Moment an, in dem ich eine führende Position in der New Yorker BPP hatte, versuchten die Repressionsorgane, mich zu "neutralisieren". "Neutralisieren" war ihr Begriff für die Versuche, mich innerhalb der schwarzen Community zu isolieren. Ich wurde im "Sicherheitsindex" des FBI genannt, in dem das FBI die Namen und Daten derjenigen Menschen sammelte, die vernichtet werden sollten. Das FBI inszenierte eine Verleumdungskampagne in Bezug auf meine politische Arbeit und gab dann gezielt gefälschte Informationen über mich an die New Yorker Staatsanwaltschaft weiter.

1969 wurde der gesamten Führung der New Yorker BPP der Prozeß wegen "Verschwörung" gemacht (der sog. "Prozeß der 21 Panther" - Anm.d.Ü.). Die Anklage lautete auf "Verschwörung zu Anschlägen auf mehrere Gebäude und Verschwörung zum Polizistenmord". Diese Verschwörungsanklage führte zu Kautionen von 100.000 US-Dollar für jeden einzelnen von uns. Nach fast einem Jahr im Knast wurde ich gegen 100.000 US-Dollar Kaution entlassen, weil die BPP es wichtig fand, daß ich draußen mit Öffentlichkeitsarbeit und Organisierung zu den schwarzen politischen Gefangenen und zum Prozeß begann.

Ich bin im ganzen Land herumgereist, redete an vielen Universitäten und organisierte Solidarität mit politischen Gefangenen und gegen die Repression gegen die BPP. Aufgrund dieser Arbeit - und der Arbeit von anderen, z.B. von progressiven und nationalistischen Kräften in der schwarzen Community, von Menschen in der Neuen Linken und in der weißen Community - wurden die 21 Panther nach fast einem Jahr Prozeß freigesprochen.

Aufgrund meiner Bemühungen, Unterstützung für die 21 Panther zu organisieren, rückte ich natürlich in eine höhere Kategorie des Aufstandsbekämpfungsprogramms und kam in den "Agitatoren-Index" des FBI. Das war die Akte, in der die US-Regierung Informationen über diejenigen Menschen sammelte, von denen angenommen wurde, daß sie Einfluß in der schwarzen Community und bei unterdrückten Menschen hatten.

Diese Einstufung führte zu direkten Mordversuchen des Staats gegen mich. Die Angriffe erreichten einen Höhepunkt während einer entscheidenden Phase im Prozeß gegen die 21 Panther. Ich mußte in die Illegalität fliehen, um mein Leben zu schützen. Der Richter weigerte sich aber, meinen Fall von dem der anderen Panther abzutrennen. Ich wurde dann - während ich schon in der Illegalität war - in Abwesenheit mit den anderen Panthern zusammen freigesprochen. In der Illegalität wurde ich im Verlauf einer Anti-Drogen-Operation, die von der Black Liberation Army (BLA - Schwarze Befreiungsarmee) in der schwarzen Community durchgeführt wurde, gefangengenommen. Die Festnahme führte direkt zu den FBI-Konstrukten, mit denen ich des versuchten Mordes an zwei Polizisten, die zwei Wochen vor meiner Verhaftung angeschossen und verwundet worden waren, beschuldigt wurde. In einem Indizienprozeß wurde ich mit Hilfe von gefälschten Beweisen zu lebenslänglich ohne Bewährung verurteilt. Erst nachdem ich 1975 einen Zivilprozeß gegen die US-Regierung begann, in dem ich darlegte, daß die US-Regierung mich im Rahmen ihres Aufstandsbekämpfungsprogramms gezielt zum Schweigen bringen wollte, erhielt ich Zugang zu Beweismaterialien, aus denen hervorging, daß die Staatsanwaltschaft in dem Prozeß massiv Beweise zu meinen Gunsten unterschlagen hatte, und daß Zeugen der Staatsanwaltschaft gelogen hatten. Diese Zivilklage führte dann nach 19 Jahren Knast zu meiner Freilassung am 22. März 1990.

Warum hat es so lange gedauert, bis Du freigekommen bist, und was waren die politischen Absichten des Staats im Zusammenhang mit dem Aufstandsbekämpfungsprogramm?

Ich denke, es war von Anfang an klar, daß die Versuche der US-Regierung, den militanten Flügel der schwarzen Befreiungsbewegung in den USA zu neutralisieren und zu kriminalisieren, zum einen Hand in Hand damit gingen, im Ausland das Bild von den USA als Bastion der Demokratie und Menschenrechte zu bewahren. Andererseits ging es darum, die Massen des schwarzen Volks zu kontrollieren und zu verhindern, daß aus den Massen der afrikanischen Menschen in den USA eine revolutionäre Kraft entstehen würde, die zum Sturz des gegenwärtigen rassistischen Regimes, der rassistischen Gesellschaft führen würde.

Kannst Du generell etwas zu den politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA und über die momentane Kampagne für ihre Freiheit sagen?

Es gibt über 150 politische Gefangene und Kriegsgefangene in den USA. Die Mehrheit dieser Gefangenen sind Schwarze, die zum großen Teil aus dem bewaffneten Kampf der schwarzen Befreiungsbewegung kommen. Sie sind ehemalige Mitglieder der BPP und ehemaliger Kader aus der Black Liberation Army. Es gibt außerdem ca. 20 weiße bzw. nordamerikanische politische Gefangene, die aufgrund ihrer antiimperialistischen Politik und ihrer Unterstützung für den schwarzen Befreiungskampf in den USA im Knast sind. Dann gibt es eine Anzahl von indianischen Kriegsgefangenen, die aufgrund ihres Kampfes gegen den Völkermord der US-Regierung an den indianischen Nationen gefangengehalten werden. Darüber hinaus gibt es über 30 puertoricanische Kriegsgefangene, die aus dem anti-kolonialen Kampf gegen die USA kommen.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Kampf um die Freiheit für alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA zu führen, die USA vor der internationalen Öffentlichkeit der Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, sowie die internationale Öffentlichkeit dazu zu bewegen, die USA aufzufordern, alle ihre politischen Gefangenen freizulassen.

Eine Bedingung dafür ist, daß ersteinmal in den USA selbst in allen gesellschaftlichen Bereichen ein Bewußtsein für die Existenz der politischen Gefangenen entwickelt wird. Der momentane Stand ist, daß nur die progressiven Flügel von vielen sozialen Bewegungen die Existenz von politischen Gefangenen in den USA anerkennen. Das muß sich ändern. Ich denke, daß die Veränderung im Bewußtsein der Menschen in den USA in Bezug auf politische Gefangene auch einen direkten Einfluß auf das Durchsetzungsvermögen der US-Regierung für bestimmte außenpolitische Ziele und Programme haben wird.

Die Frage der politischen Gefangenen ist meiner Ansicht nach von internationaler Bedeutung, insbesondere für die Menschen in Trikontländern und in Westeuropa. Die Frage der politischen Gefangenen in den USA und Westeuropa steht im direkten Zusammenhang mit der Hegemonialpolitik der USA und Westeuropas in den

letzten 45 Jahren. Daher ist es in vieler Hinsicht im Interesse aller progressiven Menschen und Nationen, daß die USA für ihre Menschenrechtsverletzungen und ihre Politik der Unterdrückung gegen nationale Befreiungsbewegungen und Befreiungskämpfe in den USA zur Rechenschaft gezogen wird. Ich beabsichtige, für die Organisierung einer nationalen Bewegung für die Freiheit der politischen Gefangenen in den USA zu kämpfen und mich an der internationalen Bewegung für Freiheit für alle politischen Gefangenen zu beteiligen.

Es gibt kaum Informationen über die Haftbedingungen sowohl von politischen als auch sozialen Gefangenen in den USA. Kannst Du dazu mehr sagen?

Die USA ist eine der höchstentwickelten imperialistischen Mächte und hat daher natürlich die materiellen Möglichkeiten, vor der Öffentlichkeit die Fassade von humanitärer Behandlung und Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Davon sollte sich aber niemand täuschen lassen. Im Vergleich zu Gefängnissen in vielen Trikont-Ländern würden die meisten US-Knäste sicherlich materiell als human und sauber usw. erscheinen. Das ist natürlich nicht bei allen US-Gefängnissen der Fall, aber die meisten gehören zu dieser Kategorie. Das US-Justizsystem basiert jedoch auf der wirtschaftlichen Ausbeutung von kolonisierten Menschen. Die Gefängnisse sind Lager, in denen die Menschen für bestimmte wirtschaftliche und politische Zwecke festgehalten werden. In diesen Knästen finden abgrundtiefe Menschenrechtsverletzungen statt. In der Behandlung der Gefangenen manifestiert sich der Rassismus und die wirtschaftliche Ausbeutung, auf denen das ganze System beruht. Abschließend will ich dazu sagen, daß Schwarze 11-15% der Gesamtbevölkerung in den USA ausmachen, während 45% aller Gefangenen Schwarze sind. Es gibt eine direkte Wechselbeziehung zwischen Rassismus und Klassenprivilegien in den USA, die u.a. im Justizsystem deutlich wird.

Wenn die US-Regierung bestimmte Bewegungen kriminalisiert, dann tut sie das, um der Tatsache aus dem Weg zu gehen, daß sie legitime Ansprüche und Forderungen von kolonisierten Menschen, insbesondere von Schwarzen, unterdrückt. Stattdessen wurden und werden die militanten Bewegungen dieser Nationen kriminalisiert und ihre Führungskader und Aktivisten unter dem Deckmantel der Strafgesetze in die Knäste gebracht.

In fast allen westlichen imperialistischen Staaten werden politische Gefangene, z.B. durch sensorische Deprivation, gefoltert. Ist das in den USA auch der Fall?

Es gibt verschiedene Formen von Folter an politischen Gefangenen durch die US-Repressionsorgane. Da ist z.B. der Fall von Basheer Hameed (Sklavenname: James Dickson York); Basheer ist ein ehemaliger Führungskader der BPP. Seit zehn Jahren ist er ein politischer Gefangener, und seit zwei Jahren wird er in Totalisolation gefangengehalten, d.h. 24 Stunden Einschluß und keinerlei Kontakt mit anderen Gefangenen. Er hat eine Stunde Hofgang am Tag. Seine Nahrung ist eingeschränkt worden. Seine medizinische Versorgung ist bestenfalls minimal, obwohl Basheer schwere Kreislaufstörungen hat. Er ist sensorischer Deprivation und ständigen Angriffen ausgesetzt. Basheers Situation ist typisch für die Haftbedingungen von vielen anderen politischen Gefangenen. Sie werden oft von Schließern angegriffen; einige werden während der Gefangenschaft geschlagen und physisch mißhandelt; andere werden in den abgelegensten Knästen isoliert. An der Oberfläche ist der Shawangungk-Knast im Bundesstaat New York, wo Basheer festgehalten wird, eine brandneue, saubere Institution. Aber der Knast wurde vor allem gebaut, um das Verhalten von politischen Gefangenen, Kriegsgefangenen und sozialen Gefangenen, die sich im Knast politisiert und radikalisiert haben, zu kontrollieren. Die Folter in den USA geht über die Elektroknüppel und Elektroschocks an Genitalien hinaus - z.B. durch das ständige Eindringen in die Intimsphäre der Gefangenen, die konstanten Körperdurchsuchungen etc. Mit psychischer Folter wird versucht, politische Gefangene zu brechen. Die US-Regierung hat z.B. Alan Berkman, einem nordamerikanischen antiimperialistischen Gefangenen, gezielt jegliche medizinische Versorgung verweigert, nachdem er im Knast Lymphknotenkrebs bekommen hatte. Nachsorgebehandlungen wurden verzögert, und nachdem Alan im Frühjahr 1990 ein Wiederauftreten des Krebs feststellte, wurde eine Behandlung erneut hinausgezögert, um ihn zu brechen und ihn dazu zu zwingen, Aussagen über seine GenossInnen und seine politischen Aktivitäten zu machen. Alan ist Arzt und ein antiimperialistischer Revolutionär, und er hat sich geweigert, mit den Repressionsorganen zu kollaborieren. Erst eine breite Öffentlichkeitskampagne hat die US-Gefängnisbehörde dann zu minimalen Zugeständnissen gezwungen, so daß Alan jetzt eine sechsmonatige Chemotherapie erhalten hat. (...)

Dhoruba bin-Wahad ist ein ehemaliger Black Panther, der nach 19 Jahren Knast im Frühjahr 1990 freigelassen wurde. Er wird Anfang dieses Jahres nach Europa kommen, um u.a. in Genf die Ergebnisse des Menschenrechtstribunals zur Situation der politischen Gefangenen in den USA vor der UN-Menschenrechtskommission vorzustellen.

Dieses Interview vom September 1990 wurde uns zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

28. "Rechtsstaatlichkeit" eines Indizienprozesses. Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:07

Viereinhalb Monate läuft jetzt der Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough, Gefangene aus der irisch republikanischen Bewegung, im Bunker des Düsseldorfer Oberlandesgerichts (OLG). Am 16.8.90 begann dieser Prozeß fast genau 2 Jahre nach ihrer Festnahme. Ihnen wird vorgeworfen, an einem Angriff der IRA auf eine britische Kaserne in Duisburg im Jahre 1988 beteiligt gewesen zu sein. Zu diesem wichtigsten Anklagekomplex gehört auch der Vorwurf des versuchten Mordes an bundesdeutschen Polizeibeamten. Gerry Mc- Geough wird außerdem vorgeworfen, an dem Angriff auf das gemeinsame britische/NATO Hauptquartier in Mönchengladbach im Jahr 87 beteiligt gewesen zu sein. Dazu kommen bei beiden dann noch Anklagepunkte wie unerlaubter Waffenbesitz, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz u.a. (zur Vorgeschichte und dem Prozeßbeginn siehe AK Nr. 322 vom 17.9.90)

Hatte der Prozeß anfangs noch ein großes Medieninteresse als "erster Prozeß gegen IRA Terroristen in der BRD" auf sich gezogen, was durch eine massive Propagandakampagne der Bundesanwaltschaft (BAW) noch geschürt wurde, so flaute dieses Interesse nach und nach ab, so daß der Prozeß jetzt kaum noch beachtet wird und keine Meldung in den Medien mehr wert ist.

Aber, und das ist von entscheidender Bedeutung, das ist kein Widerspruch und steht voll und ganz in der Strategie des Gerichts und der BAW; einer Strategie, die einen wesentlichen Schritt in der politischen und juristischen Entwicklung hin zu einem "europäischen Rechtsraum" als scheinbar normalen Strafprozeß darzustellen versucht, um so das tatsächliche Ziel, nämlich eine möglichst hohe Verurteilung der beiden irischen Genossen und damit eine erstmalige Festschreibung einer Befreiungsbewegung, hier der IRA, als "terroristische Vereinigung" zu verschleiern.

Die Prozeß"normalität"

Der Versuch einer Normalität in einem Strafverfahren wird an zwei Aspekten am deutlichsten. Zum einen scheint der 6. Senat das Verfahren formaljuristisch völlig "rechtsstaatlich" zu führen. Zum Beispiel werden scheinbar unwichtige ZeugInnen peinlich genau und akribisch vom Gericht, vor allen Dingen vom vorsitzenden Richter Steffen, befragt. Er und nicht die BAW befragt die ZeugInnen der Anklage und dies mit einer Genauigkeit, die formaljuristisch korrekt und einwandfrei ist. Bei offensichtlich widersprüchlichen und zweifelhaften Aussagen von ZeugInnen der Anklage geht das sogar soweit, daß der Senat bei Widersprüchen schonungslos eingreift und teilweise die ZeugInnen der Anklage tatsächlich demontiert - praktisch heißt das allerdings auch, und das scheint ein Sinn dieser Praxis zu sein, daß das Gericht Aufgaben und Eingriffsmöglichkeiten der Verteidigung vorwegnimmt und verhindert.

Bei diesem Verfahrensalltag entsteht eine Atmosphäre, die von langwierigen Ausführungen und Untersuchungen selbst kleinster Details bestimmt wird. So verstärkt sich der Eindruck eines "normalen" Strafverfahrens, indem spektakuläre Kontroversen wegfallen und auch so etwas wie Langeweile bei der Prozeßbeobachtung aufkommt.

Was zum einen Teil einer gemeinsamen Strategie von BAW und 6. Senat ist, scheint zum anderen aber tatsächlich auch Teil einer Auseinandersetzung dieser beider "staatlichen Parteien" zu sein. Diese Widersprüche gibt es, seit der 6. Senat im Eröffnungsverfahren Teile der Anklage, nämlich den Komplex "Duisburg" nicht zur Hauptverhandlung zulassen wollte und erst vom Bundesgerichtshof dazu gezwungen werden mußte. (s.u.)

Die Indizienkette der BAW

Seit Beginn des Prozesses bestätigte sich die Einschätzung, daß die Beweislage der BAW außerordentlich dünn ist. Immer mehr entpuppte sich das ganze als ein einziges Aneinanderreihen von Indizien, die darauf hinauslaufen sollen, daß Gerry Hanratty und Gerry McGeough an den vorgeworfenen Angriffen beteiligt gewesen sein "müssen".

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Vorwurf, daß beide an verschiedenen Angriffen in Belgien und den Niederlanden beteiligt gewesen sein sollen, die im Zuge der IRA-Offensive 1988 durchgeführt wurden. Seit der vierten Verhandlungswoche geht es ausschließlich um diese Aktionen, obwohl sie zu keiner Zeit Bestandteil der Anklage waren, die direkt verhandelt werden sollten. Immer mehr Zeugen aus Belgien und den Niederlanden tauchten auf, die zu den Angriffen dort aussagen sollten; vor allen Dingen Bullen, die an den Ermittlungen dort beteiligt gewesen waren. Haarklein wurde alles rekonstruiert, wurden die Zentimeter analysiert, in deren Abstand irgendwelche Geschoßhülsen gefunden wurden, wo bei welcher Dienststelle wann das Telefon geklingelt hat usw.

Immer wieder konnte mensch dabei auch erleben, wie die BAW mit ihrer Prozeßführung versuchte, platteste Hetze gegen die IRA zu betreiben. So fragte BAW Morrét einen Zeugen, wie denn britische Soldaten in Zivil am einfachsten zu erkennen seien. Die Antwort, an den Kfz-Kennzeichen, an den kurzen Haaren und der Kleidung münzte Morrét in die jetzt wohl "gerichtsbekannte Tatsache" um, die IRA würde ihre Ziele anhand der Frisur und der sog. Freizeitkleidung auswählen.

Für die BAW scheinen verschieden Gegenüberstellungen mit angeblichen TatzeugInnen sehr wichtig zu sein, bei denen Gerry Hanratty und Gerry McGeough zwar verschiedentlich erkannt worden sein sollen, aber auch BKAler als Täter identifiziert wurden und der Zeuge sich so sicher war, daß er bei seiner Aussage blieb, nachdem ihm gesagt wurde, daß er BKAler wiedererkannt hätte.

Diese ausführlichen Untersuchungen von IRA-Angriffen auf britisches Militär in Belgien und den Niederlanden (Untersuchungen übrigens, die dort den Strafverfolgungsbehörden nicht zur Anklageerhebung ausreichten) soll hier, gerade auch über die formaljuristisch einwandfreie Form Ermittlungsfakten schaffen, die beide Ziele abdecken können; eine Verurteilung der beiden Genossen wegen ganz anderer Vorwürfe und eine Denunzierung des irischen Befreiungskampfes und damit der IRA als "terroristisch".

Nordirischer Bulle in Düsseldorf

Am 15./16.11.90 war in Düsseldorf ein gewisser James McClure, seines Zeichens Chief Superintendent der nordirischen "Royal Ulster Constabulary" (RUC), einer reinen Aufstandsbekämpfungstruppe gegen die republikanische Bewegung, geladen. Er sollte ein weiteres Glied in der Indizienkette der BAW schaffen, nämlich indem er vor dem Gericht erklären und beweisen sollte, daß beide Gerrys Mitglieder der IRA sind.

Aus zweierlei Gründen entwickelte sich die Aussage von McClure im wesentlichen zu einem Reinfall für die BAW. Erstens zwangen die Anwälte den Zeugen zuzugeben, daß er in einer geheimdienstlichen Abteilung der RUC arbeitet, sein dienstliches Wissen also "formaljuristisch" nicht als Beweismittel zugelassen werden dürfte. Trotzdem sagte er zu verschiedenen Themenbereichen, vor allen Dingen zur Geschichte von Gerry Hanratty und zur Struktur der IRA, ausführlich aus. Immer wieder mußte er auf Nachfragen dazu sagen, er hätte seine Informationen aus bestimmten Quellen, sprich Spitzel, deren Identität er nicht preisgeben dürfe und die er zum Teil nicht einmal persönlich kennen würde.

Nachdem er sich obendrein bei seinen Aussagen zur IRA als offensichtlich inkompetent erwies, verzichtete das Gericht darauf, ihn als Sachverständigen zu vereidigen. Trotz dieser Entwicklung während der Vernehmung von McClure muß mensch sehen, daß große Teile seiner Angaben mit Sicherheit von der BAW und auch vom Gericht in irgendeiner Art verwendet werden können. Außerdem hat das Gericht einen weiteren Zeugen aus den Reihen der RUC geladen, der in einer anderen Einheit arbeitet, also anscheinend dazu dienen soll, die Lücken in der Aussage von McClure zu schließen.

Auch während der Vernehmung von McClure zeigte sich der Widerspruch zwischen BAW und dem 6. Senat, was den Anklagekomplex "Duisburg" betrifft. Das Konstrukt der BAW beruht in erster Linie auf der Behauptung, daß IRA-Mitglieder immer die selben Waffen benutzen. Eine der Waffen die bei der Festnahme bei den beiden Gerrys gefunden wurden, wurde angeblich in Duisburg benutzt. McClure hingegen sagte, anscheinend völlig schlecht vorbereitet, er würde davon ausgehen, IRA-Einheiten würden nicht immer die selben Waffen benutzen und damit die These der BAW ins Wanken brachte. Gerade dieses Thema reizte das Gericht zu einer intensiven Befragung, hatte es doch die Anklagezulassung wegen "Duisburg" unter anderem mit der Begründung verweigert, daß sie nicht davon ausgehen würden, daß die beiden, die die Waffen transportiert haben, sie auch schon verwendet haben müssen.

Versuch der Kriminalisierung der Solidaritätsgruppen

In breiter Zusammenarbeit von BKA, BAW, 6. Senat und Bundesinnenmisterium gibt es mittlerweile den Versuch, die Irland-Solidaritätsgruppen zu kriminalisieren. Aus der Erklärung der Gruppen aus der BRD und der DDR vom 1.10.90:

"Am sechsten Verhandlungstag weigerte sich ein BKA Bulle, seinen Wohnort unter Berufung auf eine angeblich konkrete Gefährdung anzugeben. Als das Gericht diese konkrete Gefährdung nicht akzeptieren wollte, wurde der Bulle deutlicher: Es bestehe die Möglichkeit einer Koordination zwischen linksextremen Gruppen in der BRD und der IRA. Die Solidaritätskampagnen für Gerry und Gerry und gegen eine Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes aus Kreisen von RAF- Sympathisanten würden auch in der Sperrerklärung des Bundesinnenministeriums erwähnt. Diese Kreise würden hier im Saal sitzen.

Die BAW beantragte, daß der BKA-Bulle weiter keine Angaben zu machen braucht, wegen seiner Tätigkeit gegen die RAF, wegen der unkontrollierbaren Zuhörer, die möglicherweise Informationen an RAF oder IRA weitergeben könnten.

Nach einigem Hin und Her entschied der Senat, daß dem Zeugen die Verweigerung der Angabe des Wohnortes gestattet wird: seine Gefährdung ergäbe sich aus seiner Tätigkeit gegen die RAF und der Möglichkeit einer Verbindung zwischen RAF-Sympathisanten und der IRA. Es gäbe Hinweisen, daß solche Kreise versuchen würden sich zu solidarisieren. Anschläge gegen ihn wären möglich, weil diese Gruppen selber Anschläge ausführen könnten oder Namen und Daten weitergeben könnten. Passend dazu setzte mit Beginn des Prozesses eine verstärkte Observation von Teilen der Soligruppen durch die Bullen ein." (Die gesamte Erklärung ist im Angehörigen Info Nr. 52, das Protokoll des entscheidenden Prozeßtages im Prozeßinfo Nr. 1 abgedruckt)

Die Situation von Gerry Hanratty und Gerry McGeuogh

Kurz vor Beginn des Prozesses wurden Gerry Hanratty und Gerry McGeough unter Bedingungen des sog. "Normalvollzuges" nach Düsseldorf bzw. nach Wuppertal verlegt. Beide haben mittlerweile Hofgang mit den übrigen Gefangenen, haben die Möglichkeit zum Einkauf, zu Gemeinschaftsveranstaltungen etc. Aber trotz all dieser kosmetischen Veränderungen der Haftbedingungen ist noch immer deutlich, daß für sie Sonderhaftbedingungen gelten. Post- und Besuchsüberwachungen laufen noch immer in aller Schärfe, Gerry Hanratty wird verweigert, bei Regen Hofgang zu machen, was z.T. bedeutet, daß er bei schlechtem Wetter 24 Stunden in der Zelle bleiben muß. Er ist in einen Trakt verlegt worden, in dem in erster Linie BTM-Gefangene sitzen, die ihm, wie er selber sagt, täglich Heroin anbieten, was er selber als weitere Maßnahme betrachtet, ihn zu brechen, zumal ihm der Kontakt zu den kurdischen Gefangenen in Düsseldorf nach einigen Tagen unmöglich gemacht wurde. Für Gerry Mc- Geough in Wuppertal ist die Situation durchaus vergleichbar. Beide spüren täglich, daß sie politische Sondergefangene in der BRD sind; erfahren im Knast und vor Gericht, was die BRD-Behörden ihnen und dem ganzen Verfahren trotz aller "Normalität" für eine Bedeutung beimessen.

Die nächsten Prozeßtermine sind beim Schreiben des Artikels noch nicht bekannt. Sie werden im Prozeßinfo und dem Angehörigen-Info veröffentlicht - oder fragt die Soligruppen.

g.g.

29. Alltag in Stammheim ist Isolation. Thomas Brunner seit zwei Jahren in Isolationshaft

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:10

Seit dem 7.4.89 ist der Gefangene Thomas Brunner in der Haftanstalt Stuttgart Stammheim in einem Trakt im Erdgeschoß in Isolationshaft. Trotz Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel, einer Petition seines Rechtsanwaltes und einer kleinen Anfrage der Grünen im Landtag hat sich bis heute an seiner Situation nichts geändert.

Das Justizministerium Baden-Württembergs antwortet auf die Anfrage der Grünen in der bekannten menschenverachtenden Weise: Die Lage des Haftraums des Gefangenen erlaubt den Blick auf den Südhof, der nicht regelmäßig genutzt wird. Der Hofreiniger ist jedoch auch dort täglich tätig. Die Annahme, daß der Strafgefangene Brunner seit 7. April 1989 keinen Gefangenen zu Gesicht bekommen habe, trifft schon aus diesen Gründen nicht zu." Gleichzeitig stimmen sie in demselben Schreiben zu, daß die Haftbedingungen außergewöhnlich sind: Gegenwärtig gibt es jedenfalls keinen anderen Gefangenen, der Haftbedingungen hätte, die denen des Strafgefangenen Brunner vergleichbar sind." Die Begründung für diese Isolationshaft wird auch gleich mitgeliefert: "... ist ein gefährlicher Straftäter und ein gefährlicher Ausbrecher."

Daß das nicht der wahre Grund ist, zeigt sich daran, daß Thomas Brunner nach seiner zweiten Flucht am 29.10.87 wieder in die JVA Bruchsal gebracht worden ist. Dort hatte er Hofgang mit anderen Gefangenen, war im Normalvollzug untergebracht und arbeitete in der Buchbinderei. Auch nach seiner Verurteilung wegen der beiden Fluchten am 29.6.88 zu weiteren fünfeinhalb Jahren änderte sich daran nichts.

Erst am 14.12.88 wurde er plötzlich in die U-Haftanstalt Stammheim verlegt. Dort wurde er unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen weggeschlossen. Diese Verlegung wurde auf Initiative des damaligen Bruchsaler Anstaltsleiter Preusker durchgeführt. Thomas Brunner hatte sich wären seiner Haftzeit in Bruchsal gegen das dort übliche "Ruhigstellen" von Gefangenen durch Psychopharmaka engagiert und seine Gerichtsverfahren genutzt, um diese Praxis an die Öffentlichkeit zu bringen. Seit 7.4.89 wurde er unter dem Vorwand, er hätte neue Fluchtpläne, in den toten Trakt im Erdgeschoß der Vollzugsanstalt Stammheim verlegt.

Sein "persönliches Haftstatut" vom 15.12.88 wird am 7.4.89 um weitere Schweinereien erweitert (siehe Kasten).

Vom 15.4.89 bis 11.5.89 beteiligte er sich am bundesweiten Hungerstreik. Offensichtlich wird durch die totale Isolation versucht, einen Gefangenen zu brechen, der es sich erlaubt, auf Mißstände aufmerksam zu machen, der sich nicht vom "normalen" Knastalltag brechen läßt und der es dann auch noch wagt, eine Autobiographie zu schreiben, in der er offen über sich selber und schonungslos mit den Zuständen in den Knästen umgeht.

Vogelperspektiven

"Dieses Buch ist die Geschichte von einem, der immer für seine Freiheit kämpft. Die Weigerung, sich dem gesellschaftlichen Muß unterzuordnen, hat ihn für viele Jahre in den Knast gebracht.

In bisher acht Jahren seiner Gefangenschaft ist sein Begehren nach Freiheit nicht gebrochen - allen Vernichtungsstrategien, allem rohen und subtilen Terror zum Trotz. Das Schreiben ist eine Art, über die Mauer zu klettern, sie zum Bröckeln zu bringen - wenn wir es schaffen es zu verbreitern, zu diskutieren ... sowohl drinnen wie draußen.

Wir sind sicher, daß es noch genügend Gefangene gibt, von denen wir nicht wissen, daß und wie sie sich wehren, weil sie keine Kontakte, keine Öffentlichkeit haben. Es ist unsere Sache draußen, uns darum zu kümmern.

Für die Abschaffung der Knäste zu sein ist eine Sache.

Der Weg es zu realisieren, eine andere.

Das ist das Vorwort des Buches. Thomas Braven - so sein Pseudonym - hat es trotz der ständigen Repression gegen ihn geschafft, dieses Buch zu schreiben: über sein Leben, seine Flucht und über seinen Knastalltag".

ga.

Thomas Braven, Vogelperspektiven. 114 Seiten, A5. Zu beziehen über Paranoia City, Anwand- str. 28, Postfach 406, CH- 8026 Zürich.

30. Dokumentation: Bleiberecht für Roma und Cinti! Keine Abschiebungen!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:38

Am 9. Januar versuchten die Revolutionären Zellen (RZ) einen Anschlag auf die nordrheinwestfälische Staatskanzlei. Die Bombe wurde am Morgen dieses Tages vor ihrer Explosion entdeckt und entschärft. Wir dokumentieren im folgenden die Begründung der RZ.

Red.

Vor nahezu einem Jahr haben Roma mit einem Bettelmarsch von über tausend Menschen zu Fuß durch NRW gegen ihre rassistische Unterdrückung und Verfolgung protestiert. Diese wochenlange Demonstration sollte ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verleihen. Ende Januar 90 brachen die Roma den Marsch ab, nachdem ihnen die Regierung Rau zugesichert hatte, daß alle bleiben könnten, die in einem neuen Aufenthaltsverfahren ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen könnten. Obwohl diese Vereinbarung bereits an selektive Kriterien und Bedingungen (u.a. Integrationsbereitschaft, längerer Aufenthalt) gebunden war, schien sie doch den Roma ein Bleiberecht zu sichern.

Mit dem Kabinettsbeschluß vom 4.12.90 hat die Regierung Rau die Vereinbarung endgültig gekippt und jede Hoffnung auf ein Bleiberecht, zumindest für einen kleinen Teil der hierher geflüchteten Roma, zunichte gemacht. Der Skandal eines als "neue Flüchtlingspolitik" etikettierten Deportationsprogramms ist nicht der "Wortbruch" eines Ministers. Die jetzt unmittelbar bevorstehende Abschiebung der Roma, die am Bettelmarsch teilgenommen haben, ist nur Teil eines umfassenden Programms, das darauf aus ist, NRW (und später auch die gesamte BRD) "zigeunerfrei" zu machen. Das Abschiebeprogramm, dem nach Ablauf der Asylverfahren nach und nach alle 5.000 Roma aus NRW unterworfen werden sollen, wird flankiert von einer sozialpolitischen Offensive, mit der die Roma rausgeekelt werden sollen.

Die "neue Flüchtlingspolitik" der SPD-Landesregierung ist die administrative Umsetzung und Verallgemeinerung einer gezielt rassistischen Politik im letzten Jahr, die die nationalistischen Stimmungen in Großdeutschland gegen die aus Osteuropa geflohenden Roma bündelt und sozialpolitische Ausgrenzung und Druck gegen sie durchsetzt.

Im Sommer waren es die Sozialverwaltungen der Städte, die aktiv als "kämpfende Verwaltung" das Instrumentarium zur Vertreibung der Roma erprobten. Streichung von Sozialhilfe, Zelt- und Containerlager, Naturalienzuweisung waren die Mittel, mit denen die "Zigeunerfrage" sozialtechnisch inszeniert wurde und den Boden bereitete, mit der verhetzte Bürger und bezahlte Schlägertrupps gegen die Roma mobilisiert wurden. In diesen Wochen und Monaten zeigte das sich wiedervereinigende Deutschland seine rassistische Fratze.

Was zunächst als Einzelmaßnahme exekutiert wurde, faßte das Ministerium für Arbeit-, Gesundheit- und Sozialordnung (MAGS) und die Staatskanzlei auf Betreiben der flüchtlingsfeindlichen Forderungen kommunaler Verwaltungsspitzen in einem Katalog repressiver Sozialmaßnahmen zusammen, mit denen das Leben der Roma und der Flüchtlinge insgesamt unerträglich gemacht wird. Beide Institutionen fungieren in diesem Prozeß als die Planungszentren einer endgültigen Bereinigung der "Zigeunerfrage" in NRW. Sie bestimmen und geben die Systematik vor, mit der alle Sozialverwaltungen und Ausländerbehörden den politischen Druck umsetzen, um die Vertreibung der Roma durchzusetzen.

Während das MAGS die Speerspitze der sozialpolitischen Abschreckung darstellt, wurde im Kabinett und in der Staatskanzlei das "Rückführungsprojekt" nach Jugoslawien ausgeheckt. Wieder einmal tut sich die SPD mit einer verschärften Abschottungspolitik hervor und übernimmt eine Vorreiterrolle. Erinnert sei hier an die sozialdemokratischen Bemühungen von 1987, das "Berliner Loch" durch einen Kreditvertrag mit der DDR zu stopfen. Und auch diesmal ist es als Kernpunkt wieder ein Kreditvertrag, heute mit der jugoslawischen Regierung, der Massendeportation von mehreren tausend Roma nach Skopje möglich machen soll. Zwar wird das "Reintregrationsprogramm" mit Millionenbeträgen flankiert, die jedoch in einem ökonomischen Nutzenkalkül mit den hier entstehenden Kosten aufgerechnet werden und die darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Roma gegen ihren Willen in die gleiche Not- und Verfolgungssituation zurückgebracht werden, aus der sie geflohen sind. Es bedeutet einen grenzenlosen Zynismus, die Roma in ein Land zu schicken, daß sich in

einem unübersehbaren Auflösungsprozeß befindet und in dem die Verfolgung von ethnischen Minderheiten sich in rassistischen Progromen und staatlich betriebenen oder geduldeten Zwangsmaßnahmen entlädt.

Als Kern des "Rückführungsprogramms" bleibt der brutale Wille, sich der Flüchtlinge, die vor Armut und Verfolgung geflohen sind, zu entledigen und die Verarmungsprozesse in Osteuropa hier in den reichen Metropolen unsichtbar zu machen. Der Staat weiß sich mit einem Großteil der Metropolenbevölkerung in Übereinstimmung, den Wohlstand - zusammengeraubt durch die Ausbeutung überall in der Welt - gegen die heranrückenden Armen zu sichern.

Das sich neu formierende Westeuropa hat in den letzten Jahren das Abschottungsinstrumentarium entwickelt und vervollkommnet, um sich von den Flüchtlingsbewegungen aus dem Trikont in die imperialistischen Metropolen abzukoppeln. Durch die Zerrüttung der osteuropäischen Ökonomien, denen der imperialistische Zugriff und die Einführung der kapitalistischen Marktökonomie den Todesstoß versetzt hat, wird Westeuropa mit einer neu entstehenden Armutsbevölkerung konfrontiert. Die politischen Planungstrategen der westeuropäischen Metropolen arbeiten fieberhaft an Konzepten, die Verarmungsprozesse im Zuge der imperialistischen Durchdringung Osteuropas nicht in den Metropolen sichtbar werden zu lassen. Zwei Strategien lassen sich heute ausmachen:

Die Grenzen zwischen arm und reich werden dicht gemacht. So wie italienisches Militär die Masseneinwanderung aus Nordafrika verhindern soll, läßt die österreichische Regierung die Grenzen zu Osteuropa militärisch sichern, sperren die CSFR und Polen ihre Grenzen nach Osten, nachdem sie sie dem Westen geöffnet haben.

Gleichzeitig dient die Stabilisierung der ost- und südosteuropäischen Reformstaaten im Zuge einer neukonzipierten europäischen Großraumpolitik sowohl der hierarchischen und selektiven Zurichtung, Vernutzung und Ausbeutung als auch der Schaffung eines politischen und ökonomischen Schutzwalls gegen die unkontrollierte Migrationsbewegung, mit der die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebensmöglichkeiten in Westeuropa sucht.

Dabei stehen die Roma als der absolut unverwertbare "Bettel der Straße" im Zentrum der Angriffe, zumal sie ihr Lebensrecht hier nicht als Bittsteller vortragen, sondern offensiv einklagen und einfordern. Gleichzeitig ist es ihr mittlerweile über zehnjähriger zäher Kampf, der die Herrschenden mit einer sich formierenden Flüchtlingsgruppe konfrontiert. In vielen provokativen Aktionen und politischer Praxis haben die Roma an Kampferfahrung gewonnen, der Bedeutung und Gewicht für alle Flüchtlinge in der BRD zukommt, und gerade dies ist es, was die Herrschenden nun zur raschen und endgültigen Zerschlagung des Romawiderstands treibt. Schon jetzt haben hunderte von Romafamilien aufgrund der sozialpolitischen Angriffe das Land verlassen, teils haben sie sich "freiwillig" abschieben lassen oder sind untergetaucht. Inzwischen hat sich das Ausmaß der rassistischen Verfolgung und Drangsalierung der Roma in NRW derart zugespitzt, daß in den kommenden Wochen mit dem Beginn von Massenabschiebungen gerechnet werden muß. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen formiert sich.

Wir haben heute am Sitz der Düsseldorfer Staatskanzlei und des Arbeits- und Sozialministerium einen Sprengsatz gezündet. Wir begreifen diese Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma als Unterstützung eines Kampfes gegen die anstehenden Massendeportationen. Wir verstehen diese Aktion als einen Beitrag, die Verantwortlichen zu treffen und als Aufforderung, auf allen Ebenen den politischen Druck zu schaffen und praktische Widerstandsformen zu entwickeln, die das Vertreibungsprogramm blockieren und verunmöglichen. Die Massendeportationen müssen verhindert werden.

Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß der Rassismus eine wesentliche Säule imperialistischer Herrschaft ist. Eine Linke, die ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durchbrechen will, muß in einer umfassenden antirassistischen Mobilisierung den Widerstand von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aufgreifen und unterstützen. Nur so ist es möglich, einen politischen Gegenpol gegen die Politik der Herrschenden zu bilden, die sich endgültig von der blutigen Geschichte Deutschlands abkoppeln.

Die Verankerung antirassistischer Initiativen ist eine Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen das imperialistische Großdeutschland.

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod!

Revolutionäre ZellenJan. 91

31. Asyl Asyl und bald ein Ende?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:09

"Es ist der Rassist, der die Minderwertigen schafft" (Fanon).

Bundesdeutsche erprobte Praxis ist es, bevorstehende und von der Herrschaft gewollte Gesetzesänderungen, vor allem wenn damit das Grundgesetz gemeint ist, auch vorher an Ort und Stelle mit der Bevölkerung durchzuspielen, möglichst um die Gewöhnung daran zu erleichtern, Tatsachen schon geschaffen zu haben. Regierung und Kapital kann sich dann ruhig mal auf den "Willen des Volkes" berufen.

In den beiden ca. 5.000 Seelen-Gemeinden Pliezhausen und Kirchentellinsfurt, die idyllisch gelegen sind zwischen Reutlingen und Tübingen, ist, sollte Mensch der Presse Glauben schenken, der Gemeindefrieden erheblich gestört. In Kirchentellinsfurt stellten die zehn Gemeinderäte fest, daß die Aufnahme von derzeit 20 Asylbewerbern "kaum noch verkraftet werden könne" und forderten in einer Resolution: "die ungehinderte Einreise offensichtlich unberechtigter Asylbewerber kurzfristig zu stoppen und für eine unverzügliche Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber zu sorgen" (Südwestpresse, 18.12.90).

Es sind offensichtlich Worte wie diese: "Asylant" gleich "unberechtigt" gleich illegal gleich "unverzügliche Abschiebung" und "zu sorgen", die Signal sind für direkten Handlungsbedarf von "Bürgern" - aus dem Schutz der Stammtische heraus, sich der klammheimlichen Zustimmung vieler sicher glaubend. Jedenfalls flogen gleich zwei Tage später Bierflasche und Stein ins Notquartier einer Jugoslawin, die dort allein mit ihren fünf Kindern untergebracht ist. Angst und Schrecken verbreitete sich bei den Betroffenen - aber offensichtlich nicht bei den "Bürgern" und ihren Gemeinderäten. Dort aber eben nur so lange nicht, bis auf den frischgeputzten Mauern des Rathauses am darauffolgenden Wochenende zu lesen stand: "Die geistigen Steinwerfer sitzen im Gemeinderat" und "AusländerInnen bleiben, Nazis vertreiben". Als dazu noch lautstarker Protest während der folgenden Gemeinderatssitzung im Rittersaal deren Weihnachtsstimmung störte, war der Gemeindefrieden dahin. Turbulenzen, öffentliche Debatte (im Gemeinderat unter Androhung des Hausrechts), das fehlte dieser Gemeinde gerade noch. Ein gewisser Heiner Keller veranlaßte dies, um im Reutlinger Generalanzeiger vom 10.12. zur Vernunft zu mahnen. Witzigerweise verteidigte er die Gemeinderatsresolution, die die Räte "beinahe Wort für Wort von einer Vorlage des baden-württembergischen Gemeindetages abschrieben", die sie "später sprachlich und inhaltlich" angeblich sogar "abschwächten" und schlußfolgerte dann aber: "Falsch ist das eine wie das andere - dem Ernst des Problems wird weder Resolution noch ‚Graffiti` gerecht".

Anzumerken ist noch, das auch andere Menschen aus Tübingen und eine Schulklasse aus Kirchentellinsfurt die Resolution und das Verhalten des Gemeinderates z.B. als "auf erschreckende Weise" den "rechtsradikalen Republikanern nahekommend" öffentlich kritisierten und in einer Erklärung deren Rücknahme sowie den konkreten Schutz der jugoslawischen Familie forderten. Bürgermeister Knauss, der gleichgewichtig nun Anzeige gegen den Steinwurf und den anschließenden Protestparolen an seiner Rathausmauer erstattete, klagte lapidar, daß "leider der völlig falsche Eindruck entstan- den (sei), der Kirchentellinsfurter Gemeinderat sei fremdenfeindlich".

Im Stil des Ku-Klux-Klan

Als Tat "eines Schwachsinnigen", "unsinnig, unmenschlich und dumm", so distanzierte sich der Bürgermeister Brucker aus Pliezhausen in der Südwestpresse vom 11. und 20.12. vom symbolträchtigen Brandanschlag auf die am Ortsrand im Gewerbegebiet in sogenannten Behelfsbauten untergebrachten 21 Afrikaner. Was er weiter als von der Presse "hochgepuscht" (Südwestpresse, 20.12.) abwiegelte, war nicht mehr und nicht weniger als ein etwa zwei Meter hohes Holzkreuz, umwickelt mit Leinentüchern, mit Benzin übergossen und im Hof des Wohnheims direkt an eine der Holzbaracken angelehnt und mittels einer Benzinspur in Brand gesteckt. "Hinzu kommt, daß die Gäste eines benachbarten Lokals das Feuer zwar genau beobachten konnten, die Asylbewerber aber nicht warnten. Als sie darauf angesprochen wurden, machten sie sich noch vor dem Eintreffen der Polizei aus dem Staub." ("Tüte", Stadtmagazin 1/91)

Jedem anderen muß der gewollte Zusammenhang zwischen diesem Anschlag und dem abschreckenden Lynchjustizterror des aus den Südstaaten der USA stammenden rassistischen Ku-Klux-Klans bewußt sein.

Brucker fand diesen Zusammenhang nicht nur "nicht geklärt" (SWP, 20.12.), sondern entschied sich für die bekannte und bequeme Einzeltäterthese.

In einem Pressegespräch wehrte er sich dagegen, "persönlich" Verantwortung zu übernehmen, "wenn jemand durchdreht", jedenfalls könne "von einer Pogromstimmung keine Rede sein. Die Verwaltung habe die Afrikaner immer pflichtgemäß anständig behandelt", weiter nachgebohrt zu den Wohnverhältnissen dieser Baracken, über die der Bürgermeister Hausrecht und Aufsichtspflicht hat: "Man habe ‚sich bemüht` und nie, wie vorgeworfen, Wasser oder Strom abgestellt" (SWP, 20.12.). Warum auch: "defekte Heizung durch ausgegangenes Gas komme schließlich in jedem Haushalt mal vor"! Nein "wir haben uns nichts vorzuwerfen". Die Pliezhausener seien weder rassistisch noch herrsche dort irgendeine Fremdenfeindlichkeit, so hieß es munter weiter von dieser Seite.

Brucker ließ es aber dabei nicht bewenden, er machte flugs den Versuch, die Opfer zu Tätern abzustempeln: "Wenn die Herrschaften allerdings der Meinung sind, sie seien in Pliezhausen in Gefahr, stellt sich die Frage, weshalb sie herkamen" - Brucker weiß, wovon er spricht, der zweite Vorsitzende des baden-württembergischen Gemeindetages hat nach eigenen Worten "im Gespräch mit dem Innenminister mehrfach davor gewarnt, die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung überzustrapazieren". (SWP, 20.12.) Aufräumen will der saubere Bürger- und Hausmeister jetzt vor allem mit den Besucherinnen "die dort wohl auch nächtigen, den auch persönliche Motive wie Rache könnten ein Grund für ‚den Irrsinn` gewesen sein." (SWP, 20.12.)

Die Afrikaner und die sie unterstützenden Gruppen, neben dem Freundeskreis Tübinger und Reutlinger Antifa-Gruppen sowie "Frauen International" in Tübingen, verstehen den Anschlag entsprechend als Auftakt für noch Schlimmeres mit der Botschaft, "jetzt kommt ihr dran". Gefordert wurde konsequenterweise Wohnraum innerhalb des Ortes für die Flüchtlinge. Diese Solidarität wurde prompt mit einem anonymen Drohbrief an die Tübinger Frauengruppe "Frauen International" beantwortet: "die Ausländer sollte man zum Teufel jagen ...". Unterzeichnet war dieser im üblen Nazi-Ton gehaltene Brief sinnigerweise im Namen der "Bevölkerung von Kirchentellinsfurt, Pliezhausen und Umgebung".

Am 22.12. fanden sich auf dem Marktplatz in Pliezhausen schätzungsweise 250 Menschen ein, die gegen die Anschläge und gegen die rassistische und feindliche Haltung eintraten. Es sollte "nicht der Ort und seine Bewohner an den Pranger gestellt werden, sondern die menschenfeindliche Gesinnung der Täter, die hier auf insgeheime Zustimmung der Menschen spekulieren" (SWP, 24.12.). Ob es gelungen ist, diese verbreitete Haltung im Ort zu verändern, mögen die Schreiber dieser Zeilen eher bezweifeln. Viele Pliezhausener standen in deutlicher Distanz zu den zumeist aus Tübingen und Reutlingen gekommenen DemonstrantInnen - einige beschimpften uns auch lautstark. Ein Afrikaner trug still ein Plakat "Ich brauche Schutz" vor der Brust.

KB Reutlingen

32. Antideutsch und exklusiv - Bilanz nach einem Jahr "Nie wieder Deutschland"-Politik der Radikalen Linken

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:32

Dieser Diskussionsbeitrag versucht, die antinationale Politik des letzten Jahres, die sowohl von der KB-Minderheit als auch von der Radikalen Linken betrieben wurde, kritisch zu beleuchten. Da offizielle Verlautbarungen der Radikalen Linken rar sind, setzen wir uns mit - bisher unwidersprochenen - Positionen von Strömungen und Protagonisten der RL auseinander, die wir für repräsentativ halten.

Wir beginnen mit einem Rückblick auf letzten Winter, wo wir selbst "Nie wieder Deutschland" als Titel einer Veranstaltung in Berlin gewählt hatten, und begründen diesen Schritt aus der damaligen Sicht. Anschließend analysieren wir, wie die Radikale Linke als bundesweiter Zusammenhang diesen Politikansatz aufgegriffen und fortgeführt hat. In einem zweiten Teil überprüfen wir unsere eigenen Prognosen an der heutigen Realität, ein Jahr nach der Maueröffnung, und versuchen, daraus Konsequenzen abzuleiten.

Warum "Nie wieder Deutschland"?

Warum schien uns im Dezember '89 die Parole "Nie wieder Deutschland" die passendste Zusammenfassung unserer Politik zu sein? In der Formulierung klingt das "Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus" an, und sie weist damit darauf hin, daß von Deutschland zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus ausgegangen waren. Wir nahmen zwar keine akute Kriegs- oder Faschismusgefahr an, sahen aber in der aktuellen Entwicklung genau die Faktoren im Spiel, deren Zusammenwirken den deutschen Faschismus so verheerend gemacht hatte. In dem Begriff "Deutschland" schienen uns folgende Aspekte aufgehoben:

· Ein aggressiver deutscher Imperialismus, der mit dem Prozeß der Auflösung bzw. der Zerstörung der realsozialistischen Staaten in der Offensive war. Mit der Durchdringung des osteuropäischen "Raumes" konnte das westdeutsche Kapital ökonomisch ein wesentliches Ziel des Nazifaschismus im nachhinein verwirklichen. Die Verzögerungsspielchen Kohls bezüglich der Anerkennung von Polens Westgrenze und der Umgang mit den NATO- bzw. EG-"Partnern" sowie einer gezähmten UdSSR ließ befürchten, daß der Weltmacht BRD bei ihrem Vormarsch keine Schranken gesetzt werden.

· Die Wiederherstellung der Voraussetzungen für deutsche Kriegsführung. Die Schaffung eines staatlichen Gebildes "Deutschland" durch den Anschluß der DDR an die kapitalistische BRD bedeutete das Ende der alliierten Vorbehaltsrechte, die Erlangung der vollen Souveränität und Selbstbestimmung für den NS-Nachfolgestaat, und machte deutsche Sonderwege wieder möglich.

· Die nationale Welle in der deutschen Bevölkerung, mit der sie die Aufhebung der territorialen Nachkriegsfolgen und die Entsorgung der eigenen faschistischen Vergangenheit feierte. Bei der Reetablierung einer "positiven" gesamtdeutschen Identität wurde auf völkische, antisemitische und rassistische Inhalte zurückgegriffen, die schon in der Parole "Wir sind das Volk" angelegt waren. (Wer gehört zu diesem "Volk" ?) Wir erwarteten in diesem Zusammenhang weitere Ausgrenzung und Angriffe auf ImmigrantInnen, jüdische Bevölkerung, schwarze Deutsche, Schwule und Lesben und auch Linke.

· Der allgegenwärtige Antikommunismus in Folge des Zusammenbruchs bzw. der Selbstauslieferung der DDR. Mit dem Bankrott eines nicht-kapitalistischen Gesellschaftsprojektes sowie eines linken Antifaschismus, der - wenn auch ritualisiert und verstümmelt - ständige Herausforderung für die BRD war, ging der Triumph der Marktwirtschaft über jede denkbare Alternative einher.

Die antinationale Parole "Nie wieder Deutschland" war richtig, weil sie sich einem Nationalismus entgegenstellte, der im Kontext der Wiedervereinigung nicht anders sein konnte als imperialistisch (wenn es um die Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen geht), rassistisch (da der deutsche Volksbegriff sich traditionell über Blut und Abstammung definiert), antikommunistisch (weil die DDR- Bevölkerung von 40jähriger Gewaltherrschaft "befreit" wurde) und auch antisemitisch (weil "jüdisch" schon immer als Gegensatz zu "deutsch" definiert wird).

Einsam, aber radikal

Die einzig relevante politische Formation, die die Parole "Nie wieder Deutschland" und in diesem Rahmen die genannten Stichworte im Jahr der Wiedervereinigung aufgegriffen hat, war die Radikale Linke. "Der Kampf gegen den Nationalismus ist ihr wichtigstes Thema", hieß es in konkret 5/90. Auf dem RL-Kongreß Anfang Juni 1990 in Köln wurden einzelne Beiträge zu Rassismus und Antisemitismus gehalten, die in diesem Spektrum durchaus eine Neuerung darstellten; eine Resolution gegen das "Ausländergesetz" wurde verabschiedet. Der von Teilen der RL mitgetragene Kongreß "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" im Dezember in Hamburg war aufgegliedert in vier vielversprechende Themenblöcke: Antinationalismus, Rassismus und Antisemitismus, Antifaschismus und antiinstitutionelle Politik. Mit den beiden bundesweiten Demonstrationen am 12. Mai und am 3. November manifestierte die RL auch öffentlich ihre Ablehnung des großdeutschen Zeitgeistes.

Soweit zum Verdienst der Radikalen Linken. Gehen wir jetzt zu der interessanteren Frage über, wie sie zu den genannten Themen Stellung bezieht und sie in Politik umsetzt, aus welcher Analyse sie welche Strategie ableitet.

Herrmann L. Gremliza spricht in seinem Beitrag auf dem Kölner RL-Kongreß die "Illusion vom wundersam gewandelten Nationalcharakter der Deutschen" an, die nicht nur die staatsloyale Linke verbreite, sondern auch die Radikale Linke, ungewollt, wenn sie mit ihren Aktivitäten den Eindruck erwecke, "es gebe in diesem Land eine nennenswerte, womöglich sogar einflußreiche antinationale Opposition, die mehr ist als eine Gruppe ‚hypermarginalisierter Outlaws` (...). Dieser auch integrierenden, auch Illusionen weckenden Funktion wäre freilich nur durch die Einstellung aller politischen Tätigkeit ganz zu entgehen. Immerhin stellt uns diese Einsicht aber die Aufgabe, zugunsten keiner wie auch immer gearteten Verbreiterung dieses Kreises oder gar einer sogenannten Bündnisfähigkeit die Radikalität der hier Versammelten zu domestizieren, dem Verlangen nach Quantität nicht die geringste Qualität zu opfern." (1)

Gremliza bedauert nicht, daß in der neuen imperialistischen Weltmacht keine größere antinationale Opposition existiert als eine "Gruppe hypermarginalisierter Outlaws" - was die Chancen minimiert, dem deutschreaktionären Vormarsch Emanzipatorisches entgegenzusetzen. Für ihn ist jede Verbreiterung des eigenen Lagers, wie auch immer sie geartet sein mag, eine Gefahr, nämlich für die eigene Radikalität. Das ist eine Absage an jegliche Bündnispolitik.

Auch aus zahlreichen anderen RL-Papieren lugt fast Zufriedenheit hervor darüber, daß wir verschwindend wenige sind und nur Feinde uns umgeben. Detlef zum Winkel und Thomas Kieseritzky über ihr Demonstrationsprojekt am 9. November in Leipzig: "Die beachtliche Erregung, die dieser Vorschlag bereits unter Linken provoziert, ist ein milder Vorgeschmack auf die öffentliche Empörung, die der Aktion zuteil werden wird, wenn es erst an die Realisierung geht. Eben das ist bezweckt." (2) Ist hier nicht hauptsächlich die kraftmeierische Vorfreude auf einen beabsichtigten Streich im Spiel?

Auch in seiner Rede am 3.11. in Berlin sagt Thomas Kieseritzky: "Viele Linke dieses unseres Landes haben uns gewarnt, eine solche Politik werde uns ins sektiererische Abseits führen. Damit hatten sie recht, aber wen schreckt das schon." (3) Glaubt Kieseritzky seiner eigenen Analyse nicht, wenn es ihn nicht schreckt, im sogenannten Vierten Reich gesellschaftlich isoliert zu sein? Den Spaß am Provozieren können wir in diesem Zusammenhang nicht teilen.

Die Radikale Linke beansprucht für sich auch Exklusivität. Georg Fülberth schreibt über den "Anti-Imperialismus als Fixpunkt": "Den hat die ‚Radikale Linke` allerdings exklusiv, und mit ihm wirkt sie deplaziert auf jeder Feier, insbesondere jeder deutschen." (4)

Die Essenz der Botschaft dieser Herren lautet also sinngemäß: "Wir sind wenige, aber wir haben Recht. Und daß wir die einzigen sind, die Recht haben, das gereicht uns zur Ehre. Uns umgeben nur Feinde und Kollaborateure mit den Feinden, die alle gleichermaßen zu bekämpfen sind." Daraus spricht nicht nur Selbstüberschätzung, was das eigene Bewußtsein angeht, denn auch die Radikale Linke ist nicht frei von Rassismus, auch die Radikale Linke lebt zumindest im Lager der Imperialisten und hat an deren Wohlstand teil; daraus spricht auch die Absage an den Anspruch, politisch zu wirken, der Analyse die Tat folgen zu lassen, praktisch einzugreifen, wo wir mit Herrschaft konfrontiert werden.

Der beklemmende Eindruck, daß es manchen RL-Strategen in erster Linie um den Rückzug in den linken Elfenbeinturm geht, wo sie sich ungestört an der eigenen Radikalität freuen und sich selbst zu Märtyrern der reinen Lehre ernennen können, ist - leider - nicht so schnell beiseite zu schieben.

Wie schnell sich die Einschätzung ad absurdum führt, in Deutschland für Fortschritte zu kämpfen, schüre nur gefährliche Illusionen in ein besseres Deutschland, das es nicht geben kann, zeigt Gremliza in obigem Zitat selbst auf. Wenn es nur darum ginge, der Welt zu zeigen, daß Deutschland böse war, ist und bleiben wird, könnten wir in der Tat getrost privatisieren.

"Nie wieder Deutschland" hieß aber doch gerade, daß wir nicht zulassen wollen, daß hierzulande Rassisten den Ton angeben, daß der hier illegitim angehäufte Wohlstand gegen internationale Wiedergutmachungsforderungen abgeschottet wird, daß gegen Osteuropa Annexionspolitik betrieben wird, daß Deutschland weltwirtschaftlich zur Nummer Eins avanciert und sich demnächst auch wieder militärisches Sendungsbewußtsein erlauben kann.

Daß wir darüber hinaus den Kapitalismus als System bekämpfen müssen, die Nation als Konstrukt prinzipiell ablehnen müssen, internationalistisch über deutsche Grenzen hinweg und gegen deutsche Interessen denken und handeln müssen, ist nichts weiter als eine bittere Erkenntnis, die uns zeigt, daß der Weg durch die Wüste führt. Doch gerade dann sind wir angewiesen auf BündnispartnerInnen, auf eine "wie auch immer geartete Verbreiterung dieses Kreises", gerade dann dürften wir uns nicht darüber freuen, daß wir "bei Deutschen Haß und Ärger provozieren" (5), sondern müßten alles daran setzen, daß möglichst viele dieser Deutschen, wie wir selbst auch, über krumme Wege eines Tages zu dieser Erkenntnis gelangen.

Linke, revolutionäre Politik gestaltet sich aus unserer - noch dazu deutschen - Metropolen-Ausgangssituation heraus besonders schwierig: erstens haben deutsche "Massen" in der Vergangenheit das verbrecherischste System aktiv getragen. Zweitens muß jeder Antiimperialismus ihnen, deren Bewußtsein vom Prinzip der Profitmaximierung geprägt ist, als den eigenen Bedürfnissen genau entgegengesetzt erscheinen. Deutsche sind im Rahmen der Weltwirtschaft Profiteure, die zumindest materiell einiges zu verlieren haben. Dieser Umstand erschwert uns zwar die Arbeit ungemein, ändert aber nichts daran, daß es zum Kampf um die Köpfe - auch und gerade in der Metropole - keine Alternative gibt.

Vorsicht: Was hier nicht gemeint ist, ist eine "Bündnisfähigkeit" oder gar "Politikfähigkeit" unter Beweis zu stellen, für die die Kriterien nicht von uns selbst gesetzt werden. Die Radikale Linke jedoch will "von ‚Massenfreundlichkeit` als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied nehmen". (6)

Auch wir glauben nicht, daß sich in nächster Zeit für radikale Linke massenpolitische Ansätze bieten werden, außer um den Preis der inhaltlichen Selbstverleugnung. Es ist aber falsch, sich die traurige Konsequenz einer reaktionären politischen Konjunktur auch noch offensiv auf die Fahnen zu schreiben, indem mensch prinzipiell die Bezugnahme auf die hier lebenden "Massen" für obsolet erklärt - davon abgesehen, daß Massenfreundlichkeit zumindest für die "Neue Linke" zentrales Politik-Kriterium nie gewesen ist.

Für Oliver Tolmein ist die "Politik der sozialen Bewegungen der achtziger Jahre im nachhinein äußerst fragwürdig". Er hakt sie ab als Versuch, "die jeweils gerade aktuellen, aus ‚Betroffenheit` erwachsenen Protestbewegungen ein bißchen zu radikalisieren und effizienter zu formieren" und als "vor allem auf Massenwirksamkeit und ‚Betroffenheit` setzende Praxis". (7) Er setzt dann die "Nie wieder Deutschland"-Politik als Alternative zum Eingreifen in soziale Bewegungen, obwohl "Nie wieder Deutschland" bisher vor allem eine inhaltliche Ausrichtung ist, und noch nichts über die Wege der politischen Umsetzung dieser Inhalte aussagt. Unter kritischer Aufarbeitung verstehen wir schon etwas mehr als das schnelle Verwerfen bisheriger Ansätze. Der Fehler von Linken in der Vergangenheit war meistens nicht, daß sie sich überhaupt in die Bewegungen eingebracht haben, sondern daß sie - am Beispiel Friedensbewegung/Nationalismus wird es am deutlichsten - sich durch die Aufgabe essentieller Positionen die Duldung innerhalb der Bewegungen zu teuer erkauft haben. In Zukunft schon darauf zu verzichten, überhaupt für die eigenen Positionen zu streiten, kann der Ausweg nicht sein.

Ein aktuelles Beispiel scheint besonders geeignet, dies zu verdeutlichen: der Umgang mit der PDS. Die KB-Mehrheit hat sich blind auf die Option gestürzt, die einen Ausweg aus linker Perspektivlosigkeit zu bieten schien, und hat für das, was sie kritische Begleitung nennt, auf jegliche Artikulation eines eigenen inhaltlichen Profils verzichtet: die Beteiligung an der Massenpartei ist zum Selbstzweck verkommen. Andererseits macht

sich bei Teilen der Minderheit und der RL eine gewisse Feindbild-Stimmung breit, die - über richtige und notwendige Analysen der sozialdemokratischen/nationalistischen Färbung der PDS hinaus - dazu führt, sie pauschal als mögliche Bündnispartnerin überhaupt nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Einerseits droht die "antideutsche" Politik der RL also, ins selbstgefällige, isolationistische Märtyrertum abzugleiten. Eine absurde Pointe präsentiert Jürgen im vorletzten AK: "Auch über eine sinnvolle Umsetzung einer anti-deutschen Propaganda durch eine illegale Praxis gilt es nachzudenken (...)" (8). Andererseits überschätzt sie ihre eigene Wirkung völlig: Den Aufruf "Keine Stimme für Deutschland", der kaum über die eigene Familie hinaus zur Kenntnis genommen wurde, als linke Intervention zu verkaufen, oder, wie Jürgen, "die alte und die neue APO" einfach gleichzusetzen, sind vermessene Ausrutscher. (8)

Ein grundsätzliches Defizit der Radikalen Linken ist auch, daß sie es bisher versäumt hat, zu definieren, was sie mit "deutsch" oder "Deutschland" meint. Eine Politik des "Nein zu Deutschland", in der laut Jürgen "der militante Antiimperialismus einer Ulrike Meinhof (...) ebenso seinen Platz (hat) wie der freiheitliche Kommunismus einer Rosa Luxemburg oder der kosmopolitische Humanismus einer Marlene Dietrich" ist beliebig, und führt zu recht absonderlichen Bündniskonstellationen. (8) Marlene Dietrich und den kosmopolitischen Humanismus hätten wir spontan eher mit dem Weltenbürgertum der Aristokratie assoziiert als mit radikal linker Politik ... "Wer gegen die Nation und gegen Deutschland ist, wird über kurz oder lang beim Kommunismus landen". (8) Im verengten antinationalen Blickfeld wird ein Jahrhundert marxistischer Gesellschaftsanalyse kurzerhand über den Haufen geworfen - hier wird selbst der Klassenkampf zum Nebenwiderspruch erklärt.

Das "antideutsche" Credo ersetzt die genaue Analyse und wird zum einzigen Maßstab, an der die Realität gemessen wird. Der monetaristische Kahlschlag gegen die realsozialistische DDR-Wirtschaft gehört auch zu den Aggressionen Großdeutschlands. Ist das Interesse der RL daran deshalb so gering, weil die "Zonis" pauschal in die Kategorie "nationalistisch" fallen?

Radikale Linke und Rassismus

Wir können als Linke in diesem Land nicht umhin, den Nationalsozialismus an den Ausgangspunkt unserer Analysen zu setzen und die Wirklichkeit immer wieder an ihm zu messen, um Kontinuitäten und/oder neue Gefahren zu erkennen und zu bekämpfen. Den Bezug zum Faschismus stellt die Radikale Linke in der Begründung ihres Antinationalismus zwar her, aber auch sie macht einen Fehler, der sich durch die gesamte bisherige Geschichte sozialistischer Politik zieht: die Konstruktion von Nebenwidersprüchen.

Es ist altbekannt, daß ökonomistische Faschismustheorien à la Dimitroff zu kurz greifen und daß die traditionelle Linke u.a. gescheitert ist, weil sie Antisemitismus und Rassismus nur in Funktion zum Klassenkampf Bedeutung zumaß.

Die Analyse des Faschismus müßte uns zeigen, daß nicht nur richtig ist: der Imperialismus des Hitler-Regimes hat Antisemitismus für seine innen- und außenpolitischen Ziele geschürt, benutzt und schließlich unter Mitwirkung der Bevölkerung in Kriegs- und Mordpolitik umgesetzt. Sondern: Antisemitismus war schon im Kaiserreich konstituierender Faktor der "deutschen Nation". Eine ganze "wissenschaftliche" Schule hat Juden als dem deutschen Volk biologisch fremd und schädlich definiert. Unter den Bedingungen des faschistischen Staates, der moderne Bevölkerungs- und Großraumplanung betrieb und sie zu vollziehen suchte, entstand das Projekt "Endlösung". Daran waren alle Schichten der deutschen Gesellschaft planend und ausführend beteiligt und brachten ihre eigenen Vorstellungen und Ziele ein. Sie produzierten und gestalteten Antisemitismus, der eine der Säulen nationalsozialistischer Herrschaft war.

Antisemitismus hat demzufolge eine eigene Dynamik und Praxis, ist ein gesellschaftlicher Widerspruch für sich. Ähnlich verhält es sich mit dem Rassismus. Auch er konstituiert selbst Herrschaft, d.h. unter anderem ökonomische Ausbeutungsverhältnisse, und ist nicht nur ideologisches Konstrukt zur Legitimierung von Herrschaft.

Breiter diskutiert wurde die Frage des Nebenwiderspruchs auf Druck der Frauenbewegung in Bezug auf das Patriarchat. Leider zeigt sich aber an der Radikalen Linken, daß auch dieser Aspekt nur oberflächlich und deklamatorisch Eingang in den linken Diskurs gefunden hat.

Daß die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsweise keineswegs ausreicht, um rassistische und sexistische Herrschaftsformen zu beseitigen, offenbart sich am Beispiel der DDR-Gesellschaft oder anderer realsozialistischer Systeme, in denen Rassismus, Antisemitismus und Männerherrschaft genauso konstitutiv für das Bewußtsein der Massen gewesen zu sein scheinen wie in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

Wir stehen also vor der Aufgabe, Theorien rassistischer und antisemitischer Herrschaftspraxis ebenso wie patriarchaler zu entwickeln, und ihre Interdependenzen und Widersprüche zur Klassenfrage herauszuarbeiten.

Es ist allerdings nicht nur ein theoretisches Defizit, Widersprüche wie Rassismus, Antisemitismus sowie Sexismus dem Klassenwiderspruch unterzuordnen.

Folgendes Zitat von Ruth Fischer, Mitglied im ZK der KPD, aus dem Jahre 1923 zeigt, welch traurige Blüten diese Herangehensweise treiben kann: "Wer gegen das Judenkapital aufruft ..., ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß ... Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!" (9) Hier wird Antisemitismus als so nebensächlich angesehen, daß er sogar als Mittel im Klassenkampf eingesetzt wird. Letztlich kann also die Fixierung auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit dazu führen, daß marxistische Praxis sich vom Ziel, den Menschen von der Unterdrückung durch den Menschen zu befreien, loslöst, und sich in ihr Gegenteil verkehrt.

Bei der Radikalen Linken, die sich die Arbeit gegen Rassismus und Antisemitismus zum Programm gemacht hat, sieht der Nebenwiderspruch im Thesenpapier der Kölner Gruppe zum Thema "Ethnisch-Nationale Minderheiten" so aus: "Die Migrationsbewegungen führen in der gesamten Geschichte des Kapitals immer wieder zur Neuzusammensetzung der Klasse. (...) langfristig betrachtet können die ArbeitsimmigrantInnen einen revolutionären Auftrieb in der Klasse bewirken. Sie können aufgrund ihrer miserablen sozialen und ökonomischen Situation potentiell revolutionär werden und können somit den ‚Motor` der neuen multinationalen Klasse bilden. (...) Die Linke muß die neue Situation erkennen und auf die neue Klassensituation reagieren. (...) die Minderheiten sind aufgrund ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage die Hauptbündnispartner der Linken". (10)

Das ist ein rein funktionaler Umgang mit den Opfern von Rassismus, die hier Manövriermasse, nämlich imaginäres revolutionäres Subjekt sind. Wenn wir dieser Logik folgen, müßten wir von Glück sagen, daß es ImmigrantInnen bei uns so dreckig geht, weil sie ja deshalb zu potentiellen Bündnispartnern im Klassenkampf werden. Die Radikale Linke macht dabei in der Analyse bereits einen Fehler, indem sie voluntaristisch davon ausgeht, daß alle Menschen, die in einer "miserablen sozialen und ökonomischen Situation" leben, "potentiell revolutionär" sind.

Antirassismus würde heißen, Rassismus per se zu bekämpfen, eben weil er Menschen unterdrückt und ausgrenzt, sie zum Teil das Leben kostet, und nicht nur, weil und wenn das unseren Klassenzielen nützt. Dieser grundsätzliche Antirassismus schließt auch ImmigrantInnen mit ein, die angepaßt leben und sich mit der kapitalistischen Realität zu arrangieren versuchen, aber dennoch Opfer von Rassismus sind. Genauso, wie Frauen Vorstandsvorsitzende, Justizministerin oder Polizeibeamtin werden können, also Täterinnen - und dennoch gleichzeitig patriarchaler Aggression ausgesetzt sind, genauso wie Marginalisierte zwar gegen Bonzen, aber dennoch auch gegen "Türken" sein können, reproduzieren ImmigrantInnen eben auch Herrschaftsverhältnisse, in denen sie leben.

Desweiteren liegt der Annahme, daß ImmigrantInnen automatisch "antideutsch" seien und so mit einer "Nie wieder Deutschland"-Politik im Einklang stehen müßten, die Prämisse zugrunde, sie seien nicht deutsch. Letzteres zeigt, daß wir selbst rassistische Denkmuster benutzen.

Auch der Aufruf der Radikalen Linken zum Wahlboykott "Keine Stimme für Deutschland" legt den Verdacht nahe, daß der Antirassismus hier in erster Linie aus der eigenen - deutschen bzw. in diesem Fall antideutschen - Befindlichkeit abgeleitet wird. "Wir verzichten auf die Wahrnehmung eines rassistisch definierten Privilegs und solidarisieren uns mit den Hauptopfern der neudeutschen Rassen- und Klassenpolitik", heißt es da. Mit dem Verzicht auf ein "rassistisch definiertes Privileg" geht es darum, sich selbst nicht mitschuldig am herrschenden staatlichen Rassismus zu machen. Ein so begründeter Wahlboykott dient vor allem der Reinhaltung des eigenen Gewissens. Eine primär antirassistische Herangehensweise hätte umgekehrt versuchen müssen, sich aktiv und in Auseinandersetzung mit ImmigrantInnen und Flüchtlingen für

deren Wahlrecht einzusetzen, um gegebenenfalls dann im Rahmen einer antirassistischen Kampagne zum Wahlboykott aufzurufen.

Bisher ist der Antirassismus der Radikalen Linken bloß ein Aushängeschild - was sich auch in der Tatsache bestätigt hat, daß die Beteiligung am Anti-Rassismus-Block auf der Hamburger Konferenz, zu der dasselbe Flugblatt mobilisierte, eher beschämend war. Zwischen den verschiedenen Defiziten der RL besteht durchaus ein Zusammenhang: wären mehr Frauen an den Diskussionen beteiligt, dann könnten vielleicht auch Ergebnisse aus der Antirassismusdiskussion, die die Frauenbewegung immerhin schon seit ein paar Jahren führt, einfließen.

Wie "deutsch" ist die BRD geworden?

Vor einem Jahr war die Synthese aller Übel in der Parole "Nie Wieder Deutschland" richtig. Heute müssen wir sie wieder in ihre Einzelteile zerlegen, eine genaue Analyse dessen liefern, wo "Deutschland" wie wirkt, ganz konkret und jeweils aktuell; wir müssen die Komponenten Imperialismus, Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus wieder für sich nehmen und bekämpfen. Manche unserer Prognosen aus dem letzten Winter treffen heute nicht genau zu.

· Der regierungsoffizielle Nationalismus hat nach seinen Höhepunkten im "deutschen Winter" 89/90 nicht die Formen angenommen, die wir befürchtet haben. Der 9. November wurde nicht zum Nationalfeiertag erklärt, was direkt an Nazi-Traditionen angeknüpft hätte, die Diskussion darum brach schnell wieder ab. Am darauffolgenden 9. November 1990 setzte sich auch bei dem Fettnapftrampel Helmut Kohl die Trauer- und Mahnkultur eines Richard von Weizsäcker durch. Das heißt, die Regierungskoalition zog es vor, den deutschen Faschismus auch weiterhin auf die sanfte Art zu entsorgen, anstatt offensiv die Befreiung der Deutschen von Schuld und Scham auszurufen. Ob man sich hier aus außenpolitischen Rücksichten zurückgenommen hat, oder aber dies einfach die effektivere Methode ist, die zum gleichen Ziel führt, bleibt zu diskutieren.

Wie auch immer - die Bundesregierung konnte es sich leisten, die Forderung des "Zentralrats der Juden in Deutschland" nach Erwähnung der Shoah in der Präambel der gesamtdeutschen Verfassung zurückzuweisen.

· Rassismus von oben hat es natürlich auch in diesem Jahr gegeben: genannt seien hier nur der offen rassistische Wahlkampf der Berliner CDU, das Bundesverfassungsgerichtsurteil gegen das kommunale AusländerInnenwahlrecht, die Politik gegen Sinti und Roma, und auch die Ausweisung von ArbeitsimmigrantInnen aus der DDR. Die Einschätzung, es handele sich hierbei um eine qualitative Verschärfung, läuft Gefahr, die Verhältnisse vor der Wiedervereinigung zu beschönigen.

· Die Option eines militärischen Einsatzes Großdeutschlands ist möglicherweise bis zum Erscheinen dieses Artikels im Rahmen des Golfkonflikts Wirklichkeit geworden. Ausgerechnet wir Deutschen sind nach der Wiedervereinigung nicht nur souverän, sondern verkörpern nach den Worten Kohls geradezu Frieden und Gerechtigkeit, weshalb wir die arabische Welt mit Kampfbomberstaffeln beglücken müssen. Dabei handelt es sich um deutsche Kriegsführung im Rahmen einer internationalen "Friedenstruppe" und im Einklang mit der NATO, also nicht um einen militärischen Alleingang im Sinn eines traditionellen deutschen Sonderwegs, wie er durch die Wiedererlangung der "nationalen Souveränität" grundsätzlich wieder möglich wäre. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß die BRD hinter dieser imperialistischen Weltallianz nicht doch die alten Weltherrschaftsansprüche verfolgt. Deutlich wird dies im europäischen Rahmen, wo deutsche Hegemonie auf kooperative Weise durchgesetzt wird.

Die Gefahr einer spezifisch deutschen Aggressivität sollte deshalb zwar Maßstab bleiben, darf aber nicht dazu führen, daß wir ausschließlich in alten Bildern denken, die uns daran hindern, neue internationale Konstellationen differenziert zu analysieren.

Genau das tut die Radikale Linke, indem sie darauf beharrt, Assoziationen zum Nazifaschismus zu beschwören: "Stechschritt unter den Linden, (...) Zapfenstreich und Fahnenappell". (11) Das Schlagwort vom "Vierten Reich" ist die unmittelbarste Gleichsetzung dieser Art. Im "Keine Stimme für Deutschland"-Aufruf ist die Rede von "ökonomischer und diplomatischer Blitzkrieg-Strategie", "gezieltem Zerstörungsangriff" und "Fangschuß" für die und "Auslöschung" der DDR. Diese Terminologie will offenbar moralisch empören, trifft aber die heutige Realität nicht genau genug. Sie ist hart an der Grenze zur Verharmlosung des

Nazifaschismus und paßt im übrigen schlecht zu der leichtfertigen Provokationspose, die wir weiter oben kritisiert haben.

· Der Bereich, in dem ganz klar eine neue Qualität zu verzeichnen ist, sind rassistische und faschistische Überfälle sowie antisemitische Aktivitäten.

Der euphorische Nationalismus in der Bevölkerung hat bereits ab Januar nachgelassen, als "Kosten der Einheit" absehbar wurden. Er wich in der BRD zum Teil einen Wohlstandschauvinismus gegenüber DDR-BürgerInnen. Aber auch in der DDR fanden die aggressiv-nationalen Demonstrationen v.a. in Leipzig ein Ende. Einen weiteren Höhepunkt nationalistischer Ausschreitungen haben wir zwar anläßlich der Fußballweltmeisterschaft erlebt, insgesamt aber gehören massenhafte Manifestationen deutsch-nationaler, rassistischer oder anti-semitischer Art nicht zu unserem Straßenbild.

Dennoch hat sich in bundesrepublikanischer Wirklichkeit etwas verändert. Kaum ein Tag vergeht, an dem in den Medien nicht über Angriffe gegen ImmigrantInnen, Flüchtlinge oder schwarze Deutsche zu lesen wären. Schwarze organisieren sich in Berlin und "stellen fest, daß die aktuelle Welle von rassistischer Gewalt für sie die größte Gefahr darstellt. Die Mehrzahl der Überfälle werden weder Presse noch Polizei bekannt, weil die Menschen Angst vor der unkontrollierten Öffentlichkeit haben oder skeptisch gegenüber der Polizei sind. Über den jüngsten Mord an einer jungen afro-deutschen Frau erfährt die Öffentlichkeit ebensowenig, wie über den Boom der ‚Anti-Neger-Aufkleber` oder die Besorgnis von vielen Schwarzen vor gewaltsamen deutschen Fußballfeiern." (12) Todesopfer gibt es allein in Berlin bereits mehrere, doch was vor einem Jahr noch Tausende zu Trauer- und Protestmärschen mobilisierte, ist heute allenfalls Kneipengespräch.

Auch die Ostberliner Ausländerbeauftragte stellt fest, daß "die Angriffe auf AusländerInnen in Berlin-Ost sowohl in der Zahl als auch in der Intensität drastisch" zunehmen, und daß sich die Polizei "desinteressiert und passiv" verhält. (13)

Die Reihe der Schändungen jüdischer Friedhöfe reißt nicht ab, PDS-Veranstaltungen, auf denen Gregor Gysi auftritt, werden mit "Juden Raus"-Rufen unterbrochen. Es finden Überfälle auf besetzte Häuser, die als linke Treffpunkte bekannt sind, und auf Schwule Cafes statt. Am Sylvestertag wurde zum wiederholten Mal versucht, deutscherseits die polnische Grenze zu stürmen. (14)

Das ist nicht nur die Spitze des altbekannten Eisbergs, es ist Ausdruck neuer Selbstverständlichkeiten. Diejenigen, denen so drastische Methoden nicht liegen, haben eine andere Praxis. Sie diskriminieren leiser, schreiben wie Augstein antisemitische Kolumnen, denken wie die Grünen über Einwanderungsquoten nach, die dem "deutschen Volk" bekömmlich sind, werden das neue "Ausländergesetz" anwenden, hören wie die liberale bürgerliche Presse einfach auf, sich bei rassistischen Übergriffen zu empören, reden wie die taz immer mal wieder über "Neger" und erklären die Stasi zum Hauptfeind der Nation.

Das ist nicht alles das Gleiche, aber es sind verschiedene Formen der Täterschaft. Sie zusammen bilden die Dynamik, die so gerne passiv mit Begriffen wie "Duldung", "Toleranz" oder "gesellschaftliches Klima" beschrieben wird. Eine neue, "befreite" Qualität deutschen Selbstverständnisses ist das Dach, unter dem Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus, Homophobie und z.T. auch Sexismus gedeihen.

Es ist aber nicht möglich, den Nationalismus per se zu bekämpfen. Mensch kann ihn auf theoretischer Ebene analysieren, kritisieren und bloßstellen. Um aber eine Strategie für politische Praxis zu entwickeln, muß mensch die greifbaren Herrschaftsstrukturen bekämpfen, die den gesellschaftlichen Rahmen nationalistischer Denkmuster darstellen.

Dazu gehört unsere eigene Emanzipierung von Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat. Was das für die Radikale Linke heißt? Die Tatsache, daß sie eine weiße, fast ausschließlich männliche und deutsche Struktur hat, ist durchaus ein Barometer für den Stand dieser Emanzipation. So kommt es, daß in strategischen Artikeln zur RL-Politik geschrieben wird, daß "sonst der Sumpf nie trockengelegt wird" und daß Politikfelder "degeneriert" seien. (15) Auch die radikalste antinationale Gesinnung sagt noch nichts darüber aus, wieviel mensch in Theorie und Praxis nach wie vor an Rassismen, Sexismen und anderen Diskriminierungen reproduziert. Genauso, wie Massengefolgschaft nichts aussagt über die Qualität des eigenen Programms, sagt umgekehrt der Grad der Isolierung oder des "Sektierertums" eben auch nichts darüber aus. Viel Feind heißt noch lange nicht viel Ehr'.

Der nächste Handlungsschritt wäre die Überwindung der Gräben zwischen linken ImmigrantInnen- und Flüchtlingsorganisationen auf der einen, der deutschen weißen Linken auf der anderen Seite, die seit dem Inkrafttreten des "Ausländergesetzes" vordringlicher ist denn je.

Zerfallsprozeß oder Umstrukturierung

Je desolater der Zustand der Linken ist, je aggressiver der Staat, und je siegreicher "Demokratie und Marktwirtschaft", umso mehr gewinnt die Organisationfrage an Bedeutung. Bis zur Vollendung des EG-Binnenmarkts 1992 stehen uns wohl noch einige Drehungen der Repressionsschraube bevor. Es geht also nicht nur um die Notwendigkeit, eine linke Strategiedebatte neu zu organisieren, sondern auch um schlichte Selbstverteidigungsstrukturen, die die ausbleibende Unterstützung aus dem bürgerlich-humanistischen Spektrum ausgleichen können. Hier war die Grundidee der Radikalen Linken, ein offenes Forum zur Vernetzung verschiedener inhaltlicher und auch praktischer Ansätze zu schaffen, schon richtungweisend. Daß dieser Vorstoß der RL bis heute eine gewisse Stagnation und Erosion erfahren hat, kann sowohl an den veränderten politischen Bedingungen liegen, als auch an ursächlichen, immanenten Fehlern. Diese Frage müßte an anderer Stelle aufgearbeitet werden.

Da eine solche Organisationsstruktur nicht homogen im Sinn einer Partei sein soll, können auch zunächst unvereinbare Ansätze nebeneinander existieren und ohne Gesichtsverlust in Teilbereichen zusammen agieren. In einer Situation, in der Linke ohnehin aufs Experimentieren zurückgeworfen sind, ist das Verteufeln abweichender Ansätze nicht unbedingt sinnvoll. Wir brauchen eine offene Streitkultur, die auf einer solidarischen Basis steht. Das ist auch notwendig, wenn wir den bisherigen Zerfallsprozeß der Linken produktiv wenden wollen in eine tatsächliche "Umstrukturierung".

mir. & mar., Westberlin

Anmerkungen:

1) "Deutschland? Nie wieder!", Reader zum Kongreß der Radikalen Linken, S. 36

2) ebenda, S. 13

3) Rede auf der Demonstration "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" am 3.11.1990 in Berlin

4) ProWo Nr. 8, 23. November 1990, Westberlin

5) "Keine Stimme für Deutschland -Reichstagswahlen ohne uns", Flugblatt der Radikalen Linken

6) ebenda

7) konkret 12/90, S. 34

8) AK 324, S. 36/37

9) zitiert nach konkret 1/91, S. 45

10) wie (1), S. 166f

11) wie (3)

12) Antifaschistisches Infoblatt 13, Winter 90/91, Westberlin, S. 4f

13) ebenda

14) taz 4.1.91

15) wie (8)

33. Rück- und Ausblick auf die Ost-Grünen von Inett Kleinmichel, Ost-Berlin (Grüne/AL)

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:13

Die DDR-Grünen haben aus ihrer DDR- Sicht angefangen, grüne Politik zu machen, die aus heutiger Sicht sehr naiv war. Das Ziel war, erst einmal die DDR zu verbessern und das bedeutete Demokratie, Mitbestimmung und Rechtsstaat. Das Land war wirtschaftlich und, nach der zustimmenden Haltung der Partei zur chinesischen Regierung und der Haltung zur sowjetischen Perestroika, auch moralisch am Ende. Die Ausreisewelle nach der Öffnung der ungarischen Grenze ist ein Ausdruck dafür gewesen. Doch viele Menschen reisten nicht aus, sondern begannen ihre Kritik an der DDR Politik zu formulieren. Von Fabriken bis zu wissenschaftlichen Einrichtungen gab es Unmengen Protest- und Willenserklärungen, in denen immer wieder Demokratie und Öffnung nach außen gefordert wurden. Die Regierung beharrte dennoch auf der Richtigkeit der eigenen Politik. Die Gesamtheit der kirchlichen Oppositionsgruppen, die wohl erst wieder gegen Ende der DDR eine Rolle gespielt hatten, und zwar die organisierter Gruppen außerhalb der herrschenden Ideologie, reihten sich ein in diesen Reigen mit ihrer, schon seit der letzten DDR-Wahl massiver gewordenen Kritik. Ihre Forderung war dieselbe: Demokratie. Mit diesem Begriff schien alles umschrieben zu sein. Die Forderung nach freien Wahlen, Mitbestimmung, mehr Öffentlichkeit ohne ideologische Bremsen sowie nach Beendigung der Bürokratie und Korruption. Demonstrationen fanden in dieser Zeit fast jeden Tag statt. Dieser massive Druck beruhte auch auf der Angst vor dem chinesischen Weg und noch unberechenbaren Repressionen. Die DDR hat in dem Moment aufgehört zu existieren, als das Land nur noch mit Barbarei zu halten gewesen wäre.

In dieser Zeit gründete sich die Grüne Partei der DDR. Sie hat sich deshalb als eigenständige Partei gegründet, weil eine Grüne Liste innerhalb des Neuen Forums, auch wegen persönlicher Rivalitäten, nicht möglich war und die Vertretung ökologischer Probleme den GründerInnen, die größtenteils aus der Umweltbewegung kamen, wichtig war.

Was wollten die Grünen? Aus der Gründungserklärung: "Wir wollen der fortschreitenden Zerstörung und dem ökologischen Ausverkauf unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebieten... Als politische Partei in der Grünen Bewegung wollen wir Verantwortung in den Volksvertretungen übernehmen ... Wir verstehen uns als ökologisch, basisdemokratisch und wollen gewaltfrei mit Menschen und partnerschaftlich mit der Natur umgehen. Wir erklären uns solidarisch mit sozial Benachteiligten und treten für die Gleichstellung von Mann und Frau ein." Schon an diesen Sätzen ist zu sehen, daß die Westgrünen ihr Vorbild waren, trotzdem gab es eine klare DDR-Intention. Sollten doch ersteinmal die Probleme der DDR gelöst werden und wollte mensch dort Autonomie wahren. Z.B. in den Frauenthemen wurde die Quotierung beschlossen, das hochgestellte i eingeführt und das Bündnis mit dem UFV beschlossen, obwohl eine inhaltliche Auseinandersetzung kaum stattfand und bis heute noch nicht stattgefunden hat. Ähnliches läßt sich auch über die Struktur sagen. So die Bildung eines Delegiertenrates als höchstes Gremium zwischen den Parteitagen und die Einrichtung eines Vorstandes anstelle eines Vorsitzenden. Trotz allem Enthusiasmus konnten die Grünen der DDR inhaltlich und politisch kaum mit der Entwicklung mithalten. Ein Grund dafür ist die späte Gründung, da sich schon viele in anderen Organisationen eingerichtet hatten. Ein anderer Grund ist die fehlende Erfahrung sowie das Aufreiben in vier Wahlkämpfen, in denen ständige Präsenz gefragt war und wenig Zeit für eine Weiterentwicklung blieb. Ersatzweise bemühen sich nicht nur die Ost-Grünen, sondern etliche BürgerbewegungsaktivistInnen bis heute, die nicht mehr existente Stasi aufzulösen. Der BND wäre doch auch ganz interessant. Damit ist auch Vorschub für eine möglichst bedingungslose Übernahme geleistet worden, doch dieser Vorwurf muß außer dem UFV und der VL allen Oppositionsgruppen gemacht werden. Ein Problem war, daß mit der Annexion der DDR durch die BRD natürlich auch deren System übertragen wurde, die Ost-Grünen jedoch immer mit ihrer Sicht auf die ehemalige DDR an die Veränderung rangegangen sind und in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West die DDR-Sicht auf gesellschaftliche Probleme keine Perspektive mehr hatte. Die West-Grünen haben sich mit diesem Problem nur strömungstechnisch auseinandergesetzt. Die Erklärung vom ersten Parteitag in Halle am 11.1. zur deutschen Frage ist Ausdruck der Sichtweise der Ost-Grünen. Hier ein Auszug: "Wir setzen uns für die Erarbeitung einer vom Volke getragenen Verfassung ein, die den Prozeß der Annäherung rechtsstaatlich absichert. KSZE-Gipfelkonferenz 1990 mit der Zielsetzung: Bei schnellstmöglicher vollständiger Abrüstung beide Militärbündnisse aufzulösen und ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem zu

schaffen.. Gleichrangig: Sofortige Einberufung einer ökologischen Sicherheitskonferenz mit dem Ziel, umweltzerstörende Produktion und Konsumption einzustellen und die Weltwirtschaft zugunsten der 2/3 Welt neu zu ordnen ... Aufbau einer deutschen Konföderation bei voller innerer Souveränität beider deutscher Staaten, Festschreibung der bestehenden Außengrenzen, Primat der Ökologie, Gleichstellung der Geschlechter, Antifaschismus ... Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Konföderation und allen am II. Weltkrieg beteiligt gewesenen Staaten, sowie mit Israel ... Erarbeitung und Inkraftsetzung einer Verfassung für eine einheitliche deutsche Republik in einer europäischen Friedensordnung." In Halle wurde die erste und bisher letzte größere inhaltliche Debatte für ein Parteiprogramm geführt. Z.B. Grundsätze der Wirtschaft: Stabilität und Dauerhaftigkeit lassen sich in der Wirtschaft nur verwirklichen, wenn diese nach den Prinzipien der Vielfalt und des Kreislaufes gestaltet wird. Wir setzen uns für marktwirtschaftliche Regelmechanismen ein, die in einem Rahmenplan eingebettet sind. Dabei sind verschiedene Eigentumsformen bei gesicherter Entwicklung des Gemeineigentums zu gewährleisten. Oder Naturschutz: Neugestaltung des Umweltrechts ... Klagerecht und Akteneinsicht für Bürger und Organisationen ... Schaffung einer ehren- und hauptamtlich getragenen Umweltschutzbehörde mit polizeilichen Befugnissen ... Einrichtung zusätzlicher Naturschutzgebiete, Nationalparks und Totalreservate auf mindestens 5-10% der Landfläche, insbesondere in bisher weitgehend unzugänglichen Gebieten (ehemalige Staatsjagdgebiete, Truppenübungs- plätze und Grenzregionen zur BRD und West-Berlin). Um diese Forderungen durchsetzen zu können, glaubte mensch den Einzug ins Parlament schaffen zu müssen. Doch sehr schnell waren es eher Rivalitätskämpfe, die geschafft werden mußten und diese überdeckten die eigentlichen Ansprüche und Inhalte. Die Strömungen standen ja schon bereit. Es mußte nur noch gewählt werden oder die Kämpfe entsetzten so, daß gleich gar keine Politik mehr gemacht wurde. In anfänglicher Unkenntnis der Verhältnisse und Rollenverteilung in den West-Grünen waren die Ost-Grünen zu Anfang ihres Bestehens ein leichtes Fressen und fungierten im internen Kampf als Schachfigur. Durch die Fusion ist die West-Fixierung noch verstärkt worden, doch ist diese frühzeitige Option die einzige Chance gewesen, sich als Organisation zu erhalten, war doch das Neue Forum seit Mai dabei, grüne Landesverbände zu gründen, um damit hauptsächlicher Bündnispartner der West-Grünen sein zu können. Natürlich mit Hilfe einiger VertreterInnen der West-Grünen.

Was für Chancen gibt es für die Politik linker Ost-Grüner in den Grünen unter der Bedingung des im Westen bröckelnden linken Rands? Eine wäre, daß über die Ost-Grünen eine Menge junger, neuer linker Leute in die Partei kommen. Das ist aber nicht der Fall. Es kann nur eine Entscheidung geben. Will mensch akzeptieren, wie es zugeht in den Grünen und sich einreihen in die Gruppe von Leuten, die in dieser Partei immer noch die Chance sehen, linke Positionen an die Öffentlichkeit bringen zu können und/oder geht mensch in die außerparlamentarischen Gruppen? Viele sind schon gegangen, aber auch viele setzen sich zusammen, um über ihre eigenen Vorstellungen zu reden, was wollen wir und wie können wir es einbringen. Wir sind im Herbst mit der Utopie auf die Straße gegangen, daß der Sozialismus in der DDR durch die Perestroika demokratisierbar wäre. Nun, die DDR ist verschieden und alles ist tot? Ein Überleben ist ohne eine Entwicklung hin zu einem System in Freiheit und Gleichheit nicht möglich. Die Utopie vom Sozialismus bleibt also und der Traum ist noch lange nicht aus. Was wir wollen ist klar. Diese Partei soll ein Gremium für eine starke parlamentarische Opposition sein, kommend aus den Bewegungen. Wichtig für uns ist die Verbindung der sozialen und ökologischen, wie der kommunalen und globalen Probleme. Sicher, eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Systems durch die Grünen ist nicht möglich, aber eine grundlegende Kritik am herrschenden kapitalistischen Industriesystem muß geführt werden, egal wo. Für eine Opposition in diesem Land muß jede Form der Opposition genutzt oder zumindest akzeptiert werden. Ganz konkret findet eine Zusammenarbeit zwischen den Linken in den Gruppierungen aus der ehemaligen DDR und den außerparlamentarischen Gruppen statt. Um nur ein gerade aktuelles Beispiel zu nennen: Etliche Menschen aus den parlamentarischen Gruppen leben in besetzten Häusern oder unterstützen sie. Organisationsloyalitäten bedeuteten in der Linken wenig. Solange es keine Alternative im Parlament zu den Grünen gibt und uns Luft gelassen wird, bleiben wir drin.

34. Vernunft vor Strömungslogik

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:42

In der letzten Ausgabe des AK konnte nachgelesen werden, daß sich die Krise des KB einem Punkt nähert, da sie gelöst werden muß. Mittlerweile ist das Knäuel des Streits so unentwirrbar geworden, daß die Mehrheitsströmung bei der Suche nach Lösungen mehr nach der Art Alexanders, einfach aber wirkungsvoll, und nicht nach der eines Entfesselungskünstlers verfuhr. Sie erklärte auf einem Treffen am 24.11.90, sich organisatorisch und publizistisch von der Minderheit zu trennen. Seitdem hagelt es Proteste vornehmlich aus den Reihen der Minderheit und ihr nahestehenden "Mittelgruppen". Die Vorwürfe sind einfach gestrickt: Die Mehrheitsströmung betreibe den "Kahlschlag", verweigere sich einer demokratischen Diskussion und Entscheidungsfindung, wolle den KB und den AK in die PDS überführen usw. Insbesondere mit dem drohenden Verlust des AK als gemeinsame Zeitung wird Stimmung gemacht, da dies weit mehr als die Anhänger des KB schmerzlich treffen würde. Die vorherrschende Meinung innerhalb der Mehrheitsströmung, erst dann einen gemeinsamen, letzten KB-Kongreß durchzuführen, wenn in Verhandlungen zwischen den Fraktionen eine annehmbare Lösung in Sicht ist, wird nun als Versuch entstellt, den Mitgliedern des KB eine Entscheidung über die Zukunft vorzuenthalten. Was ist daran?

1. Kein Kongreß ohne Verhandlungen

Die Mehrheitsströmung hat für sich entschieden, mit der Minderheitsströmung nicht mehr in einer gemeinsamen Organisation zusammenarbeiten und auch keine gemeinsame Zeitung mehr herausgeben zu wollen. Sie geht davon aus, daß hierüber kein Kongreß zu entscheiden habe, sondern daß dies ihr souveräner Wille ist. Sie hat auch keinen Sinn mehr darin gesehen, auf einem Kongreß die Mehrheitsverhältnisse noch einmal neu festzustellen, unabhängig davon, ob sie in der Mehrheit bleibt oder nicht. Da in politisch-inhaltlicher Hinsicht innerhalb der gesamten Organisation keine Veränderungen zu erkennen sind, die einen anderen Kongreßausgang erwarten ließen, als dies die Mitgliederversammlung im März und die Arbeitskonferenz im September letzten Jahres gebracht haben, ist zu befürchten, daß ein solcher Kongreß nur die Fortsetzung einer festgefahrenen Diskussion bringen kann. Denn was spricht dafür, daß auf einer solchen Versammlung anders diskutiert würde als in den zurückliegenden Monaten. Wir wissen, daß es innerhalb der Minderheitsströmung Interesse an einer Schlacht um die Mehrheit gibt, die Mehrheitsströmung sieht hierin keinen Sinn, da die Argumente ausgetauscht sind, die Mehrheitsverhältnisse weitgehend festliegen und keine Seite in der Lage zu sein scheint, eine qualifizierte Mehrheit zu erlangen.

Deshalb war vorgeschlagen worden, zwischen den beiden Hauptströmungen in Verhandlungen zu treten, wie eine Trennung vollzogen werden könnte, die nicht in einem letzten Gemetzel endet, sondern die unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, jetzt auseinanderzugehen, um dann gegebenenfalls auf einer anderen organisierten Ebene besser zusammenarbeiten zu können.

2. Die Spaltung der Organisation

Es ist jetzt oft der Vorwurf zu hören, die Mehrheitsströmung spalte mit ihrem Beschluß den KB. Nun, wer den AK genau studiert und sich die seit jetzt 18 Monaten währenden Debatten vor Augen hält, muß zugestehen, daß dieser KB gespalten ist. Eine Trennung ist nur die logische Folge einer völlig zerrütteten Beziehung. Dabei geht die Mehrheitsströmung nicht davon aus, daß die Trennung sich zwangsläufig aus den inhaltlichen Differenzen ergeben mußte. Viel entscheidender ist die zuletzt erreichte Unfähigkeit, Differenzen sachlich auszuhalten und der Versuchung zu widerstehen, diese zu persönlichen Unverträglichkeiten zu machen.

Der Vorwurf der Spaltung spielt mit einer unsäglichen Tradition der kommunistischen Bewegung. Die Einheit der Organisation hat dabei Vorrang vor allem anderen. Fraktionen durften sich nicht bilden, weil dies die Einheit störte. Wenn sie entstanden, mußten sie eliminiert werden, um die Einheit zu erhalten. Teile, die ihr Interesse nicht mehr in der Organisation aufgehoben sahen und sich eigenständig machten bzw. machen wollten, wurden als Spalter aufs Messer bekämpft.

Nun sind wir von dieser Praxis einige Schritte entfernt, aber das Grundmuster der Argumentation begegnet uns wieder, in diesem Fall auf den Kopf gestellt. Nicht die Minderheit kämpft um ihr Verbleiben in der Organisation, sondern sie will die (jetzige) Mehrheit daran hindern, sich selbständig zu machen. Das alles mit dem Argument, die wichtigen Fragen seien noch nicht ausdiskutiert. Richtig, und auch wir wissen, daß es zwischen den

GenossInnen beider Seiten im Verhältnis zur Linken außerhalb immer noch große Gemeinsamkeiten gibt, und es müßte dann ernsthaft nachgedacht werden, wie diese zur Entfaltung gebracht werden können.

Aber der Zustand ist leider derjenige, daß sich Mehrheit und Minderheit jeweils gegenseitig die Fähigkeit absprechen, die entscheidenden politischen Fragen der Zukunft richtig anzugehen. Insofern ist auch der erreichte Zustand normal, daß über die Frage nicht mehr im Austausch, sondern nur noch in den Fraktionen diskutiert wird. Schritte der praktischen Politik werden schon seit Monaten nicht mehr miteinander abgestimmt. Was ist dies anderes als die Spaltung der Organisation?

3. Die politische Zukunft des KB

Die Minderheit hat Verhandlungen zwischen den Fraktionen unter anderem damit abgelehnt, daß über die Zukunft des KB und des AK nur ein Kongreß oder eine Mitgliederversammlung entscheiden könne. Alles andere sei undemokratisch, Spaltung von oben usw. Sie hat für dieses Vorhaben Unterstützung von scheinbaren Mittelpositionen bekommen (siehe Abdrucke in diesem AK). Das hört sich gut an, nur hat es mit dem Problem nichts zu tun. Die Mehrheitsströmung geht nicht davon aus, daß sie den KB verkörpert. Für die Trennungsverhandlungen war denn auch eingeräumt worden, daß beide Seiten auf den Namen KB bzw. AK verzichten könnten. Wenn in dem Papier der Minderheit (siehe AK 325) davon gesprochen wird, daß nur ein KB-Kongreß über die Zukunft und die Richtung entscheiden könne, so macht dies deutlich, daß die Minderheit immer noch von dem Verständnis ausgeht, es ließe sich eine Richtung für den KB entscheiden. Das entspricht nicht dem Zustand. Es existieren zwei sich ausschließende Richtungen. Für keine der beiden Seiten wäre es akzeptabel, sich einer Mehrheitsentscheidung unterzuordnen. In dem Sinn wird es für den KB also keine Richtungsentscheidung geben können. In dem in diesem AK abgedruckten Vierer-Brief wird suggeriert, es gäbe über die beiden Fraktionen hinaus im KB eine große Anzahl von Mitgliedern, die außerhalb der gebildeten Fraktionen stünden und die auf dem geforderten Kongreß über das Schicksal des KB zu befinden hätten. Nun ist zum einen die so beschriebene Zahl der GenossInnen relativ gering, und es ist sicherlich kein Zufall, daß die vier SchreiberInnen bei den Abstimmungen mit großer Wahrscheinlichkeit bei der Minderheit anzutreffen sein werden (top, die Wette gilt!), das eigentliche Problem liegt jedoch woanders: solange eine so beschriebene Mittelposition nicht wirklich eigene Ideen, eine eigene Richtung und einen wirklich verhandelbaren Kompromiß zwischen den Blöcken auf den Tisch legt, werden die Entscheidungen auf dem geforderten Kongreß zwischen den bestehenden Blök- ken fallen.

Wir stehen vor einer scheinbar seltsamen Situation. Die Minderheitsströmung im KB, die 90% oder mehr der gesamten Linken als angepaßte Opportunisten und Linksnationalisten ansieht, die auf strenge Polarisierung setzt, die auch im KB eine scharfe Polarisierung wollte und herbeigeführt hat, will jetzt plötzlich die Einheit des KB. Wir behaupten, daß es der Minderheit aber nicht um die Einheit mit der Mehrheitsströmung geht, von den Positionen her sieht sie diese als unvereinbar an, sondern es geht um die Aufrechterhaltung eines Zusammenhangs, ohne den sie nicht handlungsfähig ist. Solange sich das Interesse darauf beschränkt, sind Einigungsbemühungen verschenkt. Da man uns gegenwärtig nicht davon überzeugen wird, daß der politische Ansatz der Minderheitsströmung der richtige ist, muß man uns schon davon überzeugen, daß es einen Vorteil bringt, mit dieser Gruppe organisiert und publizistisch weiterzuarbeiten.

Aus der Minderheit heraus wird gegenwärtig gern so getan, als gäbe es aus- schließlich den Willen, weiter zusammenzuarbeiten (Dachmodell für den KB, gemeinsame Herausgeberschaft für die Zeitung). Nun ist aber Fakt, daß die beiden Genossen Hr. und de. die Redaktion des AK mit der Begründung verlassen haben, daß sie mit der Mehrheit nicht mehr zusammenarbeiten können, de. bekräftigte das damit, daß er die Verantwortung für die nationalistische Ausrichtung nicht mehr mittragen wolle. De. ist es auch, der in einem Papier für das Minderheitentreffen das Ende des KB konstatiert und vorschlägt, den AK an die Radikale Linke zu übergeben. "Seltsamerweise" äußern sich zu diesem Vorschlag weder andere Vertreter der Minderheit noch so ausgeglichene Seelen wie die vom Vierer-Brief.

4. Der AK

Die Minderheit versucht, die Sorge der AK-Leserschaft, auf diese Zeitung eventuell verzichten zu müssen, zu ihrer Angelegenheit zu machen. Wenn sich die Mehrheit durchsetzt, so heißt es, wird es den AK nicht mehr geben, denn diese wolle ihn zu einem PDS-nahen Blatt machen. Es sollte sich erübrigen, hier zu erwähnen, daß die Mehrheit kein Interesse an einem PDS-Werbeblatt hat. Sie hat aber ein Interesse, ein Blatt zu machen,

in dem die PDS als ein neues Element der linken Politik ernsthaft und kritisch solidarisch behandelt und ihr nicht gleich der sozialdemokratische Hut aufgesetzt wird. Aber was nun kritisch solidarisch ist und wann der Opportunismus anfängt, darüber wird zwischen verschiedenen Linken kaum Einigkeit zu erzielen sein. Deshalb ist in diesem Zusammenhang eine andere Frage bedeutender.

In immer mehr Diskussionsbeiträgen wird hervorgehoben, der AK sei vor allem wegen seines Pluralismus so wertvoll. Wichtig sei eben, daß mensch dort alle linken Debatten verfolgen könne. Dies sei nun in Gefahr. Warum sollte dies so sein? Die Menschen aus der Mehrheit arbeiten am AK teilweise seit 10, 15 oder 20 Jahren und haben niemals ein engstirniges Linienblatt daraus gemacht. Warum sollte das jetzt geschehen? Umgekehrt gibt es bei der Minderheitsströmung die Überlegung, den AK an die Radikale Linke zu übergeben. Wer sich ernsthaft ansieht, wie dort gegenüber der übrigen Linken Abgrenzungspolitik betrieben wird, der wird zugeben müssen, daß die Gefahr eines engstirnigen Richtungsblattes eher bei dieser Richtung zu befürchten ist. Aber es ist auch gar nicht die Furcht, ab jetzt im AK nichts mehr über die Radikale Linke zu erfahren, die die zitierten Mittelgruppen bewegt. Es ist die Aufforderung, verschiedene Positionen beliebig nebeneinander abzudrucken, eben jenen Zustand der Linken zu reproduzieren, sich gar nicht zu entscheiden. Der AK war für eine Zeitung einer kommunistischen Organisation immer erstaunlich pluralistisch, aber auch immer streitbar für eine eigene Politik, in diesem Sinn niemals beliebig. Und wir behaupten, daß eine linke Zeitung ohne dies Element langweilig wird.

Georg Fülberth vergleicht den KB in einem Artikel in der Januarausgabe der "konkret" mit einem (linken) Trüffelschwein. Das trifft den Charakter des KB und des AK eher als die Bezeichnung pluralistisch. Der KB hat sich dadurch ausgezeichnet, frühzeitig neue Entwicklun- gen zu bemerken und sich auf diese einzustellen. Dies hat uns zu früheren Zeiten aus den dogmatischen Teilen der kommunistischen Bewegung den Vorwurf des Bewegungsopportunismus eingebracht. Aber bei aller Annahme dieser Bewegungen hat der KB doch nicht darauf verzichtet, für einen eigenen Weg mit und in diesen Bewegungen zu streiten, wofür der AK das hauptsächliche Instrument war.

Fragen an die Minderheit

Am 19.1.91 wird auf einer weiteren Versammlung der Mehrheitsströmung über die Forderung nach einem Kongreß entschieden werden. Wir werden uns dafür aussprechen, diesen als Kongreß aller verbliebenen Mitglieder durchzuführen. Nicht weil wir uns davon heute mehr versprechen als Ende November, sondern weil leider eine Vernunftlösung nicht gewollt und ausgeschlagen wird und das demagogische Argument, wir entzögen uns einer demokratischen Entscheidung nicht im Raum stehen bleiben sollte. Wir haben in unserem Trennungsvorschlag nicht umsonst betont, daß wir daran interessiert sind, eine Trennung ohne Trümmerhaufen zu vollziehen. Wenn jetzt alles daran hängt, daß eine Trennung ohne Kongreß als Putsch in unsere Geschichte eingehen soll, lassen wir uns noch einmal darauf ein, uns eines besseren belehren zu lassen. Vielleicht gelingt es den Mittelgruppen ja tatsächlich, eine Schlammschlacht zu verhindern.

Beim jetzigen Stand kann ein Kongreß nicht (viel) mehr bringen als das Festhalten am gegenwärtigen Zustand. Das mag eine nicht entschiedene Mittelposition befriedigen, aber eben auch nicht die Minderheitsströmung, die selbst von derzeitig unüberbrückbaren Widersprüchen ausgeht. Gespannt sind wir deshalb, was die Minderheit dann als demokratische Struktur anzubieten hat, außer der Vorstellung, alle halbe Jahre dieses Schauspiel zu wiederholen.

Wenn die Minderheit einen Kongreß fordert, auf dem über die Zukunft des KB und des AK entschieden werden soll, muß sie vorher folgende Fragen beantworten:

- Soll das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gelten oder gilt das Recht auf freie Fraktionsbildung, zwischen denen dann wirklich tragbare Kompromisse erzielt werden oder die Trennung erfolgt, wenn dies nicht gelingt?

- Wie stellt sie sich zur vorgeschlagenen Option, den AK an die Radikale Linke zu übergeben?

- Welchen Sinn sieht sie in einer gemeinsamen Organisation? Kann und soll es mehr als eine Notgemeinschaft sein? Worin läge ihr Zweck, da eine gemeinsame Praxis gegenwärtig nicht denkbar ist?

- Kann sie sich eine Zeitung vorstellen, die verantwortlich von einer Redaktion gestaltet und geleitet wird und die nicht zum ständigen Streitfall zwischen den Strömungen wird?

Über diese Fragen müßte vor dem Kongreß diskutiert werden und vor dem Kongreß müßte auch klar sein, ob es eine Chance für eine solche Lösung gibt.

A., as., Cl., he., HH., Kt. (Redakteure

aus der Mehrheitsströmung)

PS: Das Eingehen auf den Vorschlag eines Kongresses, ohne daß die Vorbedingung, ein vereinbartes Verhandlungsergebnis, erfüllt ist, steht im Gegensatz zu den Vorschlägen einiger von uns auf dem Mehrheitstreffen. Es ist also Ergebnis weiterer Diskussionen und somit auch nur Vorschlag für das Mehrheitstreffen.

Die hier vorgelegte Erklärung ist nicht bis ins letzte Detail vereinheitlicht, soll durch die gemeinsame Unterzeichnung jedoch deutlich machen, daß es einen gemeinsamen Willen gibt, so nicht weiterzumachen, daß aber vernünftige Vorschläge, die Krise anders zu lösen als mit einer Gewaltkur, ernsthaft geprüft werden.

35. Kein Schritt weiter (im KB-Streit)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:34

Es herrscht eine Art waffenstarrender Friede. Die Konflikte und Auseinandersetzungen um die Spaltung des KB lauern im Hintergrund, doch in der Redaktion und vielen Zellen geht die Arbeit bei sachlichem bis normalem Klima weiter. Was hat sich getan seit unserem Bericht im letzten AK über die Entscheidung von ca. 70 Menschen der sog. KB-Mehrheit, sich organisatorisch von der sog. Minderheit zu trennen und den AK nach Möglichkeit exclusiv ohne diese Strömung herauszugeben?

Am 17.12.90 trafen sich zwei VertreterInnen der "Mehrheit" mit vier Abgesandten der "Minderheit" zu Verhandlungen über ....? Ja, worüber eigentlich? Von Seiten der Minderheit lag der Vorschlag auf dem Tisch, als Kongreß-Vorbereitungsgruppe zu arbeiten und in dieser Funktion über Termin, Tagesordnungsvorschlag etc. eines Kongresses zu entscheiden. "Hinsichtlich der möglicherweise zu behandelnden Anträge und Optionen von Auseinandergehen und/oder Zusammenarbeit" könne die Kommission "keine Vorentscheidung" treffen, jedoch "für eine solide Vorbereitung der möglicherweise anstehenden Trennung" sorgen und darauf dringen, daß "aus beiden Flügeln konzeptionelle Vorschläge über die weitere publizistische Tätigkeit vorgelegt werden." Die Frage, ob eine "Kommission" oder ein Kongreß über die unterschiedlichen Vorstellungen entscheidet, insbesondere bezüglich der AK-Herausgabe, erwies sich auch bei diesem Treffen als Sprengkraft. Keine Rolle spielte die im letzten AK abgedruckte, im Konsens von den Minderheits- und MehrheitsvertreterInnen der Redaktion unterzeichnete Erklärung, "daß der für Anfang 1991 vorgesehene KB-Kongreß einerseits (nach ausgereifter Vorbereitung) die Trennung des KB besiegeln und auf Basis der bis dahin entwickelten Konzepte über die Zukunft der Zeitung entscheiden wird."

Die VertreterInnen der "Mehrheit" beriefen sich auf ihr Mandat der letzten Versammlung der Mehrheit, daß ihnen aufgebe, nur in konkrete Trennungsverhandlungen einzutreten und einem Kongreß lediglich bei Einigung über diese Vorgabe zuzustimmen.

Man könnte den Bericht hier beenden, kurz gesagt, scheiterte die Zusammenkunft nach ca. drei Stunden zähem Ringen beider Seiten ohne irgendein Ergebnis oder die Vereinbarung des weiteren Vorgehens an den völlig gegensätzlichen Vorstellungen über den Verhandlungsgegenstand.

Für Schaulustige und InsiderInnen sei hier kurz die Debatte nachgezeichnet. Die MehrheitsvertreterInnen zeigten sich vorrangig an einer administrativen Abwicklung der Trennung interessiert und untermauerten die Forderung nach unverzüglichen Entscheidungen mit der Arbeitsplatzunsicherheit für die Angestellten des Satzbetriebes sowie der Notwendigkeit einer unverzüglichen Vermögens- und Kassentrennung wegen rückgehender Beitragszahlungen und Spenden. Entscheidungsgremium über die verschiedenen Vorschläge sei, sofern man sich einige, die am Tisch sitzende Kommission und für andere Vorstellungen als die vollständige Trennung auf allen Ebenen die Versammlung der Mehrheit. Hier müsse die Minderheit auch ihre Vorstellungen über eine weitere gemeinsame Herausgabe des AK (Dach-Modell) zur Entscheidung vorlegen. Ein Kongreß sollte nach Vorstellung der Mehrheit nur stattfinden, wenn zwischen den Flügeln Einigkeit über die Modalitäten bestehe, davon abgesehen könne ein Kongreß nicht uneingeschränkt (beispielsweise über die Zukunft des Satzbetriebes) entscheiden.

Von Seiten der Minderheit wurde eine lediglich den Flügeln verpflichtete Verhandlungskommission abgelehnt. Dieses würde zum einen diejenigen, die Mittelpositionen vertreten, von jeder weiteren Mitwirkung ausschließen. Primär sei jedoch, daß die Entscheidung über die Zukunft des KB, aber vor allem über den AK als Produkt 19jähriger Zusammenarbeit, nicht von 70 bis 80 Mitgliedern der Organisation, sondern nur von ihrer Gesamtheit getroffen werden könne. Dies setze die Herausarbeitung der unterschiedlichen taktischen und strategischen Politikoptionen sowie die Vorlage von politischen und konzeptionellen Vorstellungen zur Zeitungsarbeit voraus. Dem Anspruch der Mehrheit auf die alleinige AK-Herausgabe stehe, vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Bundestagswahl und der Neubewertung der PDS auch in der Mehrheit, in keinem Verhältnis zur Konturlosigkeit der eigenen Strömung und der Begründung für die publizistische Spaltung.

Wie geht es weiter? Ende Januar werden sich beide Flügel getrennt wieder versammeln und weiter beraten müssen. Von Seiten der Minderheit ist vorgesehen, die Vorstellung eines von den KB-Nachfolgegruppen (plus

einer späteren einvernehmlichen Erweiterung um nicht Ex-KBlerInnen) gemeinsam herausgegebenen AKs weiter auszuarbeiten. Dies macht jedoch keinen Sinn als technisches Notprojekt, sondern nur, wenn mensch sich in einer politischen Debatte auf Profil und Zielgruppe der Zeitung einigt. Dazu gehört vor allem, die Pluralität des AK mit der Darstellung und Diskussion ganz unterschiedlicher Politikansätze nicht als Fehler der Zeitung, sondern als Wert des Projektes in einer Umbruchsituation der Linken zu begreifen.

Parallel zu den Verhandlungen haben vier Menschen, die sich eher Mittelpositionen zugehörig fühlen, eine Unterschriftensammlung für einen Kongreß und die Weiterführung des AK begonnen. (S. nebenstehende Dokumentation).

Das Treffen der KB-"Mehrheit" wird am 20.1.91 in Hamburg stattfinden, die "Minderheit" trifft sich am Wochenende 26./27.1.91 in Berlin.

Sab., KB-Minderheit

36. An alle Mitglieder und Sympathisanten des KB

Liebe GenossInnen, liebe FreundInnen!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:35

Soll sich der KB auf eine Weise aus der bundesdeutschen linken Geschichte verabschieden, die vieles von dem, wofür wir seit zwei Jahrzehnten mehr oder weniger kontinuierlich, mehr oder weniger intensiv, aber gemeinsam und bezogen auf eine gemeinsame Organisation eingetreten sind, nachträglich desavouiert? Wir wollen das nicht.

Wir sind der Überzeugung, daß noch so heftige politische Differenzen und unüberbrückbare persönliche Gegensätze kein Grund sein können, demokratische Grundregeln außer Kraft zu setzen. Im Gegenteil: gerade in der Krise, im Konflikt bekommen diese Regeln erst ihre Bedeutung. Aus dieser Erfahrung heraus hat sich der KB ein Statut gegeben. Zu oft haben KommunistInnen in ihrer Geschichte auf jenen fatalen Mechanismus gesetzt, der die Demokratie außer Kraft setzt, wenn es um angeblich Wichtigeres geht oder sie den eigenen Absichten hinderlich ist.

Wir verweigern uns der Resignation ("Es geht eben jetzt nicht mehr anders") ebenso wie der willentlichen Destruktion ("Eine VV könnte die falsche Entscheidung treffen, also brauchen wir sie nicht"). Unabhängig davon, ob Ihr politisch der "Mehrheit" oder der "Minderheit" nahesteht, appellieren wir an jede und jeden von Euch: Unterstützt die beiden folgenden Minimalforderungen und unterschreibt diese Erklärung oder zumindest ihre Forderungen.

1. Ein Beschluß über die Zukunft oder das Ende des KB kann nur von einer Vollversammlung getroffen werden. Diese Grundregel kann weder vom LG noch von einer einzelnen Gruppe suspendiert werden, es sei denn um den Preis einer politischen Selbstaufgabe derer, die solches tun. Der KB und seine Zeitung sind nicht der Privatbesitz eines oder mehrerer noch so verdienstvoller Menschen, die darüber wie über die Gründung oder die Liquidierung eines Privatbetriebes verfügen könnten. Viele Einzelne haben sich im Zusammenhang des Kollektivs KB engagiert und den AK und seine anderen Einrichtungen geschaffen. Diese alle oder Teile davon durch einsame Spitzenentscheidungen zu übergehen, wäre grundlegend antidemokratisch und in der Konsequenz antisozialistisch. Das Ergebnis gemeinschaftlicher Arbeit, also sozialistisches Eigentum, würde nachträglich kapitalisiert werden müssen.

Wir brauchen für die VV die Chance und den Willen zur Diskussion und zur Konfliktaustragung. Versuche zur persönlichen, biografischen und psychologischen Klärung sollten nicht diffamiert, sondern unterstützt werden. Wenn GenossInnen eine VV-Diskussion nicht mehr für sinnvoll halten und/oder sich persönlich nicht dazu in der Lage sehen, ist das zu akzeptieren. Keinesfalls aber haben sie das Recht, allen anderen eine VV-Diskussion zu verwehren. In diesem Zusammenhang mit Hilfe des Schreckgemäldes einer "Schlammschlacht" die VV zu belasten oder abzulehnen, kommt einer politischen Entmündigung gleich. Wie anders als aus der Debatte über die Vergangenheit des KB und über die Aufgaben in der Gegenwart wollen wir linke Strategien entwickeln?

2. In der derzeitigen Krise und Umbruchphase der Linken darf der ak nicht zu einem Schmalspur-Strömungsblatt werden. In dieser Zeitschrift muß stärker noch und anders als bisher die Diskussion der Linken stattfinden. Der KB, und das heißt die ihm (noch) zugehörigen Menschen, haben mit der Chance auch die Aufgabe, den AK für das Spektrum von der radikalen bis zur PDS-Linken offenzuhalten.

Persönliche Probleme einzelner AK- Macherinnen oder -Macher mit diesem innerlinken Pluralismus dürfen nicht gegen die Zukunft des AK und für seine Liquidierung und Strömungsfunktionalisierung verwandt werden.

Wir fordern die VertreterInnen von "Mehrheit" und "Minderheit" auf, bis zur VV gegebenenfalls auch unterschiedliche Modelle für die weitere Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung zu entwickeln. Dazu gehört die Diskussion mit weiteren, für eine Trägerschaft in Frage kommenden linken Gruppen und Menschen und ebenso die Klärung der Frage, ob und welche bisherigen KB-AktivistInnen für eine weitere verantwortliche Arbeit für den AK zur Verfügung stehen.

Wer erklärt, daß er/sie eine neue linke (Bündnis-) Politik betreiben will, darüber über das Gespräch mit langjährigen WeggefährtInnen verweigert und umfassender zu verhindern versucht, macht sich verantwortlich

für politischen Betrug. Dazu sollte es nicht kommen. Für die Zukunft der Linken brauchen wir - neben manchem anderen - ganz sicher eine Zeitung wie den AK, also den AK, und die Bereitschaft und Fähigkeit zur unmittelbaren, also mündlichen und persönlichen politischen Debatte.

Es ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage, daß wir Eure Rückmeldung rasch erbitten, möglichst zum 31.12., und zwar über die Verlagsadresse, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36 mit dem Stichwort "Neujahr".

Mit solidarischen Grüßen

Bu./Bremen, ch./Bonn, Ul./Hamburg, VoW/Göttingen

An den KB, c/o Hamburger Satz - Schulterblatt 58 - 2000 Hamburg 36 Stichwort "Neujahr" O Ich/Wir unterstützen die Erklärung insgesamt.

Ich/Wir unterstützen die Forderungen:

O für die Durchführung des Kongresses und

O für die Weiterführung des AK (gemäß VV-Entscheidung 91)

Name und Gruppe: .

.

37. Zwei Chancen sind besser als eine

Für eine Plattform der Mitte

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:15

RL und PDS sind die organisatorischen Fixpunkte, die den KB-Streit bestimmen. An politischer Konzeption verbirgt sich dahinter wenig. Die KontrahentInnen begnügen sich mit Negativabgrenzungen. Nur eines wissen sie ganz genau, daß sie die organisatorische Option der Gegenseite scharf ablehnen.

Damit hat der KB-Streit für seine Akteure eine bedeutsame Funktion. In diesen so unübersichtlichen Zeiten gibt der Sparringspartner ein Stückchen Gewissheit und Orientierung. Den meisten anderen Linken fehlt ein solcher. Sie quält daher der Kampf mindestens zweier Seelen in einer Brust. So wurde der Arbeiterkampf in dem Maße, wie in seinen Spalten genau dieser Kampf öffentlich zugespitzt wurde, Zeitung der Linken. Gibt es einen vernünftigen Grund, diesen Zustand zu beenden? Wie gegensätzlich sind die Optionen überhaupt?

Die PDS-Option

Teile des KB haben sich mit großen Illusionen in das PDS-Abenteuer gestürzt - nun ist der Katzenjammer groß. Sollte jemand Gysi als Messias einer neuen linken Massenpolitik ersehnt haben, so ist er/sie zurecht schwer bestraft worden. Die PDS kann keines der Probleme der Westlinken lösen. Das hat zwei Gründe. Erstens ist das Scheitern des ML mit taktisch-organisatorischen Kunstgriffen nicht länger zu leugnen. Das ist ungewohnt für den KB. Aber ein radikaler theoretischer und praktischer Neubeginn auch der Westlinken ist unausweichlich. Zweitens fehlt gerade der PDS die erhoffte Ausstrahlung. Nachdem das Solidaritätsmotiv vom Bundesverfassungsgericht entkräftet worden war, blieb nichts Aussagekräftiges. Zukunftsträchtige Ideen, die die Neubelebung der sprachlosen Metropolenlinken auch nur angedeutet hätten, waren von der PDS nicht zu haben.

Die fehlende inhaltliche Ausstrahlung der PDS ist wahrlich kein Wunder - die Partei steht in einem tiefgreifenden Widerspruch. Feminismus, Radikalökologie, Politik der "offenen Grenzen" sind zwar keine Antworten, so doch zentrale Ausgangspunkte zeitgemäßer linker Vorschläge für die imperialistischen Metropolen. Die Restklientel der PDS im Osten aber hat völlig andere Sorgen. Angst um Arbeit und Wohnen, fortschreitender Identitätsverlust mischen sich mit vager Hoffnung auf schnelle Angleichung im Wohlstand.

Damit prallt in der Ost/West-Politik der PDS ein keineswegs neuer Widerspruch glashart aufeinander. Es ist ein Problem, gleichzeitig Anwältin der sozial Benachteiligten und der Ausgegrenzten sein zu wollen, wenn sozialer Aufstieg der einen durch Aufhebung der Ausgrenzung der anderen gefährdet ist oder erscheint. Dieses Problem wird die Linke lösen müssen, denn es ist grundsätzlich jeder linken Metropolenpolitik immanent. Insoweit sind die Probleme der PDS unsere Probleme und hochspannend. Sie sind in der Ex-BRD jedoch keinesfalls stellvertretend durch die PDS lösbar, sondern allenfalls mit ihr, gegebenenfalls auch gegen sie.

Der katastrophale Wahluntergang der PDS im Westen ist nur die halbe Wahrheit. Hr. hat recht in AK 325/15, die PDS ist eine Regionalpartei, und er fragt richtig, welche Perspektive sie als solche hat. Das - und nicht ihre West-Ausstrahlung - ist die momentan entscheidende Frage der PDS-Option. Stabilisiert sich die PDS als Partei der AnschlußverliererInnen im Osten, so ist damit das eben skizzierte Problem noch in keiner Weise gelöst. Die PDS wäre dann aber die einzige Formation, für die es sich überhaupt politisch-praktisch stellt.

Hr. bestreitet der PDS auch als Regionalpartei jede Perspektive. Dieses Urteil kommt verfrüht; denn es spricht einiges dafür, daß die eigentlichen sozialen Verwerfungen des Anschlusses nicht hinter, sondern vor uns liegen.

- Die Gewerkschaften haben der Bundesregierung mit Kündigungsschutzabkommen über die Wahl geholfen. Noch liegen Löhne und Gehälter allgemein niedrig. Doch in den kommenden Monaten werden schroffe Ausdifferenzierungsprozesse einsetzen. Es wird nicht wenige Anschlußgewinner geben - z.B. solche, deren Qualifikation auch im Osten guten Lohn kostet. Umso gnadenloser werden jene ins Abseits des Arbeitsmarktes gedrängt, die durch falsche Qualifikation, falsches Geschlecht oder falsches Alter diskreditiert sind. Die Gesellschaft der Ex-DDR wird sozio-ökonomisch weit schärfer gespalten, als bzgl. der Ex-BRD bekannt.

- Neben der ökonomischen Krise wird eine tiefe Identitätskrise in dem Maße Raum greifen, wie Anschlußillusionen verfliegen. Entgegen anderslautender Meldungen läßt sich die gesamte Bevölkerung eines Staates nicht einkaufen wie eine Herde Vieh.

Die beiden genannten Erscheinungen werden sich mit Gewißheit in den kommenden Monaten entwickeln. Ungewiß ist, wie umfassend und tiefgreifend der Prozeß sein wird, und welche politischen Ausdrucksformen er annehmen wird. Wenn Hr. die Chancen der PDS gering bewertet, eine wegweisende Rolle zu spielen, so stützt er dies auf ihre gegenwärtige Unfähigkeit, aus der Defensive zu kommen. Ein Stück weit wird sie aber von den kommenden Ereignissen, die Hr. nicht in Betracht zieht, zwangsläufig aus der Defensive geholt. Das fehlende Stück muß sie aus eigener Kraft schaffen. Schafft sie es nicht, ist das Feld geräumt für rechtsradikale Krisengewinnler.

Die PDS ist eine Regionalpartei. Für die Westlinke kann sie nicht die erhoffte Offenbarung sein. Welche Rolle sie als Anwältin der Opfer des Anschlusses spielen kann, ist dagegen noch nicht entschieden. Kommt sie in die Offensive, kann sie der praktisch relevanteste Ansatz werden, die Probleme zukunftsträchtiger linker Politik in einer imperialistischen Metropole nicht nur als akademischen Diskurs zu behandeln. Gleichzeitig wird sie in den kommenden Monaten zunehmend unter Druck stehen, sich in irgendeiner Form im Westen zu etablieren. Das ist die Logik des (Bundes)-Parlamentarismus. Diese Logik läßt sich von einer regionalen 10%-Partei nicht mit einigen antiparlamentarischen Sprüchen vom Tisch wischen - selbst wenn sie wollte. Also braucht die PDS bald - gerade für den Fall einer hoffnungsvollen Eigenentwicklung - ein kompetentes linkes Bündnisangebot aus dem Westen.

Die Westlinke steht in beträchtlicher Verantwortung, in dieser komplizierten Situation richtig zu handeln. Ob das heißt, in der PDS mitzudiskutieren, von außen Druck auszuüben, oder sich ganz auf die Rekonstruktion der Linken/West zu konzentrieren, kann hier nicht beantwortet werden. Vermutlich wird eine Form der Aufgabenteilung zu finden sein. Fest steht jedenfalls, daß sich das Thema nicht länger für die bisweilen irrationalen Sumpfblüten des bisherigen KB-Streits eignet. Das erste, was wir zu tun haben, ist, unseren Streit auf ein angemessenes Niveau zu bringen.

Die RL-Option

Schwer angeschossen ob ihres Opportunismus und mit dem vernichtenden Wahlergebnis in Händen könnte die KB-Mehrheit jetzt in eine Tendenz umkippen, die besagt: Nichts wie raus aus der PDS - oder besser: Polarisierung der PDS zum Herausspalten der Linken. So droht die Vorstellung, man/frau könne es sich nach der KB-Spaltung bei der PDS als linker Flügel bequem machen - die übrigens nie in dem Umfang bestand, wie von der Minderheit unfairerweise kolportiert wird - der neuen Perspektive zu weichen, mit linken PDS-Trümmern das Restprojekt AK anzureichern. Wie wenig solche Überlegungen einem durchdachten Umgang mit der komplexen Situation der PDS gerecht werden, ist eben begründet worden. Die KB-Mehrheit wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß nur die real existierende, notgedrungen außerparlamentarisch orientierte radikale Linke/West als Träger eines Neubeginns linksradikaler Theorie und Praxis in Betracht kommt.

Im Feld der radikalen Linken/West hat sich die RL zweifellos als diejenige herausgestellt, die auch in harten Zeiten organisiert agieren und diskutieren kann. Natürlich kann man/frau der RL Sektierertum für ihre Anti-Deutschland-Politik vorwerfen, mit der sie in einer deprimierenden Situation Motivation aus der radikalen Pose schöpfte. Doch war sie damit in der Lage, im Jahr der Wiedervereinigung zweimal mit 10-20.000 Menschen zu demonstrieren, daß es sie gibt. Es ist begründbar, daß dies lächerliche Demonstrationen der Hilflosigkeit waren. Es ist ebenso begründbar, daß es moralisch bedeutende Akte zur Wahrung der Selbstachtung waren. Nicht begründbar ist jedoch, daß durch kluge Massenpolitik wesentlich mehr Widerspruch gegen die Wiedervereinigung oder deren Folgen mobilisierbar gewesen wäre. So fällt der Sektierervorwurf auf seine Urheber zurück, die beleidigt beiseite standen, als es galt, das Machbare zu tun.

Unabhängig davon, ob die PDS existiert oder nicht, Erfolg hat oder untergeht, ist die Radikale Linke außerordentlich wertvoll. Da hiervon aber vor allem die Anhänger der PDS-Option zu überzeugen sind, sei zu diesem Zwecke hier unterstellt, daß die PDS eine ernstzunehmende Option bleibt. Auch dann wird sie für einen erheblichen Zeitraum ihre Bedeutung allein aus ihrer besonderen Rolle im Osten schöpfen. Da dies aber

nicht ewig so bleiben kann, ist eine aktuelle Aufgabe der Westlinken, aus eigener Kraft ein akzeptables Bündnisangebot zu entwickeln.

Wieder ist Hr. Recht zu geben, der die Erneuerung linker Theorie und Praxis betont (AK 325/16). In der gegenwärtigen Situation wird viel zu wenig begriffen, wie sehr die Krise der Linken aus dem völligen Verlust jeder theoretischen Substanz besteht. Mit dem einen oder anderen scharfsinnigen Kommentar täuschen sich die Marxisten immer noch darüber hinweg, daß sie über keinerlei analytische Konzeption des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des Imperialismus verfügen. Weite Bereiche der real existierenden Krise des Imperialismus werden außerhalb fader Floskeln gar nicht wahrgenommen. Auch das Scheitern des gesellschaftlichen Gegenmodells des Sozialismus ist in keiner Weise verarbeitet. Neue Ausstrahlung kann die Linke nur gewinnen, indem sie wenigstens versucht, zu diesen Problemen kompetent Stellung zu nehmen.

Wer kann diesen Job übernehmen? Für den KB allein ist er eindeutig eine Nummer zu groß. Im linkssozialistischen/linksgrünen Spektrum gibt es sicherlich interessante Einzelpersonen. Aber als organisierter Diskussionsansatz radikaler Linker steht die RL exklusiv da. Selbst wer meint, daß ihre TheoretikerInnen in vielen Punkten irren, kommt nicht daran vorbei, gerade hier mitzudiskutieren. In der Tat wird besonders die KB-Minderheit noch einiges zu lernen haben. Ihr Konzept der Polarisierung der Linken entlang einiger eiligst zurechtgestrickter Dogmen ist das Gegenteil von dem, was die Linke braucht. Erforderlich ist ein völlig offener Diskurs, der sich der besten Argumente des/der Gegenüber annimmt und nicht - wie es übliche linke Streit-"kultur" ist - die schlechtesten Gegenargumente zum Zerreißen der konträren Position mißbraucht.

Neben der theoretischen Erneuerung steht die praktische. Hier ist Hr. zu widersprechen. Linke Politik ist nur diskutierbar als Versuch, gesellschaftlich relevanten Einfluß zu gewinnen. Es gibt kein Etappenmodell: Erst die linke Erneuerung, dann die relevante Politik. Erkenntnisse sind nur gewinnbar, indem das Experiment "linke Politik" wieder und wieder unternommen wird. Fatal wäre es, aus gescheiterten Versuchen keine Schlüsse zu ziehen. Doch der Schluß kann niemals sein, auf neue Versuche zu verzichten. Das ist eine Frage der wissenschaftlichen Methode. Natürlich war die Art und Weise, wie sich Angehörige der Mehrheit in die PDS-Option gestürzt haben, alles andere als methodisch sauber. Objektiv handelt es sich dennoch um ein gesellschaftlich begründbares Projekt, das selbst damit nicht zu diskreditieren wäre, daß Hr. die gesamte bisherige Bündnispolitik des KB zurecht für gescheitert erklärt.

Doch für die Ex-BRD muß die Suche natürlich weiter gehen. Die PDS ist dort gerade kaum relevant. Die neue Suche nach politisch verwertbaren gesellschaftlichen Brüchen beginnt gerade erst - und alle Teile des KB wie auch die RL werden sich daran beteiligen.

Und der KB ...?

Für die KB-Mehrheit ist nach über einem Jahr fruchtlosem Streit nur noch eines realistisch: Die Spaltung des KB am Verhandlungstisch. In der Tat benennt sie damit immerhin eine der drei denkbaren Varianten. Realistisch ist ihr Plan jedoch nur soweit, wie sich die Minderheit auf eine Verhandlungslösung einläßt. Dies scheint derzeit nicht der Fall zu sein. Die Minderheit setzt sich für eine demokratische Entscheidung ein, an der auch diejenigen KB-Mitglieder, die sich keiner Fraktion zuordnen, gleichberechtigt teilhaben können. Das schließt eine Verhandlungslösung aus.

Denkbar sind Verhandlungslösungen, Putschlösungen und Abstimmungslösungen. Bei der letzten könnte natürlich auch ein zuvor zwischen den Fraktionen ausgehandeltes Ergebnis zur Abstimmung gestellt werden. Nach den Äußerungen der Minderheit ist aber allenfalls ein Verhandlungsergebnis zu erwarten, das eine organisatorische Trennung mit gemeinsamer Fortführung der Zeitung zuläßt. Dies reicht aber der Mehrheit erklärtermaßen nicht, die vor allem eine eigene Zeitung herausgeben möchte. Um dies zu erreichen, könnte die Mehrheit auch die Verhandlungen platzen lassen, und die Trennung von Organisation und Zeitung zur Urabstimmung oder Kongreßabstimmung stellen. Aber auch das wäre durch die Minderheit blockierbar, indem sie einfach nicht geht; denn nicht einmal der Kongreß hat das Recht, ganze Fraktionen allein wegen Meinungsverschiedenheiten rauszuschmeißen.

In der so verfahrenen Situation ist es gar nicht so furchtbar unrealistisch, sich Gedanken über eine gemeinsame Zukunft des KB zu machen. Das bedeutet zunächst, sich mit denjenigen Argumenten der Mehrheit auseinanderzusetzen, die mit guten Gründen dagegensprechen.

Nicht alle Argumente der Mehrheit sind gut. Wenn es z.B. als unerträglich kontraproduktiv empfunden wird, daß im AK nebeneinander Wahlaufrufe für die PDS und Wahlboykottaufrufe stehen, so kann dies nicht überzeugen. Wahlaufrufe erhalten nicht dadurch ihre Überzeugungskraft, daß ihren Adressaten Gegenargumente nicht präsentiert werden dürfen. Eine Politik, die auf inhaltliche Überzeugung setzt, hat einen offenen argumentativen Schlagabtausch nicht zu fürchten. Im übrigen stellt sich hier die Frage, ob die Mehrheit - wie teilweise erklärt - überhaupt eine plurale linke Zeitung will. Sämtliche Überlegungen der Mehrheit gehen davon aus, daß neue Bündnispartner für die Herausgabe der Zeitung gewonnen werden müssen. Denen müßte doch wohl angeboten werden, daß sie auch bei scharfen Kontroversen, die erhebliche politisch-praktische Konsequenzen haben, sämtliche Veröffentlichungsrechte behalten - oder wie?

Viel gravierender ist die Befürchtung, daß es gerade die Minderheit ist, die eine offene und faire Debatte gar nicht wünscht, sondern allein deswegen momentan auf gemeinsame Herausgabe der Zeitung drängt, weil sie noch nicht in der Lage ist, die Zeitung allein zu machen. Die Minderheit hat die Polarisierung der Linken zur vorrangigen politischen Aufgabe erklärt. Sie hat diese vor allem als Polarisierung des KB betrieben. Jeder politische und persönliche Vorwurf war recht, um die ohnehin gespannte Lage im KB weiter zu emotionalisieren. Ohne hier erneut Schuldfragen aufzuwerfen - denn auch die Mehrheit hat keineswegs nur sauber dagegengehalten -, muß doch von der Minderheit verlangt werden, die Polarisierungsdrohung eindeutig zurückzunehmen. Unter deren Damoklesschwert ist ein gemeinsames Zeitungsprojekt in der Tat nicht haltbar.

Die weitere gemeinsame Herausgabe der Zeitung muß auf die Grundlage des verläßlichen Beschlusses gestellt werden, daß tatsächlich langfristig eine plurale linke Debatte der Erneuerung ohne Denkverbote nach links oder rechts gewünscht wird. Der Beschluß muß eine politische Erklärung in diese Richtung und gewisse Spielregeln des Fair-Play in einem Redaktionsstatut enthalten. Darüberhinaus müssen in einem Redaktionsstatut so klare Entscheidungsstrukturen (z.B. Quotierungen, Titelgestaltungsrechte - notfalls rotierend usw.usf.) festgelegt werden, daß ein Redaktionskollektiv arbeitsfähig wird.

Plattform der Mitte

Selbst wenn die Fronten so starr bleiben, wie sie derzeit sind, ließe sich durch klare Vorgabe der Spielregeln durch den Kongreß eine vernünftige Redaktionsarbeit ermöglichen. Sehr viel leichter würde dies allerdings, wenn sich im KB eine "Mittelgruppe" zu Wort meldete. Es gibt im KB, auch innerhalb der Fraktionen sehr viele Leute, die gewisse Elemente der Politik beider Seiten gut finden oder Kritik an beiden Seiten haben. Aus verschiedenen Gründen haben diese sich bisher kaum geäußert. Manche mögen die Fraktionssolidarität nicht brechen. Andere wollen sich den Vorwurf, Zentrist zu sein, nicht einhandeln. In der Tat ist die Mitte zwischen zwei Streitenden immer ein sehr unangenehmer Ort. Außerdem gibt es zwischen den Flügeln auch sehr viele verschiedene Meinungen, die keineswegs zu einer festgefügten Mittelfraktion zusammenpassen.

Aus diesem Grunde ist es hier auch nicht mein Anspruch, die Plattform der Mitte zu formulieren. Wenn ich im ersten Teil dieses Artikels politisch-inhaltlich im Sinne einer Mittelposition argumentiert habe, so um nachzuweisen, daß es nicht nur um formalzentristische Beschwörungen geht, sondern gute politische Gründe dafür sprechen, eine Mitte, die nach beiden Seiten offen ist, stark zu machen. Ich meine in der Tat, daß es äußerst zeitgemäß ist, das Konzept der Linienorganisation aufzugeben, und stattdessen das Experimentieren mit durchaus gegenläufigen politischen Projekten zuzulassen. Die große Gefahr ist dann, in die Beliebigkeit abzugleiten. Das aber kann verhindert werden durch scharfe gegenseitige Kritik, schonungslose Auswertung der Experimente, argumentativen Kampf um die besseren Vorschläge. Es geht mir also keinesfalls um die Befriedung des politischen Streits. Ziel des Streits darf aber nicht mehr die Vernichtung der gegnerischen Vorschläge um jeden Preis sein. Diesen Prozeß auf fruchtbare Weise zu organisieren, wäre zentrale Aufgabe einer linken Organisation in den 90er Jahren.

Folgende Aufgaben stehen an. Auf der inhaltlichen Ebene ist jeder Beitrag wünschenswert, der Argumente differenzierter abwägt, als von den WortführererIn- nen der Fraktionen gewohnt. Vor allem müßte sich eine "Mittelgruppe" dafür einsetzen, daß der kommende Kongreß keine öde Schlacht um die Mehrheit wird, sondern tatsächlich in einem neuen Stil Bilanz zieht und Perspektiven erwägt. Hierüber muß im KB Verständigung erzielt werden. Der Ablauf muß sorgfältig in diesem Sinne geplant werden. Schließlich müssen konkrete Vorschläge her, nach welchen Spielregeln Organisation und Redaktion weiter arbeiten können. Dies alles wird leichter und realistischer sein, wenn alsbald die nachdenklicheren Leute im KB kooperieren; denn der KB

braucht GarantInnen dafür, daß trotz zerstörter Vertrauensbasis zwischen den Fraktionen die gemeinsame Fortführung der Zeitung auf verläßlicher Grundlage steht.

E., KB Bremen

38. An die Genossen des KB aller Strömungen und zwischen denselben (Brief der SoZ-Redaktion)

Rubrik: Linke, VSP; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:16

Nach Aussagen verschiedenster Beteiligter scheint eine Spaltung des KB nicht mehr zu umgehen zu sein, selbst wenn dies politisch gewollt würde.

Dies bedeutet u.E. einen weiteren Rückschlag für die Linke in mehrerer Hinsicht:

- Wir halten beide exponierte Positionen im KB (Mehrheit und Minderheit) für dringend der weiteren Diskussion und Auseinandersetzung bedürftig. Auffassungen, daß man sich mit Positionen der jeweils "anderen" gar nicht mehr beschäftigen bräuchte, diese in ihrer Gänze als "erledigt" betrachten könne und es nun darum gehe, die eigenen (ausschnitthaften) Vorstellungen noch etwas auszufeilen, schränken die Möglichkeiten der dringend erforderlichen Entwicklung einer neuen umfassenden sozialistischen Konzeption drastisch ein. Wir haben allerdings den Eindruck, daß innerhalb der Strömungen eine differenziertere Diskussion stattfindet, als nach außen und der jeweils anderen Strömung vermittelt wird.

- Eine schnelle Spaltung erleichtert es den KBlerInnen, organisationstraditionelle, strömungsübergreifende Schwächen beiseite zu schieben und nicht aufzuarbeiten. So stellen wir bei beiden Seiten ein gewisses funktionalistisches Verhältnis gegenüber Bewegungen, anderen linken Strömungen und Menschen, allgemein gegenüber Fragen der Demokratie, fest. Dies aufzuarbeiten und abzulegen, halten wir (nicht nur für den KB) für äußerst wichtig, weil der Verlust der Glaubwürdigkeit der ganzen kommunistischen Bewegung, ihr stetiger Niedergang seit Anfang der 70er Jahre, zu einem guten Teil auf das K-Gruppen-typische unehrliche Taktieren und Funktionalisieren von Menschen, Ideen und Bedürfnissen für eigene - nicht offengelegte - Parteiziele zurückzuführen ist. So hat sich bei vielen Menschen, die für eine befreite Gesellschaft eintreten, ein tiefes Mißtrauen gegenüber KommunistInnen entwickelt, für deren eigene Zwecke vereinnahmt zu werden. Solange die Ursachen für dieses Mißtrauen nicht überzeugend beseitigt werden, können wir nicht erwarten, wieder Einfluß zu gewinnen.

- Bei den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen im KB während des letzten Jahres sind viele dies betreffende Probleme aufgetaucht, die u.E. am besten mit allen Beteiligten, d.h. mit dem ganzen KB, aufgearbeitet werden können.

- Sowohl Mehrheit als auch Minderheit gehen von der tiefgreifenden Krise des Sozialismus und der sich auf längere Sicht eher noch verstärkenden rechten Hegemonie aus. Der offensichtliche Glaube mancher Einzelner beider Strömungen, trotzdem mit ihrem Politikansatz schon den neuen Stein der Weisen entdeckt zu haben, mit dem sie nun alleine vorpreschen können - die Massen folgen dann schon - scheint uns etwas naiv. Er entspricht einem antiquierten autoritären Politikkonzept (s.o.), das vermutlich nicht viele AnhängerInnen finden wird.

- Wir befürchten, daß beim jetzigen Klärungsstand der einzelnen Projekte im KB dieser sich nicht nur in eine Minderheit und eine Mehrheit spalten, sondern sich weitgehend atomisieren wird.

Wir können es durchaus nachvollziehen, daß man bei einem gewissen Grad von permanenter Konfrontation persönlich nicht mehr miteinander kann. Allerdings sind die politischen Fragen, anhand derer die Spaltung des KB stattfindet (vereinfachte Stichworte: Option Radikale Linke, Option PDS), keine Fragen, die ausschließlich den KB beschäftigen. Wir haben in weniger zugespitzter Form ähnliche Diskussionen in der VSP und fänden es sinnvoll, zusammen mit den verschiedenen Teilen des KB darüber eine gemeinsame Diskussion zu führen. In solch einer Konstellation fällt es evt. den KB-Flügeln auch leichter, miteinander zu kommunizieren. Sinnvoll scheint das auch deshalb, weil es sicherlich eine ganze Reihe von GenossInnen gibt, die sich weder der exponierten KB-Mehrheits-Position noch derjenigen der KB-Minderheit zugehörig fühlen und die zwischen den Fronten verrieben werden.

Wir können keinerlei Häme darüber empfinden, daß - entgegen gegenteiliger früherer Prophezeiungen des KB - die VSP nun diesen zu überleben scheint. Uns ist es daher auch nicht vorrangiges Anliegen, Reste und versprengte Überbleibsel des KB aufzusammeln und damit die VSP aufzufrischen (was dieser natürlich gut täte). Wichtiger sind Überlegungen, wie es anzustellen ist, daß möglichst viele Genossen und Genossinnen für

organisierte (d.h. möglichst effektive) fundamental antikapitalistische, antirassistische und antipatriarchale Politik behalten werden können.

AK

Wichtigstes politisches Mittel und Markenzeichen des KB war der AK, der für große Teile der Linken eine bedeutende Funktion hat: ausführliche Analysen und Dokumentierungen zu fast allen Themen (Schwäche: Betriebs- und Gewerkschaftsbereich), viel Raum für Debatten. Daß die Funktion des AK auf mittlere Sicht von keiner anderen Zeitung übernommen werden kann, scheint klar. Zwei Zeitungsprojekte: hier ein ausschließlich "linksradikales" der Minderheit, dort ein sich in erster Linie nach rechts und gegen Osten öffnendes der Mehrheit, wären gegenüber dem bisherigen Stand ein großer Verlust. Es würde verschiedene politische Konzeptionen, von denen mit Sicherheit keine ohne Korrekturen, ohne die Integration von Teilen der anderen längerfristig tragfähig ist, schon rein räumlich auseinanderhalten und damit weitere für die programmatische Entwicklung gefährliche Abschottungstendenzen verstärken. Das heißt nicht, daß wir davon ausgehen, daß, wenn mensch nur lange genug zusammen diskutiert, sich die verschiedenen Konzepte automatisch irgendwann in eines auflösen lassen. Das heißt jedoch, daß heute - und dieses Heute wird noch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen - noch lange nicht die erforderliche Klärung vorhanden ist, die eine Trennung rechtfertigen würde. Besonders schmerzlich wäre der Verlust der hervorragenden Informationsquelle zu den verschiedenen Themen, sei's Internationales, Repression, Rassismus etc., die sich mensch nicht ohne gewaltigen Aufwand woanders zusammensuchen könnte.

In jedem Fall sollte alles versucht werden, den bisherigen AK zu erhalten - einschließlich seiner bisherigen Bandbreite politischer Positionen, die in diesem bisher repräsentiert sind. Womöglich sollte diese Bandbreite sogar vergrößert werden. Wir haben keine konkreten Vorschläge an Euch, wollen Euch aber mitteilen, daß wir - (etwas pathetisch formuliert, aber durchaus ernst gemeint:) unserer Verantwortung für unser gemeinsames längerfristiges Überleben bewußt - jeglichen in unseren Kräften stehenden Beitrag leisten wollen, um bei diesem Spaltungsprozeß so wenig wie möglich, sei es an GenossInnen, sei es an Zeitung, über die Wupper gehen zu lassen (wobei uns klar ist, daß es zwischen beiden einen Zusammenhang gibt). Unsere Kräfte dazu sind sicherlich beschränkt. Laßt es uns aber gemeinsam überlegen, welche Möglichkeiten es gibt. Aus Krisen kommunistischer Gruppen sind nicht immer die schlechtesten Ideen entstanden.

Wir hoffen auf eine Antwort (oder Antworten) am besten mit Terminvorschlag für ein Treffen zur Beratschlagung konkreter praktischer Fragen, falls das von Euch aus gesehen einen Sinn macht.

Mit solidarischen Grüßen

Redaktion der SoZ

39. Nicht enger verbunden mit unseren Kämpfen als das breite Grinsen der Werbespot-Hausfrau. Kritik zur Austellung "Kunst als Widerstand"

Kritik zur Ausstellung "Kunst als Widerstand"

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:08

Im AK 320 (25.6.90) veröffentlichten wir eine Vorstellung der in Göttingen hergestellten Plakatausstellung "Kunst als Widerstand". Neben der Beschreibung von Entstehungsgeschichte und inhaltlicher Stoßrichtung der Ausstellung beklagten die AutorInnen die fehlende linksradikale Diskussion. Mittlerweile liegt ein Papier einer Münchner Gruppe vor, das wir hier abdrucken. Leider ist es nicht möglich, die im Text diskutierten Bilder zu dokumentieren. Es gibt jedoch die Möglichkeit, bei den AusstellungsmacherInnen Postkarten/Plakate zu bestellen.

Kontakt: 1. Umschlag: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen; 2. Umschlag: KUK.Red.

Der widersprüchlichen Realität widerspruchsfrei auf den Leib rücken

"viele von uns linken schreiben flugblätter und dokus, wie sie früher strafaufgaben schrieben - in einer dürren, grauenvollen sprache, die nichts anderes dokumentiert als eine erschreckende entfremdung von allem lebendigen. hauptsache, es gelingt, der widersprüchlichen realität widerspruchsfrei auf den leib zu rücken. die begründete befürchtung, nur die wenigsten könnten sich überwinden, sich durch die aufgehäuften leerformeln hindurchzuquälen, führt nahtlos vom mißbrauch der sprache zum mißbrauch der bilder. (...)

die bilder: schrott. nicht enger verbunden mit unseren kämpfen als das breite grinsen der werbespot-hausfrau mit dem klinischen weiß ihrer fernsehwäsche. proleten mit geschwellten muskeln, geballten fäusten. bauch rein, brust raus, die so dreinblicken als wären sie auf dem weg zum bodybuilding um die ecke, hielt ich freilich für ausgestorben - nun tauchen auch diese klischees aus dem müllhaufen der geschichte wieder auf." (aus: WOZ 39/87, Jörg Wehren: Widerstand braucht viele Sprachen)

Kunst. Widerstand. Subkultur. Der Gedanke, eine Ausstellung zu diesen Punkten zu machen, finden wir richtig und notwendig. Ein zündender Gedanke. Für uns ist diese Diskussion ein Kristallisationspunkt in der Diskussion um neue Perspektiven und Organisierung: warum sinkt die Halbwertzeit von zerfallenden Zusammenhängen stetig, warum politisieren sich die Leute mit 17, um dann mit 24 von der revolutionären Spielwiese in den herrschenden Alltag durchzustarten, warum versickern die Erfahrungen, immer dieselben Diskussionen, immer noch im Ghetto. These: unser Widerstand hat keine kulturelle Grundlage, um unseren Aktionen, unseren Forderungen eine materielle Basis zu geben. Das, was wir wollen, ist materiell nicht erfahrbar.

Der widersprüchlichen Realität widerspruchsfrei auf den Leib rücken - das ist der Kern unserer Kritik an der Ausstellung "Kunst als Widerstand". Schon allein das Motto der Ausstellung "Kunst als Widerstand" stellt für uns einen Widerspruch dar, der nicht thematisiert wird. Es wird eine Einheit von politischer und künstlerischer Aktion suggeriert, die für uns nicht existent ist.

Die Idee dieser Ausstellung: der Kriminalisierung von Plakaten entgegenzutreten, indem wir sie zeigen; die Kontinuität von Zensur und Verbot politischer Kunst seit der Weimarer Republik und die Geschichte von Widerstandskultur zu dokumentieren und darüber hinaus die Auseinandersetzung über Kunst und Widerstand, über die Ästhetik des Widerstands (1) zu führen - diese Idee wurde nicht umgesetzt. Die Ausstellung reduziert sich für uns auf eine Dokumentation kriminalisierter Plakate der 80er Jahre, ergänzt um einen historischen Teil: Berliner Dada, Plakatkunst der 20er Jahre und während der NS-Zeit (Exil und KZ). Das Moment, der herrschenden Kulturindustrie eine Ästhetik des Widerstands entgegenzusetzen, wird nur unzureichend eingelöst. Der scharfe Bruch zwischen historischem und aktuellem Teil wird ignoriert: Es gibt keine Kontinuität von Dada bis heute, was die Einheit von künstlerischer und politischer Arbeit betrifft, allein eine Kontinuität der Repression.

Gemessen an unserer Realität fehlt in dieser Ausstellung das zentrale kritische Moment der Auseinandersetzung mit der vorhandenen Trennung von Kunst und Widerstand.

Der Integrationsmechanismus des herrschenden Kulturbetriebs in den alternativen Nischen oder in den musischen Tempeln findet eine Entsprechung des politischen Denkens und der Aktion von der künstlerischen Darstellung.

Die Plakate und Texttafeln der Ausstellung schreiben die Trennung von Widerstand und Kunst fest, dokumentieren eine erschreckende Entfremdung von allem Lebendigen.

Die Kritik an der Ausstellung ist erst spät, zögerlich und schleppend angelaufen, obwohl verschiedene Papers eingebracht wurden: "Wider den Kämpfermythos" (Hamburg), Stellungnahmen aus Kassel und München. Insoweit irrt der ak, der sich in seinem Artikel "Kunst als Widerstand", ak 320, nur auf die Kritik in "konkret" und der sogenannten "taz" bezieht, und der davon ausgeht, daß die Ausstellung so quer zur linksradikalen politischen Landschaft liegt, daß autonome Auseinandersetzung und Problematisierung des Projekts ausbleibt.

Die mangelnde Auseinandersetzung mit der Kritik an der Ausstellung führt nicht dazu, daß das Projekt von Stadt zu Stadt weiterentwickelt und kritisch vorangetrieben wird. Die falsche Orientierung an einem strikten Zeitplan verhindert diese Weiterentwicklung des Projektes. Das ist für uns ein enormer struktureller und politischer Fehler.

Kritik der KUK-Prinzipien

Die Mängel der Ausstellung, die Eindimensionalität eines großen Teils der Plakate und der Bildbeschreibungen, die politischen Fehleinschätzungen der Texte sind in den Prinzipien der Göttinger Ausstellungsgruppe "Kunst und Kampf" (KUK) schon angelegt (vgl. KUK-Prinzipien, ak 320).

"Kunst und Kampf" erhebt zu Prinzipien: Zusammenhang mit der politischen Bewegung, Verwendung allgemein verständlicher Symbolik, Plakate als in Abbildungen kodifizierte Sprache (d.h. Verständlichkeit auch für nicht Deutsch-Sprechende und genaue Definition der politischen Aktion und des politischen Standorts), Plakate als möglichst umfassendes Bild der gesellschaftlich-politischen Abläufe, Verbindung von agitatorischen, d.h. werbewirksamen, Prinzipien mit denen eines zeitlich beständigen Kunstwerks, exakte technische Ausführung. (sinngemäß verkürzt im Wortlaut)

Diese Prinzipien verkennen die herrschende Realität, einige der grundlegenden Phänomene der modernen Zivilisationsgesellschaft: Kulturindustrie (2), Reizüberflutung, Ästhetisierung von Politik und Gesellschaft (3).

"wenn wir eines tages den sender besetzt halten oder wahrscheinlicher, im expandierenden sendemarkt eine lizenz gekauft haben, und via tv alle erreichen, im extremfall alle bescheid wissen, danach aber alle auf die folgenden sendungen warten, ob wir dann merken, wie tot die aufklärung ist? vernünftig und rational bis auf die knochen stehen wir den irrationalismen des alltags, der blendenden fiktion der medien, der simulation von gesellschaftlichem leben immer dann gegenüber, wenn wir grundsätzlich werden, die perspektive ausloten." (aus: Swing Nr.?, Flug der Dämonen)

Das ist für uns der Punkt: in dem Moment, in dem wir die Grenzen der Aufklärung verkennen, wir weiter nur an die Kraft der Information und Rationalität glauben, reproduzieren wir einen aufklärerisch-pädagogischen oder bestenfalls einen aufklärerisch-agitatorischen Ansatz, der haarscharf an der herrschenden Realität vorbeizieht. Wir wollen nicht anti-aufklärerisch sein, sondern die Grenzen der Aufklärung benennen. Es geht nicht mehr nur darum, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten und Freiheit, Selbstbestimmung und Revolution zu propagieren. Solange das, was wir meinen, zumindest in Ansätzen nicht erfahrbar ist, verstehen die Leute bei Freiheit die Wahl zwischen C&A-Mode und italienischen Schuhen, bei Revolution verstehen sie Chaos und Fünfte Kolonne. Solange unsere Kultur nicht greifbar gegen den herrschenden Alltag steht, können unsere Ideen als Randale, Terror und Jugendträume denunziert werden.

Es ist nicht der Mangel unserer Plakate, daß sie nicht allgemein verständlich sind. Allgemeinverständlichkeit der Symbolik ist für uns überhaupt die falsche Kategorie. Die herrschende Ideologie prägt den gesellschaftlichen Konsens. Jedes Plakat, jedes Symbol und jede Parole wird erst einmal aus diesem Konsens heraus verstanden - und nicht in dem von uns intendierten Sinn. Deshalb können wir nicht so gradlinig allgemeinverständliche Symbolik verwenden. "Leistung ist Freiheit"; "Camel. Dafür gehe ich meilenweit." - Das

ist allgemein verständlich. Das überzeugt - wie das breite Grinsen der Werbespot-Hausfrau mit dem klinischen Weiß ihrer Wäsche. Stern und Kalaschnikow sind keine allgemein verständlichen Symbole im herrschenden Konsens. Allgemeinverständlichkeit ist kein relevantes Kriterium für Plakatkunst. Genau hier setzt für uns die Diskussion ein: Es gibt im Hier und Jetzt keine allgemein verständliche Symbolik, die handlungsauslösend wäre. Die Unwirtlichkeit der Städte wäre z.B. allgemein verständlich. Wir wohnen alle in der Gewalttätigkeit und Asozialität von Beton und Stahl - und doch löst die aggressive Alltagssymbolik der Stadt keinen Angriff auf die Metropole aus. Symbole reduzieren Inhalte. Mit dem Symbol verbinden die Leute komplexere Zusammenhänge, das Symbol löst Gedanken und Handlungen aus, ist ein Wiedererkennungszeichen.

Die rote Fahne war einmal ein weitgehend allgemeinverständliches Symbol für den Kampf gegen Kapitalismus und Ausbeutung. Die Kultur der Arbeiterbewegung war die kulturelle und materielle Basis für die Wirkung des Symbols. Wenn wir heute mit einer roten Fahne durch die Stadtviertel ziehen und zu Demo und Generalstreik aufrufen, wird unser Erfolg bescheiden sein. Aus zwei Gründen: der kulturelle Zusammenhang zu den Menschen, die in dieser Gesellschaft unterdrückt sind, ist zertrennt. Außerdem kämpfen wir heute noch gegen eine Flut von herrschender Symbolik (Reklame, Plakate an jeder Ecke), gegen die wir uns erst einmal optisch, geschweige denn inhaltlich, durchsetzen müssen. Und noch ein letztes Wort zur Allgemeinverständlichkeit der Plakate: nicht Deutsch-Sprechende als Grund heranzuziehen ist reine Funktionalisierung.

Plakatkunst auf in Abbildungen kodifizierte Sprache zu reduzieren zerstört ihr Wesen. Plakat ist mehr als Sprache. Plakat umfaßt auch das Nicht-Gesagte, hat etwas von freier Assoziation, Traum. Diese Instrumentalisierung von Plakatkunst, indem sie in rationaler Logik auf Kodifizierung von Sprache beschränkt ist, kritisieren wir im Zusammenhang mit den verwendeten Bildbeschreibungen in der Ausstellung weiter unten ausführlicher.

Die Prinzipien von KUK verharren in der falschen Begrifflichkeit. Von Werbung zu sprechen, heißt Verdinglichung unserer Arbeit. Agitation und Werbung sind zwei Begriffe, keine Synonyme. Die begrenzte Wirkung unserer Agitation ist nicht durch einen sprachlichen Kurzschluß mit der Werbung aufzuheben. Gerade die Realität der Werbung stellt uns vor die Frage, inwieweit wir uns von Werbung unterscheiden, stellt uns vor die Ambivalenz der Produktionsmittel: Zeitung, Plakat, Radio, Video, Film usw. - wir artikulieren uns mit den gleichen Mitteln wie die herrschende Kulturindustrie. Wir müssen Unterschiede herausarbeiten.

"Die Selbstentfremdung der Menschheit hat jenen Grad erreicht, der sie ihre eigene Verdinglichung als ästhetischen Genuß ersten Ranges erleben läßt. So steht es um die Ästhetisierung der Politik, die der Faschismus betreibt. Der Kommunismus antwortet mit der Politisierung der Kunst." (aus: Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, 1936)

Wichtig ist für uns, die Grenze zu diskutieren, wann Politisierung der Kunst in Funktionalisierung von Kunst als reine Agitation übergeht.

Plakate als möglichst umfassendes Bild der gesellschaftlich-politischen Abläufe zu begreifen, führt zwangsläufig in die Vereinfachung der herrschenden Realität. Vereinfachung der Realität passiert in einem Großteil der Plakate der Ausstellung. In geradezu inflationärer Manier wird das "symbolische Dreiergespann Polizist, Faschist, Kapitalist" (vgl. die Plakate "In Vorbereitung der Kämpfe", "Soli-Konzert", "Sabotiert die Wahlen", "Feste Feiern damit sie fallen" u.a.) in den Plakaten zitiert. Das ist Vereinfachung der Realtität in mehrfacher Hinsicht: zum einen die Personifizierung des spätkapitalistischen Systems in der Person des Bullen, des Faschos und des Kapitalisten als Drahtzieher. Peinlich wird's, wenn die eindimensionale Personifizierung von Charakterisierungen dieser Art in den Bildbeschreibungen untermauert wird: Militarist: hager, Richter: speckbackig, Kapitalist: quadratisch-hart.

In der Symbolik des Kapitalisten mit quadratisch-harter Kopfform steht der Versuch, revolutionäre Symbolik der 20er Jahre bis heute zu verlängern. Über alle historischen, politischen, kulturellen Entwicklungen hinweg.

Vereinfachung bedeutet das "symbolische Dreiergespann Polizist, Faschist, Kapitalist" auch deshalb, weil diese Darstellung auch die synonyme Verwendung der Begriffe Kapitalismus und Faschismus nahelegt bzw. Faschismus als einfache Verlängerung des kapitalistischen Systems darstellt. In dieser Logik ist der Bulle ein gezähmter Fascho und der Kapitalismus gezähmter Faschismus. Autonomer Antifaschismus geht für uns über die eindimensionale Faschismusdefinition von Dimitroff hinaus, nach der Faschismus "die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des

Finanzkapitals" ist. Faschismus ist auch immer Massenbewegung, hat eine Entsprechung in der "emotionellen Grundhaltung des autoritär unterdrückten Menschen der maschinellen Zivilisation und ihrer mechanistisch-mystischen Lebensauffassung" (vgl. Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus). Faschismustheorie ohne Massenpsychologie ist genauso falsch wie ohne Kapitalismusanalyse. Das "symbolische Dreiergespann" greift hier leider zu kurz. Antifa- Arbeit muß für uns auch den faschistoiden Kern des autoritär unterdrückten Kleinbürgers aufknacken.

Kunst als Widerstand

Die KUK-Prinzipien sind für uns falsch. Das Projekt "Kunst als Widerstand" setzt für uns an ganz anderen Punkten an:

1. Die Trennung von Kunst und Widerstand, in dem Moment, wo Kunst Integrations- und Befriedungsinstanz geworden ist, zurückgedrängt in die staatlichen Tempel etablierter Kultur oder die alternativen Nischen; in dem Moment, wo jede kritische Avantgarde von der Kommerzialisierung stets eingeholt wird. Nicht zu vergessen, daß die Linke nicht mehr länger kulturelle Avantgarde ist, sondern die gesponsorte, postmoderne Yuppie-Kultur. Trennung von Kunst und Widerstand greift auch da, wo wir Kunst nicht als schöpferische Aktion an sich begreifen, sondern sie für "die Sache" instrumentalisieren.

"mißtrauen und geringschätzung, damit ist eine einstellung beschrieben zu schöpferischer produktion, die mir aus meiner eigenen geschichte vertraut ist. es schien mir damals ein notwendiger schritt zu meiner bewußtwerdung, meine kreative fantasie, wenn nicht zu bekämpfen, dann zumindest in eine enge bahn zu lenken: was nicht dem alltäglichen politischen kampf direkt förderlich war, was nicht einzusetzen war, das war reiner zeitverlust. (...) rief ich mich nicht mehr selbst zur ordnung, dann taten es andere. lust war, etwas spitz gesagt, ein verdachtsmoment. die revolution - kein spiel. ich lache - warum eigentlich?" (Jörg Wehren, Widerstand braucht viele Sprachen)

2. Die Ambivalenz der Produktionsmittel. Das heißt, dadurch, daß wir die gleichen Darstellungsmittel wie die Herrschenden benutzen, müssen wir herauskriegen, wie wir Seh- und Hörgewohnheiten angreifen, ohne daß die Konventionalisierung uns einholt. Wie wir mit den Mitteln der Massenkultur die Massenkultur angreifen anstatt in ihr unterzugehen. Aber auch keine politische Funktionalisierung der Kunst zu betreiben und sie der Rationalität von AgitProp unterzuordnen.

3. "Kunst als Widerstand" als Strategie. Soziale Ausweitung. Die Besetzung kultureller Freiräume wäre erst der Ausgangspunkt für subversive Kunst, wäre erst Basis für die Allgemeinverständlichkeit unserer Symbolik.

Grundlage für das Projekt "Kunst als Widerstand" ist für uns eine begriffliche Klärung: Was ist Kunst? Was ist Widerstand? Was ist der Widerspruch zwischen Kunst und Widerstand? Wo liegt der Zusammenhang von Kunst und Widerstand? Und wie ist das Verhältnis zwischen politischem Inhalt und Darstellungsform. Die Trennung von Denken / Theorie / politischer Aktion und Leben im Alltag. Wie sollen wir daraus eine Kultur entwickeln, wenn wir das, was wir denken und sagen, nicht leben? Wie soll aus dem Nicht-Leben eine revolutionäre Kunst entstehen, die auf unserer Alltagskultur aufbaut, die die Kultur der Straße mit künstlerischen Mitteln stilisiert.

Rationalität und Entfremdung in Wort und Plakat

Die KUK-Prinzipien führen zu einer stark begrenzten Konzeption der Ausstellung in Plakat und Text. Es sind kaum Plakate vorhanden, die nicht aus einem aktuellen Anlaß oder zu einer bestimmten Aktion entstanden sind. Damit fehlen Plakate, in denen der konkrete Hinweis auf ein Polit-Ereignis zurücktritt und der Versuch, das Plakat als Subversion des herrschenden Konsens zu benutzen, in den Vordergrund tritt. (Zum Beispiel das Hafen-Plakat "Die Hetze" oder das Plakat zum Blaumachen "I didn't go to work today and I don't think I will go tomorrow".)

Die Plakatmotive sind bestimmt von Schlag- und Kampfwörtern, als ob Ohnmacht, Skepsis und Träume nicht zu unserem Kampf gehören würden: "Kampf dem faschistischen Imperialismus". "Den antiimperialistischen Kampf führen." "Die rote Armee aufbauen." "Kampf dem faschistischen Terror." Die Plakate strotzen von Kämpfermythos. Überall Streetfighter, die vermummt, mit Beil und Knüppel in der Hand, mollischmeißend militant zum Angriff übergehen oder sich schon mitten in der Schlacht befinden. Eine Selbstreduktion darauf, wie uns die Herrschenden sehen wollen und dadurch ein Großteil der Bevölkerung uns sieht.

Die Entfremdung der Darstellungsform von unserem Leben und unserer Realität setzt sich auch in der Rationalität der Plakate fort: kodifizierte Sprache. Zusammengesetzte Plakate, die jederzeit in ihre Teile zerfallen, die jederzeit durch Wörter ersetzbar wären - ohne daß sie Raum für Assoziation ließen.

Hinzu kommt, daß die Plakate ein undifferenziertes Hantieren mit Symbolik bezeugen. Vgl. das Plakat "Freiheit für Renate und Burkhard": Roter und schwarzer Stern, RAF neben 2. Juni, Knastkampf und RZ usw.usf. Die beliebige Anhäufung von Symbolen täuscht genau über die Widersprüche hinweg, die wir aufarbeiten wollen, betrügt um einen Teil unserer Geschichte.

Rationalität setzt sich in den Bildbeschreibungen zu den Plakaten fort.

"gute bilder brauchen oft keine texte - wenn du vor ihnen stehst, beginnst du zu assoziieren, geschichten, zusammenhänge, abgebrochene gedankenzusammenhänge kommen zusammen, alle müdigkeit ist weg. du stehst da und denkst: genau das habe ich schon lange gesucht. da verhilft mir ein mensch zu einem stück identität, zu etwas, was mich stärker macht." (Jörg Wehren, Widerstand braucht viele Sprachen)

Die Plakate der Ausstellung brauchen keine Bildbeschreibungen. Texte zu Bildern bedeuten eine rationale Herangehensweise, bedeuten auch die Bilder noch einmal aufzulösen in Worte, kein Spielraum für Gedankentrip. Das ist ein Fehler. Diese Bildbeschreibungen, die sich in der Ausstellung befinden, zergliedern die Bilder in Hälften, Seiten, Mittelpunkte, gehen mit dem Zeigefinger von links oben nach rechts unten. Kunsttheoretische Belehrungen wie "Der schwarz-gelbe Farbkontrast ist im übrigen die höchste Kontraststufe nach schwarz-weiß" sind durchaus entbehrlich.

Bildbeschreibung, zeitlicher Kontrast, Flugis, Aktionserklärungen, Zeitungsartikel, Bildbeschreibung, zeitlicher Kontext, Flugis, Aktionserklärungen, Zeitungsartikel, Bildbeschreibung ... Auf den ersten Blick besticht die "Vorläufige Materialsammlung zur Ausstellung" (liegt jeweils in der Ausstellung aus - Anm.d.Red.) durch Seitenzahl, Umfang und der Akribie im Sammeln von Dokumenten zur revolutionären Zeitgeschichte. Wer wußte schon, daß der Glasbruch am 30.5.85 100.000 Westmark Tauschwert erreichte? Zu allem Überfluß ist die Schadensbilanz, der diese Aktion entnommen wurde, eine Dokumentation aus der "Welt", eine Auftragsarbeit von LKA & Konsorten für die Innenministerkonferenz nach der Ermordung Günter Sares.

Auf den zweiten Blick besticht die Materialsammlung durch Monotonie: eine mechanistische Aneinanderreihung von Zeitungsartikeln, Erklärungen, Flugis, Schadensbilanzen und Bildbeschreibungen. Wo sind die Diskussionspapiere, die die politischen Aktionen begleiteten, die Ausdruck der Widersprüchlichkeiten und Uneinigkeiten unserer Arbeit sind? Z.B. zum Hungerstreik 84/85, zum Kämpfermythos, zu Antifa-Aktionen gegen Faschos, zur Antipatriarchatsdiskussion. Diskussionspapiere, Aktionserklärungen und natürlich Papers zur Kulturtheorie machen für uns Sinn als Textbestandteile der Ausstellung. Zeitungsartikel, Schadensbilanzen, Bildbeschreibungen sind, vor allem in der Massierung, überflüssig.

Überflüssig sind die Bildbeschreibungen für uns auch, weil sie katastrophale Fehleinschätzungen beinhalten. Wir sparen uns in diesem Papier das Beispiel "Vorbereitung auf die Kämpfe", da wir die geänderte Bildbeschreibung noch nicht kennen. An einem Plakat wollen wir aber unsere Kritik an den Texttafeln verdeutlichen.

"Bei der Gruppe der Antifas wird dadurch, daß drei Frauenfiguren in ihrem Zentrum stehen, die Auseinandersetzung mit der Patriarchatsfrage in den Mittelpunkt gerückt" (aus der Bildbeschreibung zum Plakat "Den organisierten Neofaschismus zerschlagen"). Dieser Argumentation können wir nicht mehr folgen. Die Abbildung von drei Frauen bewirkt nicht, daß die Antipatriarchatsauseinandersetzung in den Mittelpunkt gerückt wird. Es fehlt eine angemessene Darstellung des Frauenwiderstands in der Ausstellung. Auch wenn die mit Knüppeln und Steinen bewaffneten Personen als Frauen erkennbar sind, ist ihre Darstellung geprägt vom patriarchalen Kämpfermythos.

Die Beispiele wären fortsetzbar. Die Formulierungen der Texte zu den Plakaten reduzieren sich für uns auf unverarbeitete Wunschvorstellungen revolutionärer Praxis und bloße Reflexe auf die herrschende Realität. Die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und der Darstellung des Zusammenhangs von Kampf und Utopie bleibt aus.

Für freies Fluten

von Denken, Sprechen und Handeln.

München, Oktober '90

Kontaktadresse:

1. Umschlag: AIDA c/o ZEF, Pariserstr.7, 8000 München 80;

2. Umschlag: Plakatgruppe

Anmerkungen:

1) Ästhetik des Widerstands meinen wir nicht im Sinne von ästhetisch und unästhetisch, auch nicht mit dem hohen Anspruch, eine Peter-Weiss-Rezeption zu beginnen. Die Auseinandersetzung um Ästhetik des Widerstands heißt für uns um Punkte streiten, an denen wir andere Ansätze gemeinsamen Alltags, anderer Kommunikation entwickelt haben. Eine Kultur, die nicht nur unser Ghetto verwaltet, nicht nur Nische für Kollektive ist und Sprungbrett für alternative Integration, keine alternative Integration, keine alternative Werbung in schwarz-rot und mit Stern.

2) Die industrielle Produktion von Kulturwaren zum individuellen Konsum, zur Integration. Der Triumph der Reklame über jeden Inhalt. Angebot für jede/n: Punk und Heimatmelodie, sozialkritischer Film und Raumschiff Enterprise, BILD und TransAtlantik. Für alle ist etwas vorgesehen, damit keine/r ausweichen kann. Kaum etwas, was sich dieser Kommerzialisierung entziehen kann, was nicht zur Ware wird, was Moment von kritischer Identität, sozialer Ausweitung und Angriff auf's System ist.

3) Der Versuch, alles in schöne Bilder zu packen. Klinisch weiß, jung, glücklich, sexy und frei von Achselschweiß. Alles wird identisch: die Wahlkampfslogans, die Werbebilder, die Stimmen der Nachrichtensprecher, die postmoderne Umstrukturierung der Stadtviertel in Glas und Stahl. Die ästhetische Gleichschaltung verkleistert die gesellschaftlichen Widersprüche.

40. "Die abgetriebene Revolution" Ein Buch von Michael Schneider

Rubrik: Wiedervereinigung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:03

Wem hat es - angesichts des atemberaubenden Tempos der Entwicklungen in der Ex-DDR, die vor einem guten Jahr begannen, nicht die Sprache verschlagen? Michael Schneider, den AK-LeserInnen möglicherweise bekannt als Kolumnist bei "Konkret" oder als Autor der Bücher "Unternehmen Barbarossa", versucht in seinem neuesten Werk, die Sprache wiederzufinden. Das Buch trägt den metaphorischen Titel "Die abgetriebene Revolution".

Wie viele Linke, deren politische Biographie um die Kategorie "Sozialismus" zentriert ist, sieht sich auch Michael Schneider in der Pflicht, in Anbetracht der gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa sein der Zeit hinterherhinkendes Weltbild einer Generalrevision zu unterziehen. Daß Schneider über der eingehenden historischen und politischen Analyse des "Beitritts der DDR" in die Arme der BRD auch persönliche Eindrücke und (durchaus selbstkritisch gemeinte) Reflexionen nicht ausblendet, erhöht den Reiz der Lektüre und verleihen der Argumentation zusätzliche Glaubwürdigkeit. Wer hier bereits "billigen Reformismus" oder "sozialdemokratische Verräterei" am Werke glaubt, irrt; ein Trittbrettfahrer, der sich rasch seines sozialistischen Rucksäckels entledigen möchte, ist Michael Schneider beileibe nicht! Er gehört vielmehr zu den unbequemen linken Kritikern, die sich einen lebendigen Begriff von materialistischer Analyse zu eigen gemacht haben und sie in diesem Sinne auf die Wirklichkeit anwenden. Denn, wie brachte es der vom Autor verehrte Rudi Dutschke in seinem "Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen" auf den Begriff: "Der Sozialismus ist keine Angelegenheit von Fahnen und von Bannern, die hochgehalten werden müßten; Ziel und Wesen des Sozialismus ist vielmehr der aufrechte Gang in Richtung Freiheit!"

Linke Mystifikationen

"Kommunist zu sein, hieß drüben, das System zu bejahen und mitzuschwimmen, hüben hieß es, in Widerstand gegen die eigene Gesellschaft zu leben und zum Außenseiter zu werden" (S. 23), unterstrich Schneider den Bedeutungs- und Funktionsunterschied des westlichen bzw. östlichen Marxismus. Die Sozialismus-Rezeption der BRD-Linken zu Zeiten der APO sei entscheidend mitgeprägt worden durch den "Bann der NS-Vergangenheit", die die Kriegsvätergeneration zu verantworten hatte. Andererseits verlieh die Linke der DDR-Gesellschaft die "Aura des Antifaschismus"; beides aber - so die vernichtende Kritik Schneiders - sind Mystifikationen, mit einem "realen Kern" zwar, aber doch zu revidieren. Er diagnostiziert hier die Wurzeln der krassen Fehleinschätzung des Stalinismus und "seiner real existierenden Erscheinungsformen" (S. 20). Nur so ließe sich erklären, daß viele Linke von DKP bis Linksgrüne sich in die Bresche warfen für dieses "ungeliebte Staatswesen auch noch dort, wo es längst nicht mehr zu verteidigen war" (S. 24)

Umgekehrt aber beschwörten viele Linke das Vierte Reich aus dem faschistischen Schoß herauf, der nun so fruchtbar wie nie sein sollte: "Hat die Aura des Antifaschismus den linken Blick gen Osten getrübt, so stand umgekehrt das bundesrepublikanische Staatswesen stets unter dem Verdacht, der bloß demokratisch legitimierte Wurmfortsatz des Dritten Reiches zu sein" (S. 27). Dieses (Zerr-)Weltbild, dieser "negative Patriotismus" (Reinhard Mohr), hat nach Michael Schneider geradezu etwas "Traumatisches" an sich: "Die Angst, daß mit dem neuen deutschen Nationalstaat sich auch dessen verhängnisvolle Geschichte verlängern werde, ist eine rückwärtsbezogene Angst, die dem Trauma der deutschen Geschichte, dem Trauma Auschwitz entspringt, unter dem bekanntlich nicht nur die Opfer und ihre Nachkommen, sondern auch die Nachkommen der Täter leiden. Traumatische Erfahrungen aber haben es an sich, daß sie das Denken an Wiederholungszwänge fesseln und die Wahrnehmung neuer Realitäten behindern" (S. 112). Ich höre an dieser Stelle schon einen Teil der Leserschaft entrüstet aufschreien, aber warum - so frage ich - soll es nicht möglich sein, auch über die Ungeheuerlichkeit und die Barbarei der NS-Vergangenheit zu reden, ohne sich bei jedem Wort mit der Knute selbst zu kasteien? Barbarei bleibt doch Barbarei und auch der Sicherheits- und Polizeistaat BRD bleibt in seiner Bedrohlichkeit erhalten - auch ohne das Adjektiv "faschistisch", oder?

Das heiße Eisen "Deutscher Nationalismus"

Michael Schneider packt auch das "heiße Eisen" deutscher Nationalismus an: Er benennt seine Zweifel, seine Ängste und er spricht die Warnung vor Hochmut, Überlegenheitsgefühlen und Rassismus aus; aber er verweigert der deutschen Bevölkerung nicht das Recht, die Teilung zu beenden: "Nur Dummköpfe oder Deutschenhasser, deren es etliche auch unter den eigenen Landsleuten gibt, können ihnen (den Deutschen - der Verf.) diesen legitimen Wunsch verwehren und dieses Recht absprechen" (S. 113). Was den europäischen Nachbarn und den Siegermächten recht sei, müsse für die Linke wohl billig sein, auch unter dem Vorbehalt, daß sich die Bundesregierung manchen Vertrauensvorschuß regelrecht erkauft habe (so zum Beispiel von der Sowjetunion).

Neben einem eher historisch angelegten "Nachruf auf die DDR", der in traditionalistischer Manier die Spaltung der Arbeiterbewegung durch den "Bluthund Noske" und Co. als ursächliches Element des Scheiterns sowohl einer eigenständigen KP-Politik, als auch einer echten sozialistischen Republik nach dem Weltkrieg herausstellt, unterzieht Schneider die beiden zentralen Gründungslegenden der offiziellen BRD-Geschichtsklitterer einer Kritik: Vorherrschendes Ziel der Herbstrevolution - der ersten deutschen Revolution - sei keineswegs von Anfang an die nationale Einheit gewesen. Und auch die angebliche Alternativlosigkeit des "Beitrotts" zur BRD verbannt er ins Reich der Mythen. Neben all den hinlänglich durchgekauten Fakten, die letztlich doch zur unfreiwillig-freiwilligen Unterwerfung unter die DM-Kolonialmacht BRD führten, destilliert Schneider die Kategorie des "Selbstbewußtseins" heraus: So sieht er in der "nachträglichen Schockwirkung" der geballten Enthüllungen über das für DDR-BürgerInnen ungeahnte Ausmaß an Überwachung (Stasi), Korruption (Wandlitz-Republik), Ineffizienz (Ökonomie) und Zerstörung (Landschaft und Lebensraum) - besonders im Kontrast zur "sauberen" Fassade des Nachbarstaats BRD - das treibende Motiv: "Das jetzt erst realisierte Ausmaß an Zerrüttung führte zu einem tiefen Selbstzweifel, ob man allein aus der Krise herausfinden würde, verdichtete sich schließlich zu dem Ruf "Nie wieder Sozialismus" und zum Anschlußbegehren an die (schon immer) lockende Alternative vor der Haustüre" (S. 85).

Politik statt Moral

Besonders anläßlich eines Rundgangs durch das "Palais Europa", dessen zukünftige Architektur sich langsam abzuzeichnen begann, stellt Schneider das klägliche Versagen des herkömmlichen Begriffs-Instrumentariums fest: "Mit den klassischen Imperialismus-Begriffen ist diesem zivilisierten Herrentum, das jetzt in Osteuropa ausschreitet, ist dieser modernen janusköpfigen Gestalt, die Aufsichtsrat und Sponsor, Gläubiger und Partner, Aufkäufer und Entwicklungshelfer in einem ist, wahrlich nicht mehr beizukommen" (S. 216).

Alles in allem ein sehr lesenswertes Buch, das einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung linker Vergangenheit leistet. Wenn mit Schneiders Buch auch noch keine Antworten auf alle Fragen zukünftiger sozialistischer Politik gegeben werden, so wird doch die Methode klar umrissen: politische Analyse der Gegenwart statt moralisierende Beschwörung der Vergangenheit; denn: "Verdient haben die Deutschen diesen späten Triumph ganz sicher nicht. Aber welcher Sieger fragt schon, ob er seinen Sieg verdient?" (S. 217)

Literaturliste Michael Schneider:

1) Die abgetriebene Revolution - Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Elefanten Press (EP 371), Berlin 1990

2) Iwan der Deutsche (zusammen mit Rady Fisch; eine deutsch-sowjetische Reise aus der Vergangenheit in die Gegenwart; Hauptthema: Nazi-Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung und stalinistischer Terror); Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt a.M. 1989

3) Unternehmen Barbarossa (Essay über die verdrängte Erblast von 1941); Sammlung Luchterhand (SL 857), Frankfurt a.M. 1989

41. Groteske Szenarien. Zum Tod von Friedrich Dürrenmatt

Zum Tod von Friedrich Dürrematt

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak326/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:25

Der Schweizer Friedrich Dürrenmatt zählt zu den erfolgreichsten Autoren nach dem Weltkrieg. Neben Komödien, deren Aufführung häufig zu Theaterskandalen führten, schrieb er Romane, Essays und war wegen seiner bissigen Kritik an den politischen Verhältnissen - insbesondere der Schweiz - gefürchtet. Am 5. Januar ist Dürrenmatt in Neuch^atel gestorben.

Friedrich Dürrenmatt, 1921 in Konolfingen, einem Dorf im Kanton Bern, geboren, begann während seines Studiums in Zürich zu schreiben. Unter dem Eindruck expressionistischer Literatur - so etwa der Lektüre Georg Heyms - entstanden die ersten Erzählungen. Obwohl diese Erzählungen in keiner konkreten Gesellschaft spielen, schildern sie die das Entsetzen über den Hitler-Faschismus und die Angst der neutralen Schweiz vor dem großen Nachbarstaat. In der Erzählung "Der Folterknecht" wird die Welt dargestellt als Folterkammer, in der der Folterknecht seine Rolle mit Gott tauscht: "Der Folterknecht ist Gott. Gott foltert." Anfang 1945 erschien die Erzählung "Der Alte" im "Berner Tagesanzeiger: Ein kleines Land wird von einer fremden Militärmacht erobert und jede Gegenwehr brutal unterdrückt.

1947 wurde Dürrenmatts erstes Drama "Es steht geschrieben" in Zürich aufgeführt. Dürrenmatt bediente sich der geschichtlichen Ereignisse um die Wiedertäuferbewegung in Münster/Westfalen in den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts. Jan Bockelson, die Hauptfigur des Dramas, setzt seine Vorstellung von der besten aller Welten gnadenlos durch und errichtet ein Schreckensregime. Zwar wies Dürrenmatt jede Interpretation, die den Bezug zum Hitlerfaschismus herstellte, zurück. Dennoch ist auch dieses Stück als Auseinandersetzung mit der faschistischen Bedrohung zu sehen. "Ich bin verschont geblieben", sagte Dürrenmatt wenige Jahre später, "aber ich beschreibe den Untergang." In der neutralen Schweiz vom "Untergang" verschont, holte er gleichsam in diesem Theaterstück die Schrecken der vergangenen Kriegsjahre nach und störte ein Publikum auf, das diesen Alptraum vergessen wollte. In den Gestalten des Dramas, denen der Autor die Fähigkeit verliehen hat, in die Zukunft zu sehen, wird der Frieden als trügerisch entlarvt: "Wir stehen erst in der Mitte der Weltgeschichte! Eben ist das dunkle Mittelalter zu Ende gegangen! Bedenkt, was wir noch zu schuften haben! Vor uns, in der neblichten Zukunft, liegt der ganze Dreißigjährige Krieg, ... der Deutsch-Französische Krieg, der Erste Weltkrieg, Hitler, der Zweite Weltkrieg, die Atombombe, der dritte, ... zwölfte Weltkrieg! Da sind Kinder nötig, meine Damen und Herren, da sind Leichen nötig!"

Hatte Dürrenmatt in diesem Stück das Publikum mit einer pessimistischen Sicht der Geschichte konfrontiert, so bezog er in den folgenden Dramen die Zuschauer mit ein. Mit dem paradoxen, grotesken Geschehen auf der Bühne in "Romulus der Große", "Die Ehe des Herrn Mississippi", "Der Besuch der alten Dame" und den "Physikern" provozierte er zum Lachen, einem Lachen, das einem im Halse stecken bleiben und/oder Phantasien, Erkenntnisse freisetzen konnte.

In den theoretischen Arbeiten zum Theater beurteilte er die Möglichkeit, mittels Theater Menschen zum Handeln zu bewegen, weit skeptischer als Brecht. Nach Dürrenmatts Auffassung kann die Welt auf der Bühne nicht mehr - wie in Brechts Theatermodell - als veränderbar dargestellt werden. Die Wirklichkeit stelle sich heute für den Einzelnen weitgehend als un- bzw. schwer durchschaubar dar. Deshalb sei "... der alte Glaubenssatz der Revolutionäre, daß der Mensch die Welt verändern könne und müsse, (...) für den einzelnen unrealisierbar geworden." Entscheidend für diese Sicht der Realität dürfte wohl die Tatsache sein, daß Dürrenmatt - anders als der Kommunist Brecht, der in den zwanziger, dreißiger Jahren seine Theaterkonzeption ausarbeitete - im Klima der Schweiz während des Hitlerfaschismus und der Nachkriegsjahre groß wurde. Seine Abneigung gegen jede ideologische Festlegung hatte zweifellos hier ihre Ursache. Eine Abneigung, die nicht nur die kapitalistische "freie Welt", sondern auch den "Realen Sozialismus" betraf, der im Namen von Marx die Emanzipation der Menschen verhinderte: "Leider ist die Ausbeutung schon lange nicht mehr das alleinige Vorrecht der Kapitalisten." Und hoffte dennoch während des "Kalten Krieges" darauf, daß auch die "Russen" die Atombombe bauen würden: "Wenn die Russen auch noch das Pulver erfinden, ist der Friede gesichert."

Kritik und Absage an beide Gesellschaftssysteme hat auch seine Theorie des Theaters und der Wirkungsmöglichkeiten des Theater entscheidend beeinflußt. In Abgrenzung zu anderen Theatermodellen - wie etwa der Tragödie - sah er nur in der Komödie und im Darstellungsmittel der Groteske eine Möglichkeit, Phantasien und Widerstände gegen das Bestehende zu aktivieren. Er geht von einer Geschichte aus und spitzt sie bis zu ihrem bitteren und zugleich paradoxen Ende zu. "Eine Geschichte ist dann zu Ende gedacht, wenn sie ihre schlimmst- mögliche Wendung genommen hat", heißt es in der dritten der 21 Thesen zur Komödie "Die Physiker".

In diesem Drama stellte er der Realität, - der durch die atomare Aufrüstung bedrohten Menschheit - ein Modell, einen Entwurf gegenüber. Die zentrale Frage des Stücks, "... wie sich die Physiker in der heutigen Welt verhalten müssen und nicht nur die Physiker", wird in einer erfundenen zugespitzten paradoxen Situation durchgespielt. Nur das Irrenhaus - so hofft der Nuklearphysiker Moebius - kann ihn noch davor schützen, mit seinen Erkenntnissen in die Hände irgendeiner Supermacht zu fallen. "Entweder bleiben wir im Irrenhaus oder die Welt wird eines. Entweder löschen wir uns im Gedächtnis der Menschen aus oder die Menschheit erlöscht." Der Versuch, zumindest die moralische Integrität zu wahren, indem er seine Erkenntnisse zurücknimmt, ist allerdings zum Scheitern verdammt. Hinter seinem Rücken hat sich die Leiterin des Irrenhauses bereits die wissenschaftlichen Arbeiten von Moebius angeeignet. Moebius und seine Kollegen "Einstein" und "Newton" sind in ihr "eigenes Gefängnis geflüchtet". Die Irrenwärter entpuppen sich als Werkspolizei und die Irrenärztin als Chefin eines Trusts.

Die Chance zu verantwortlichem Handeln sah Dürrenmatt allenfalls bei Einzelnen, die wie etwa Kommissar Bärlach in dem Kriminalroman "Der Richter und sein Henker" die Normen der Gesellschaft unterlaufen. Bärlach kann sein Ziel nur erreichen, indem er die Gesetze bricht. "Gerechtigkeit" ist nur erreichbar durch illegales Handeln, da der Verbrecher sich sehr legal bei der Abwicklung seiner Waffengeschäfte in den höchsten Kreisen der Schweizer Gesellschaft tummelt. Bärlach bringt ihn zur Strecke - indem er ihm einen Mord anhängt, den dieser nicht begangen hat.

In vielen Komödien und Romanen attackierte Dürrenmatt die Moral der Schweizer Wohlstandsbürger, denen das Grauen und die Zerstörungen des 2. Weltkrieg erspart blieb. "... wir mauserten uns noch so ziemlich redlich durch die düsteren Dschungel dieser Zeit ... manchmal mehr Geld verdienend als gerade üblich mit Uhren, Käse und einigen, nicht sehr ins Gewicht fallenden Waffen ... die Sittlichkeit für rentabel und das Rentable für sittlich haltend", heißt es z.B. in dem Roman "Der Verdacht".

Auch in Reden und Essays kritisierte Dürrenmatt die Ideologie von der demokratischen Schweiz und konfrontierte sie mit der Wirklichkeit. Anläßlich der Verleihung des Großen Literaturpreises des Kantons Bern an ihn, nutzte er die Gelegenheit, um die Berner Gesellschaft zu provozieren. Er denunzierte den Tell-Mythos - immer wieder als Symbol für die freiheitliebende Schweiz beschworen - als Lüge, indem er u.a. auf die "Nationale Aktion" gegen "Überfremdung" durch "Gastarbeiter" hinwies und betonte, "daß es bei uns nicht nur Freiheitshelden gab, die gegen Ausländer kämpften, sondern auch Unterdrückte, die von Schweizern unterdrückt, ja vernichtet wurden."

Und mehr noch: Dürrenmatt gab die 15.000 Franken, die mit der Preisverleihung verbunden waren, weiter. Er verteilte selbst Preise an fortschrittliche Journalisten und Schriftsteller, deren Arbeiten bisher wenig Resonanz gefunden hatten.

In seiner letzten Rede Ende 1990 - anläßlich der Verleihung eines Preises an den Präsidenten der CSFR, Vaclav Havel - wird die Schweiz zur Groteske: "Weil wir ... nicht ohne Gefängnis zu leben wagen, werden wir wieder einmal unsere Unabhängigkeit feiern, denn im unabhängigen Gefängnis unserer Neutralität ist es von außen von niemand auszumachen, ob wir gefangen oder frei sind."

ge., Hamburg

42. Quelldatei 12k.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/12k.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:12k

Bei Mahmudiya in Karbala errichtete die Teco ein neues Raketengelände. Egmont R. Koch interviewte in seiner Reportage über S. Husseins Waffenlieferanten (ZDF, Okt. 90) einen deutschen Ingenieur, der dort tätig war:

"Das gesamte Projekt läuft unter dem Namen ‚395' und besteht aus drei Anlagen, die 30 bis 60 km voneinander entfernt sind, verbunden durch eine neugebaute Straße, die vom öffentlichen Verkehr abgeschirmt ist, die nur militärischem Personal zugänglich ist oder Leuten mit Spezialausweisen. Eine der Baustellen ist die ‚Production Area', wo die Produktion der Raketenkörper stattfindet, das andere ist die chemische Fabrik für die Treibstoffe und die dritte ist das Testgelände." (...)

Hier wird die zwei-stufige Condor mit festem Treibstoff bestückt ... Und vor Ort wußten alle, daß es um Massenvernichtungswaffen geht?

"Es wurde davon gesprochen, daß man diese Sprengköpfe mit sowohl Giftgas als auch Atomsprengköpfen versehen kann, und in weitere Folge wurde auch darüber gesprochen, eine zusätzliche Stufe zu bauen, um in näherer Zukunft in den Weltraum zu kommen mit Nachrichtensatelliten oder anderen Satelliten."

Also man kann von einer Mittelstreckenrakete, wie der Condor II, mit einer zusätzlichen Stufe ja auch eine Interkontinentalrakete bauen. Und darüber ist im Irak auch mal konkret nachgedacht worden?

"Jawohl"

Mit einer dritten Stufe?

"Richtig"

Und das sollte auch eine Feststoffstufe ...

"Nein - Flüssig"

Quelle: Egmont R. Koch: Reportage "Saddam Husseins Waffenlieferanten" im Okt. 1990, s. (14)

43. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:19

Die Demokratie ächzt und kracht. Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD von Siegfried Jäger/Margret Jäger DISS Texte Nr. 12 Die Tatsache, daß bei den letzten Landtagswahlen die Republikaner unter der fünf Prozent Hürde blieben, ist nach Meinung der AutorInnen noch kein Grund für eine Entwarnung. Denn das soziale Potential, daß sie und andere rechtsextreme Gruppen mobilisieren können, ist nicht verschwunden. Es kann sich je nach den Umständen jederzeit bei Wahlen wieder artikulieren.

Aufbauend auf die Analysen von Adorno zum Zusammenhang von Ökonomie, gesellschaftlicher Organisation und Charakterstrukturen ziehen die AutorInnen neue Erklärungsansätze wie Fordismus und Postfordismus heran, um den Stellenwert der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung zu lokalisieren. Zudem wird die aktuelle Ausländerpolitik der Bundesregierung beleuchtet, inwieweit sie Anschlußstellen für rechtsextreme Propaganda und Ideologie bereithält.

Insgesamt kommen die AutorInnen zu dem Schluß, daß der Rechtsextremismus in der BRD auf einer Grundlage beruht, die ihm gute Zukunftsaussichten beschert.

DISS Text Nr. 12, 72 Seiten, 7,50 DM Zu beziehen über: DISS - Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1.

Von Menschen und Schweinen. Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den neuen Neo-Rassismus von Siegfried Jäger/Jobst Paul Es geht um die Thesen des Philosophen Peter Singer, der mit seiner Rechtfertigung von Euthanasie bereits in der ZEIT einen erlauchten LeserInnenkreis erreichen konnte. Die Autoren wollen sich mit ihrer Studie in den laufenden Streit einmischen, ihn beeinflussen, indem sie ihn sprachwissenschaftlich unter die Lupe nehmen. Die Konsequenz ihrer Analyse ist, daß Singers Ansatz letzendlich zu sozialdarwinistischen Auffassungen führt, wie sie im Umfeld rechtsextremer Theoriebildung anzutreffen sind. Besonders Augenmerk verwenden die Autoren dabei den suggestiven sprachlichen und narrativen Tricks, die Singer verwendet, um ein Thema, das in Deutschland wegen der Euthanasieverbrechen der Nazis moralisch tabuisiert war, zu rehabilitieren.

DISS Text Nr. 13, 48 Seiten 5,- DM Zu bestellen bei: DISS - Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1

Die Fesseln der Liebe

"Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht" ist der Untertitel. Die Autorin stellt in ihrem Buch den engen Zusammenhang zwischen familiärer, gesellschaftlicher und geschlechtlicher Abhängigkeit dar. Warum macht es Menschen Vergnügen, Macht über andere auszuüben? Warum unterwerfen sich Menschen Autoritäten? Warum unterwerfen sich gerade Frauen in ihren sexuellen Beziehungen, auch oder besser trotz ihres emanzipatorischen Bewußtsein? Warum funktioniert dieses Wechselspiel von Unterwerfung und Herrschaft? Diese immer wieder auftauchende Frage nach dem Warum, versucht sie aufzuschlüsseln, zu begründen, zu erklären.

Jessica Benjamin, bekannte New Yorker Autorin und Psychoanalytikerin, hat in Madison und in Frankfurt/Main (bei Theodor W. Adorno) studiert. Heute ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Institute for Humanities der New York University.

Jessica Benjamin, Die Fesseln der Liebe, Verlag Stroemfeld/Roter Stern. ISBN 3- 87877-371-4. 280 Seiten, 38,-DM.

Ausstellung über militante Faschisten

Aus Nürnberg gibt es eine Ausstellung über militante Nazigruppen, die die dortige Antifa-Archivgruppe, die feministische Antifa und das Antifa-Plenum zusammengestellt haben.

Auf 26 Plakaten im Format A1 werden FAP und ANS, Deutsche Frauenfront (DFF), NF, Nationalrevolutionäre (NRAO, ANZ), Wiking Jugend (WJ), rechte Hooligans und Fanclubs, bekannte militante Faschisten, Wunsiedel und eine ausführliche Chronologie des Terrors seit 1950 dargestellt. Untersucht werden Ideologie,

Propagandaschwerpunkte, Gründung und Geschichte, Organisationsformen, Tarnorganisationen, Aufbau, Zentren, angestrebte Arbeitsweise, Personalia. Aufgelockert werden die übersichtlichen Texttafeln durch Fotos, Embleme und Zeitungsartikel. Dazu gibt es eine Liste mit knapp 300 Namen von Nazis mit ihren Funktionen.

In dieser Ausstellung soll ein aktualisiertes Bild der militanten Nazi-Szene in der BRD dargestellt werden. Andere faschistische Organisationen wie z.B. NPD, DVU und Reps wurden ausgeklammert, um den Umfang der Ausstellung im Interesse der Lesbarkeit und auch der Kosten nicht über ein vertretbares Maß hinaus anwachsen zu lassen.

Erhältlich ist die Ausstellung für ca. 100,- DM über: Postlagerkarte 050259 D, 8500 Nürnberg.

44. Quelldatei 20.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:20

"Von Richtern und anderen Sympathisanten "

Unter diesem Titel führt das Museum für Hamburgische Geschichte eine Ausstellung durch. Als Beitrag im Rahmenprogramm veranstaltet die Hamburger Justizbehörde in Zusammenarbeit mit dem Metropolis Film-Theater eine Filmreihe, in der folgende Filme zu sehen sind:

21.1.: "Die weiße Rose" BRD 1982 - Spielfilm von Michael Verhoeven

27.1.: Matinee, 11.00 Uhr: "Der Maydanek-Prozeß"

Ein Film von Eberhard Fechner BRD 1983. Der Regisseur steht im Anschluß zur Diskussion zur Verfügung.

28.1.: "Sondergerichtsakte B 6 - 43" BRD 1971 - ein Film von Reinhard Ruttmann.

4.2.: "Jud Süß" Deutschland 1940 - ein Film von Veit Harlan.

Beginn ist jeweils - wenn nichts anderes angegeben - montags um 19.00 Uhr.

Die Welt im Umbruch. Lateinamerikawoche 1991

Unter diesem Motto steht eine Reihe des Lateinamerikakomitees Nürnberg vom 24.1. - 1.2. Im Einzelnen finden folgende Veranstaltungen statt:

Konflikt am Golf - Blut für Öl?

Ref.: Werner Rätz (Friedensbewegung, Bonn); Kamran Ekbal (Uni Osnabrück); Andrew Stoner (Military Counseling Network).

Ort: Komm, Festsaal, Königstr. 93, 24.1. 20.00 Uhr

Lateinamerikanisierung Osteuropas - Afrikanisierung Lateinamerikas?

(Seminar)

Ref.: Dieter Liehmann (Berlin); Albert Sterr (LAK, Nürnberg)

Beginn: Samstag, 26.1. 13.00 Uhr - 18.00 Uhr; Sonntag, 27.1. 10.00 Uhr - 15.00 Uhr

Ort.: Bildungszentrum der Stadt Nürnberg, Untere Talgasse 8 (Zi. 14/15)

Auswirkungen der Umbrüche in Osteuropa auf die "3. Welt

"

Ref.: Claudia von Braunmühl (Berlin)

Sonntag, 27.1., 20.30 Uhr

Neues Deutschland - neue Großmacht?

Ref.: Dorothee Piermont (MdEP)

Montag, 28.1., 20.00 Uhr

Osteuropa - neue "Dritte Welt"?

Ref.: Katalin Levai (Elte Universität Budapest); Tatjana Cahaud (Lateinamerika Institut der FU Berlin)

Dienstag, 29.1. 20.00

Die drei zuletzt genannten Veranstaltungen findet statt im:

Studentenhaus Heilig Geist, Hans Sachs Platz 2.

Deutschland - ein ganz normales Land?

Unter diesem Titel debattieren in Köln: Roshan Dhunjibhoy, Arno Klönne und Ralph Giordano. Es ist dies der Auftakt einer Veranstaltungsreihe des Kölner linken Puzzles - einem Bündnis aus Einzelpersonen der Radikalen Linken, der ex-DKP- Erneuererströmung, den Gewerkschaften, dem KB usw. -, das mit der Debatte versuchen will, die linken Schrebergärtenzäune zu überspringen.

Ort: In der alten Feuerwache (Eingangshalle) in Köln; 17.1. 19.30 Uhr

Was wird aus dem ak?

Die KB-Gruppe Köln und der ak-Lesekreis Köln veranstalten eine kleine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema. Angesichts der drohenden Spaltung der Organisation soll mit allen Interessierten über die Zukunft des "

Markenzeichens" des KB diskutiert werden.

Ort: Bobstr. 6-8; 24.1., 20.00 Uhr

45. Die NATO-Eingreiftruppe AMF

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:30

Die Allied Mobile Force wurde 1960 auf Veranlassung des NATO-Oberbefehlshabers Norstad gegründet. Noch im selben Jahr erklärte Franz Josef Strauß, damals Verteidigungsminister, die deutsche Bereitschaft zur Teilnahme. Anfangs waren an der AMF nur die USA, Großbritannien und jene belgischen Fallschirmjäger-Bataillone beteiligt, die schon im Korea-Krieg eingesetzt und 1959 und 1964 an Luftlande-Operationen im belgischen Kongo sowie 1978 beim Überfall auf Shaba in Zaire ihre Funktion unter Beweis gestellt hatten. 1962 wurde aus der Bundesrepublik u.a. das 262. Fallschirmjägerbataillon aus Merzig/Saarland regelmäßig miteinbezogen. Später begannen auch Italien, Kanada, die Niederlande und Luxemburg eigene Truppenverbände an die "NATO-Feuerwehr" abzukommandieren. Als Einsatzgebiete der über 6.000 Mann starken Eingreiftruppe werden von der Bundesregierung angegeben: Nordnorwegen und die dänischen Inseln, die türkisch-bulgarische Grenze, die griechisch-bulgarische bzw. griechisch-jugoslawische Grenze, die italienisch-jugoslawische Grenze sowie die türkisch-sowjetische, türkisch-syrische und türkisch-irakische Grenze. Die AMF-Verbände befinden sich in permanenter Alarmbereitschaft und können aufgrund der höchstmöglichen Beweglichkeit ihrer integrierten Streitkräfte jederzeit in Aktion treten. Sie bestehen aus den Landstreitkräften AMF-(L) und den Luftstreitkräften AMF-(Air). Die Landkomponente hat ein ständiges Hauptquartier in Heidelberg. Ihr Kommandeur ist seit 1990 der deutsche Generalmajor Carstens. Die Luftstreitkräfte haben kein ständiges Hauptquartier, sondern werden jeweils dem Kommandeur der NATO-Luftstreitkräfte des Raumes unterstellt, in dem sie eingesetzt sind. So wurde das Oldenburger Geschwader am 10. Januar 1991 dem Oberbefehl der 6. Alliierten Taktischen Luftflotte der NATO unterstellt. Wenn auch die AMF-Einsätze stets von einem NATO- Kommando befehligt werden, stehen doch alle NATO-Beschlüsse im Zusammenhang mit der AMF unter dem Vorbehalt einer Zustimmung durch die jeweils betroffene Regierung.

Welches sind nun die Aufgaben der AMF? Als hochgerüstete Eliteverbände sollen sie einerseits mit ihrer Intervention die nationalen NATO-Verbände in den Randregionen entlasten. Zweitens haben sie eine Stolperdraht-Funktion: Ein Angriff auf ihre Einheiten soll den Kriegseintritt aller NATO-Staaten auslösen. Drittens werden die Eliteverbände ein- bis zwei Mal jährlich mit den territorialen Besonderheiten ihrer Einsatzgebiete vertraut gemacht. Sie stellen damit zugleich ein politische unauffälliges Potential für multinationale Interventionen in die innenpolitischen Auseinandersetzungen der für den Imperialismus unstabilen Flankenländer der Allianz.

Nach einer Unterlage der Hardthöhe von Mai 1990 sind ca. 1.300 Bundeswehrsoldaten der AMF unterstellt. Dazu gehören:

- die Fallschirmjägerbataillone 253 in Nagold, 262 in Merzig und 263 in Saarlouis

- die Luftlande-Fernmeldekompanie 9 in Bruchsal

- die Luftlande-Artilleriebatterie 9 in Phillipsburg

- die erste Hubschrauberstaffel der Fliegerabteilung 301 in Niederstetten

- die 2. Sanitätskompanie des Sanitätslehrbataillons 851 in München

- die Jagdbombergeschwader 43 in Oldenburg mit 18 Alpha-Jets.

Die Begeisterung der betroffenen europäischen Völker über die Wiederkehr deutscher Landser hatte sich in der Vergangenheit allerdings in Grenzen gehalten. In Skandinavien wurde sogar über Jahre hinweg eine deutsche Beteiligung an den AMF-Manövern untersagt. Dänemark akzeptierte 1973 erstmals die Anwesenheit einer deutschen Sanitätseinheit. Kampftruppen wurden hier erst seit 1985 zugelassen. Noch rigider agierte Oslo: Aufgrund anhaltender innenpolitischer Widerstände dürfen deutsche Kampftruppen norwegischen Boden im Februar 1990 - erstmals seit dem zweiten Weltkrieg - wieder betreten. Derartige Vorbehalte hatte es in der Türkei freilich nie gegeben. Das AMF-Manöver "Eastern Express II" wurde im November 1965 "an den Mardin-Paß ins wilde Kurdistan" verlegt "und zeigte erstmals seit 1918 deutsche Truppen in der darob begeisterten Türkei", heißt es in einer Bonner Dokumentation von 1971.

max.

46. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:39

Und noch eine

Rußlandhilfe!

Betr.: ARD-Tagesthemen vom 10.12.90

Die deutsch-sowjetische "Versöhnung" geht weiter: Kohl soll nun zum Schutzherrn aller aus DDR-Kasernen desertierenden Sowjetsoldaten werden. Ihnen sei umgehend politisches Asyl zu gewähren - so die von einer Gruppe sowjetischer Soldaten-Angehörigen erdachte und von den ARD-Tagesthemen prompt propagierte Forderung. Mag diese Forderung noch abstrus klingen; der große Deformator G. wird womöglich auch ihr nachgeben, d.h. ihre Realisierung ermöglichen: Nachdem er und die von ihm gerufenen geistlosen Geister à la Jelzin und Co. bereits Wirtschaft, Staat und Partei weitgehend zerstört haben, müßte folgerichtig auch die Armee dran glauben. Alles muß weg, was den Umbau einer Weltmacht zu einigen Randprovinzen des neuen Heiligen Europäischen Reichs Deutscher Nation eventuell stören könnte. "Putschgefahr ausschalten" heißt das dann auch noch. Als ob denn der wirkliche Putsch nicht längst stattgefunden hätte, als ob denn jene Claqueure der Golf-Intervention nicht seit Jahren systematisch die legitime verfassungsmäßige Ordnung der Sowjetunion durchbrechen und außer Kraft setzen würden.

Hajo, Heidelberg

Zu unserem Umgang mit Sprache

In ihrem Artikel "DDR-Zeitungen zwischen Wende und Absturz" im ak 325 verwendet die Autorin ma. zweimal den Terminus "Gleichschaltung". Schon ihr erster Satz lautet: "Fast alle DDR-Zeitungen sind seit dem Ende der staatlichen Gleichschaltung ...", später schreibt sie: "Die zweite Gleichschaltung wurde mit Wirkung zum 3.12.90 an der Berliner Zeitung am Abend (BZA) vollzogen". M.E. ist aber der Terminus "Gleichschaltung" in einer kommunistischen Presse weder zur Beschreibung des Pressewesens in der DDR, noch für dessen Wechsel unter kapitalistischen Bedingungen tauglich. Dieser Begriff ist bereits besetzt durch die Gleichschaltung im Nazi-Faschismus, die die Unterordnung sämtlicher Lebensbereiche bedeutete. Seine Verwendung zur Beschreibung anderer Vorgänge bedeutet im ersten Fall eine Einreihung in die bürgerlichen Gleichsetzungsversuche "Faschismus = SED-Regime" und seine Verwendung auch für Ereignisse in einer bürgerlichen Demokratie ist nicht allein eine "sprachliche Ungenauigkeit", sondern läuft darauf hinaus, die Einzigartigkeit des Faschismus nicht zu beachten.

Ich weiß, daß dieser unsensible Umgang mit Sprache im ak nichts Neues darstellt ("Endlösung der Palästinenserfrage") und daß gerade meine GenossInnen der Minderheit mit unserer Wortwahl ("4. Reich" etc.) häufig sehr großzügig sind. Zu allererst würde ich ma. unterstellen, daß sie diese Kritik nicht teilt. Aber gerade weil sich darin ein politisches Problem von beiden Strömungen im KB ausdrückt, ist dies kein Hick-Hack um einzelne Worte, sondern macht eine Kritik notwendig.

Ro., KB-Minderheit/Westberlin

47. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:40

Liebe FreundInnen!

Wie ich während des Kongresses "APO gegen Deutschland" erfahren habe, soll der Charakter des ak grundlegend geändert werden. Ich möchte mich hiermit gegen eine solche Änderung aussprechen, denn für mich ist eine möglichst breite Diskussion von anarchistischen, sozialistischen und kommunistischen bis hin zu grün-alternativen und PDS-Positionen gerade jetzt besonders wichtig. Ich würde mich also freuen, wenn es beim alten Konzept bleiben würde.

Mit solidarischen Grüßen

Christoph

Liebe Leute vom ak!

Eigentlich abonniere ich den ak jetzt nur, um dazu beizutragen, daß diese Zeitung kein Organ der PDS wird. Solltet Ihr Euch anders entscheiden, werde ich diese bisher brauchbare Zeitung stehenden Fußes wieder abbestellen.

Viele Grüße,

Christine

Liebe

ArbeiterkrämpferInnen!

Über Eure neuerliche Entwicklung bin ich ja nun ernsthaftig besorgt. Erst versucht Ihr, mich mit mit einer Chronologie und einer kleinen Reportage aus der Mainzer Straße abzuspeisen (was diesen Ereignissen einer erstarkten radikalen Hausbesetzerbewegung doch wohl nicht ganz gerecht wird), und dann muß ich bei den Wahlanalysen erkennen, daß sie alle letztlich vom parlamentarischen Standpunkt ausgehen. Es wird nicht erkannt, daß auch Wahlboykotteure bei der SPD ein Protestpotential bilden, geschweige denn, daß auch linke Grünwähler Oskar wählen können, weil der nämlich mittlerweile als Linker einzustufen ist, als dieses Ökopaxe - und die PDS zu diesem Zeitpunkt als Alternative wohl noch nicht in Frage kam.

Falls es Euch interessiert, wo Ihr doch meint, daß ausgerechnet der Zeitpunkt eines wiedererstarkten Großdeutschland der richtige Zeitpunkt ist, die Sinnfrage über das Zeitungsprojekt zu stülpen, so solltet Ihr wissen, daß die Bedeutung Eurer Zeitung gerade in der Vielfältigkeit der zu Wort gekommenen Meinungen und politischen Strömungen bestand, so daß es sich lohnte, den ak zu lesen, weil mensch dann umfassend informiert war.

Wer sich einigermaßen im linken Blätterwald auskennt, weiß, daß der ak ohne Alternative dastand. Weder die Infrastruktur (Organisation, Technik) noch die Verankerung der Zeitung in vielen unterschiedlichen Leserkreisen findet so schnell eine Parallele.

Ich hoffe, Ihr seid Euch über die Bedeutung Eurer Zeitung für das gesamte linke Spektrum "in diesem unseren Lande" bewußt - und verkommt nicht zu einer stumpfsinnigen Parteizeitung. Das wäre dann nicht nur das Ende Eurer publizistischen Bedeutung ... Mit ernsthaft besorgten Grüßen gestatte ich mir, dem Patienten meine Aufwartung gemacht zu haben. Wehe Euch! (Augenzwinker)

W., Heiligenhaus-Isenbügel

War das schon alles?

Die Ankündigung der möglichen KB- Selbstauflösung Anfang 91 reizt mich zu einer Stellungnahme, da mein Leben etwa acht Jahre eng, bis jetzt dann locker mit dem KB verbunden war (als "Sympi").

1971/72 machte ich in der Flensburger Fußgängerzone mit AK-Verkäufern Bekanntschaft. Später hatten sie auch den "Rebell", "die internationale", den "UW"(e) und sonstige Broschüren auf dem Arm. Die Kontakte

waren relativ locker und unverbindlich. Dann wechselte ich in eine Kleinstadt in Schleswig-Holstein, wo sich eine Schülergruppe am "GYM" entwickelte, die sich eng an den KB, die KJ, den SSB anlehnte. Auf VVs, in der SV, im Unterricht, im JZ (Ini) wurde eingegriffen, ständig waren "Termine", eine Schülerzeitung wurde herausgegeben, Veranstaltungen wurden organisiert, z.B. zu Chile 73. Vor einem Nestle-Werk wurde der AK-Verkauf versucht. Man war froh, wenn die Arbeiter einem ein Exemplar abkauften. Immer hatte man AKs bei sich, versuchte sie bei jeder Gelegenheit loszukriegen, was nicht einfach war. Trotzdem glaubte man, daß "die Massen" prinzipiell nach links wollten, der Einsatz sich lohnte.

In Hessen ging's für mich an der Uni weiter. Ab 75 versuchte sich der KB bundesweit und zog eine Kampagne nach der anderen durch: heute AKW, morgen Italien, übermorgen Angola ...

Das zermürbte die dortige kleine "Sympi"-Gruppe, ich ging. Andere machten zunächst trotzdem weiter, einige schmissen dafür ihr Studium. Nach dem Herbst 77 wurde das linke politische Leben schwieriger, nach der KB-Spaltung ("Gruppe Z") wurd's für mich vorübergehend auch unübersichtlicher. Trotzdem konnt' ich's nie ganz lassen: las regelmäßig den AK, die anderen Publikationen der "HSV" und richtete mich politisch teilweise auch weiterhin an dieser Kompaßnadel AK, KB aus. Wenn Familie und Beruf es zugelassen hätten, wäre der Kontakt eventuell auch wieder enger geworden. Zumindest wußte man von dieser Möglichkeit - trotz des K-Gruppen-Sterbens, trotz des Untergangs des real existierenden Sozialismus, der auch den "ML" insgesamt desavouiert. Und nun soll Schluß sein mit diesen zwei Buchstaben?

Ausgerechnet die Kolonisierung der DDR führt bei Euch zum Super-GAU der "Organisation"?

Genossen, das kann doch wohl nicht Euer Ernst sein?!

28.12.90 Ein AK-Leser aus HH

Liebe FreundInnen,

obwohl es angesichts der Konfliktlage im KB sicherlich ziemlich sinnlos ist, möchte ich kurz was zum möglichen Ende des ak sagen: Leider habe ich ihn erst im letzten Jahr entdeckt, im Rahmen meines - ziemlich unzeitgemäßen - linken "Coming-Outs". Er wurde für mich schnell zu einer nur schwer verzichtbaren Informationsquelle, für die es in dieser Form wohl keinen Ersatz gibt. Jedenfalls wäre es gerade in diesen Zeiten linker Identitätskrise äußerst schade, wenn der ak verschwinden würde oder zum "gewendeten" Organ einer Fraktion (egal welcher) würde. Trotz der mir bewußten wahrscheinlichen Vergeblichkeit dieses Wunsches möchte ich an Euch appellieren, den ak in der bisherigen Form zu erhalten, egal wie Ihr Euch hinsichtlich des KB entscheidet.

Viele Grüße

Rainer, Dillenburg

Liebes Redaktionskollektiv,

ich melde mich als langjähriger AK-Leser zu Wort, weil mich das angekündigte voraussichtliche Ende Eurer Zeitschrift nicht kalt läßt.

Eure internen Querelen im KB kann ich nicht von außen beurteilen, aber gefühlsmäßig stehe ich der "Minderheit" näher. Ein Ende des bisherigen Konzeptes bedeutet einen Ort weniger, wo linke Diskussion kontrovers geführt werden kann. Was ich die letzten Jahre besonders schätzte:

- Grüne im Bundestag, Interviews dazu,

- Berichte über Antifaaktionen, Antiatomaktionen,

- Internationale Solidarität in Lateinamerika, Nordirland, Baskenland,

- linke Organisationen in Italien, Großbritannien, Griechenland,

- Osteuropareiseberichte,

- Kultur- und Literaturbeiträge.

Was ich etwas vermißt habe:

- Gewerkschaftskämpfe und politische Kämpfe international, z.B. der augenblickliche Bergarbeiterstreik in der Türkei,

- Artikel zu Albanien, Jugoslawien,

- mehr Ausstellungs-/Filmkritiken,

- Berichte zu Subkultur.

Es ist nachvollziehbar, daß der Sozialismus/Kommunismus nicht gerade am Erstarken ist und viele Diskussionen heute anders geführt werden sollten, aber es wäre schade um den Spiegel für Linke. Es bleiben da nur noch erwähnenswert die Zeitschrift "Wildcat" und teilweise "konkret" als lebenswerte Alternativen übrig.

Ein Neukonzept des AK mit neuem Namen oder neuem Redaktionskollektiv (mit brüderlicher Hilfe der PDS) wäre für mich nicht mehr relevant. Daher rufe ich zum Erhalt des AK in seiner bisherigen Form auf.

Wenn nun das "linke Trüffelschwein" unwiderruflich zur Schlachtbank geführt wird, dann veröffentlicht doch die ehemalige Rubrik "ML-Szene" als Faksimileausgabe (Titel: "Tratsch und Klatsch in der westdeutschen Linken"). Hoffentlich habt Ihr noch genug Humor übrig, um den vorherigen Satz/Vorschlag richtig zu verstehen.

Mit revolutionären Grüßen

Ge., Esslingen

Bombardiert das Hauptquartier!

(Mao)

48. Deutsche Kampfbomber nach Kurdistan verlegt

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:44

Ihre Bereitschaft zu weltweitem kriegerischen Engagement hat die Bundesregierung mit der Entsendung der Kampfbomber-Einheit nachdrücklich unterstrichen. Beim Schlag gegen Bagdad wäre nunmehr beinahe automatisch auch für die Bundesrepublik der Kriegszustand hergestellt. Die Stationierung der Kampfeinheiten in Kurdistan ist zugleich ein Signal, das von Massenbewegungen erschütterte Regime in der Türkei notfalls auch mit NATO-Gewalt durch die Krise zu bringen. Der folgende Beitrag basiert auf einer Durchsicht bundesdeutscher und türkischer Zeitungen und untersucht die Umstände, die Folgen und die Hintergründe der Truppenentsendung.

Ihre Bereitschaft zu weltweitem kriegerischen Engagement hat die Bundesregierung mit der Entsendung der Kampfbomber-Einheit nachdrücklich unterstrichen. Beim Schlag gegen Bagdad wäre nunmehr beinahe automatisch auch für die Bundesrepublik der Kriegszustand hergestellt. Die Stationierung der Kampfeinheiten in Kurdistan ist zugleich ein Signal, das von Massenbewegungen erschütterte Regime in der Türkei notfalls auch mit NATO-Gewalt durch die Krise zu bringen. Der folgende Beitrag basiert auf einer Durchsicht bundesdeutscher und türkischer Zeitungen und untersucht die Umstände, die Folgen und die Hintergründe der Truppenentsendung.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurden zwischen dem 4. und 10. Januar 1991 Soldaten der Bundeswehr in ein Krisengebiet abkommandiert. Sie sind Bestandteil der von der Türkei angeforderten Schnellen Eingreiftruppe der NATO und 400 km vor der türkisch-irakischen Grenze im türkischen Luftwaffenstützpunkt Erhac stationiert. Vorläufig ist nur die von Italien, Belgien und der BRD gestellte luftgestützte Komponente der Allied Mobile Force im Einsatz. 270 der insgesamt 600 Soldaten werden von der 2. Staffel des in Oldenburg stationier- ten Jagdbomber-Geschwaders 43 gestellt. Vorläufig sind nur Zeit- und Berufssoldaten betroffen; eine mögliche Ausweitung auf Wehrpflichtige wurde jedoch bereits angedroht. Ein Angehöriger des Oldenburger Geschwaders hat den Türkeieinsatz anstandslos verweigern können. Ein weiterer hat sich als Kriegsdienstverweigerer gemeldet. Für den Rest der Soldaten gilt, daß sie wissen und wollen, was sie tun. Werden sie abgeschossen, ist Trauer kaum angezeigt.

Das Geschwader ist mit 18 Alpha Jet- Kampfbombern, mit Rettungshubschraubern, fünf Ärzten, einer kleinen OP-Ausrüstung, ABC-Schutz sowie jeder Menge Bomben, darunter Streubomben, ungelenkten Raketen und sonstiger Munition ausgestattet. Im Gespräch ist darüberhinaus der Einsatz von ABC-Spürpanzern auch in der Türkei.

Die belgischen Verbände sind mit 18 Jagdbombern des Typs Mirage ausgerüstet und ebenfalls in Erhac untergebracht. Italienische Truppen sind mit sechs Starfightern im Stützpunkt Diyarbakir etwa 200 km vor der irakischen Grenze stationiert. Der gesamte Verband ist dem Kommandanten der 6. Alliierten taktischen Luftwaffe, Luftwaffengeneral Öner Dincer, unterstellt.

Im Vergleich zu jenen 60 deutschen Tornados, die Stoltenberg noch im Oktober 1990 am liebsten postwendend in die Türkei geschickt hätte (ein Vorschlag, für den sich in der NATO offenkundig kein anderes Land hatte erwärmen können - vgl. AK 324) nimmt sich das Alpha Jet-Geschwader etwas weniger martialisch aus. Dennoch wäre es falsch, diese Bomber als Lachtaube mit Zwergtriebwerk zu verniedlichen, wie es der "Spiegel" tut, oder die Öffentlichkeit im Stile der Hardthöhe mit der Information zu belügen, seine Einsatz-Reichweite sei auf 250 km beschränkt. Tatsächlich liegt der Aktionsradius der Bomber, je nach Flughöhe und Lastgewicht, zwischen 430 und über 1000 km, weit genug also, um auch im Inneren des Irak Zerstörungen anzurichten. Die Maschinen sind insbesondere für extreme Tiefflüge und die offensive Luftunterstützung eigener Bodentruppen optimiert. Zudem sind die Bomber mit 27- mm Geschützen ausgestattet, die mit 150 Schuß pro Minute für ein Blutbad allemal etwas taugen. Die Alpha-Jets verfügen darüberhinaus über die spezifische Fähigkeit, von Notlandebahnen aus operieren zu können. Dieses Detail ist nicht unbedeutend: In den verschiedensten Ecken des türkischen Kurdistan haben westdeutsche Firmen in den letzten Jahren "Autobahn"-Teilstrecken von jeweils einigen 100 m Länge gebaut. Daß diese militärischen Zwecken dienen, steht außer Frage. So sind die Provinzhauptstädte jener Region zum Teil nicht einmal über asphaltierte Straßen zu erreichen.

Gemeinsam mit der Mirage, die speziell für Einsätze im Hinterland vorgesehen ist und dem Starfighter, der die beiden Bombertypen als Begleitjäger zu schützen vermag, verfügt die AMF-Luftwaffe somit über eine beträchtliche Kampfstärke.

Der AMF-Verband ist auf Einsätze in der Türkei bzw. in Kurdistan spezialisiert. Dies gilt besonders für Pyczak, dem Leiter des deutschen Kommandos, der sich in den letzten Jahren als Luftwaffen-Attaché der deutschen Botschaft in Ankara auf seinen derzeitigen Job vorbereiten konnte. 1983 und 1987 war das Oldenburger Geschwader zu Manöverzwekken in Diyarbakir stationiert. Jener dem Irak nächstgelegene Stützpunkt scheint auch jetzt wieder als AMF-Zentrale zu dienen: Dort liegt nicht nur das Pressezentrum der AMF. Es wurden zugleich 314 Hotelplätze für AMF-Angehörige, darunter auch Deutsche, reserviert. Aber auch in Erhac und Umgebung ist die AMF-Präsenz unübersehbar: In der nächstgelegenen Großstadt Malatya wurde das staatliche Krankenhaus geräumt und in der Umgebung des Luftwaffenstützpunkts die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Dort hat man Journalisten festgenommen und deren Filme vernichtet. Die Freilassung erfolgte unter der Auflage, die Gegend für immer zu verlassen.

Inzwischen wurde auch eine von der Bundeswehr für den 8. Januar angekündigte Reise von Medienvertretern nach Erhac kommentarlos storniert. Wie die Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen berichtet, sind auch Kamerateams Deutscher Fernsehanstalten von türkischen Militärs an ihrer Arbeit gehindert worden. Ganz offensichtlich soll die Rolle deutscher Soldaten in Kurdistan unter der Decke gehalten werden.

Das unangenehme Klima, daß jene AMF bereits in Friedenszeiten verbreitet, ist aber noch harmlos im Vergleich zu den in den NATO-Stäben ausgearbeiteten Kriegsszenarien.

Die AMF-Rolle im Golfkrieg

Die AMF-Stationierung signalisiert, daß Hussein im Falle eines Angriffs auf die Türkei mit der Entschlossenheit aller NATO-Staaten zum Kriegseinsatz an der Seite der Türkei rechnen muß. In einem solchen Fall "würde die AMF ... von Anfang an in die Verteidigungshandlungen an der türkisch-irakischen Grenze eingreifen und damit die Verlegung weiterer Nato-Streitkräfte - auch Bodentruppen und Marineverbände - zur Unterstützung der Türkei auslösen. Man kann mit großer Sicherheit damit rechnen, daß die zuständigen Stellen in der Kommandostruktur der Nato gegenwärtig mit Hochdruck an derartigen Eventualplänen arbeiten. Das heißt in der Konsequenz, daß Saddam mit einem Angriff auf die Türkei das gesamte der Allianz in Europa verfügbare Streitkräftepotential gegen sich in Stellung brächte." (Welt, 9.1.90)

In der Kriegsrealität würde man auf einen Angriff des Irak freilich nicht lange warten wollen. Die "Notfallplanungen" der NATO werden bereits dann virulent, wenn die USA einen Krieg gegen den Irak beginnt. Die Kriegsbedeutung der türkischen NATO-Front besteht gerade darin, irakische Truppen zu binden. Dieses Ziel wird aber nur dann erreicht, wenn eine türkische oder alliierte Irak-Intervention glaubwürdig angedroht werden kann bzw. stattfindet. Je komplizierter sich ein allein von Saudi-Arabien entwickeltes Kriegsszenario für die USA gestaltet, um so engagierter werden jene auf die Eröffnung einer zweiten Front hinarbeiten und damit zugleich die NATO insgesamt in Einsatz bringen. Während man die jetzige AMF-Stationierung mit der Abschreckung begründet, würde die Eröffnung einer zweiten Front mit dem Ziel der schnellen Kriegsbeendigung legitimiert werden. Wer wollte sich schon einer Maßnahme für die rasche Wiederherstellung des "Friedens" widersetzen?

Der Schlüssel für dieses Szenario liegt in Washington: Niemand könnte die USA davon abhalten, den Irak auch von türkischen Stützpunkten aus zu bombardieren. Das bilaterale Abkommen über amerikanische Stützpunkte in der Türkei wurde bisher nicht einmal dem türkischen Parlament vorgelegt. Von einem türkischen Vetorecht ist darin gewiß nicht die Rede. In Incirlik, nordöstlich von Adana, sind derzeit 14 F-111 Bomber, 24 F-16 Jagdflugzeuge und eine größere Anzahl amerikanischer F-15 Jagdflugzeuge stationiert. Im Dezember 1990 hatte der Irak Vergeltungsschläge gegen die Türkei allein schon deshalb angedroht, weil sie die Stationierung amerikanischer Luftwaffenkapazitäten auf ihrem Territorium überhaupt akzeptiert hatte. Einen US-Angriff von türkischem Boden würde der Irak demnach mit Sicherheit parieren.

Das türkische Interesse

Ankara agiert im Golfkonflikt weniger als Beschwichtiger denn als Einpeitscher. "Ich fürchte mich nicht vor dem Irak", so der türkische Präsident und Kohl-Freund Turgat Özal, "schließlich haben wir die Nato auf unserer

Seite. Die Nato ist eine Organisation, die den Warschauer Pakt zum Einsturz gebracht hat. Und der Irak ist ein klitzekleines Land." Özal ist der seltene Fall eines Zivilisten, der aufgrund seiner Kriegslüsternheit selbst Generäle in Schrecken versetzt. Sein Kommentar, nachdem im Dezember 1990 der türkische Generalstabschef Torumtay zurückgetreten war: "Wir brauchen Generäle, die Krieg führen können." (Spiegel 1/91) Der erstaunliche Tatendrang des Staatspräsidenten speist sich aus mehreren Quellen. Die NATO-freundliche Rolle im Golfkonflikt ist für Ankara ein Mittel, sich das Eintrittsbillett in die EG zu erkaufen. Sie ist Auslöser für neue Militärhilfen, neue Kriegsindustrien und neue Subventionspakete. Und sie bietet drittens eine günstige Gelegenheit, von den inneren Problemen abzulenken und das Regime zu erhalten. Schließlich sind "Befürchtungen nicht völlig aus von der Hand zu weisen", warnte bereits im November 1990 die "Europäische Wehrkunde", "das Land könne sich aus dem Verbund mit dem Westen lösen". Last not least wird Özal bei der einem Kriegsabenteuer folgenden Neuordnung der Region eine Vorzugsbehandlung in Aussicht gestellt: "Nach der Beendigung der Krise wird die Türkei eine wichtige Rolle bei der Wahrung der Stabilität in der Region spielen", so die Lockung von NATO-Generalsekretär Wörner. "Es gibt zwar noch keine konkreten Pläne, aber ich kann soviel sagen, daß eine Neuordnung des Mittleren Ostens ohne die Türkei nicht möglich sein wird." (AK 323) Im Mittelpunkt jener Neuordnungspläne stehen Mossul und Kirkuk, Städte im irakischen Teil Kurdistans mit reichhaltigen Ölvorkommen. Kirkuk liegt 200 km südlich der türkischen Grenze, birgt die größten Erdölvorkommen des Irak und zählt zu den wichtigsten Erdölquellen des Nahen Ostens überhaupt. Wiederholt wurde die türkische Öffentlichkeit in der Vergangenheit darauf eingestimmt, daß Kirkuk und Mossul "historisch" zur Türkei gehörten. In der Tat wurden jene - in Wirklichkeit kurdischen! - Gebiete, mit Beendigung des 1. Weltkriegs der Türkei zugeordnet und erst 1923 vom britischen Imperialismus dem damals neu "gegründeten" Irak zugeschlagen. Das mittelfristige Schicksal von Mossul und Kirkuk ist nicht zuletzt für Bonn interessant. Falls es Ankara in der Folge des Golfkriegs gelingen sollte, jene Ölregionen zu annektieren, hätten der BRD-Imperialismus über die von ihm gestützte Türkei einen direkten Zugang zum Öl und damit eine erste Trumpfkarte, auch im Nahen und Mittleren Osten Hegemonialansprüche anzumelden.

Die Vernichtung des kurdischen Befreiungskampfes wäre hierfür freilich eine Voraussetzung.

Mit der NATO gegen den kurdischen Widerstand

Die Verlegung der Bundeswehreinheiten verschärft nicht nur den Golfkonflikt. Mit ihr wird zugleich auf der Seite der türkischen Kolonialmacht in den Krieg zwischen der kurdischen Bevölkerung und dem türkischen Regime militärisch eingegriffen. Den Piloten des Oldenburger Kampfbomber-Geschwaders ist dies nur allzugut bekannt. Viele von ihnen "haben den Verdacht, der türkische Partner fürchte nicht Irak, sondern fünf Millionen Kurden, die die heikle Lage zu Aufständen nutzen könnten", heißt es im STERN, während im Oldenburger Lokalblatt der Sicherheitsexperte des Geschwaders geradeheraus erklärte, "daß das Problem der Kurden ‚latent angestiegen' sei und von daher primär eine Gefährdung drohe." Was läge da für einen Kampfverband näher, als das eigene Machtpotential vorrangig gegen jene "primäre Gefährdung" einzusetzen? Immer wieder waren es sogenannte NATO-Manöver, in deren Schatten die türkische Armee 1983, 1986 und 1987 die irakische Grenze (im Einklang mit Bagdad) überquerte, um kurdische Guerilleros zu verfolgen. 1983 waren 15.000 türkische Soldaten hieran beteiligt, 1987 starke Bodentruppen und 30 türkische Flugzeuge, deren Bomben in kurdischen Siedlungen ein Blutbad mit mindestens 100 Toten anrichteten. Während sich die Türkei hierbei auf ein im September 1986 vom türkischen Parlament verabschiedetes Gesetz beruft, welches "Operationen im Grenzgebiet bis zu fünf km und einer Dauer von drei Tagen" erlaube, lagen die Abwurfziele tatsächlich viel weiter im Landesinneren des Irak. Die nächsten AMF-Manöver in Kurdistan sind bereits für den 10.-26. März 1991 mit einem 900-köpfigen Kontingent der Bundeswehr (darunter das Fallschirmjäger-Bataillon 253 in Nagold und die Luftlandebrigade 25 in Calw) angesetzt. Die Terminierung ist kein Zufall: Der 21. März ist der Termin des kurdischen Neujahrs und Widerstandsfests Newroz; 1990 war ganz Kurdistan seit dem 14. März durchzogen von Massenaufständen und bewaffneten Aktionen. Die deutsche Zustimmung zur AMF-Stationierung ist somit vermutlich nur der Auftakt für eine langanhaltene antikurdische Nato-Intervention, bei welcher Deutschland - in der 150 Jahre alten Tradition des "deutsch- türkischen Waffenbündnisses" - erneut eine Hauptrolle zugeschrieben wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß gegenwärtig nicht nur die USA sondern auch die Türkei über ein Interesse und die Macht verfügt, den Bündnisfall im Irakkonflikt zu provozieren. Wann jemals zuvor befand sich Ankara in der komfortablen Situation, sich beim Begleichen alter Rechnungen mit Bagdad zugleich auf die geballte Macht der NATO stützen zu können?

Schon der inszenierte Zwischenfall mit einer kurdischen Widerstandsorganisation und nachfolgender "Verfolgung" auf irakisches Territorium könnte in der aktuellen, zugespitzten Situation einen Krieg auslösen. War es tatsächlich nur Zufall, daß am 12. Dezember 1990 zwei türkische Flugzeuge den irakischen Luftraum verletzt und Bagdad zu einem formellen Protest genötigt haben?

Die deutsch-türkische Militärachse

Die Türkei ist für den deutschen Imperialismus traditionell das Sprungbrett zum Nahen und Mittleren Osten und die militärische Zusammenarbeit das Mittel, sich dieses zu erobern. Seit 1882 wurden nicht nur die türkischen Militärschulen von Deutschen geleitet und alle türkischen Waffen vom Kaiser geliefert. Zugleich wurden alle wichtigen Kommandoposten der türkischen Armee mit deutschen Befehlshabern oder "Beratern" besetzt, so daß 1914 dem Osmanischen Reich gar nichts anderes übrig blieb, als an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten. Über Osmanien wollte Preußen damals die britische und französische Orient-Dominanz zurückdrängen und damit ein Problem lösen, daß sich heute in durchaus vergleichbarer Form auch für die Bundesrepublik stellt. Die künftige operative Vielseitigkeit der NATO-Verbände, so kürzlich der ehemalige Staatssekretär der Verteidigung, Lothar Rühl, müsse "von vornherein so angelegt werden, daß sie auch kurzfristig etwa in die Türkei verlegt werden könnten, um dort das Bündnisgebiet wirksamer zu decken als bisher und Interventionen auch über die Bündnisgrenze an Euphrat und Tigris hinaus ausführen zu können" (Welt, 24.8.90) - mit massiver deutscher Mitwirkung, versteht sich. Und erneut ist es in besonderem Maße die militärische Zusammenarbeit, über die Bonn auf Ankara Einfluß zu nehmen sucht: "Als einziges europäisches Land", so Bundeskanzler Kohl, habe die Bundesrepublik "seit zwanzig Jahren Anstrengungen unternommen, um die Kampfkraft der türkischen Streitkräfte zu erhöhen ... Die Hilfe, die Deutschland ... ohne jede Bedingung zur Verfügung gestellt hat, beträgt mehr als 3,3 Milliarden DM ... und ich bin sicher, daß das deutsche Parlament in Zukunft noch mehr Hilfe zusagen wird." (zit. nach Milliyet, 4.9.1987) Zugleich sieht sich Bonn in der komfortablen Lage, das türkische Drängen auf EG-Beitritt mit der unter Freunden üblichen Methode zu instrumentalisieren. Gönnerhaft stellte Kohl als Gegenleistung für das mustergültige türkische Verhalten in der Golfkrise dem türkischen Staatspräsidenten im Oktober 1990 die "Unterstützung der Bundesregierung für einen leichteren Zugang der Türkei zur EG" in Aussicht. (taz, 25.10.90) Sowohl die Machtverhältnisse wie auch die Interessenlage sprechen somit dagegen, daß Özal die Entsendung der Nato-Eingreiftruppe gegen den erklärten Willen der Bundesregierung veranlasst haben könnte. Mit anderen Worten: Die Rührstory des "Spiegel": "Nur mit ‚äußerstem Widerwillen' und ‚todunglücklich' - so versichert ein Kanzler-Berater - hätten Kohl und Genscher nach endlosen Telefonaten ... dem Ersuchen des Nato-Partners Türkei entsprochen" ist oberfaul.

Wie kam es zu jener AMF-Anforderung, die den Krieg im Namen der UN in einen umfassenden NATO-Krieg transformieren und damit nicht zuletzt auch das vereinte Deutschland voll erfassen könnte?

Bundeskabinett: Einstimmig für Kriegsbereitschaft

Am 22. Dezember wurde bekannt, daß die Türkei die Stationierung der NATO- Eingreiftruppe angefordert habe. In Wirklichkeit war jene "Anforderung" freilich der operettenreife Akt eines fidelen Autokraten: Özal hatte das Begehren der türkischen Regierung auf ein Papier gesetzt, welches sein Marionetten- und Familienkabinett zuvor mit einer Blankounterschrift versehen hatte. Durch dieses Verfahren wurden der Zeitpunkt und die Form des "türkischen" Hilfeersuchens allein in das Benehmen der Nato gestellt. Zahlreiche Indizien sprechen für die These, daß die Entsendung der AMF auch in der Nato nicht unumstritten gewesen ist und in dem diesbezüglichen Beschluß weniger der Wunsch der Türkei als vielmehr ein kunstvoll gestrickter, innerimperialistischer Kompromiß zum Ausdruck kommt. Für diese These spricht schon der Wirrwarr der Meldungen: Die Oldenburger Kampfbomber-Piloten sollen schon seit August 1990 auf ihren Einsatz gewartet haben, in türkischen und bundesdeutschen Zeitungen ist davon die Rede, daß Ankara schon am 30. November eine entsprechende, jedoch auch die AMF- Landstreitkräfte umfassende, Anforderung nach Brüssel geschickt haben soll, während Stoltenberg schon im Oktober 1990 öffentlich die Verlegung deutscher Tornados empfahl. Sicher ist nur, daß seit Mitte August letzten Jahres der NATO- Rat nahezu täglich zur Koordination der Golf-Aktivitäten zusammengetreten war, um schließlich am 2.1.1991 über die Entsendung der AMF zu befinden. Sicher ist zweitens, daß es von der Bonner Entscheidung abhängig war, ob der Kampfverband abkommandiert wird oder nicht.

Dem Vernehmen nach hatte Bonn schon am 21.12. der AMF-Entsendung prinzipiell zugestimmt, sich eine Entscheidung über den Zeitpunkt der Verlegung jedoch vorbehalten. Dahinter stand angeblich das Interesse, "eine direkte Einbeziehung in einen Krieg am Golf" auch dann vermeiden zu wollen, wenn die Türkei angegriffen würde (FAZ, 22.12.). Belgien wiederum wollte seine Haltung von der Bonner Entscheidung abhängig machen, während Italien mit der Entsendung einverstanden war. Man war sich somit über das mit der AMF-Entsendung verbundene Risiko ebenso im Klaren, wie über die Möglichkeit, jenes "Begehren" hinfällig machen zu können. Die Entscheidung hing an Bonn, jedoch nicht lange. Nachdem sich "Bundeskanzler Kohl in die Bonner Entscheidung direkt eingeschaltet und entsprechende Gespräche mit Kabinettsmitgliedern geführt" (FAZ, 3.1.91) hatte, wurde die Truppenverlegung am 3.1. vom Bundeskabinett im Umlaufverfahren verabschiedet. Die SPD wurde vorweg informiert. "Sollten sich Weiterungen im Nato-Land Türkei ergeben", meldete lakonisch die FAZ, "will die Regierung mit der SPD Verbindung halten."

Nachdem die Bundesregierung die Entscheidung zur Kriegsteilnahme gefällt hatte, ging es nur noch darum, sie in eine für das Publikum annehmbare Formel zu verpacken. Sie helfe, "den Frieden zu bewahren", so der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Würzbach, sie sei ein "Signal gegen den Krieg", so die Hardthöhe, insgesamt also eine "friedenssichernde Maßnahme", so die Bundesregierung. Landauf und landab wurde beteuert, daß nicht Bonn einen Beschluß gefällt habe, der die ganze NATO betrifft, sondern die NATO etwas beschlossen habe, dem die Bundesregierung nun folge. Ansonsten wurde entwarnt: Über den Einsatz der Bomber sei schließlich noch lange nicht entschieden, bis zur irakischen Grenze sei es für die Flugzeuge viel zu weit und der Krieg? Ja, der Krieg sei schließlich noch zu vermeiden. Seien wir doch einfach zuversichtlich!

Jene Taktik hofiert und konserviert einerseits eine pazifistische Bevölkerungsstimmung, die der deutsche Imperialismus zugunsten der Identifikation mit nationaler Machtpolitik gerade zu überwinden gedenkt: Der erste Bundeswehreinsatz am Abgrund des Krieges wurde von keiner Seite mit Hurra begrüßt. Zugleich hat jene integrierende Taktik ihr Ziel, eine neue Weltmachtrolle Deutschlands auf leisen Sohlen voranzutreiben, auch in diesem Fall nicht verfehlt: Die Kritik an der Truppenentsendung blieb verhalten, ihrer tatsächliche Dimension in der Öffentlichkeit undiskutiert. Die parlamentarische Opposition verrichtete ihr Tagesgeschäft und sprach von Fehlentscheidung (Vogel) anstatt von Generalstreik. Die taz-Journalisten interessierten sich für die Stimmung und den Sold, nicht für die Hintergründe während Spiegel, Stern und Zeit sich ohnehin nur noch als das verlängerte Sprachrohr des Bundespresseamts in Empfehlung brachten.

Erfolgreich wurde dafür gesorgt, daß das Bewußtsein über die deutsche Eigenverantwortung an der Kriegseskalation selbst im Rahmen der Massenbewegung "Kein Krieg am Golf" bis heute eine Randerscheinung geblieben ist. Dies zu verändern ist aber die Voraussetzung für eine Bewegung, die der eigenen Truppe, wenn es losgeht, die Niederlage wünscht. Nicht minder bedeutsam ist die Solidarität mit den türkischen und kurdischen Linken, gegen die sich die Entsendung der Bundeswehr derzeit unmittelbar richtet.

max.

Der Artikel basiert vorrangig auf einer Zusammenstellung türkischer Pressemeldungen von N.M., einer Durchsicht der BRD-Presse sowie auf Informationen des Informationsbüros Türkei (Extra-Nummer Türkei-Depesche und Informationsmappe von 1987).

Weitere Informationen in:

ak 322, S. 7: Bundeswehr im Kriegseinsatz

ak 323, S. 5: Frontstaat Türkei: Im Schatten der Golfkrise Krieg gegen die Kurden

ak 324, S. 9: Bundeswehrverbände für unbefristete "Manöver" nach Kurdistan verlegt

ak 325, S. 11: Bundeswehreinheiten weiter im Kriegseinsatz

49. Quelldatei 46.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:46

Einberufungsbescheid Alarmreserve

Tausende Wehrpflichtige, die ihren Dienst bereits abgeleistet haben, erhielten in diesen Tagen Post von den Kreiswehrersatzämtern. Überschrift: "Einberufungsbescheid Alarmreserve". Weiter lesen die erschreckten Empfänger:

"Nach Verkündung des Verteidigungsfalls bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich, ohne weitere Aufforderungen abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil (...) zum unbefristeten Wehrdienst (...) zum Diensteintritt zu stellen. Das gilt auch, wenn die Bundesregierung durch öffentlichen Aufruf (Fernsehen, Hörfunk, Presse) für - die Alarmreserve geschlossen (ohne Rücksicht auf ein Kennwort) oder - einen Teil der Alarmreserve mit dem Kennwort Lila Pferd eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung von unbestimmter Dauer gemäß § 6 Abs.6 und § 49 WPflG anordnet (...). Falls Sie Ihren Bestimmungsort nicht erreichen können, haben Sie sich bei der nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder einem Truppenteil zu melden. Ihren Dienst haben Sie im Kampfanzug anzutreten und die gesamten Bekleidungs- und persönlichen Ausrüstungsstücke sowie die ABC- Schutzausrüstung mitzubringen, sofern Sie damit ausgestattet sind (...). Anderen Personen ist der Einberufungsbescheid nicht zugänglich zu machen." (nach: UZ, 11.1.1991)

§ 6 Abs. 6 des Wehrpflichtgesetzes regelt die Möglichkeit unbefristeter Wehrübungen. § 49 besagt, daß Wehrpflichtige mit bestimmten beruflichen Qualifikationen "nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres bis zum Ablauf des Jahres, in dem sie das sechzigste Lebensjahr vollenden, ohne Jahrgangsaufruf erfasst und gemustert werden. Sie können nach Maßgabe dieses Gesetzes zu Wehrübungen einberufen werden."

Während die Hardthöhe behauptet, es würden derzeit keine Reservisten eingezogen, es sei denn für lange zuvor verabredete Übungen, ist die Frage erlaubt, seit wann denn derartige Übungen unbefristet angesetzt werden. Und auch die zweite Behauptung des Stoltenberg-Ministeriums, es seien inzwischen gefälschte Einberufungsbefehle im Umlauf (FAZ, 12.1.91), ist vermutlich eine Ente. Von den Kreiswehrersatzämtern in Düsseldorf und Dortmund wurde die Korrektheit obiger Meldung der UZ gegenüber bestätigt.

Andererseits sollte man, wenn angeblich schon zwischen echten und unechten Gestellungsbefehlen kaum noch zu unterscheiden ist, solche Dinge wohl gleich in den Papierkorb werfen.

Im übrigen empfiehlt es sich, das Infoblatt "Kriegsdienstverweigerer in der Truppe" bzw. die auf den Stand von November 1990 gebrachte und die Bereiche der ehemaligen DDR mitumfassende Broschüre "Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst" zu besorgen. Herausgeberin ist die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Dammweg 20, 2800 Bremen 1, Tel: 0421/340025.

ak 326, art. 46,autor, kor,re Einberufungsbescheid Alarmreserve Tausende Wehrpflichtige, die ihren Dienst bereits abgeleistet haben, erhielten in diesen Tagen Post von den Kreiswehrersatzämtern. Überschrift: "Einberufungsbescheid Alarmreserve". Weiter lesen die erschreckten Empfänger:

"Nach Verkündung des Verteidigungsfalls bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich, ohne weitere Aufforderungen abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil (...) zum unbefristeten Wehrdienst (...) zum Diensteintritt zu stellen. Das gilt auch, wenn die Bundesregierung durch öffentlichen Aufruf (Fernsehen, Hörfunk, Presse) für - die Alarmreserve geschlossen (ohne Rücksicht auf ein Kennwort) oder - einen Teil der Alarmreserve mit dem Kennwort Lila Pferd eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung von unbestimmter Dauer gemäß § 6 Abs.6 und § 49 WPflG anordnet (...). Falls Sie Ihren Bestimmungsort nicht erreichen können, haben Sie sich bei der nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder einem Truppenteil zu melden. Ihren Dienst haben Sie im Kampfanzug anzutreten und die gesamten Bekleidungs- und persönlichen Ausrüstungsstücke sowie die ABC-Schutzausrüstung mitzubringen, sofern Sie damit ausgestattet sind (...). Anderen Personen ist der Einberufungsbescheid nicht zugänglich zu machen." (nach: UZ, 11.1.1991)

§ 6 Abs. 6 des Wehrpflichtgesetzes regelt die Möglichkeit unbefristeter Wehrübungen. § 49 besagt, daß Wehrpflichtige mit bestimmten beruflichen Qualifikationen "nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres bis

zum Ablauf des Jahres, in dem sie das sechzigste Lebensjahr vollenden, ohne Jahrgangsaufruf erfasst und gemustert werden. Sie können nach Maßgabe dieses Gesetzes zu Wehrübungen einberufen werden."

Während die Hardthöhe behauptet, es würden derzeit keine Reservisten eingezogen, es sei denn für lange zuvor verabredete Übungen, ist die Frage erlaubt, seit wann denn derartige Übungen unbefristet angesetzt werden. Und auch die zweite Behauptung des Stoltenberg-Ministeriums, es seien inzwischen gefälschte Einberufungsbefehle im Umlauf (FAZ, 12.1.91), ist vermutlich eine Ente. Von den Kreiswehrersatzämtern in Düsseldorf und Dortmund wurde die Korrektheit obiger Meldung der UZ gegenüber bestätigt.

Andererseits sollte man, wenn angeblich schon zwischen echten und unechten Gestellungsbefehlen kaum noch zu unterscheiden ist, solche Dinge wohl gleich in den Papierkorb werfen.

Im übrigen empfiehlt es sich, das Infoblatt "Kriegsdienstverweigerer in der Truppe" bzw. die auf den Stand von November 1990 gebrachte und die Bereiche der ehemaligen DDR mitumfassende Broschüre "Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst" zu besorgen.

Herausgeberin ist die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Dammweg 20, 2800 Bremen 1, Tel: 0421/340025.

50. Quelldatei haftstat.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/haftstat.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:haftstat

Haftstatut vom 15.12.88

1. Zellenkontrollen dreimal wöchentlich

2. Tragen von Anstaltskleidung

3. Keine Zuweisung von Arbeit

4. Keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen

5. Keine Teilnahme am Kirchgang

6. Verlassen der Zelle und der Abteilung nur in Begleitung zweier Bediensteter

7. Fesselung bei Aus- und Vorführungen mit Hand- und Fußfesseln

8. Transport bei Aus- und Vorführungen nur mit Polizeibegleitung

9. Einsatz der Handsonde bei Fremdkontakten, incl. Anwaltsbesuchen. Körperliche Durchsuchung bei Trennscheibenbesuchen

10. Verbot des Wäschetauschs von außen

11. Kein Umschluß

12. Kein Mittwochabendbesuch

13. Bezeichnung als "gefährlicher Gefangener" - roter Punkt

Haftstatut vom 7.4.89

14. Öffnen der Zelle nur durch zwei Bedienstete

15. Nur Plastikbesteck

16. Besondere Überwachung des Besucher- und Briefverkehrs

17. Kein Paketempfang

18. Besuche nur mit Trennscheibe

19. Unterbringung in einer Sicherheitszelle im Erdgeschoß

20. Kontakt mit Sonderdiensten nur in der Abteilung

21. Hofgang nur auf dem Dachhof

22. Einzelhofgang, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen kein Hofgang

51. Quelldatei panzer.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/panzer.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:panzer

Perestroika unter Panzern

In der Nacht zum Sonntag, den 13.01.91 wurden in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, zahlreiche Menschen bei dem Versuch getötet, die vorrückenden Einheiten der Unionstruppen aufzuhalten. Seit dem Ende der letzten Woche setzt die Moskauer Unionsregierung ihre Warnungen in die Tat um und läßt die Truppe marschieren. Ziel ist es, scheinbar um jeden Preis die Einheit der UdSSR wiederherzustellen. Offizielle Begründung für diesen massiven Militäreinsatz ist die Sicherstellung der Einberufungen zur Sowjetarmee. Nicht nur Litauen und die angrenzenden Staaten Lettland und Estland, sondern auch Georgien, Moldovien, und Armenien sehen sich mit einer umfangreichen Verlegung von Truppen in ihr Staatsgebiet konfrontiert. Somit droht auch in diesen Staaten eine ähnliche Entwicklung wie derzeit in Litauen. Estland und Lettland fühlen sich vom Vorgehen der Zentralmacht direkt bedroht und haben Solidaritätsaktionen angekündigt. Derweil läuft in Vilnius ein Ultimatum gegen das Parlament, das sich zusammen mit der litauischen Staatsregierung, zahlreichen Bürgern und bewaffneten Milizen im Parlamentsgebäude verschanzt hat. Der kommandierende Einsatzleiter hat das Parlament aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Dies ist gleichbedeutend mit seiner Entmachtung. Gleichzeitig wird von den Militärs das "litauische Komitee zur Rettung des Landes" als Regierung anerkannt. Vor dem Parlament sind etwa 100.000 Menschen versammelt, um das Parlament und die Regierung vor einem Sturm der Unionstruppen zu schützen.

Im Schatten der Golfkrise soll an den baltischen Staaten vorgeführt werden, was den übrigen Republiken, die sich ebenfalls alle als souverän erklärt haben, droht: entweder weiterhin freiwillig Mitglied in der Union oder Verhängung des präsidialen Ausnahmezustandes und Besetzung.

Die Besetzung der litauischen Hauptstadt durch Eliteeinheiten des Innenministeriums, des KGB und regulärer Einheiten der Sowjetarmee ist der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzung um die nationale Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Seit geraumer Zeit betrachten sich diese Republiken nicht nur als souverän, sondern auch als unabhängige Staaten, in denen Moskau nichts zu sagen hat. Es wurden bereits mit der Tschechoslowakei diplomatische Missionen ausgetauscht, und die Aufnahme in die Runde der KSZE-Staaten scheiterte allein am verständlichen Votum der UdSSR. Die von den nationalen KPs abgespaltenen Parteien sozialdemokratischer Prägung wurden als Vollmitglieder in die SI aufgenommen. Das Eigentum der KPdSU-Sektionen wurde in den drei Republiken der jeweiligen nationalen Verantwortung unterstellt, also enteignet. Sowohl auf dem Verhandlungswege als auch mittels einer Wirtschaftsblockade versuchte Gorbatschow im Frühjahr 1990 Litauen zum Einlenken zu bewegen. So sollte wenigstens zeitlich befristet die Unabhängigkeitserklärung außer Kraft gesetzt werden, um über diese Frage verhandeln zu können. Doch Litauen beharrte auf seinen Positionen. Mit Unterstützung der übrigen Republiken, insbesondere der Russischen Föderation, konnte das Embargo unterlaufen werden.

Gleichzeitig kündigte Litauen den Aufbau eigener nationaler Streitkräfte an und verlangte, daß die Truppen der Sowjetarmee aus dem Land abgezogen werden. Die Lieferverträge für Lebensmittel für die im Land stationierten Truppen wurden storniert, so daß sich deren Versorgungssituation erheblich verschlechterte. In der litauischen Bevölkerung wuchs in dieser Zeit der Haß auf alles Russische; Angehörige der Streitkräfte wurden öffentlich attackiert, ebenso die übrigen Russen, die im Land leben. Diese Verschärfung des öffentlichen Klimas veranlaßte Verteidigungsminister Jasow zu der Äußerung, daß die Armee sich nicht lächerlich machen lasse. Er ermächtigte die Truppen im ganzen Land, zum Schutz von Leib und Leben von der Schußwaffe Gebrauch machen zu dürfen. So wurde in Vilnius bereits vor Wochen von Sowjetarmisten auf Demonstranten geschossen, die den Abzug der Armee aus Litauen forderten. Doch die jetzige Eskalation geht auf die jüngsten Ereignisse in Moskau, in der Zentralregierung zurück.

Fortsetzung auf Seite 2 Der Rücktritt von Außenminister Schewardnadse und die Ernennung Genadin Janajews zum Stellvertreter des Präsidenten verdeutlichen die weitere politische Entwicklung der Zentralregierung: Die Vertreter von Recht und Ordnung im traditionellen Sinne bestimmen mehr denn je die politische Ausrichtung der Regierung unter Gorbatschow. Schon die Ablösung des bisherigen, als liberal geltenden Innenministers Bakatin Anfang Dezember war ein Geschenk an die Konservativen, denn unter seinem Nachfolger Boris Pugo wurde ein Mann stellvertretender Innenminister, der auch in liberalen Kreisen

als Spitzenkandidat einer Militärjunta gehandelt wird: Boris Gromow, bekanntgeworden als letzter Oberkommandierender in Afghanistan und derzeit zuständig für den Wehrbezirk Kiew (Ukraine). Auch scheint in Moskau General Rodionow wieder hoffähig zu sein: Der Mann, der für das Massaker an friedlichen Demonstranten am 9. April 1989 in Tblissi verantwortlich ist. Er wird in den Kreisen der konservativen Sojusfraktion (Sojus heißt Union) als möglicher Verteidigungsminister einer Regierung zur "Rettung des Vaterlandes" geführt, die seit der letzten Woche vehement von dieser Fraktion gefordert wird. Rodionow traf Anfang Dezember mit Gorbatschow zusammen, ohne daß Einzelheiten des Gesprächs bekannt wurden. Ebenso bemerkenswert ist das Auftreten des KGB-Chefs Krjutschkow, der immer offener die Einhaltung von Recht und Ordnung reklamiert und damit droht, daß notfalls bei der Durchsetzung der bestehenden Gesetze der Union Gewalt angewendet werden müsse und Blut fließen könne. Solche Äußerungen sind nichts Neues, dennoch unterscheiden sie sich von vorhergehenden: Schon kurz nach diesen Sätzen wurden Fallschirmjägereinheiten in die drei baltischen Republiken verlegt, ebenso nach Moldavien, Georgien, und die Truppen in Armenien und Aserbaidschan wurden verstärkt. Die aus Moskauer Sicht renitenten Republiken sollen mit repressiven Mitteln zusammengehalten werden, auch wenn dies einen Bürgerkrieg heraufbeschwören kann.

Gorbatschow, seit der letzten Tagung des Obersten Sowjet mit einer Machtfülle ohnegleichen ausgestattet und ohne seine bisherigen Mitstreiter in Sachen Perestroika an der Spitze der UdSSR stehend, scheint immer mehr das liberale Aushängeschild einer autokratischen Apparatediktatur zu werden. Formal ist er für die derzeitige Eskalation verantwortlich. Es steht aber zu vermuten, daß er dem immer stärker werdenden Druck der Militärs und des KGB ausgeliefert ist. Denn die jetzige Besetzung Litauens liegt genau auf der Linie der Forderungen der Sojusfraktion und der ihr nahestehenden Militärs.

Vorausgesetzt, die Meldungen des heutigen Tages entsprechen den Tatsachen, dann ist zu fragen, inwieweit Gorbatschow noch Herr der Lage ist. Denn aufgrund einer äußerst heftigen Kritik des Föderationsrates am Vorgehen in Litauen hat Gorbatschow zugesichert, daß sich die Armee bis zu einer Klärung der Dinge ruhig verhalten werde. Trotz dieser Zusicherung und obwohl die Präsidenten von Armenien und Belorußland angeblich Vermittlungsaufträge erhalten haben, rückten die Streitkräfte in Litauen weiter vor. Auch die angebliche Unterstützung des Militärs für das "Rettungskomitee" spricht dafür, daß Gorbatschow nur noch begrenzt die Dinge in der Hand hat. Denn erstens könnte Gorbatschow die Regierung Litauens per Dekret auflösen und sich die Republik direkt unterstellen, ohne sie irgendwelchen Usurpatoren eines "Rettungskomitees" auszuhändigen. Zweitens liegt es außenpolitisch auf der Hand, daß mit einer "Machtübergabe" an ein solches Komitee Erinnerungen an die CSSR 1968 geweckt würden. Drittens schließlich ist allein die Bildung solcher "Rettungskomitees" in der Bevölkerung total negativ besetzt, da sie allein von den konservativen und weiter rechts stehenden Kräften favorisiert werden.

Geht mensch davon aus, daß die Meldungen der letzten 24 Stunden annähernd den realen Tatsachen entsprechen, ist die Militäraktion gegen Litauen nicht bloß eine exemplarische Strafexpedition gegen die Souveränitätsbestrebungen der Republiken, sondern vielmehr eine Aktion gegen die "Demokratisierung" des Landes insgesamt und ein Vorbote resp. der Anfang eines möglichen allgemeinen Umschwungs. Dieses Vorgehen wird nicht dazu beitragen, das Vertrauen der sowjetischen Bevölkerung in die derzeitige Führung wiederherzustellen. Hiermit wird die innere Auflösung der UdSSR an Dynamik zunehmen. Panzer und die Politik im Geiste von Glasnost und Perestroika sind schwerlich miteinander vereinbar, und Gorbatschow wird in Zukunft nicht mehr nur an den ausgebliebenen Erfolgen seiner Reformpolitik, sondern auch an der Zahl der Opfer traditioneller Machterhaltung gemessen werden.

as 13.01.91

52. Quelldatei usa.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak326/usa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:326:usa

"Wenn nicht ein Wunder geschieht", so formulierte es ein Politiker, "überschreiten die USA mit der Tageswende vom 15. zum 16. Januar die Schwelle zum Krieg".

Das militärische Ergebnis dieses Krieges scheint von vornherein festzustehen. An einem Sieg der USA und ihrer Hilfstruppen besteht kaum Zweifel. Zu deutlich ist die militärische Überlegenheit der USA. Alle Erfahrungen aus bisherigen Konfrontationen zwischen arabischen und westlichen Kriegspotentialen sprechen überdies für einen schnellen "Erfolg" der USA, es sei denn, die USA richteten ihre Kriegsziele auf die vollständige Liquidierung des Irak als militärischen Machtfaktor im arabischen Raum aus. Ob dies beabsichtigt ist, ist nicht nur aus militärstrategischen Gründen fraglich. Überlegungen zu Kriegsführungsszenarien und ihren politischen Implikationen S. 10 Berichte über Anti-Kriegs-Aktionen S. 11